

WISSEN SCHAFFT DEMOKRATIE

SCHRIFTENREIHE DES INSTITUTS FÜR
DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

2019

05

SCHWERPUNKT:
LÄNDLICHER
RAUM

**Integration durch
bürgerschaftliches Engagement
– eine qualitative Untersuchung
engagierter Geflüchteter**

Anne Röder

**Ist die AfD in ländlichen Räumen
besonders erfolgreich?**

Larissa Deppisch, Andreas Klärner
& Torsten Osigus

**Ungeliebte Nachbarn:
warum Geflüchtete als
Nachbarn abgelehnt werden**

Frank Eckardt

**Nicht mehr als ein kurzer Spuk?
Zum Scheitern rechtsextremer
Mobilisierungsversuche im
Raum Lörrach**

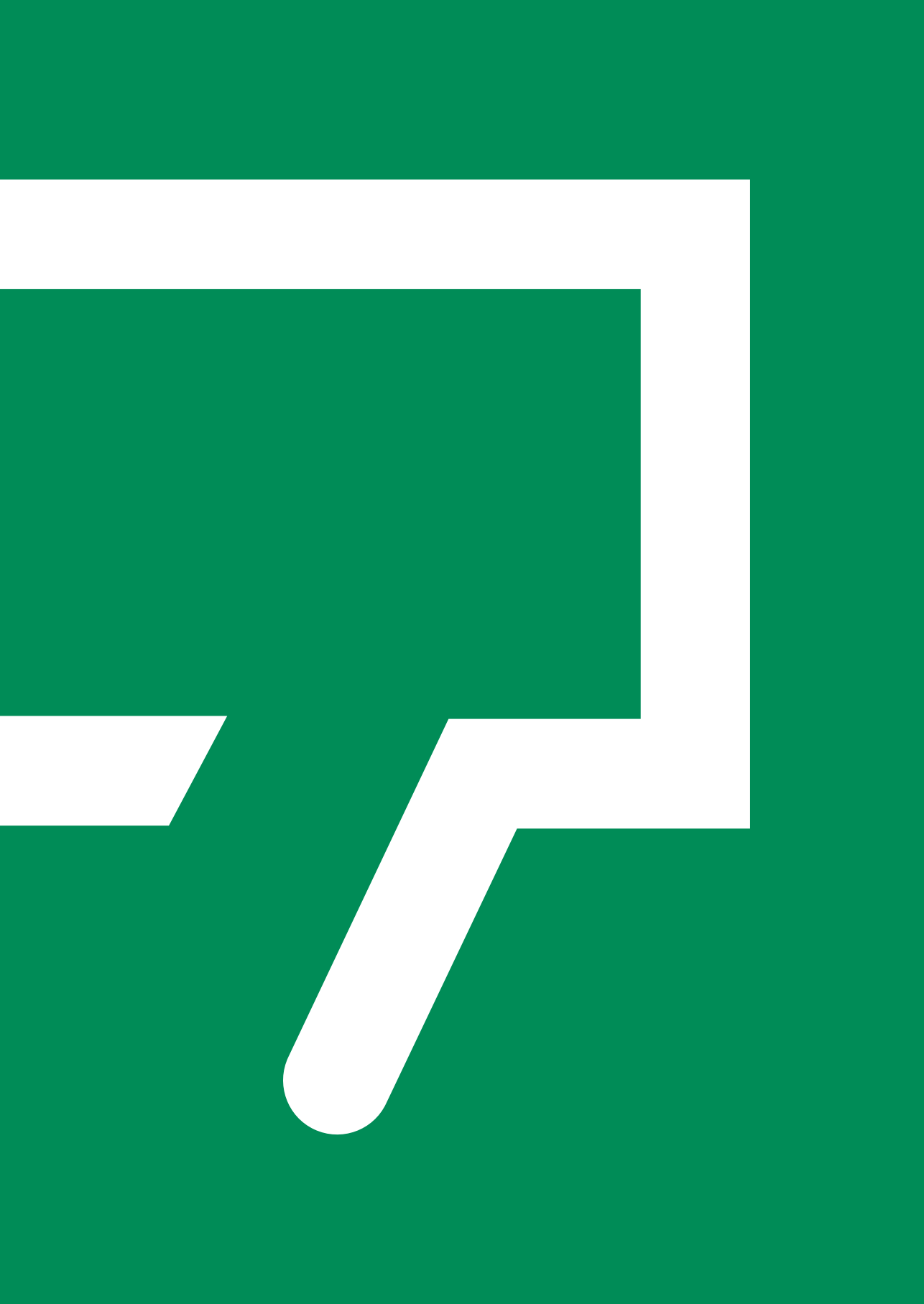
Maik Fielitz, Lisa Müller & Johanna Saenz

**Demokratieförderung strategisch
qualifizieren. Zur Gestaltung von
Fort- und Weiterbildungsangeboten
in ländlich strukturierten Räumen**

Kurt Möller, Johanna Kohler & Kai Nolde

**„Da! Gebliebene! –
Alltagsarrangements in
ländlichen Räumen“**

Melanie Rühmling & Sara Schiemann



WISSEN SCHAFFT DEMOKRATIE

SCHRIFTENREIHE DES INSTITUTS FÜR
DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

TEIL I

ZUM EINSTIEG

6 Anja Siegesmund
Vorwort der Thüringer Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz des Freistaates Thüringens

8 Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft
Einleitung

TEIL II

ZIVILGESELLSCHAFT UND ENGAGEMENT

16 Melanie Rühmling & Sara Schiemann
Da! Gebliebene! – Alltagsarrangements in ländlichen Räumen

28 Team des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement
Projektvorstellung: Engagement belebt das Land – wie das BBE dabei unterstützen kann

30 Anne Röder
Integration durch bürgerschaftliches Engagement – eine qualitative Untersuchung engagierter Geflüchteter in ländlichen und städtischen Regionen Sachsens

40 Alfred Bax & Erich Schäfer
Projektvorstellung: Weltoffene Heimatpflege und mehr Partizipation – PARTHNER fördert die Demokratie im ländlichen Raum

42 Annika Schmalenberg & Janine Dieckmann
Interview über das Privileg gesellschaftlicher Teilhabe, Demokratie und partizipative Teilhabeforschung

50 Florian Wenzel & Christian Boeser-Schnebel
Projektvorstellung: Dorfgespräch: „Wir haben uns ja gerade noch gefehlt“

52 Madeleine Sauer & Judith Vey
Sozialräumliche Integration von Geflüchteten im ländlichen Raum

TEIL III

RECHTSPOPULISMUS UND RECHTSRADIKALISMUS

64 Andreas Kallert & Simon Dudek
Staatlicher Strukturabbau in ländlichen Räumen – ein Nährboden für Rechtspopulismus?

74 Larissa Deppisch, Andreas Klärner & Torsten Osigus
Ist die AfD in ländlichen Räumen besonders erfolgreich?

88 Saskia Scheler
Projektvorstellung: Die Stärkenberatung der NaturFreunde Thüringen

90 Frank Eckardt
Ungeliebte Nachbarn: warum Geflüchtete als Nachbarn abgelehnt werden

98 Kerstin Faber & Bertram Schiffers
**Projektvorstellung: IBA Thüringen:
Arrival StadtLand**

100 Janina Ruhnau & Wibke H. Liebhart
**„Wir gründen jetzt einen Zivilschutz!“
– eine Bürgerinitiative im ländlichen
Raum Ostdeutschlands**

110 Marius Hellwig
**Projektvorstellung: Fachstelle
Gender, GMF und Rechtsextremis-
mus: völkischer Rechtsextremismus
im ländlichen Raum**

112 Dierk Borstel
**Fest verankert – Rechtsextremismus
in der Stadt Anklam**

124 Maik Fielitz, Lisa Müller
& Johanna Saenz
**Nicht mehr als ein kurzer Spuk? Zum
Scheitern rechtsextremer Mobilisie-
rungsversuche im Raum Lössach**

134 Christopher Vogel
**Projektvorstellung: MBT Hessen: Ge-
danken zur Demokratieentwicklung
im ländlichen Raum und der Mobilen
Beratung gegen Rechtsextremismus**

TEIL IV

DEMOKRATIEFÖRDERUNG

138 Gerhard Henkel
**Debattenbeitrag für das Dorf: Die per-
manente Entmündigung der Dörfer und
Landgemeinden schadet dem ländlichen
Raum und schwächt die Demokratie**

148 Christoph Schubert
**Strukturen des Engagements im
ländlichen Raum: zivilgesellschaft-
liches Engagement im Umgang mit
demografischen Veränderungen**

158 Kai Dietrich & Nils Schuhmacher
**Projektvorstellung: „MUT – Inter-
ventionen“: rassismuskritische
pädagogische Arbeit im ländlichen
Lokalraum**

160 Andrea Nachtigall, Janine Dieckmann
& Axel Salheiser
**LSBTIQ* in der Thüringer Verwaltung
– (k)ein Thema? Ergebnisse einer Be-
fragung der Gleichstellungsbeauftrag-
ten, Standesämter und Kommunen**

174 Manuela Tillmanns, Danilo Ziemer
& Britta Borrego
**Projektvorstellung: Aufklärung und
Sensibilisierung für sexuelle und
geschlechtliche Vielfalt in ländlichen
Räumen Sachsens**

176 Kurt Möller, Johanna Kohler & Kai Nolde
**Demokratieförderung strategisch
qualifizieren. Zur Gestaltung von
Fort- und Weiterbildungsangeboten
in ländlich strukturierten Räumen**

186 **Bibliografie**

188 **Aktuelle Publikationen der
Amadeu Antonio Stiftung**

INHALT



TEIL I



ZUM EINSTIEG



Vorwort

Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

vor 100 Jahren wurde mit der Weimarer Verfassung der Grundstein für die erste Demokratie in Deutschland gelegt. Bis heute verkörpert die Weimarer Verfassung den Aufbruch in eine demokratische, in eine sozial gerechte Gesellschaft. Weimars Ideale von Freiheit und Demokratie, Rechts- und Sozialstaatlichkeit, dem Wahlrecht von Frauen und Pressefreiheit haben wir in Thüringen mit einem Festakt im Februar diesen Jahres gefeiert. Diese Werte sind heute ein fester und wehrhafter Bestandteil unseres Grundgesetzes. Eine starke Demokratie fußt auf einem aktiven Gemeinwesen. Eine starke Demokratie ist auf Loyalität und Vertrauen derer angewiesen, die in ihr leben. Eine starke Demokratie lebt von Menschen, die sich aktiv einmischen und engagieren. Demokratie braucht ein starkes Miteinander. Mehr Begegnung, mehr direkte Bürgerbeteiligung, mehr demokratische Streitkultur und mehr Mitbestimmung führen erfahrungsgemäß zu einem starken, zu einem aktiven Gemeinwesen. Jede und jeder, der sich abwendet, fehlt der Demokratie. Heute gilt es mehr denn je, Menschen zu ermutigen, sich wieder in die Demokratie einzubringen und jeden Zentimeter auf den Marktplätzen darum zu streiten.

Warum ist das so wichtig? Veränderungen in unserer Gesellschaft stellen eine Herausforderung für ein demokratisches Miteinander dar. Insbesondere in ländlichen Regionen fühlen sich offenbar immer mehr Menschen abgehängt, allein gelassen, nicht beachtet. Teilhabe und Sicherheit scheinen nicht mehr allorts gewährleistet. Es besteht zunehmend weniger Vertrauen in staatliche Vorsorge, Sozialbindungen werden brüchiger. Das findet seinen Ausdruck auch in radikaleren politischen Ansichten. Tatsächlich verbuchen rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien überdurchschnittliche Stimmenanteile in jenen Regionen, in denen Wirtschaftskraft und Einkommensniveau eher niedrig sind, wo Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge immer stärker infrage stehen. Auf die Frage nach den Ursachen rechtsextremer und fremdenfeindlicher Einstellungen gibt es meines Erachtens aber keine einfachen Antworten. Rechtspopulistische Bewegungen und Parteien sind eben nicht nur an den gesellschaftlichen Rändern zu verorten, sondern agieren umso erfolgreicher, je ländlicher und „abgehängter“ die Region empfunden wird. Wir haben offensichtlich ein Demokratieproblem. Rund 70 % der Thüringerinnen und Thüringer, so die Befunde des aktuellen Thüringen-Monitors 2018, sind der Auffassung, dass die Interessen und Meinungen der Bevölkerung in der bestehenden Demokratie keine Rolle mehr spielen. Es stimmt nachdenklich, dass mit der Normalisierung rechtspopulistischer, fremdenfeindlicher Äußerungen die Aggressionen gegenüber Andersdenkenden und ethnischen

Minderheiten zunehmen. Pauschale Ablehnungen von Anderslebenden und Migrant*innen sind verstärkt in den ländlichen Regionen verbreitet, wo die Lebensqualität mehr denn je vom Engagement der Menschen vor Ort abhängt.

Doch trifft diese Perspektive auf den ländlichen Raum zu? Aus meiner Tätigkeit als Ministerin weiß ich: Der viel diskutierte ländliche Raum ist in der Realität so vielfältig wie unterschiedlich. Natürlich herrscht nicht überall Perspektivlosigkeit, Leerstand, Rückständigkeit, ein rechtsextremes Umfeld. Trotzdem scheint es schwierig, solchen Fremd- und Selbstzuschreibungen im Alltag etwas entgegenzusetzen. Gegenteilige Erfahrungen – etwa erfolgreiche wirtschaftliche Unternehmungen, eine hohe Lebensqualität in vielen Städten und Dörfern, gelebte soziale Nähe – zeichnen ein ermutigendes Bild. Aktuelle Romane wie „Unterleuten“ von Juli Zeh oder „Mittagsstunde“ von Dörte Hansen thematisieren das Landleben von heute, ohne es zu idealisieren. Diese Perspektive wird durch den Umstand gestützt, dass die Thüringerinnen und Thüringer sehr heimat- und ortsverbunden sind. Eine starke regionale Identifikation, das soziale Umfeld, aber auch biografische Prägungen motivieren Menschen zum Bleiben und Wiederkommen. Das ist eine Chance für den ländlichen Raum. Die Zukunft des Dorfes, der Klein- und Mittelstädte entscheidet sich vor allem durch die Arbeit der Kommunen und das Mitwirken ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die Dörfer, die Städte, die Landkreise sind Keimzellen der Demokratie. Jedes Dorf, jede Kleinstadt ist ein Unikat für sich – mit eigenen Potenzialen, aber auch mit eigenen Defiziten und Problemen. Es gilt vor Ort, Ansätze zu entwickeln, um Rechtspopulismus und der Hoheit einfacher Antworten an den Stammtischen entschieden zu begegnen. Wichtiger denn je sind dabei intakte öffentliche Räume, in denen man sich austauschen und um die Zukunft streiten kann.

Der vorliegende Band der Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ widmet sich aufschlussreich Fragen der stärkeren Engagement- und Demokratieförderung aus unterschiedlichen Perspektiven. Staatliche wie zivilgesellschaftliche Kräfte sind hier in der Pflicht. Wir müssen Demokratie und Prävention wieder stärker in den Blick nehmen. Neben der Ursachenforschung für Defizite gehen einzelne Beiträge den Fragen nach: Was kann eine Zivilgesellschaft dem entgegenstellen? Wie lässt sich bürgerschaftliches Engagement konkret unterstützen und stärken? Wie funktioniert letztlich ein solidarisches Miteinander vor Ort? Die Regionen, die Städte, die Dörfer müssen dafür ihren eigenen Weg finden. Die Internationale Bauausstellung in Thüringen, Bundesförderprogramme wie das MORO-Aktionsprogramm oder die Modellvorhaben „Neulandgewinner“ und „MUT-Interventionen“ zeigen viele neue Wege von Beteiligung und Engagement auf. Für die Aushandlung der vielfältigen Interessen und Perspektiven braucht es neue Formen des Dialogs, der Anerkennung, wie auch Geduld im Aushalten von Meinungsverschiedenheiten. Das kann erlernt werden, denn Politik ist Freiheit. Dafür braucht es, nach Hannah Arendt, Mut. Dafür braucht es Menschen, die diesen Mut haben und die wir nach Kräften unterstützen und anerkennen. Jeden Tag.



Anja Siegesmund

Thüringer Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz des Freistaates Thüringen



**„TROTZ BESORGNIS-
ERREGENDER
TENDENZEN IST DER
LÄNDLICHE RAUM
HETEROGEN UND
STECKT VOLLER
LEBEN, VIELFALT UND
ENGAGEMENT.“**

Einleitung

Für manche ist der ländliche Raum der Inbegriff von Langeweile und Rückstand, für andere eine romantische Hoffnung für den Ausstieg aus Hektik und Stress. Doch von einer Idylle des ländlichen Raumes wird momentan in politischen Diskursen wenig gesprochen. Zunehmend wird er – spätestens mit der sprachlichen Erfindung eines Heimatministeriums – im Zusammenhang mit umfassenden Fragestellungen fokussiert, z. B. ungleicher Lebensverhältnisse und ungleichzeitiger Entwicklungen im Zeitalter von Globalisierung, Digitalisierung und identitärer Flexibilisierung. Energiewende, Gebietsreform, Strukturabbau, demografischer Wandel und damit einhergehende Folgen und Veränderungen für die politische Kultur geraten ebenso in den Blick wie Möglichkeiten, Veränderungen im ländlichen Raum innovativ und nachhaltig zu gestalten. Doch für die allermeisten Bewohner*innen¹ – so auch in Thüringen – ist der ländliche Raum vor allem die alltägliche Lebenswelt.

Trotz früher Warnsignale nimmt die Auseinandersetzung mit dem ländlichen Raum erst nach besorgniserregenden Wahlergebnissen von Rechtsaußenparteien Fahrt auf. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern wie Frankreich und den USA zeigt sich, dass die Bevölkerung in ländlichen Regionen in stärkerem Maße nach rechts außen tendiert als in urbanen Zentren. Diese Tendenz bestätigte sich bei der Bundestagswahl 2017 und der Europawahl 2019: Während bei den Europawahlen im Mai 2019 in ganz Deutschland insgesamt nur 11 % der Wähler*innen die Alternative für Deutschland (AfD) in den Europarat schickten, wählte in Thüringen mehr als jede*r Fünfte die AfD (22,5 %). Neben dem offenkundigen Ost-West-Unterschied gibt es – in Ost- und Westdeutschland – bedeutsame Stadt-Land-Unterschiede. Ein Blick auf die Wahlergebnisse in Deutschland veranschaulicht: Die AfD schnitt in Teilen des ländlichen Raums Ostdeutschlands als stärkste Kraft ab. In Thüringen war die AfD in ländlich geprägten Regionen erfolgreicher als in den Städten Jena, Erfurt und Weimar. Allerdings greift der Blick auf den ländlichen Raum allein zu kurz, um das Wahlergebnis der Rechtsradikalen zu erklären, wie Gegenbeispiele zeigen: So war in der Landgemeinde Artern die Linkspartei stärkste Kraft und in der drittgrößten Stadt Thüringens, Gera, schnitt die AfD mit knapp 30 % der Stimmen noch besser ab als im Landesdurchschnitt. Und: In vielen Regionen konnte die CDU ihre Positionen vor den Rechtsradikalen behaupten.

Eine differenzierte Untersuchung der Mechanismen und Ursachen dieser Unterschiede in der politischen Kultur, die heute stärker als je zuvor seit der Vereinigung die demokratische Kultur gefährden, ist von großer Bedeutung – nicht zuletzt für die Entwicklung problemadäquater und sozialraumbezogener Ansätze zur Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft. Dafür bietet der vorliegende Band der Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ empirische Fakten und kontroverse Debattebeiträge. Der Blick auf Wahlergebnisse und rechtsradikale Strukturen im ländlichen Raum ist

¹ Um Schreibweisen zu verwenden, die nicht nur Menschen mitdenken bzw. ansprechen, die sich binär als männlich oder weiblich identifizieren, werden in den Beiträgen dieses Bandes sowohl der Unterstrich als auch der Asterisk verwendet.

jedoch nur ein Teilaspekt. Anliegen des Bandes ist zudem, Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis unterschiedlicher Disziplinen zusammenzutragen. Denn trotz besorgniserregender Tendenzen ist der ländliche Raum heterogen und steckt voller Leben, Vielfalt und Engagement. So zeigen die Zahlen des aktuellen Deutschen Freiwilligensurveys 2014, dass sich im ländlichen Raum mehr Menschen engagieren als in Städten (Simonson/Vogel/Tesch-Römer 2016). Jedoch wird die Rolle des bürgerschaftlichen Engagements im wissenschaftlichen Diskurs auch kritisch reflektiert (u. a. Neu 2014, Steinführer 2014). Es ersetzt nicht die Verantwortung des Staates für die Daseinsvorsorge, kann aber vorhandene Defizite teilweise ersetzen bzw. schnell auf Veränderungen reagieren. Wie vielseitig und partizipativ die Alltagspraxis im ländlichen Raum sein kann, dokumentiert der vorliegende Band. Er soll dazu beitragen, den Blick auf den ländlichen Raum und seine „ländliche Gesellschaft“ zu weiten:

„*Die ländliche Gesellschaft ist nicht mehr per se traditioneller, nicht mehr durch Landwirtschaft dominiert und keinesfalls mehr mit Gemeinschaftlichkeit zu assoziieren, wie dies in der Rede vom ländlichen Raum oft unterstellt wird. Es handelt sich um eine spezifische Sozialstruktur, deren facettenreiche Aspekte der Vergesellschaftung zu entschlüsseln sind.* (Beetz/Brauer/Neu 2005: VIII)

“

Der ländliche Raum ist keineswegs eine den Rechtsradikalen verfallene Defizitgesellschaft. Alltagspraxis und Engagement unzähliger Menschen im ländlichen Raum zeigen, wie große Veränderungen – bspw. im Kontext von Migration – neue Formen der Gestaltung hervorbringen. Dieser Band soll dazu anregen, den ländlichen Raum und seine Bewohner*innen nicht als abgehängte Parallelgesellschaft zu diskutieren, sondern auch die Alltagspraxis und die Potenziale des ländlichen Raumes zu dokumentieren und sichtbar zu machen.

Zu den Beiträgen in diesem Band

Die wissenschaftliche und praktische Arbeit zum ländlichen Raum ist auf einen guten Transfer zwischen Forschung und Praxis angewiesen. Gute Forschungsprojekte beziehen sich auf die regionalspezifischen Lebenswelten der Menschen vor Ort, gute Praxisprojekte fußen auf empirischen Fakten und entwickeln sich durch wissenschaftliche Begleitung bzw. Evaluation weiter. Um diesen beidseitigen Austausch zu verdeutlichen und zu unterstützen, besteht der aktuelle Band aus wissenschaftlichen Beiträgen und Projektvorstellungen aus der Praxis. Beide Formate finden sich auch in ihrer Anordnung in diesem Band im ständigen Austausch.

Im zweiten Teil II behandeln die Beiträge die Themenbereiche „**Zivilgesellschaft und Engagement**“. Zum Einstieg analysieren **Melanie Rühmling und Sara Schiemann**, warum sich Menschen entscheiden, im ländlichen Raum zu bleiben und zu leben. Die Autorinnen zeigen auf, welche Motivationen und Arrangements Menschen in ihrem ländlichen Alltag finden und für welche Ziele sie sich engagieren. Um Engagement im ländlichen Raum zu unterstützen, zu verstetigen und zu professionalisieren, gründete sich 2002 das **Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement**

(BBE). Mit verschiedenen Veranstaltungsreihen und Publikationen zielt die Arbeit des Teams „*Demokratiestärkung im ländlichen Raum*“ auf eine bessere bundesweite Vernetzung und Sichtbarkeit von Demokratieprojekten in unterschiedlichen Kommunen und Landkreisen.

Dass Engagement auch ein Motor für die Integration Geflüchteter sein kann, zeigt **Anne Röder** in ihrer Studie der AWO Sachsen anhand des Engagements Geflüchteter in ländlichen Räumen. Sie beschreibt Engagement und Integration als reziprokes Verhältnis, weist aber auch auf die Grenzen des Engagements von Geflüchteten hin. Mit dem *PARTHNER-Projekt des Heimatbundes Thüringen* beschreiben **Alfred Bax und Erich Schäfer** ein Projekt, das (Heimat-)Vereine im ländlichen Raum durch ein strukturiertes Ausbildungsprogramm dabei unterstützt, sowohl vereinsintern als auch in ihrer Vernetzung nach außen, demokratische Beteiligungsprozesse, ihre Sensibilität für Diskriminierung und ihre Kompetenzen zur Engagementförderung weiterzuentwickeln.

Im Interview mit der Teilhabeberaterin **Annika Schmalenberg** spricht **Janine Dieckmann** vom IDZ über die Ergebnisse der Studie „Alt werden mit Behinderung – Mittendrin ein Leben lang“ des Allgemeinen Behindertenverbands in Deutschland, über Barrierefreiheit im ländlichen Raum und das Bild von Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft. Viel zu oft ist es nur dem Engagement von Interessenverbänden zu verdanken, dass Menschen mit Behinderungen mehr Teilhabe im ländlichen Raum (aber auch in der Stadt) erlangen.

Ein Projekt, das darauf ausgelegt ist, Dorfbewohner*innen – ob alteingesessen oder neuzugezogen – miteinander ins Gespräch zu bringen, entwickelten **Florian Wenzel und Christian Boeser-Schnebel** mit den „*Dorfgesprächen*“. Durch moderierte Abende können Wertvorstellungen im Ort ausgetauscht werden, um so über den Tellerrand homogener Meinungen zu schauen und letztendlich neue lokalspezifische Formate des Zusammenlebens und des Austauschs zu initiieren. **Madeleine Sauer und Judith Vey** zeigen anhand mehrerer Forschungsprojekte, welches Integrationspotenzial das Engagement für Geflüchtete im ländlichen Raum haben kann bzw. welche Faktoren hierfür entscheidend sind: strukturelle Rahmenbedingungen, sozialpolitische Maßnahmen und die gesellschaftliche Atmosphäre vor Ort. Jedoch kann der Mangel an Infrastruktur nur bis zu einem gewissen Maß ausgeglichen werden.

Im dritten Teil „**Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus**“ sind wissenschaftliche Beiträge versammelt, die sich mit Ursachen, der Genese und der sozialräumlichen Analyse von rechtspopulistischen und rechtsradikalen Erscheinungsformen beschäftigen. Die Projektvorstellungen in diesem Abschnitt stellen Wege und Maßnahmen vor, wie man diesen begegnen kann. **Andreas Kallert und Simon Dudek** nähern sich dem Phänomen der sozialräumlichen Verankerung des Rechtspopulismus in ländlichen Räumen aus einer staatstheoretischen Sicht. Sie analysieren den Wandel der Staatspolitik hin zu einer „Sparpolitik“ kritisch am Beispiel des Freistaats Bayern. Sie zeigen auf, welche Auswirkungen es für die soziale Daseinsvorsorge ländlicher Kommunen haben kann, wenn die Förderung kommunaler Einrichtungen nur an ihrer wirtschaftlichen Kraft gemessen wird. Dadurch entstehen Ressentiments gegenüber Schwächeren, welche auch von Teilen der bayerischen Politik geschürt werden.

Larissa Deppisch, Andreas Klärner und Torsten Osigus beschäftigen sich mit der Frage, ob AfD-Stimmen mit der Ländlichkeit der Region einhergehen. Sie weisen dabei auf einen Ost-West-Unterschied hin: Nur in ostdeutschen Regionen zeigt sich, dass eher ländliche Räume ein deutlich höheres AfD-Wahlergebnis aufweisen. Saskia Scheler plädiert mit ihrer Projektbeschreibung der Stärkenberatung der NaturFreunde Thüringen dafür, mit demokratiefördernden Projekten nicht nur in Orten aktiv und präsent zu sein, die als „Hot Spots“ rechtsradikaler Strukturen bekannt sind (bspw. durch rechte Immobilien). **Frank Eckardt** untersuchte Anti-Asylproteste in unterschiedlichen ländlichen Regionen Thüringens. Er zeigt auf, dass eine Instrumentalisierung rechtsradikaler Gruppen oftmals zur Vereinnahmung der Diskurse führt – auch wenn das Kernanliegen der Protestierenden zunächst ein anderes war. Er konstatiert: Für die Instrumentalisierung bestehender Protestmotivation muss ein grundsätzlicher Konsens über „fremdenfeindliche“ und rassistische Einstellungen vorherrschen.

In Thüringen hat die *Internationale Bauausstellung (IBA Thüringen)* das StadtLand zu ihrem Thema gemacht und arbeitet bis 2023 an über 30 Vorhaben im ländlich geprägten Thüringen. Die IBA schafft so u. a. gemeinsam mit Bürger*innen vor Ort offene Räume für Gemeinschaft und Demokratie. **Kerstin Faber und Bertram Schiffers** stellen in ihrer Projektvorstellung IBA-Vorhaben aus Gera, Erfurt und Saalfeld näher vor.

Welche Rolle Bürgerinitiativen im ländlichen Raum bei der Herstellung von Sicherheit spielen, analysieren **Janina Ruhнау und Wibke H. Liebhart**. Sie diskutieren das beidseitige Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft in Bezug auf Sicherheitsfragen im ländlichen Raum und kommen zum Schluss, dass eine aktive Zivilgesellschaft in Form kooperativer Bürgerinitiativen zwar notwendig ist, jedoch nicht in der Übernahme des staatlichen Gewaltmonopols durch sogenannte Bürgerwehren münden darf. Eine weitere Form rechtsradikaler Agitation beschreibt **Marius Hellwig** in seiner Projektvorstellung der *Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung*. Er stellt die Arbeit der Fachstelle vor und macht deutlich: Völkische Rechtsextreme nehmen den ländlichen Raum als Kampfgebiet wahr und gefährden die demokratische Gesellschaft. Unumgänglich ist es daher, gerade strukturschwache Gebiete und zivilgesellschaftliche Initiativen präventiv zu unterstützen und zu fördern.

Die Normalisierung von Rechtsradikalismus im ländlichen Raum analysiert **Dierk Borstel** in der Kleinstadt Anklam in Mecklenburg-Vorpommern. Anhand seiner jahrzehntelangen Forschungsarbeit vor Ort beschreibt er die rechtsradikalen Raumgewinne in Anklam. In einer weiteren Lokalstudie im Landkreis Lörrach untersuchen **Maik Fielitz, Lisa Müller und Johanna Saenz** das Scheitern rechtsradikaler Mobilisierungsversuche. Vor allem das schnelle und vielfältige Reagieren der Zivilgesellschaft scheint in dieser Region dem Verfestigen rechtsradikaler Demonstrationskultur und Raumgewinne entgegenzuwirken. Allerdings weisen die Autor*innen darauf hin, dass Raumgewinne von Rechtsradikalen im Internet nicht unterschätzt werden dürfen.

Die Rolle von Mobilen Beratungen im ländlichen Raum als Gegenmaßnahme zu rechtsradikalen Agitationen beschreibt **Christopher Vogel** vom *Mobilen Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus für demokratische Kultur in Hessen e.V.* In aller Kürze fasst er Erkenntnisse der

Tagung „Was blüht dem Dorf?“ zusammen, die der Bundesverband Mobiler Beratungen und die Bundeszentrale für politische Bildung 2018 durchführten.

Der vierte Teil des Bandes zum Themengebiet „**Demokratieförderung**“ beginnt mit einem „Debattebeitrag für das Dorf“ von **Gerhard Henkel**. Er plädiert für die Stärkung von Dörfern und Kommunen und fordert einen Paradigmenwechsel des Staates hin zu einem wertschätzenden und demokratischen Umgang mit ländlichen Kommunen. Anschließend untersucht **Christoph Schubert** anhand von Fallstudien in drei schrumpfenden Regionen Deutschlands, welchen Umgang die Zivilgesellschaft mit dem demografischen Wandel ihrer Region findet. Mit dem Projekt „*MUT – Interventionen. Geschlechterreflektierende Prävention gegen Rassismus im Gemeinwesen*“ beschreiben **Kai Dietrich und Nils Schuhmacher** einen Ansatz der Demokratieförderung in der Jugendarbeit. Durch Gespräche mit Fachkräften vor Ort bündelt das Projekt das Fachwissen und die Expertise der Multiplikator*innen, um Teams für Konflikte zu sensibilisieren und adäquate demokratiefördernde Ansätze für Jugendliche zu schaffen.

Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender, intergeschlechtliche und queere Menschen (LSBTTIQ*) leben auch im ländlichen Raum. Dass ihre Lebensrealitäten und Bedarfe dort nur wenig thematisiert werden bzw. wenig Wissen über Lebensweisen, Beratungs- und Unterstützungsangebote in der Verwaltung vorhanden sind, wird im Beitrag von **Andrea Nachtigall, Janine Dieckmann und Axel Salheiser** thematisiert. Sie beschreiben die zentralen Ergebnisse ihrer thüringenweiten Verwaltungsumfrage bei Gleichstellungsbeauftragten, Standesämtern und kommunalen Verwaltungen. Ein Beratungsprojekt, das in Sachsen genau diesem Defizit an Unterstützung und Unwissen gegenüber LSBTTIQ* im ländlichen Raum entgegenwirkt, beschreiben **Manuela Tillmanns, Danilo Ziemer und Britta Borrego** mit dem Projekt „*Que(e)r durch Sachsen – Mobile Beratung im ländlichen Raum*“. Zum Schluss geben **Kurt Möller, Johanna Kohler und Kai Nolde** in einer Art Leitfaden wertvolle Hinweise für eine nachhaltige Demokratieförderung durch Weiterbildungsangebote im ländlichen Raum. Wichtig erachten sie hierbei nicht nur die einmalige Sensibilisierung der Akteur*innen vor Ort für spezifische Themen, sondern vor allem die Vermittlung von Kompetenzen, eine demokratische Kultur für (junge) Menschen dauerhaft erlebbar zu machen.

Das Team des IDZ wünscht erkenntnisreiche Lektüre!

Literatur

- Beetz,Stephan/Brauer, Kai/Neu, Claudia [Hrsg.] (2005): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Neu, Claudia (2014): Ländliche Räume und Daseinsvorsorge – Bürgerschaftliches Engagement und Selbstaktivierung. In Dünkel, Frieder/Herbst, Michael/Schlegel, Thomas [Hrsg.] Think Rural! Springer VS: Wiesbaden.
- Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens [Hrsg.] (2016): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, Springer: Heidelberg.
- Steinführer, Annett (2014): Bürger in der Verantwortung. Veränderte Akteursrollen in der Bereitstellung ländlicher Daseinsvorsorge, Raumforschung und Raumordnung, 73, 1, S. 5-16.



ZIVILGESELLSCHAFT & ENGAGEMENT



**„DER LÄNDLICHE
RAUM IST KEIN
ABGESCHOTTETES
BIOTOP.“**

Da! Gebliebene! – Alltagsarrangements in ländlichen Räumen

Vor dem Hintergrund medial produzierter Bilder über Bewohner_innen des ländlichen Raums beschäftigt sich der Beitrag damit, wie die Bewohner_innen selbst ihren Lebensentwurf zeichnen, welche Motive sie veranlassen, zu bleiben und wie sie ihren Alltag unter den ortsspezifischen Bedingungen arrangieren. Die abschließenden Thesen sind als work in progress aus aktuellen Forschungsarbeiten zu verstehen und sind explizit dafür gedacht, zu einer Diskussion anzuregen.

Einleitung

Das mediale Bild über *den* ländlichen Raum changiert aktuell in einem Spannungsfeld zwischen Romantisierung und Stigmatisierung. Einerseits wird eine neue Ländlichkeit konstatiert, in der ein idyllischer Sehnsuchtsort in einer sich mehr und mehr beschleunigenden Welt imaginiert wird. So gibt es eine Fülle an Zeitschriften und Magazinen, die einen äußerst positiven Blick zeigen, z. B. *Landlust*, *Landidee* oder *Walden*. Abgebildet werden „traditionelle und zeitgemäße Handwerkskunst“, „inspirierende Menschen“ und „traumhafte Gärten“ (Liebes Land 2018). Andererseits wird vor allem in (über-)regionalen Zeitungen ein düsteres Bild von ‚abgehängten‘ oder gar ‚sterbenden‘ Dörfern und Kleinstädten gezeichnet. Hier ist die Rede von Dörfern, denen „die Frauen davon [laufen]“ und Männer „Zoten und Pegida“ mögen (Süddeutsche 2017), man ist eben „Lost in Mecklenburg“ (TAZ 2013). Häufig sind diesen Artikeln Fotos von kargen Landschaften und heruntergekommener Bausubstanz beigelegt. Mitunter scheint es in der medialen Darstellung, als handle es sich um völlig gegensätzliche Räume des Ländlichen.

Das mediale Bild über den ländlichen Raum changiert aktuell in einem Spannungsfeld zwischen Romantisierung und Stigmatisierung.

Im Diskurs darüber, ob es sich nun in Städten oder auf dem Land besser leben lässt, bilden sich dementsprechend Argumentationsstränge heraus, die einerseits auf die Attraktivität von Landschaft, Ruhe und Rückzugsmöglichkeiten im Ländlichen rekurrieren sowie andererseits die Legitimität eines Lebens bzw. Bleibens in ‚der Provinz‘ herausfordern. Insbesondere die negativen Konnotationen werden oftmals auf die sogenannten ‚Einheimischen‘ übertragen, also jene Personen, die

schon immer in ländlichen Räumen leben und dort sesshaft sind. Vor dem Hintergrund eines tradierten Stadt-Land-Gegensatzes gelten sie „gemeinhin als ‚Modernisierungsverlierer‘, denen mangelnde Handlungskompetenz zugeschrieben wird“ (Speck et al. 2009: 153, H. v. i. O.). Die Frage nach Gehen oder Bleiben, spricht einem möglichen Wohnortwechsel, ist integraler Bestandteil des Lebenslaufs. Ausschlaggebend sind bestimmte biografische Gelegenheiten, wie die Phase nach der Schule. Verknüpft ist die Entscheidung wiederum mit strukturellen Bedingungen am Wohnort, bspw. Arbeitsplätzen, Kita oder Schule für die Kinder (Kalter 1997, Huinink/Kley 2008). Geht es um das Bleiben in ländlichen Räumen, werden vornehmlich junge Erwachsene im Zusammenhang mit der Berufswahlentscheidung in den Blick genommen. Hier wird das Verlassen des ländlichen Raums als ein gesellschaftlich akzeptierter Bestandteil einer Normalbiografie beschrieben (u. a. Schuhbarth/Speck 2009, Wochnik 2014, Schametat et al. 2017). Für Bleibewillige entsteht eine Art Abwanderungsdruck. Diejenigen, die sich dafür entscheiden, den ländlichen Raum nicht zu verlassen, müssen infolgedessen gute Argumente finden, um ihre Entscheidung zu rechtfertigen (Leibert/Wiest 2014, Speck et al. 2009, Merkel 2004). Im Kontext bisheriger empirischer Arbeiten wurde vereinzelt der Versuch unternommen, diejenigen Personen, die in „peripheren Regionen der neuen Bundesländer“ leben, zu typisieren. So kategorisieren Kröhnert und Klingholz die Gebliebenen als „Trotzige Macher“, „Verbitterte und Resignierte“ und „Genügsame Zurückbleiber“ (2007: 19ff.).

Die Frage nach Gehen oder Bleiben, spricht, einem möglichen Wohnortwechsel, ist integraler Bestandteil des Lebenslaufs.

Der vorliegende Beitrag geht dem Leben im ländlichen Raum am Beispiel von Mecklenburg-Vorpommern auf die Spur und fragt gebliebene Land-Bewohner_innen nach ihrem Alltagsarrangement und Lebensentwurf unter den ortsspezifischen Bedingungen. Unsere leitenden Forschungsfragen lauten:

1. Welche Motive und Lebensentwürfe sind ausschlaggebend für ein Leben auf dem Land?
2. Wie sieht das Alltagsarrangement unter den ortsspezifischen Möglichkeiten aus?

Datengrundlage und Forschungsansatz

Die Grundlage unserer Analyse bildet ein qualitativer Forschungsansatz.¹ Im Laufe des ersten Halbjahres 2018 wurden zwölf narrative Einzel- und Paarinterviews² geführt. Insgesamt umfasst die Stichprobe 15 Personen. Die Gesprächspartner_innen leben in ländlichen Räumen Mecklenburg-Vorpommerns. Die meisten wohnen sehr lange und einige bereits ihr ganzes Leben am

¹ Qualitative Sozialforschung erlaubt es nach dem Wie sozialer Phänomene zu fragen. So werden Thesen aus dem sozialen Feld heraus generiert und weniger überprüfend an dieses herangetragen.

² Die Interviews wurden im Rahmen der Dissertationsvorhaben der Autorinnen sowie dem Kooperationsseminar „Das Dorf – Studien im ländlichen Raum“ (A. Knabe/Universität Rostock und D. Kubiak/Humboldt Universität zu Berlin) geführt.

gleichen Ort.³ Das Alter der acht Männer und sieben Frauen liegt zwischen 32 und 74 Jahren. Darunter sind sowohl Personen mit hohem, mittlerem und niedrigem als auch ohne Bildungsabschluss. Die Gesprächspartner_innen verfügen teilweise über keine Ausbildung, überwiegend über eine Ausbildung im dualen System, einige haben einen (Fach-)Hochschulabschluss oder eine abgeschlossene Promotion. Niemand ist in der Landwirtschaft tätig.

Ländliche Räume werden in unserem Beitrag definiert auf der Basis der Typisierung des Thünen-Instituts für Ländliche Räume, Wald und Fischerei (Küpper 2016). Dabei spielt nicht nur die Siedlungsdichte eine Rolle, sondern u. a. auch der Anteil an land- und forstwirtschaftlichen Flächen, die Erreichbarkeit von großen Zentren und der Anteil an Ein- und Zweifamilienhäusern.

Ländliche Räume werden in unserem Beitrag definiert auf der Basis der Typisierung des Thünen-Instituts [...]. Dabei spielt auch der Anteil an land- und forstwirtschaftlichen Flächen, die Erreichbarkeit von großen Zentren und der Anteil an Ein- und Zweifamilienhäusern eine Rolle.

Für die wissenschaftliche Analyse wurden die geführten Gespräche zunächst transkribiert⁴ und mittels eines offenen Kodiervfahrens ausgewertet (Strauss 1991). In unserem Vorgehen steht die Themensetzung der Befragten im Vordergrund.

Bleibemotive und Alltagsarrangements

Bleibemotive und Lebensentwürfe

In den geführten Gesprächen finden sich ganz unterschiedliche Beweggründe der Gesprächspartner_innen, welche die Entscheidung im ländlichen Raum zu verbleiben maßgeblich beeinflussen. Daher gibt es zwar in den einzelnen Gesprächen Schwerpunkte, doch es ist vielmehr ein Bündel aus vielen Motiven, die einen Gradmesser für die subjektive Lebenszufriedenheit ausmachen. Der Wohnraum, insbesondere das Eigenheim und das dazugehörige großzügige Grundstück, ist ein relevanter Faktor, der oftmals in Verbindung mit der Schönheit und Eigenart der Landschaft vor Ort und dem unmittelbaren Zugang zur Natur thematisiert wird:

” *Na für mich, für uns, ist das Besondere, ich sag mal, ich finde unser Grundstück ganz toll. Erstmal weil's so riesengroß ist, das find ich gut und ja eine Grenze ist n bisschen Wassergrenze, der Bach und das find ich alles schön.* “
(Hannes, 74, Rentner)

Benannt wird weiterhin, dass dort bevorzugte (Freizeit-)Aktivitäten wie Gärtnern und Handwerk oder Eigenversorgung und Tierhaltung realisiert werden können. In diesem Zusammenhang wird

³ Der Fokus auf ‚Zugezogene‘ findet sich beispielsweise bei Rössel 2014 und Dirksmeier 2009.

⁴ Während des Transkribierens wurden alle Namen pseudonymisiert. Ortschaften werden aufgrund der geringen Bewohner_innenzahl und dem damit verbundenen hohen Identifikationsgrad nicht benannt.

auf die Möglichkeit verwiesen, auf dem eigenen Grundstück, im eigenen Haus, autonome Entscheidungen über deren Aus- und Umgestaltung, unabhängig von Vermieter_innen oder Nachbar_innen, zu treffen und umzusetzen. Dadurch erfahren die Gesprächspartner_innen ein hohes Maß an Selbstwirksamkeit („Selbstverwirklichung“):

” *Ich kann mich hier handwerklich äh austoben [...] Hochbeete baun, Fußböden verlegen, tapezieren, Wände einreißen, ne. Das sind so kleine Ausgleichssachen. Könnt ich in der Großstadt nich. (Ulrike, 34, Angestellte)* “

Interessanterweise wird in diesem Punkt die vermutete hohe soziale Kontrolle in dörflichen bzw. kleinstädtischen Siedlungsformen nur sehr beiläufig angeschnitten.

Nicht zuletzt erfordert die Erwerbstätigkeit einiger Befragter spezifische Räumlichkeiten wie eine Werkstatt oder ein Atelier, die im ländlichen Raum für vergleichsweise geringe Kosten gegenüber der Stadt verfügbar sind.

Hinzu kommen die Verbundenheit zum Ort, die verknüpften Erfahrungen und die Erinnerungen im Kontext der gesamten Lebensgeschichte. Diese beinhalten vor allem eine zeitliche Dimension: So sind es auf der einen Seite Erinnerungen aus Kindheitstagen, die in Verbindung mit dem ländlichen Raum stehen. Auf der anderen Seite definiert sich eine Verbundenheit durch einen Lebensentwurf, den es (noch) zu erfüllen gilt. Hier ist der zukünftige „Familienort“ (Christian, 34, Student).

” *Ich schaff mir ja auch dieses Reich oder versuch diese Häuser am Leben zu erhalten, weil ich möchte, dass das auch noch Generationen nach mir genießen könn. (Ulrike, 34, Angestellte)* “

Die Verbundenheit zum Ort resultiert zudem aus der Möglichkeit, hier die eigenen Ansprüche, Einstellungen und Werte realisieren zu können:

” *Also erstens ist es tatsächlich irgendwie so was wie ne politische Entscheidung zu sagen: [...] Ich will hier bei diesen Menschen wohnen so, bei denen die, tja ob man sie nun die einfachen Leute nennt, oder die Bildungsfernen, oder die was auch immer, sind sie ja auch nicht, da ist ja nicht homogen, auch die Dorfstruktur ist nicht homogen. (Eva, 40, Angestellte)* “

Ein weiteres Motiv ist das soziale Netzwerk, bestehend aus (alten) Freund_innen und Bekannten im Ort oder der näheren Umgebung. Auch die Familie spielt eine Rolle, insbesondere in Form einer intergenerationalen Solidarität, nämlich dann, wenn Familienmitglieder zu Pflegefällen werden und Unterstützung nötig wird. Darüber hinaus bieten das eigene Haus und der dazugehörige Hof die Voraussetzung, dass sich hier viele Familienmitglieder treffen, hier können Familien- und Erziehungskonzepte verwirklicht werden, hier entwickelt sich ein Gefühl, das Sicherheit, Konstanz und Gewohnheit beinhaltet: „Dieses Schutzgefühl, wie son kleiner Kokon um einen drum [...] egal wie man nach Hause kommt, es is immer einer da“ (Ulrike, 34, Angestellte). Insbesondere bei Familien

und Paarbeziehungen ist anzumerken, dass die Wahl des Wohnortes nicht nur auf individuellen Entscheidungen beruht, sondern auch in Aushandlungsprozessen entstehen.

Erwerbstätigkeit

In den von uns geführten Gesprächen wird die Phase der (Neu-)Orientierung und des Abgleichs möglicher und tatsächlicher (Ausbildungs-)Berufsmöglichkeiten hinsichtlich der Frage über das Gehen oder Bleiben thematisiert. Ausschlaggebend sind zweierlei Aspekte: Zum einen besteht häufig nicht die Möglichkeit, im Wunschberuf tätig zu werden, denn *„die kriecht man auch nicht hier vor Ort, weil die einfach nicht angeboten werden“* (Ulrike, 34, Angestellte). Zum anderen werden finanzielle Aspekte angesprochen. Doch auch diese Faktoren führen nicht zwangsläufig zu einem Fortzug, so resümiert eine Bewohnerin:

” *Ne, und im Endeffekt geht's doch nur darum, sein Leben zu gestalten, glücklich zu gestalten, ne? Und nich ums Geldverdienen, wer die Heimat verlässt, der geht nur, weil er Geld haben will. (Ulrike, 34, Angestellte)* “

Zum Zeitpunkt der geführten Gespräche geben die Bewohner_innen an, dass sie sich mit ihrem jeweiligen Erwerbsstatus arrangiert haben und kein Handlungsbedarf besteht, diesen zu ändern. Darüber hinaus sind einige der Befragten bereits im Ruhestand.

Versorgung und Mobilität

Um den eigenen Lebensentwurf unter den ortsspezifischen Gegebenheiten zu verwirklichen, bedarf es entsprechender Strategien, die mögliche Herausforderungen abfedern und dazu beitragen, die Lebenszufriedenheit positiv zu beeinflussen. In den Gesprächen wurde deutlich: Der Führerschein und ein eigenes Fahrzeug sind für den Alltag in ländlichen Regionen elementar. Der oftmals ausgedünnte öffentliche Personennahverkehr wird nur sehr wenig genutzt. Insbesondere im Kontext von Berufstätigkeit und Versorgungen des täglichen Bedarfs werden unflexible Fahrpläne sowie die lange Fahrdauer moniert. Das eigene Fahrzeug hingegen ermöglicht es, individuellen Mobilitätsanforderungen gerecht zu werden. Ein Gesprächspartner führt dazu aus: *„N Grund wär' zum Beispiel, wenn wir beide nicht mehr Auto fahren können. Denn erledigt sich das hier auf'm Dorf alles.“* (Hannes, 74, Rentner)

Um den eigenen Lebensentwurf unter den ortsspezifischen Gegebenheiten zu verwirklichen, bedarf es entsprechender Strategien, die mögliche Herausforderungen abfedern und dazu beitragen, die Lebenszufriedenheit positiv zu beeinflussen.

Für jene Personen, die einen weiten Weg zur Arbeitsstelle zurücklegen, besteht eine Strategie darin, alltägliche Fahrtwege mit anderen Verpflichtungen zu verbinden. So ist es für eine Gesprächspartnerin wichtig, dass Arzt_innen und Einkaufsmöglichkeiten auf dem direkten Arbeitsweg liegen, um den aufwendigen Pendelweg zu kompensieren. Generell wird die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs hauptsächlich im Kontext von Mobilität thematisiert. Da der Großteil der Gesprächspartner_innen andere Ortschaften gut mit dem eigenen Auto erreichen kann, wird dies

nicht als unüberwindbare Herausforderung dargestellt. Personen, die nicht mobil sind, werden auf der einen Seite durch einen wöchentlich durchfahrenden Lebensmittelwagen versorgt, auf der anderen Seite wird informelle Unterstützung von Freund_innen und Nachbar_innen geboten. Sofern es um spezielle Produkte geht, spielt an dieser Stelle für einige auch das Internet eine Rolle.

Zur Nutzung des Internets im ländlichen Raum lassen sich gegenläufige Deutungsmuster nachzeichnen. Eine Gesprächspartnerin berichtet, dass die ausreichende Internetversorgung eine hohe Relevanz für sie hat:

„
Ohne des würd' ich hier nicht leben [...] ich informiere mich fast über Alles über's Internet, ich buche Alles übers Internet, ich kaufe ein [...], wenn Sie bestimmte Vorstellungen haben, was Sie kaufen wollen, Sie kriegen's hier nicht. (Mechthild, 70, Rentnerin)
 “

Eine andere Gesprächspartnerin hebt die mangelnde Internetversorgung und den unzureichenden Handyempfang an ihrem Wohnort als positiv hervor: „*ich freue mich über das Funkloch*“ (Heidemarie, 62, selbstständig). In ihrem Lebensentwurf stehen Ruhe und die Verbundenheit zur Natur im Vordergrund.

Freizeit und Engagement

Freizeitgestaltung und Engagement sind, wie andernorts auch, mit der Motivation verbunden, eigene Vorlieben und Interessen zu verfolgen, sowie – ein in vielen Gesprächen sehr bedeutender Punkt – soziale Kontakte zu pflegen (Tabelle 1).

in Wohnraum und Garten	lesen // Musik hören // Gedichte schreiben // werkeln auf dem Hof und im Garten
in der Natur	fotografieren // spazieren gehen // schwimmen // Schlittschuh laufen
im Ort	Feste erleben bzw. organisieren // im Kirchen- und Reitverein aktiv sein // Frauen-Gymnastik-Gruppe // Chor // Konzerte im Dorf organisieren und erleben // Bildervorträge halten // öffentlichen Garten betreiben
außerhalb des Ortes	Ausflüge zu kulturellen Angeboten unternehmen, z. B. Theater, Kino, Konzerte, Denkmäler // Freund_innen und Verwandte besuchen

Tabelle 1: Freizeitaktivitäten und Engagement

Insgesamt sind die Gesprächspartner_innen mit den Angeboten ihrer jeweiligen Wohnorte zufrieden, auch wenn sie sich zum Teil nicht aktiv daran beteiligen. Als besonders positiv wird hervorgehoben, dass diese altersdurchmisch und kostenlos sind.

Kulturelle und soziale Aktivitäten müssen nicht zwangsweise vor Ort stattfinden, da oftmals Angebote wie Theaterveranstaltungen, Konzerte oder Kino in den nächstgelegenen größeren Städten genutzt werden. Die Freizeitgestaltung außerhalb des Wohnorts unterstreicht nochmals die engen Verflechtungen von Land und Stadt, die nicht hermetisch voneinander abgeriegelt existieren.

Hierfür ist jedoch die individuelle Mobilität elementare Grundvoraussetzung. Eine Rentnerin, die selbst nicht mehr Autofahren kann, bewertet die Situation daher auch anders:

“
Hier ist ja nich nichts weiter. Hier ist der Verein und Gott sei Dank ist der da. Der Verein, der ist das kulturelle Leben eben bisschen, nicht? Und die Menschen kommen zusammen, nicht? (Friedegard, k. A., Rentnerin)
 ”

Soziale und zivilgesellschaftliche Strukturen werden in ländlichen Räumen maßgeblich von bürgerschaftlichem Engagement getragen. In den betrachteten Ortschaften sind Freiwillige in Dorf-, Kirchen- und Sportvereinen aktiv. Versammlungen oder Feste bieten Anlässe, um konkrete Anliegen oder Probleme anzusprechen, zu diskutieren und Lösungen zu initiieren. In einem Ort wird beispielsweise die Erneuerung eines maroden Badestegs zum Anlass für Partizipation:

“
Der alte [Badesteg] war gammelig und dann war so 'ne scheußliche Idee, da so'n Ponton-Ding machen und das will keiner von uns. [...] Und ja, da setzen sich jetzt 'n paar sehr ein, dass wir da wieder 'n schönen Holzsteg bekommen. (Mechthild, 70, Rentnerin)
 ”

An diesem Beispiel zeigt sich, wie eine Öffentlichkeit vor Ort entsteht, die sowohl Demokratie⁵ auf lokaler Ebene erleb- und mitgestaltbar macht als auch Solidarität in den Vordergrund stellt. Aus unseren Gesprächen geht hervor: Freiräume für eigene Ideen und Initiativen sind vielerorts potenziell gegeben: „*Ich glaube, wenn ich mehr wollte, dann würde ich mich auch mehr einbringen*“ (Heidemarie, 62, selbstständig). Zugleich wird deutlich, dass auf Engagement und Eigeninitiative beruhende Strukturen einerseits ein hohes Maß an Freiraum ermöglichen und andererseits sehr fragil sind. Der Möglichkeit, den Wohnort nach eigenen Vorstellungen mit Leben zu füllen, steht mit Blick auf die Dimensionen sozialer Ungleichheit die Frage gegenüber: Wer hat welche zeitlichen, finanziellen und kulturellen Ressourcen zur Verfügung, um sich wie zu engagieren? Diesbezüglich weist Claudia Neu auf den Aspekt des Rückzugs des Wohlfahrtsstaates aus der Fläche hin:

“
Gerade in ländlichen Räumen wird gerne an die ‚ureigenen Kräfte‘ wie Nachbarschaftshilfe und bürgerschaftliches Engagement appelliert, um die Bürger auf ihre neuen ‚Aufgaben‘, wie etwa die Unterstützung von pflegebedürftigen Nachbarn, vorzubereiten. Die heimeligen Begriffe ‚Nachbarschaftshilfe‘, ‚Solidarität‘ und ‚Gemeinschaft‘ verschleiern aber letztlich nur, dass die Kosten für die wegbrechenden sozialen und kulturellen Daseinsvorsorgeleistungen mehr und mehr privatisiert werden, während die Anforderungen an die individuellen Bewältigungskompetenzen steigen. (Neu 2016: 8)
 ”

⁵ Analysen zur demokratischen Kultur vor Ort erfordern es, den jeweils spezifischen Kontext der Regionen wie die sozioökonomische Lage, die politische Kultur sowie demokratische und antidemokratische Angebotsstrukturen zu berücksichtigen. In unseren Interviews bildete dies keinen von uns gesetzten Schwerpunkt, jedoch findet sich das Thema in den Alltagsschilderungen sehr oft wieder. Beispiele für umfängliche Lokalanalysen: Buchstein/ Heinrich 2010 (Ländliche Räume in Mecklenburg-Vorpommern); Quent/Schulz 2015 (Mittelstädte in Thüringen).

Das bedeutet gleichzeitig, dass es in Ortschaften, in denen sich Engagierte für benötigte Alltagserfordernisse nur schwer oder gar nicht finden lassen, kaum möglich ist, gleichwertige Lebensverhältnisse aufrechtzuerhalten – ein ‚Abgehängt-Sein‘ nimmt dann deutliche Ausformungen an. Die derzeit geförderten und häufig zunächst nur temporär finanziell abgesicherten Modellprojekte zur Entwicklung ländlicher Räume vermögen kurzzeitig Abhilfe zu schaffen, jedoch sind in solchen Fällen dauerhafte Unterstützungsstrukturen unerlässlich.

Fazit

Zusammenfassend lassen sich aus unserer bisherigen Analyse folgende Thesen zu Bleibemotiven und Lebensentwürfen sowie Alltagsarrangements von Bewohner_innen ländlicher Räume ableiten:

- Motive zum Verbleiben im ländlichen Raum sind mehrdimensional und abhängig vom jeweiligen Lebensentwurf und der aktuellen Lebenssituation.
- Relevante Aspekte für das Leben in ländlichen Räumen sind das eigene Haus und Hof, die Verbundenheit zum Ort sowie das soziale Netzwerk.
- Ortspezifische Gelegenheitsstrukturen werden abhängig von Lebensentwurf und -situation bewertet. Sofern sich diese als mangelhaft darstellen, werden Handlungsstrategien entwickelt, um sich entlang der eigenen Vorstellungen im Alltag zu arrangieren.
- Mobilität wird insbesondere vor dem Hintergrund infrastruktureller Defizite als essenziell dargestellt, daher sind Fahrzeug, Führerschein oder informelle Unterstützung von Freund_innen und Nachbar_innen unabdingbar.
- Die Verfügbarkeit von Internet und Handyempfang wird nicht per se als unzureichend bewertet.
- Entsprechend der eigenen Präferenzen werden die Freizeitmöglichkeiten vor Ort als ausreichend wahrgenommen bzw. ist die Bereitschaft vorhanden, spezifischen Vorlieben auch anderenorts nachzugehen und dafür Fahrweg zurückzulegen.
- Freiwilliges Engagement trägt soziale und zivilgesellschaftliche Strukturen. Vor allem Vereine und Initiativen bieten über die inhaltlichen Schwerpunkte hinaus Anlässe sich zu treffen, zu kommunizieren sowie Unterstützungsbedarfe und -angebote auszuloten.
- Die Frage über das Gehen oder Bleiben ist immanenter Bestandteil der vorliegenden Erzählungen, in denen sowohl Bleibeorientierungen als auch Abwanderungsneigungen thematisiert werden.
- Ein Wechsel des Wohnorts wird in Betracht gezogen, wenn die Bedürfnisse in der aktuellen Lebenssituation mit vorhandenen Ressourcen nicht mehr unter den ortsspezifischen Möglichkeiten erfüllt werden können und wenn eine Verschiebung von Wohnpräferenzen im Lebensverlauf, unabhängig von vorhandenen Ressourcen, stattfindet.
- Der ländliche Raum ist kein abgeschottetes Biotop. Die Verwobenheit von Stadt und Land zeigt sich vielfältig in den Alltagsarrangements der Gesprächspartner_innen.

Zur Reflexion der Ergebnisse sind folgende Aspekte zu berücksichtigen: (1) Gängige Differenzierungslinien zur Analyse von Lebensverhältnissen wie Stadt/Land oder Ost/West wurden in den

Interviews zwar seitens Gesprächspartner_innen aufgegriffen, bilden in unserer Analyse allerdings keine Vergleichskategorien, da keine entsprechenden Interviews vorliegen. (2) Nicht nur diejenigen Personen, die schon lange oder bereits seit jeher im ländlichen Raum wohnen, prägen die Lebenssituation vor Ort, sondern auch ‚Zugezogene‘ oder multilokal Lebende – diese wurden in unserem Sample nicht berücksichtigt. (3) Jugendliche und junge Erwachsene sind als Gesprächspartner_innen nicht vertreten, dafür viele Rentner_innen. Dies spiegelt in einigen der Ortschaften die tatsächliche Bewohner_innenstruktur wider. Jedoch sehen wir hier eine mögliche Ursache dafür, dass in unseren Gesprächen der eingangs erwähnte Abwanderungsdruck, den ländlichen Raum bei einer sich bietenden Möglichkeit zu verlassen, nicht beschrieben wird.

Festzuhalten ist: Wie in der medialen Darstellung aufgegriffen, finden sich im ländlichen Raum ebenso prosperierende Gemeinden wie zusehends peripherisierte Dörfer und Kleinstädte, die jedoch nicht nur in diesen Idealtypen existieren. Um ein umfassendes Bild der Chancen und Problemlagen ländlicher Lebensverhältnisse und der damit verbundenen Handlungs- und Partizipationsmöglichkeiten zu erhalten, benötigt es Analysen, die neben strukturellen Gegebenheiten auch die Lebensrealitäten der Menschen vor Ort berücksichtigen.

Zudem ist es Aufgabe der medialen sowie wissenschaftlichen Debatte, einen sachlich-differenzierten Diskurs zu führen, um stereotypen Etikettierungen entgegenzuwirken, denn: Es gibt nicht *die* spezifische Lebensweise in *dem* ländlichen Raum!

Um ein umfassendes Bild der Chancen und Problemlagen ländlicher Lebensverhältnisse und der damit verbundenen Handlungs- und Partizipationsmöglichkeiten zu erhalten, benötigt es Analysen, die auch die Lebensrealitäten der Menschen vor Ort berücksichtigen.

Melanie Rühmling, M. A. Bildungswissenschaft, ist Doktorandin am Institut für Soziologie und Demographie der Universität Rostock und Stipendiatin der Landesexzellenzinitiative THEORIA Kurt von Fritz-Wissenschaftsprogramm. Sie ist Gastwissenschaftlerin am Johann Heinrich von Thünen-Institut – Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei in Braunschweig; Dissertationsvorhaben: „Bleiben in ländlichen Räumen“ (Arbeitstitel).

Sara Schiemann, M. A. Soziologie, ist Doktorandin am Institut für Soziologie und Demographie der Universität Rostock und Stipendiatin der Landesexzellenzinitiative THEORIA Kurt von Fritz-Wissenschaftsprogramm. Sie ist Gastwissenschaftlerin am Johann Heinrich von Thünen-Institut – Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei in Braunschweig; Dissertationsvorhaben: „Leben in der Kleinstadt“ (Arbeitstitel).

Literatur

- Buchstein, Hubertus/Heinrich, Gudrun [Hrsg.] (2010): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Wochenschau Verlag: Schwalbach.
- Dirksmeier, Peter (2009): Urbanität als Habitus. Zur Sozialgeographie städtischen Lebens auf dem Land. Transcript: Bielefeld.
- Huinink, Johannes/Kley, Stefanie (2008): Regionaler Kontext und Migrationsentscheidung im Lebenslauf. In: Kalter, Frank [Hrsg.]: Migration und Integration. Westdeutscher Verlag: Opladen. S. 162–184.
- Kalter, Frank (1997): Wohnortwechsel in Deutschland. Ein Beitrag zur Migrationstheorie und zur empirischen Anwendung von Rational-Choice-Modellen. Leske + Budrich: Opladen.
- Keller, Gabriele M. (2013): Lost in Mecklenburg. Die Bürgerzeitung "Die Aufmacher" will Menschen aus sozial schwachen Vierteln eine Stimme geben. Online: Dokument: <http://www.taz.de/490088/> [11.03.2019].
- Kröhnert, Steffen/Klingholz, Reiner (2007): Not am Mann. Von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Lebenslagen junger Erwachsener in wirtschaftlichen Abstiegsregionen der neuen Bundesländer. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Berlin.
- Küpper, Patrick (2016): Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. Thünen Working Paper 68. Thünen-Institut für Ländliche Räume: Braunschweig.
- Leibert, Tim/Wiest, Karin (2014): Abwandern, Zurückkehren, Bleiben? Wanderungsentscheidungen junger Frauen in strukturschwachen ländlichen Räumen: Sachsen-Anhalt im Fokus. In: Larcher, Manuela/Oedl-Wieser, Theresia/Schmitt, Mathilde/Seiser, Gertraud [Hrsg.]: Frauen am Land. Potentiale und Perspektiven. Studien Verlag: Innsbruck. S. 27–41.
- Liebes Land (2018): Willkommen bei Liebes Land!. Online: <http://www.liebes-land.de/> [23.11.2018].
- Merkel, Ina (2004): Hiergeblieben! Jugend in Pensionopolis. In: Berliner Debatte Initial 15, Heft 4, S. 56–63.
- Neu, Claudia (2016): Neue Ländlichkeit. Eine kritische Betrachtung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 66, Heft 46-47, S. 4–9.
- Niemann, Julia (2017): Heimat, die ich meine. In: Süddeutsche Zeitung, 15.07.2017, Nr. 161, S. 19.
- Quent, Matthias/Schulz, Peter (2015): Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Springer VS: Wiesbaden.
- Rössel, Julia (2014): Unterwegs zum guten Leben? Raumproduktionen durch Zugezogene in der Uckermark. Transcript: Bielefeld.
- Schametat, Jan/Schenk, Sascha/Engel, Alexandra (2017): Was sie hält. Regionale Bindung von Jugendlichen im ländlichen Raum. Beltz Juventa: Weinheim, Basel.
- Schubarth, Wilfried/Speck, Karsten (2009): Regionale Abwanderung Jugendlicher. Theoretische Analysen, empirische Befunde und politische Gegenstrategien. Juventa-Verlag: Weinheim.
- Speck, Karsten/Schubarth, Wilfried/Pilarczyk, Ulrike (2009): Biografische Analysen zu "Gehen oder Bleiben" bei Jugendlichen. Qualitative Studien in peripheren Regionen Brandenburgs. In: Wilfried Schubarth/Karsten Speck [Hrsg.]: Regionale Abwanderung Jugendlicher. Theoretische Analysen, empirische Befunde und politische Gegenstrategien. Juventa-Verlag: Weinheim. S. 153-171.
- Strauss, Anselm L. (1991): Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung. Fink: München.
- Wochnik, Markus (2014): Aufbruch in dieselbe Welt. Bleibestrategien von Jugendlichen im ländlichen Raum. Tectum Wissenschaftsverlag: Marburg.



**„SOZIALE
STRUKTUREN
WERDEN IN
LÄNDLICHEN
RÄUMEN
MASSGEBLICH
VON BÜRGER-
SCHAFTLICHEM
ENGAGEMENT
GETRAGEN.“**



Projektvorstellung

Engagement belebt das Land – wie das BBE dabei unterstützen kann

Wer sich engagiert, der bleibt. Das gilt besonders in Hinblick auf ländliche Räume, die sich in einem anhaltenden Umbruch befinden. Weil Angebote für Kultur, Freizeit und Bildung auf dem Land weniger ausgebaut sind, hat Engagement für die Gesellschaft hier einen besonderen Stellenwert. Ob Sportverein, freiwillige Feuerwehr oder Laientheater: Wo Menschen aktiv werden, soziales Miteinander fördern und gemeinsam anpacken, entsteht Sinn, wächst gesellschaftlicher Zusammenhalt und die Demokratie wird gestärkt. Denn ein demokratisches Zusammenleben bedingt die Beteiligung und das Engagement der Bürger*innen für ihre Mitmenschen und ihr Lebensumfeld. Nur wenn sich möglichst viele beteiligen (können), bleiben Gemeinwesen und Regionen lebendig und vielfältig, inklusiv und attraktiv. Um diese Perspektive zu stärken und alte und neue Akteur*innen zu vernetzen und zu unterstützen, gibt es im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement einen eigenen Arbeitsbereich.

Der BBE-Arbeitsbereich „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“

Mit dem Arbeitsbereich „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“, gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, wirken wir seit März 2015 darauf hin, engagierte Akteur*innen und Organisationen gezielt in Austausch zu bringen, Kooperationen anzubahnen und weiterzuentwickeln.

Vernetzung findet an den Schnittstellen der Themenfelder Engagementförderung – Demokratiestärkung – ländliche Entwicklung statt. Gerade in Flächenregionen ist die Anzahl an (überregionalen) Akteur*innen zu diesen Themen gering. Eigentlich ähnliche Visionen und Ziele einer aktiven demokratischen Bürger*innengesellschaft werden von unterschiedlichen Prioritäten, Instrumenten, Sprachwelten und Sichtweisen überlagert. Ein zentrales Format des Arbeitsbereiches sind daher Fachwerkstattreihen, um unterschiedliche Menschen und Gruppen längerfristig themenbezogen in den Austausch zu bringen. Hierzu gehören derzeit eine Reihe mit Engagement fördernden Infrastrukturen – Freiwilligenagenturen und -zentren, Senior*innenbüros, Selbsthilfekontaktstellen, Mehrgenerationenhäusern und Bürgerstiftungen – sowie Partnerschaften für Demokratie, die

Wo Menschen aktiv werden, soziales Miteinander fördern und gemeinsam anpacken, entsteht Sinn, wächst gesellschaftlicher Zusammenhalt und die Demokratie wird gestärkt.

gemeinsam zu gelingenden Konzepten für ländliche Regionen arbeiten, ebenso wie eine Reihe zur Vernetzung von Partnerschaften für Demokratie mit dem LEADER-Regionalmanagement. Dabei geht es um die Verzahnung der beiden Strukturen vor Ort: Das setzt ein besseres gegenseitiges Verständnis und die Schärfung gemeinsamer Themen voraus. Die dritte Fachwerkstatt-Reihe widmete sich dem „Zusammenleben vor Ort“ und brachte kommunale Verantwortungsträger*innen, Akteur*innen aus Regionalentwicklung und Demokratiestärkung zusammen, um Gelingensbedingungen kommunaler Engagementförderung in ländlichen Räumen herauszuarbeiten. Einblicke in alle Fachwerkstattreihen gibt es auf www.laendlicher-raum.info/spezial.

Tue Gutes und sprich darüber!


Überall auf dem Land setzen engagierte Menschen inspirierende und wirksame Vorhaben um, die es verdienen, überregional sichtbar gemacht zu werden. Diesen Wissenstransfer unterstützen wir mit unseren Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit. Unsere Publikationen und Materialien stellen gelungene Projekte, hilfreiche praxiserprobte Konzepte und Tipps vor und empfehlen diese zur Nachahmung.

Überall auf dem Land setzen engagierte Menschen inspirierende und wirksame Vorhaben um, die es verdienen, überregional sichtbar gemacht zu werden. Diesen Wissenstransfer unterstützen wir mit unseren Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit.

Alle Publikationen sowie viele weitere Praxisbeispiele, Hinweise auf aktuelle und vergangene Veranstaltungen und mehr bietet unser Internetportal www.laendlicher-raum.info. Gern stellen wir hier auch Ihr Projekt vor!

Gemeinsam für inklusive und offene ländliche Regionen

Wir sind fest davon überzeugt: Die Vernetzung unterschiedlicher Akteur*innen, die vor Ort und in den Regionen wirken, bringt uns voran! Engagement, ein demokratisches Miteinander und die Entwicklung ländlicher Räume sind nicht voneinander zu trennen. Wenn Menschen aus verschiedenen Bereichen sich mit ihrer spezifischen Expertise und ihren Ressourcen einbringen, kann das ungeahnte Potenziale in Gemeinden, Kommunen und Landkreisen erschließen.



BBE Geschäftsstelle gGmbH | Team Demokratiestärkung im ländlichen Raum

Michaelkirchstr. 17/18 | 10179 Berlin
Website: <https://www.b-b-e.de>
E-Mail: elisabeth.schoenrock@b-b-e.de



**„BÜRGER-
SCHAFTLICHES
ENGAGEMENT IST
EIN WICHTIGES
ELEMENT, UM
DEMOKRATISCHE
UND SOZIALE
STRUKTUREN ZU
SCHAFFEN UND ZU
STÄRKEN.“**

Integration durch bürgerschaftliches Engagement

Eine qualitative Untersuchung engagierter Geflüchteter in ländlichen und städtischen Regionen Sachsens

Die Untersuchung des bürgerschaftlichen Engagements von Geflüchteten in Sachsen ist Teil eines durch das Sächsische Staatsministerium für Gleichstellung und Integration geförderten Projektes (2018-2020). Dessen Projektträger, der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Landesverband Sachsen, ist bereits seit seiner Gründung 1996 Träger von Freiwilligendiensten. Als Mitgliederverband ist der AWO Landesverband daran interessiert, Geflüchtete als Mitglieder oder aktive Engagierte zu gewinnen. Aus diesem Grund hat er sich im Rahmen des Projektes zum Ziel gesetzt, geflüchtete Menschen mittels bürgerschaftlichen Engagements in die sächsische Gesellschaft zu integrieren und ihnen neue Perspektiven für eine aktive Partizipation am gesellschaftlichen Leben zu eröffnen.

Hintergrund

Mit dem Bericht der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages 2002 über die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements (BE) und dessen Funktion für die Zivilgesellschaft rückte dieses vermehrt in das Forschungsinteresse. Unter BE werden nicht nur traditionelle, d. h. freiwillige, gemeinwohlorientierte und nicht auf den materiellen Gewinn ausgerichtete Formen des Engagements verstanden (vgl. Enquête-Kommission 2002, Olk/Hartnuß 2011, Stricker 2007). Es handelt sich dabei um einen Sammelbegriff, der immer häufiger andere Formen des Engagements mitberücksichtigt (Hartnuß 2018: 20). Diese sind meist vielfältiger, zeitlich begrenzt und wie das Format der Freiwilligendienste

Mit der normativen Ausrichtung des Begriffs auf die Gemeinwohlverantwortung der Bürger- bzw. Zivilgesellschaft in Bezug auf die verschiedenen Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten bietet bürgerschaftliches Engagement Raum für Selbstbestimmung und -organisation.

tätigkeits- und ausbildungsorientiert (Stricker 2007: 31). Mit der normativen Ausrichtung des Begriffs auf die Gemeinwohlverantwortung der Bürger- bzw. Zivilgesellschaft in Bezug auf die verschiedenen Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten bietet BE zudem Raum für Selbstbestimmung und -organisation und ist somit ein wichtiges Element, um demokratische und soziale Strukturen zu schaffen und zu stärken (Enquête-Kommission 2002: 25, Hartnuß 2018: 20).

Seit Sommer 2015 lässt sich in Deutschland eine Mobilisierung der Zivilgesellschaft in Form von Projekten und Initiativen beobachten, die sich intensiv mit den Herausforderungen der Zuwanderung von Geflüchteten¹ auseinandersetzen (Schiffauer et al. 2017: 13). In der Flüchtlingssozialarbeit zeigte sich, dass viele Einrichtungen auch auf die Unterstützung von Personen mit eigener Fluchterfahrung angewiesen waren (Knüvener/Kemnitzer 2016: 8). Jedoch gibt es bislang nur wenige Erkenntnisse über das BE von Geflüchteten in Deutschland und wie sich dieses auf die gesellschaftliche Teilhabe der Engagierten auswirkt (Turac 2017: 39).

Die AWO in Sachsen geht davon aus, dass sich die gesellschaftliche Teilhabe von Personen verbessert, wenn sie die Chance bekommen, sich für andere Menschen zu engagieren.

Die AWO in Sachsen geht davon aus, dass sich die gesellschaftliche Teilhabe von Personen verbessert, wenn sie die Chance bekommen, sich für andere Menschen zu engagieren. Mit der Entwicklung und Umsetzung des Sonderformats des Bundesfreiwilligendienstes mit Flüchtlingsbezug² wurde ein erster Schritt getan, der die Bedeutung der Teilhabe Geflüchteter am zivilgesellschaftlichen Leben erkannt, ermöglicht und gefördert hat. Somit liegt der Fokus der Untersuchung nicht auf dem Engagement für Geflüchtete, sondern auf dem Engagement von Geflüchteten. Mit der Umsetzung des Projektes verband sich zudem das Ziel, Geflüchtete als Zielgruppe für BE zu erschließen und darüber als (aktive) Mitglieder zu gewinnen.

Was bedeutet Integration in modernen heterogenen Gesellschaften?

Aufgrund zunehmender funktionaler und sozialer Differenzierungsprozesse wird die Frage nach der generellen Machbarkeit von Integration in differenzierten Gesellschaften laut (Friedrichs/Jagodzinski 1999: 11). Bislang gibt es jedoch kaum theoretische Ansätze, wie dauerhafte Integration in heterogenen Gesellschaften gestaltet werden kann (Vortkamp 2008: 62). Die meisten klassischen Ansätze folgen der Annahme der Anpassung Zugewanderter an eine homogene Mehrheitsgesellschaft (Assimilation) und sind damit aus wissenschaftlicher und vor allem (gesellschafts-)politischer Sicht defizitär (Hans 2016: 35ff.). Ein empirisch-analytisches Begriffsverständnis erlaubt es, der Frage nachzugehen, ob Assimilation als notwendige Bedingung für Integration angesehen werden kann oder inwiefern neue Konzepte herangezogen werden müssen (ebd.). Eine moderne

¹ Als geflüchtete Personen werden alle diejenigen zusammengefasst, die als Schutzsuchende nach Deutschland gekommen sind. Der juristische Aufenthaltsstatus ist in diesem Beitrag nicht von Belang.

² Das Sonderprogramm trat am 20.12.2015 in Kraft und war bis zum 31.12.2018 befristet. Eine wissenschaftliche Evaluation wurde nicht durchgeführt (Deutscher Bundestag 2018: 35).

Gesellschaftsanalyse beruht auf einer Wertschätzung von Diversität, der Herausbildung eigener Identitäten und der Anerkennung kultureller Unterschiede (vgl. Yildiz 2015).

Integration durch bürgerschaftliches Engagement?

Integration durch BE kann als ein hierarchisch gegliederter Prozess verstanden werden, bei dem sich Individuen in bestimmte Gruppen (z. B. Organisationen, Verbände, Vereine) integrieren, die wiederum integrierte Bestandteile der Gesellschaft sind. Der erste Teilprozess wird als Sozialintegration, der zweite als Systemintegration bezeichnet (Hans 2016: 25, Vorkamp 2008: 76f.).

Ob sich jemand engagiert oder nicht, ist dann wiederum von verschiedenen soziodemografischen und ökonomischen Faktoren (z. B. Alter, Bildung, Einkommen) sowie persönlichen Erfahrungen abhängig. Dabei unterscheiden sich Menschen mit und ohne Migrationserfahrung kaum. Die Bereitschaft zum Engagement ist bei Migrant_innen sogar höher als bei Deutschen ohne Migrationshintergrund (Vogel et al. 2017: 601). Eine eigene Migrations- bzw. Fluchterfahrung ist jedoch fast immer mit einem Statusverlust infolge des Abbruchs oder der Entwertung von Bildungs- und Berufskarrieren verbunden (Oswald 2006: 213). Umso bedeutender ist die Rolle von BE, das als Produzent von Sozial- und Humankapital gilt (vgl. Hartnuß 2018, Huth 2011, Stricker 2007).

Aus der Migrationsforschung ist bekannt, dass sich das Ausmaß der Integration von Zugewanderten und deren Engagement wechselseitig bedingen.

Die integrative Wirkung von BE kann aus zwei Perspektiven betrachtet werden. Aus Sicht der Geflüchteten hat BE die oben beschriebenen Effekte. Aus Sicht der Kommunen erfüllt es zwei integrationsfördernde Aufgaben. Zum einen wird die komplexe Aufgabe der Ermöglichung von Teilhabe durch die vielfältigen Möglichkeiten zum Engagement auf mehrere gesellschaftliche Bereiche verteilt. Zum anderen können durch gemeinsame Aktivitäten bestehende Vorbehalte und Vorurteile der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Geflüchteten (und umgekehrt) abgebaut und gegenseitiges Verständnis gefördert werden (Reinhold 2015: 31). Aus der Migrationsforschung ist bekannt, dass sich das Ausmaß der Integration von Zugewanderten und deren Engagement wechselseitig bedingen (vgl. Huth 2011). So ist davon auszugehen, dass eine Integration über BE nur stufenweise erfolgen kann und ein Mindestmaß an Integration voraussetzt.

Integrationspotenziale ländlicher Räume

Laut Deutschem Freiwilligensurvey 2014, der Personenbefragung zum BE, engagieren sich Menschen in ländlichen Räumen und in den alten Bundesländern³ anteilig häufiger. Das wirkt sich positiv auf die soziale Integration aus. Der Anteil Engagierter ist in Großstädten (39 %) am geringsten und in ländlichen Kreisen mit Verdichtungsansätzen (46 %) am größten. Städtische Räume stellen zwar ein höheres Angebot von Aktivitäten bereit, diese stehen allerdings in einem stärkeren Konkurrenzverhältnis (Hameister/Tesch-Römer 2017: 549ff.). Die Ergebnisse des ZiviZ-Survey (Zivilgesellschaft

³ Die Engagementquote in den neuen Bundesländern liegt bei 38,5 %, in den alten Bundesländern bei 44,8 % (Kausmann/Simonson 2017: 573).

in Zahlen), einer Organisationenbefragung zum BE, verzeichnen jedoch einen stetigen Rückgang der Mitgliederzahlen und Engagierten in ländlichen Räumen, während in Großstädten ein gegenläufiger Trend erkennbar ist (Priemer et al. 2017: 35f.). Der Integrationsvorteil großstädtischer Organisationen liegt in der stärkeren kulturellen Diversität ihrer freiwillig Engagierten und Mitglieder. Allerdings stellen Ohliger und Kolleginnen (2017) in ihrer Bedarfsanalyse fest: Im ländlichen Raum leben nicht nur weniger Migrant_innen, sondern diese Räume sind auch weniger durch Arbeitsmigration als durch staatlich regulierte Zuwanderung von Fluchtmigrant_innen gekennzeichnet. Folglich gibt es dort wenig Engagement von bereits integrierten Migrant_innen, welches eine ‚Brückenfunktion‘ für die Integration von Geflüchteten erfüllen könnte (ebd.: 5). Aus einer Untersuchung zur Aufnahme und Integration von Geflüchteten in ländliche Räume geht hervor, dass kleine Gemeinden über schlechtere Ausgangsbedingungen verfügen als beispielsweise Kommunen mit mittelzentraler Funktion. So weisen Kommunen mit einem adäquaten Bildungs- und Arbeitsplatzangebot, einer besseren Infrastruktur und Erreichbarkeit sowie einer koordinierten Integrationspolitik bessere Integrationspotenziale auf (Mehl 2017: 23). Die Sozialräume ländlicher Gemeinden sind im Vergleich stärker durch soziale Kontrolle und eine höhere Ablehnung von Fremden gekennzeichnet. Dadurch ist das Meinungsklima gegenüber Geflüchteten im ländlichen Raum noch stärker davon abhängig, inwieweit lokale Politiker_innen und angesehene Akteur_innen der Zivilgesellschaft den Geflüchteten zu- oder abgeneigt gegenüberstehen (Glorius 2017: 93ff.).

Bürgerschaftliches Engagement von Geflüchteten

Ein Ehrenamt ist für Geflüchtete vor allem dann interessant, wenn dadurch das Gefühl vermittelt wird, etwas Sinnstiftendes zu tun, mit anderen Menschen in Kontakt zu treten und diesen helfen zu können. Dabei ist der Reziprozitätsgedanke stark ausgeprägt. Für die soziale Integration spielen persönliche Kontakte zur Aufnahmegesellschaft eine entscheidende Rolle (vgl. Speth 2018, Vorkamp 2008). Geflüchtete können sich durch ein Engagement als wertgeschätzten Teil einer Gesellschaft fühlen (Börsting 2017: 83ff.). Neben dem Erwerb der deutschen Sprache, von (Alltags-)Wissen und tätigkeitsbezogenen Fertigkeiten und Erfahrungen können sie sich Kompetenzen hinsichtlich kultureller Konventionen aneignen, welche sie später beispielsweise im Erwerbsleben anwenden können (vgl. Reinhold 2015, Stiehr/Stiehr 2016, Speth 2018). Vergleichsweise wenig Aufschluss bietet der Forschungsstand über die Schwierigkeiten und Herausforderungen, mit denen Geflüchtete und Einsatzrichtungen konfrontiert werden. Börsting beschreibt hier die falsche Wahrnehmung des Engagements als Erwerbstätigkeit, was oft einhergeht mit Enttäuschung oder dem Gefühl, ausgenutzt zu werden (2017: 84f.).

Ein Ehrenamt ist für Geflüchtete vor allem dann interessant, wenn dadurch das Gefühl vermittelt wird, etwas Sinnstiftendes zu tun, mit anderen Menschen in Kontakt zu treten und diesen helfen zu können.

Informationen zur Studie

Die Studie des AWO Landesverbandes Sachsen geht der Frage nach, was Menschen mit Fluchterfahrung dazu bewegt, sich bürgerschaftlich zu engagieren und welche Perspektiven sich dadurch für sie

und für Trägerorganisationen in Sachsen ergeben. Da die Voraussetzungen und Wirkungen von BE von Geflüchteten bislang kaum erforscht sind, stehen zum einen die Motive sowie die Herausforderungen im Fokus der Untersuchung. Zum anderen werden die positiven und negativen Effekte in der Zusammenarbeit von Geflüchteten und Aufnahmegesellschaft untersucht.

Dabei interessiert auch, ob sich Unterschiede in Abhängigkeit vom Engagementformat (Freiwilligendienst vs. Ehrenamt) und von der Engamentregion (ländlich vs. städtisch) beobachten lassen.

Die Studie des AWO Landesverbandes Sachsen geht der Frage nach, was Menschen mit Fluchterfahrung dazu bewegt, sich bürgerschaftlich zu engagieren und welche Perspektiven sich dadurch für sie und für Trägerorganisationen ergeben.

Die Untersuchung des BE Geflüchteter in Sachsen verfolgt einen explorativen Ansatz. Dazu wurden insgesamt 16 teilstandardisierte qualitative Interviews in ländlichen und städtischen⁴ Regionen Sachsens zur Datenerhebung durchgeführt. Der Erhebungszeitraum erstreckte sich von Juli 2018 bis Februar 2019. Die Zielgruppen der leitfadengestützten Einzel- und Gruppeninterviews waren ehrenamtlich engagierte und im Freiwilligendienst tätige Geflüchtete sowie Vertreter_innen der Einsatzstellen. Die Auswahl der Interviewpartner_innen erfolgte bewusst anhand eines qualitativen Stichprobenplans. Die Interviews wurden von einer Mitarbeiterin des AWO Landesverbandes auf Deutsch geführt.⁵ Auf einen Dolmetschereinsatz wurde verzichtet, um sich in der Befragungssituation vom BAMF abzugrenzen und eine vertrauensvolle Interviewatmosphäre zu schaffen. Die Auswertung der Daten fand computergestützt mittels MAXQDA statt. Als Methode kam die inhaltlich-strukturierende qualitative Inhaltsanalyse nach Kuckartz und Schreier zur Anwendung, die eine deduktiv-induktive Vorgehensweise bei der Codierung des Materials erlaubt (Schreier 2014: 5ff.).

Erste Untersuchungsergebnisse

Motivlagen und Herausforderungen

Hinsichtlich der Motive decken sich die Ergebnisse der AWO-Studie mit denen vorangegangener Forschung. Dabei unterscheiden sich diese nur marginal in Abhängigkeit vom Engagementformat und nicht in Abhängigkeit der Engamentregion.

Ein Freiwilligendienst wird dann ausgeübt, wenn es darum geht, sich seinem Berufswunsch zu nähern und sich für diesen zu qualifizieren: „*Also ich arbeite als Freiwilligendienst oder Bufdi [...], weil ich arbeiten möchte. Nicht, weil ich Geld verdienen möchte. Einfach mehr lernen, [...], wie ein Ausblick haben zu meinem Beruf.*“ (EI_7, FWD, 2019) Entscheidend ist der Kontakt zu anderen Menschen

⁴ Bei der Untersuchung von ländlichen und städtischen Regionen ist zu erwähnen, dass es sich hierbei aufgrund forschungspragmatischer Gesichtspunkte um Mittelzentren und Oberzentren handelt. Ursächlich ist der Feldzugang, da es zum einen nur sehr wenige soziale Einrichtungen auf dem Land gibt; zum anderen bieten die infrastrukturellen Voraussetzungen sowie die Anzahl der Engagierten in Mittelzentren bessere Ausgangsbedingungen.

⁵ Bei der Transkription erfolgte keine grammatikalische Korrektur, um die aktuelle Lebenssituation der Interviewten authentisch wiederzugeben.

– entweder um ihnen zu helfen, sich ein soziales Netzwerk aufzubauen, oder um durch die Kommunikation die deutsche Sprache zu verbessern. Er dient dazu, Arbeit und Lernen sinnvoll miteinander zu kombinieren, vor allem dann, wenn sich keine anderen Erwerbsmöglichkeiten ergeben: „*Man muss arbeiten, etwas zu tun, das bringt man die psychologische Gesundheit, die körperliche Gesundheit, den Selbstrespekt wie gesagt, die Selbstanerkennung und die Anerkennung der Anderen, das ist sehr wichtig.*“ (EI_4, FWD, 2018)

Die in den Interviews benannten Probleme sind häufig von persönlichen Erfahrungen und Ressourcen abhängig. Da sind anfängliche Verständigungsprobleme aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse, eine Überlastung durch sich überschneidende Rechte und Pflichten und die ungewohnt bürokratischen Strukturen. So berichteten zwei Freiwillige: „*Na ja, Schwierigkeiten mit Sprache und so, das war schon, ja.*“ (EI_8, FWD, 2019) „*Erst morgens im Kurs Deutsch, nachmittags hier im [Einsatzstelle]. Natürlich die Familie hat ein Recht auch, dass ich [bei] der Familie bleibe. Dass ich mich auch um die Kinder kümmer.*“ (EI_4, FWD, 2018)

Entscheidend ist der Kontakt zu anderen Menschen – entweder um ihnen zu helfen, sich ein soziales Netzwerk aufzubauen, oder um durch die Kommunikation die deutsche Sprache zu verbessern.

Regionaltypische Schwierigkeiten ließen sich anhand der geführten Interviews nicht feststellen. Die Interviews zeigten jedoch eine Überlastung der Engagierten im Tätigkeitsfeld der Geflüchtetenhilfe. Da, wo sich Geflüchtete für andere Geflüchtete engagieren, kommt es vor, dass sie sich aufgrund der fehlenden Sprachbarriere zu stark von ihren Klient_innen vereinnahmen lassen. In einem Fall ist der Freiwillige „*geflüchtet vor dieser ganzen Arbeit. Der musste hier wegziehen, damit er davon wekommt*“ (GI_3, GU, 2018). Eine andere Einsatzstelle berichtete: „*[...] dass eben Sprachkurs, Ausbildung, Arbeit Vorrang hat*“ und das Engagement mit den genannten Aktivitäten in Konkurrenz steht, was zu einer „*Überanspruchung*“ der Engagierten und relativ hohen Fluktuationsraten führt (GI_2, MBE, 2018).

Effekte in der Zusammenarbeit von Geflüchteten und Aufnahmegesellschaft

Alle Engagierten berichteten, durch das Engagement und vor allem durch die Kommunikation mit den Kolleg_innen ihre Deutschkenntnisse und ihr Wissen über die deutsche Kultur verbessert zu haben: „*Erst mal habe ich meine Sprache verbessert [...].*“ (EI_2, EA, 2018) „*Was man lernt, lernt man, wenn man mit den anderen kommuniziert. [...] Ich lerne das System kennen, das ist nicht einfach. Die Kultur, die Leute, das lernt man nie von Büchern.*“ (EI_4, FWD, 2018) Gleichzeitig konnten sie ihre sozialen Kontakte zur Aufnahmegesellschaft erweitern. Das Verhältnis zu den Kolleg_innen wird insgesamt zwar freundschaftlich beschrieben, dennoch als kollegial bezeichnet: „*Ich war sehr zufrieden mit der Arbeit, mit meinen Arbeitskollegen. Ja, wir sind sehr so wie Freunde auf Arbeit.*“ (EI_3, ehem. EA+FWD, 2018) Gelegenheiten zu privaten Interaktionen jenseits der Arbeitskontexte ergaben sich nur punktuell.

Allerdings hat das Engagement dazu beigetragen, dass sowohl die Geflüchteten als auch die Mitarbeiter_innen der Einsatzstellen die unterschiedlichen Normen und Werthaltungen des jeweils

anderen besser kennenlernen und akzeptieren konnten. Dies wurde im Vergleich häufiger von Engagierten in städtischen Regionen erwähnt:

„ *Ich finde das auch toll, dass ich durch die Kommunikation mit den Anderen, durch die Sprache, [...] durch Akzeptanz, [...] dass ich die Anderen akzeptiert habe, dass die Anderen mich auch akzeptiert haben. (EI_4, FWD, 2018)* “

Weiterhin profitieren gerade die Einsatzstellen im Bereich der Geflüchtetenhilfe durch die Unterstützung in der Sprach- und Kulturmittlung. Eine Mitarbeiterin berichtete, dass ihre Engagierten „quasi als Vermittler [...], ein ganz anderes Verständnis“ mitbringen und so „eine große Hilfe“ sind (GI_1, MBE, 2018). Auch andere soziale Einrichtungen berichteten, dass ihre Mitarbeiter_innen und Klient_innen durch den Einsatz von Geflüchteten „mit dem Thema Migration [...] konfrontiert werden [und] auch offener gegenüberstehen“ (GI_6, SPH, 2019). Regionale Spezifika hinsichtlich der Wirkung von Engagement konnten anhand der geführten Interviews nicht klar herausgestellt werden. Etwas deutlicher wird der Unterschied beim Format des Engagements. Bei den Freiwilligendiensten in den Bereichen der Alten- und Kindertagespflege wurde außerdem der Erwerb von tätigkeitsbezogenem Wissen erwähnt. Für die Freiwilligen ist es eine Chance, erste Arbeits(-markt)erfahrungen in Deutschland zu sammeln: „[...] ohne Ausbildung, ohne Studium kannst du in diese Arbeit nicht eintreten. Aber mit Bundesfreiwilligendienst macht die Gesetze Augen zu und [...] dann haben wir große Chance, einzutreten [...]“ (EI_3, ehem. EA+FWD, 2018). So berichtete auch eine Einsatzstelle, dass die Freiwilligen ihren Dienst als „das gewünschte Sprungbrett [...], in Ausbildung, in Arbeit, in das Leben in Deutschland, in die Gesellschaft in Deutschland“ nutzen konnten (GI_4, Kita, 2018). Allerdings darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass der Freiwilligendienst einen Bildungsauftrag mit der Verpflichtung auf Arbeitsmarktneutralität besitzt.⁶ In einem Interview wurde indessen beeindruckend geschildert, dass man erst mal das Prinzip des Engagements verstehen muss:

„ *Bevor ich da bei [Einsatzstelle] angefangen habe, habe ich keine Ahnung was heißt Engagement und jetzt habe ich eine gute Ahnung, wo man sich engagieren kann oder wo man Spaß haben kann oder wo man Arbeit finden kann [...]. (EI_2, EA, 2018)* “

Ein wichtiger Effekt ist schließlich die integrative Wirkung des BE:


„ *Was mir der Bundesfreiwilligendienst [...] gebracht hat, ist vieles. Nicht nur Sprache, nicht nur Integration, [...] für uns ist sehr wichtig Selbstrespekt. Es gibt auch Kommunikation, es gibt nette Freundschaften [...]. (EI_4, FWD, 2018)* “

⁶ §§ 1, 3 Bundesfreiwilligendienstgesetz vom 28. April 2011 (BGBl. I S. 687), das zuletzt durch Artikel 15 Absatz 5 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) geändert worden ist.

Fazit

Die Studie zeigt: Der Einsatz von Geflüchteten im Freiwilligendienst und als Ehrenamtliche kann als Win-win-Situation sowohl für die Engagierten als auch für die Einsatzstellen angesehen werden. Dies trifft gleichermaßen auf die untersuchten ländlichen und städtischen Regionen in Sachsen zu. Die Geflüchteten bekommen die Möglichkeit, sich institutionalisiert zu engagieren, ihre Deutschkenntnisse zu verbessern, praktische Erfahrungen zu sammeln und soziale Kontakte zu knüpfen. Die Einsatzstelle profitiert durch die zusätzliche Unterstützung in der Sprach- und Kulturmittlung. Ferner erhoffen sich die Engagierten, so den Arbeitsmarktzugang zu bekommen. Dies steht jedoch in Diskrepanz zum Eigensinn der Freiwilligkeit sowie der Arbeitsmarktneutralität im Freiwilligendienst. Es gilt also, sensibel mit den Erwartungen und Ressourcen der Engagierten umzugehen. Keinesfalls dürfen staatlich geregelte Aufgaben auf die Schultern der Zivilgesellschaft geladen und durch den Einsatz von Ehrenamtlichen oder Freiwilligen ersetzt werden. Festzuhalten bleibt, dass bürgerschaftliches Engagement einen wichtigen Beitrag zur sozialen Integration von geflüchteten Menschen vor Ort leisten kann.

Keinesfalls dürfen staatlich geregelte Aufgaben auf die Schultern der Zivilgesellschaft geladen und durch den Einsatz von Ehrenamtlichen oder Freiwilligen ersetzt werden.



Anne Röder studierte Soziologie an der Universität Leipzig und arbeitete anschließend an der Technischen Universität Dresden und der Technischen Universität Bergakademie Freiberg als wissenschaftliche Mitarbeiterin. Bereits im Studium beschäftigte sie sich mit den Themen Migration und Integration, welche sie bis heute als Forschungsschwerpunkte begleiten. Seit Frühjahr 2018 ist Frau Röder wissenschaftliche Koordinatorin des Arbeiterwohlfahrt Landesverbandes Sachsen e.V. und begleitet Projekte im Fachbereich Migration, Flüchtlinge, Inklusion.

Literaturverzeichnis

- Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2002): Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Online: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/14/089/1408900.pdf> [01.08.2018].
- Friedrichs, Jürgen/Jagodzinski, Wolfgang (1999): Theorien sozialer Integration. In: Friedrichs, Jürgen/Jagodzinski, Wolfgang [Hrsg.]: Soziale Integration. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 39, S. 9–43.
- Glorius, Birgit (2017): Integrations- und Bleibeperspektiven für Geflüchtete in ländlichen Räumen: Rolle von gesellschaftlichem Engagement und Einstellungen der Aufnahmegesellschaft. In: Mehl, Peter [Hrsg.]: Aufnahme und

- Integration von Geflüchteten in ländliche Räume: Spezifika und (Forschungs-)herausforderungen. Thünen Report, 53, Johann Heinrich von Thünen-Institut: Braunschweig, S. 93–109.
- Hameister, Nicole/Tesch-Römer, Clemens (2017): Landkreise und kreisfreie Städte: Regionale Unterschiede im freiwilligen Engagement. In: Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens [Hrsg.]: *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der deutsche Freiwilligensurvey 2014*. Springer VS: Wiesbaden, S. 549–572.
- Hans, Silke (2016): Theorien der Integration von Migranten. Stand und Entwicklung. In: Brinkmann, Heinz Ulrich/Sauer, Martina [Hrsg.]: *Einwanderungsgesellschaft Deutschland*. Springer Fachmedien: Wiesbaden, S. 23–50.
- Huth, Susanne (2011): Migration und Integration. In: Olk, Tomas/Hartnuß, Birger [Hrsg.]: *Handbuch bürgerschaftliches Engagement*. Beltz Juventa: Weinheim, Basel, S. 439–449.
- Kausmann, Corinna/Simonson, Julia (2017): Freiwilliges Engagement in Ost- und Westdeutschland sowie den 16 Ländern. In: Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens [Hrsg.]: *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der deutsche Freiwilligensurvey 2014*. Springer VS: Wiesbaden, S. 573–600.
- Knüvener, Anne/Kemnitzer, Tobias (2016): Im Spiegel der Freiwilligenagenturen: Das Engagement für und mit Flüchtlinge(n). Online: https://www.bagfa.de/fileadmin/Materialien/Gefluechtete/2016_bagfa-analyse_Fluechtlingshilfe.pdf [13.04.2018].
- Ohliger, Rainer/Schweiger, Raphaela/Veyhl, Lisa (2017): Auf dem Weg zur Flüchtlingsintegration in ländlichen Räumen: Ergebnisse einer Bedarfsanalyse in sieben Landkreisen. Online: https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf_import/Bedarfsanalyse_Fluechtlingsintegration_in_laendlichen_Raeumen.pdf [20.11.2018].
- Olk, Thomas/Hartnuß, Birger (2011): Bürgerschaftliches Engagement. In: Olk, Tomas/Hartnuß, Birger [Hrsg.]: *Handbuch bürgerschaftliches Engagement*. Beltz Juventa: Weinheim/Basel, S. 145–161.
- Oswald, Ingrid (2006): Neue Migrationsmuster. Flucht aus oder in "Überflüssigkeit"? In: Bude, Heinz/Willisch, Andreas [Hrsg.]: *Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige*. Hamburger Edition: Hamburg, S. 200–224.
- Priemer, Jana/Krimmer, Holger/Labigne, Anaël (2017): Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken. ZiviZ im Stifterverband: Berlin.
- Reinhold, Stephanie (2015): Bürgerschaftliches Engagement von Flüchtlingen als Weg zur Integration. Masterarbeit. Online: <https://opus-hslb.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/464> [20.04.2018].
- Schiffauer, Werner/Eilert, Anne/Rudloff, Marlene (2017): So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch. 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten. Online: <https://doi.org/10.14361/9783839438299> [28.02.2019].
- Speth, Rudolf (2018): Engagiert in neuer Umgebung. Empowerment von geflüchteten Menschen zum Engagement. Online: <http://nbnresolving./urn:nbn:de:0168-ssoar-55377-8> [06.04.2018].
- Stiehr, Karin/Stiehr, Nina (2016): Potentiale von Geflüchteten anerkennen – Soziale Integration durch Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement und Selbstorganisation. Online: http://isis-sozialforschung.de/wp-content/uploads/2016/05/Studie_BE_Fl%C3%BChtlinge.pdf [06.04.2018].
- Stricker, Michael (2007): Ehrenamt als soziales Kapital. Partizipation und Professionalität in der Bürgergesellschaft. Köster: Berlin.
- Vogel, Claudia/Simonson, Julia/Tesch-Römer, Clemens (2017): Freiwilliges Engagement und informelle Unterstützungsleistungen von Personen mit Migrationshintergrund. In: Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens [Hrsg.]: *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der deutsche Freiwilligensurvey 2014*. Springer VS: Wiesbaden, S. 601–634.
- Vortkamp, Wolfgang (2008): Integration durch Teilhabe. Das zivilgesellschaftliche Potenzial von Vereinen. Campus: Frankfurt a.M.
- Yildiz, Erol (2015): Postmigrantische Perspektiven. Aufbruch in eine neue Geschichtlichkeit. In: Yildiz, Erol/Hill, Marc [Hrsg.]: *Nach der Migration. Postmigrantische Perspektiven jenseits der Parallelgesellschaft*. Transcript: Bielefeld, S. 19–36.



Projektvorstellung

Weltoffene Heimatpflege und mehr Partizipation – PARTHNER fördert die Demokratie im ländlichen Raum

Der Heimatbund Thüringen e.V. verwirklicht seit Januar 2013 ein Bildungs- und Vereinsentwicklungsprojekt im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Im Projekt-Akronym PARTHNER sind die wesentlichen Projektziele bereits formuliert: „Für mehr **Partizipation** in unserer Thüringer **Heimat** – **Nachhaltige Entwicklung** ohne **Ressentiments**“.

Die Projektaufgaben bestehen u. a. darin, durch Weiterbildung und Workshops die Kompetenzen von haupt- und ehrenamtlichen Akteur*innen aus Thüringer Vereinen, insbesondere im Bereich Kommunikation und Beratung, zu erweitern. Eine weitere Aufgabe besteht darin, durch geeignete Formate und Aktivitäten mehr Partizipationsmöglichkeiten in der Vereinsarbeit zu schaffen. Durch eine bessere Vernetzung, z. B. durch gemeinsame Weiterbildungen und Erfahrungsaustausch, wird die Vereinslandschaft – vor allem im ländlichen Raum – gestärkt.

Seit 2013 haben insgesamt 30 VEREINS-PARTHNER in drei Ausbildungsdurchgängen mit jeweils ca. 200 Unterrichtsstunden die Basisqualifikation für ihre demokratiestiftende Tätigkeit erworben. Sie wurden sowohl für unterschiedliche Formen von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sensibilisiert als auch mit Kompetenzen zur Engagementförderung ausgestattet.


Zur Anbahnung der internen Kommunikations- und Beratungsarbeit führen die VEREINS-PARTHNER selbst Praxismodule in ihren Vereinen und Netzwerken durch. Unterstützt und begleitet werden sie durch quartalsweise Beratungsforen mit kollegialen Beratungsformaten sowie Einzelberatungen und Coaching-Angeboten durch das Institut für Weiterbildung, Beratung und Planung im Sozialen Bereich (IWIS e.V.). Die Aktivitäten der VEREINS-PARTHNER werden durch kontinuierliches Feedback und formative Evaluation ausgewertet und reflektiert.

Seit 2017 wurde das Aktionsgebiet der VEREINS-PARTHNER auf drei sogenannte Modellregionen (Saalleiten, Königsee und Neckeroda) und die Netzwerke der jeweiligen Vereine und das

Gemeinwesen vor Ort erweitert. Wir analysieren gemeinsam mit den als Projektverantwortlichen vor Ort fungierenden VEREINS-PARTHNERN die Potenziale und kritischen Momente der lokalen Zusammenarbeit, moderieren auf Netzwerkkonferenzen Anbahnung und Strukturierung örtlicher zivilgesellschaftlicher Kooperationen und begleiten diese. Auch hier dienen die begleitenden Coaching-Angebote als wichtige Unterstützung. In Entwicklung befindliche Evaluationsformate und die gemeinsam mit Akteur*innen erfolgende Benennung von Erfolgskriterien werden weitere wertvolle Orientierung bei der Zielerreichung sein.

Durch die Beteiligung von partizipations- und demokratiefördernden Akteur*innen in den Wahlmodulen gelingt es, mit zielgruppenadaptierten Formaten politische Bildung an sonst schwer erreichbare wichtige gesellschaftliche Akteur*innen zu vermitteln. In den Planungs- und Transferworkshops wird das Projekt durch diverse Institutionen unterstützt, z. B. das IDZ, das KomRex der Universität Jena, MOBIT und die Landeszentrale für politische Bildung. Das Projekt wurde im November 2018 mit dem „Thüringer Qualitätssiegel Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet.

In der Zeitschrift „Heimat Thüringen“ sind seit 2012 fünf Themenhefte mit ausführlichen Beschreibungen von PARTHNER erschienen. Die Hefte können kostenlos angefordert werden. Eine Auswahl der im Projekt entwickelten methodischen Ansätze im Bereich Flucht/Asyl findet sich in der Broschüre „Willkommen! – Interkulturelle Öffnung in Vereinen und Organisationen“.



Alfred Bax ist Leiter des Projektes PARTHNER beim Heimatbund Thüringen e.V.
E-Mail: Alfred.Bax@Heimatbund-Thueringen.de

Prof. Dr. Erich Schäfer lehrt und forscht an der Ernst-Abbe-Hochschule Jena und ist verantwortlich für die kollegiale Begleitung der Teilnehmenden im Projekt PARTHNER.
E-Mail: erich.schaefer@eah-jena.de

Heimatbund Thüringen e.V.
Schwanseestraße 86C | 99423 Weimar
Website: www.projekt-parthner.de | Facebook @ProjektPARTHNER



**„JE PERIPHERER
DIE REGION, DESTO
SCHWIERIGER IST
ES, BARRIEREFREI
VON A NACH B ZU
KOMMEN.“**

„Fehlende Barrierefreiheit ist ein großes Thema im ländlichen Raum“

Interview über das Privileg gesellschaftlicher Teilhabe, Demokratie und partizipative Teilhabeforschung

Mit Annika Schmalenberg, Teilhabeberaterin und Mitautorin der Studie „Alt werden mit Behinderung – Mittendrin ein Leben lang“ sprach Janine Dieckmann (IDZ) über Ergebnisse der Studie, Barrierefreiheit im ländlichen Raum sowie über Teilhabeforschung und das neue Forschungsinstitut des Allgemeinen Behindertenverbands in Deutschland.

Janine Dieckmann:

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen, um mit mir zu sprechen. Sie waren Mitautorin der Studie „Alt werden mit Behinderung – Mittendrin ein Leben lang“ des Allgemeinen Behindertenverbands in Deutschland (ABiD) in Kooperation mit der Alice-Salomon-Hochschule. Was genau ist der ABiD?

Annika Schmalenberg:

Der ABiD ist der Bundesverband, der aus Interessenvertretungen für Menschen mit Behinderungen besteht, auch auf politischer Ebene. Er ist nach der Wende im Gebiet der neuen Bundesländer entstanden und gründete sich in mehreren Landesverbänden, die sich dann wiederum eigenständig strukturieren und organisieren, aber unter dem Dach des ABiD zusammenlaufen. Der ABiD selbst ist aber jetzt im Laufe der letzten Jahrzehnte als Interessenvertretung auch in verschiedenen Gremien aktiv, z. B. im deutschen Behindertenrat, und wirkt mit Initiativen und Stellungnahmen im Interesse der Menschen mit Behinderungen und natürlich auch ihrer Angehörigen, Freunde, Nachbarn und Bekannten – also alle, die zum sozialen Umfeld gehören – auf die Verbesserung der Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen hin. Überwiegend ist er dabei in den neuen Bundesländern mit den unterteilten Landesverbänden vertreten, ist aber durch Kooperationen und stellenweise auch in den alten Bundesländern aktiv. Der ABiD pflegt auch internationale Netzwerke, Kooperationen und Partnerschaften in die Gebiete und Länder nach Osteuropa. Das ist historisch gewachsen und wahrscheinlich auch aus persönlichen Kontakten heraus entstanden.

Janine Dieckmann:

Wie kam es für die Studie „Alt werden mit Behinderung“ zur Kooperation mit Frau Professorin Swantje Köbsell von der Alice-Salomon-Hochschule?

Annika Schmalenberg:

Hintergrund der Kooperation zwischen dem ABiD und der ASH damals war, dass man Interviews mit einem oder einer Studierenden der ASH und einem Menschen mit Behinderung durchführen wollte, die dann gemeinsam losziehen und andere Menschen mit Behinderung interviewen. Die Grundidee war, dass der Mensch mit Behinderung einen ganz anderen Zugang zu dem Befragten hat, aufgrund der ähnlichen Lebenserfahrung als der Student ohne Behinderung. Wiederum kannte sich der Student ohne Behinderung besser mit den wissenschaftlichen Aspekten der Interviewführung und Interviewgestaltung aus. Frau Professorin Köbsell hatte damals die wissenschaftliche Leitung der Studie inne. Das war ja das erste Mal, dass sich der ABiD an so ein Vorhaben herangetraut hat.

Janine Dieckmann:

Was war das Ziel der Studie „Altwerden mit Behinderung“?

Annika Schmalenberg:

Die Studie wollte eigentlich in den Fokus rücken, wie es Menschen mit Behinderung im Alter gelingt, gesellschaftliche Teilhabe auch weiterhin aufrechtzuerhalten – was sie dafür benötigen, wie die strukturellen Bedingungen dafür sind. Wir wollten untersuchen, wie gesellschaftliche Teilhabe mit Behinderung bis ins hohe Alter gelebt wird, wie sie empfunden wird und welche strukturellen Gegebenheiten es dafür braucht. Von diesem Fokus wurde relativ schnell etwas abgerückt, weil wir in den Interviews gemerkt haben, dass die befragten Personen ganz andere Sorgen und Nöte hatten, als jetzt über ihre Teilhabe zu sprechen. Es ging ihnen vordergründig um Versorgungslücken und Versorgungsdefizite zur ganz einfachen Alltagsgestaltung. Also wirklich so banale Dinge: Wie komme ich morgens aus dem Bett und wer hilft mir übermorgen, wenn ich zu meinem Kühlschrank gehe und wieder einkaufen muss. Das waren für viele Befragte existenzielle Sorgen und Nöte, die dann in den Interviews vermehrt angesprochen wurden. Anders als solche Sachen wie: Wann kann ich das nächste Mal ins Theater gehen, weil das in dem Moment, ich will nicht sagen nicht so wichtig war, aber weniger wichtig als: Wie kriege ich meinen Kühlschrank wieder voll? Deswegen ist leider der ursprüngliche Fokus in den Hintergrund gerückt.

Wir haben in den Interviews gemerkt, dass die befragten Personen ganz andere Sorgen und Nöte hatten, als jetzt über ihre Teilhabe zu sprechen. Es ging ihnen vordergründig um Versorgungslücken und Versorgungsdefizite zur ganz einfachen Alltagsgestaltung.

Janine Dieckmann:

Sie haben in der Studie ja auch einen Stadt-Land-Vergleich angestellt. Sie haben intensiv versucht, Menschen im ländlichen Raum zu interviewen. Welche Ergebnisse haben sich in diesem Vergleich gezeigt?

Annika Schmalenberg:

Ja, dieses Thema konnte tatsächlich nur etwas angekratzt werden, also der Vergleich zwischen ländlicher Region und städtischen Strukturen, weil wir überproportional viele Probanden aus dem städtischen Raum hatten. Wir haben die Unterscheidung anhand der Einwohnerzahl gemacht. Ob jemand auf dem Dorf lebt, also bis 3.000 Einwohner. Dann gab es die Kleinstadt, 3.000 bis 5.000 Einwohner, und dann städtische Strukturen ab 5.000 bis hin zu Großstädten. Tatsächlich Befragte aus dem ländlichen Raum, also Dorf oder Kleinstadt, das waren dann leider relativ wenige – 18 von damals über 60 Befragten. Was wir festgestellt haben war, dass in ländlichen Gebieten häufig familiäre und nachbarschaftliche Netzwerke mehr ausgebaut waren als in städtischen Strukturen. Dort waren diese auch vorhanden, haben aber nicht immer unbedingt zum Unterstützungsnetzwerk der Menschen mit Behinderungen gezählt. In dörflichen Regionen wurde eher darauf zurückgegriffen und weniger auf professionelle Dienste. Das waren aber jetzt Themen, die weniger die gesellschaftliche Teilhabe, sondern auch wieder die Alltagsversorgung betreffen.

Wir haben festgestellt, dass in ländlichen Gebieten häufig familiäre und nachbarschaftliche Netzwerke mehr ausgebaut waren als in städtischen Strukturen.

Janine Dieckmann:

Im ländlichen Raum findet für Menschen mit Behinderung also mehr Nachbarschaftshilfe statt?

Annika Schmalenberg:

Das war tatsächlich damals eine Verbindung, die wir in der Studie knüpfen konnten. Es wurde berichtet, dass Versorgungsstrukturen noch mehr auf familiäre und nachbarschaftliche Strukturen zurückgreifen, als dies in Großstädten zu finden ist. Dort wurde zwar auch darüber berichtet, aber proportional anhand der Zahlen der Befragten war es doch in ländlichen Strukturen häufiger; zum Beispiel bei Umbauarbeiten in der Wohnung, die wurden im ländlichen Raum eher von familiären Netzwerken geleistet als in der Stadt. Dort wurden eher professionelle Angebote in Anspruch genommen.

Janine Dieckmann:

Gibt es spezifische Probleme im ländlichen Raum für Menschen mit Behinderung oder sind es die gleichen wie in der Stadt, vielleicht nur in größerem Ausmaß?

Annika Schmalenberg:

Fehlende Barrierefreiheit ist ein großes Thema im ländlichen Raum. Je peripherer die Region, desto schwieriger ist es, barrierefrei von A nach B zu kommen, zum Beispiel in Kultur- und Veranstaltungszentren bzw. sind diese dann erst in den nächsten größeren Städten, sodass das ländliche Leben wenig ausgebaut ist. Aber in ländlichen Strukturen gibt es einfach Probleme, Teilhabe zu leben, die aber auch Menschen ohne Behinderung treffen. Also sei es beispielsweise die geringe Anzahl von Möglichkeiten der Unternehmungen oder Probleme im öffentlichen Nahverkehr, weil die Verbindungen so schwach ausgebaut sind. Dazu kommen dann natürlich wieder behinderungsspezifische Sachen, nämlich dass ein Mensch mit Behinderung zusätzliche Aspekte der Barrierefreiheit

in diesen Bereichen benötigt. Das sind alles Sachen, die sind in einer Großstadt besser und häufiger ausgebaut, sodass einfach generell viel mehr Möglichkeiten existieren. Unsere Studie hat gezeigt, dass Menschen im Rollstuhl oder mit Gehbehinderung im ländlichen Raum häufiger von Treppenstufen berichten, die ihnen die Wohnsituation erschweren, vor allem in alten Häusern. In den Städten berichteten sie weniger von Treppen, aber von schweren Türen, die sich nicht allein aufbekommen. Also es gibt auch ein paar Unterschiede in den Bedarfen.

Fehlende Barrierefreiheit ist ein großes Thema im ländlichen Raum.

Janine Dieckmann:

Beim Thema Barrierefreiheit denkt man als erstes an Rampen für Rollstuhlnutzerinnen und -nutzer, aber an was denken Sie noch, wenn Sie an Barrierefreiheit im ländlichen Raum denken?

Annika Schmalenberg:

Barrierefreiheit ist ja etwas, das nicht nur Menschen mit Mobilitätseinschränkung betrifft, sondern genauso Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen oder mit kognitiven Beeinträchtigungen. Klar, man denkt immer symbolhaft an die Rampe für Rollstuhlfahrer, aber es geht genauso darum, z. B. für Menschen mit Hörbehinderung spezielle akustische Gegebenheiten vor Ort zu schaffen, damit sie an einer Lesung oder einer Theatervorstellung teilnehmen können. Seien es im Fußboden verlegte Induktionsschleifen oder Schriftdolmetscher, Gebärdendolmetscher usw. Da gibt es mehrere Sachen, die man organisieren könnte. Für Menschen mit andere Sinnesbehinderungen ist es natürlich wieder ein ganz anderer Bedarf, der zugrunde liegt – sei es hinsichtlich der Orientierung, irgendwo hinzukommen, sich in Räumlichkeiten zurechtzufinden oder zugängliche Informationsmaterialien zu haben. Auch für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen kann es Unterstützung hinsichtlich der Barrierefreiheit geben. Das sind zum Beispiel Auskünfte in leichter Sprache oder Piktogramme, die irgendwas erklären, ohne dass man komplizierte Sachverhalte lesen muss. Also es ist wichtig, den Begriff der Barrierefreiheit relativ groß zu fassen. Es fängt häufig mit einer Rampe für Rollstuhlfahrer an, aber leider ist das nicht ausreichend.

Janine Dieckmann:

Wie schätzen Sie die Teilhabemöglichkeiten im ländlichen Raum von Menschen mit Behinderungen ein? Was tut sich in Richtung Barrierefreiheit?

Annika Schmalenberg:

Es gibt natürlich Behindertenverbände, Interessenvertretungen und die Vereine dazu, die das Thema der Barrierefreiheit immer wieder ansprechen und in den Fokus nehmen. Die sind da eigentlich die treibenden Kräfte, die sagen: Wir brauchen aber diese und jene Gegebenheiten für die Barrierefreiheit. Bei uns im Landkreis haben wir zum Beispiel einen Kreisbehindertenrat, der eine Schnittstelle zwischen Gesellschaft, Verwaltung und Kommunalpolitik ist. Dieser Kreisbehindertenbeirat soll auch darauf hinwirken, dass der ÖPNV bei uns barrierefrei wird. Würde es den Kreisbehindertenrat nicht geben und würde er das nicht gemeinsam mit den Interessenvertretungen aus eigener Kraft stemmen, also den „Finger draufhalten“ und sagen: ‚Wir müssen da jetzt aber auch mal was bauen‘ und ‚Wir müssen daran denken‘, dann würde da von alleine nichts passieren. Ohne

die Eigeninitiative von Selbstvertretungen wäre das Thema Barrierefreiheit noch schwieriger, als es sowieso schon ist. Aber das ist leider überall zu beobachten, nicht nur im ländlichen Raum. Aber es ist hier nochmal ein besonderes Thema, z. B. im öffentlichen Nahverkehr: Es braucht einen barrierefreien Bus im Dorf XY, auch wenn vielleicht ein Mal im Jahr ein Rollstuhlfahrer einsteigt. Dann ist das aber genau das, was dieser Rollstuhlfahrer in dem Moment braucht. Und wenn an allen anderen Tagen keiner mit einem Rollstuhl einsteigt, dann ist es trotzdem gut, einen Niederflerbus zu haben und diesen durchgesetzt zu haben. Barrierefreiheit ist nicht nur etwas, was für Menschen mit Behinderung notwendig ist. Es ist etwa für Eltern mit Kinderwagen, die ebenfalls die Rampe benutzen, oder für die ältere Generation hilfreich. Wichtig wäre es, diesen Denkprozess in der Gesellschaft umsetzen zu können, dass es nicht immer heißt: Barrierefreiheit ist nur für Menschen mit Behinderung.

Janine Dieckmann:

Ich habe den Eindruck, dass Menschen mit Behinderung allgemein wenig im Denkprozess der Gesellschaft stattfinden bzw. losgelöst von anderen Diskursen über gesellschaftliche Teilhabe. Warum ist es wichtig, mehr die Perspektive von Menschen mit Behinderung mit zu denken?

Annika Schmalenberg:

Naja, das Warum ist immer so eine Sache. Ich frage dann immer: Warum nicht? – Denn sie ist ein Teil der gesellschaftlichen Perspektive und warum sollte man sie ausklammern? Eine Begründung dafür zu finden, ist immer wie eine Art Rechtfertigung und eigentlich muss man sich nicht rechtfertigen. Der inklusive Gedanke geht davon aus, dass es einfach dazu gehört. Es ist aber einfach so, dass dieses Bild von Behinderung noch nicht in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Angenommen man würde Person XY auf dem Marktplatz fragen: Haben sie jemanden in ihrem sozialen Umfeld, der eine Behinderung hat? Ich weiß nicht, wie viele Leute dann „ja“ sagen würden und von denen würden wenige sagen: ‚Ja, ich habe mich damit auch schon auseinandergesetzt‘. Wir erleben in Berichten immer wieder, dass Menschen mit Behinderung als Novum wahrgenommen werden. Aus der Historie ist dieses medizinische Bild der Behinderung gewachsen: Menschen mit Behinderung müssen unterstützt, gepflegt, versorgt, umsorgt werden. Das gesellschaftliche Bild war nicht so, dass sie selbstbestimmt, eigenverantwortlich und autonom sind als Individuum. Heute gehen wir aber eher von der menschenrechtlichen Perspektive, von der sozialen Perspektive auf Behinderung aus, und dass Behinderung auch ein gesellschaftliches Problem ist. Dieser Wandel ist aber einfach noch nicht angekommen. Menschen mit Behinderung sind wie jeder andere gleichwertig. Deswegen muss ich nicht darüber nachdenken, ob ich da jetzt eine Rampe baue oder nicht. Aber das ist ein langwieriger Prozess. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist aktuell zehn Jahre alt geworden. Als diese verabschiedet wurde, dachten wir: ‚Ja, vielleicht tut sich dieser Schritt ja von heute auf morgen.‘ Aber nein – es war ein stetiger Prozess und wird auch die nächsten Jahre ein stetiger Prozess sein. Es gibt diverse Bereiche, wo Deutschland hinterher hängt, sei es im Schulsystem oder im Bereich der Arbeit.

Ohne die Eigeninitiative von Selbstvertretungen wäre das Thema Barrierefreiheit noch schwieriger, als es sowieso schon ist.

Janine Dieckmann:

Im Anschluss an die erste ABiD-Studie gab es noch eine weitere. Sie waren Mitautorin dieser „Machbarkeitsstudie“ des ABiD. Worum ging es?

Annika Schmalenberg:

Die Studie „Alt werden mit Behinderung“ hatte gezeigt, dass es dort viele Themen gab, die nicht ausreichend beforscht werden konnten. Wir hatten am Ende einen bunten Blumenstrauß an Themen, zu denen man ganz eigene Forschungsvorhaben aufmachen müsste. Daraufhin fragte sich der ABiD: Wie könnten wir uns diesen offenen Fragen annehmen? Welche Struktur braucht es dafür? Daraufhin kam die Idee für ein eigenes Forschungsinstitut. Die „Machbarkeitsstudie“ sollte u. a. herausfinden: Wenn der ABiD diesen Weg in Zukunft gehen möchte, also sich in Zukunft immer wieder Forschungsthemen anzunehmen, was muss dieses Institut leisten? Wie muss es strukturiert sein? Welches Alleinstellungsmerkmal hätte es? Wie sieht die Forschungslandschaft im Bereich der Teilhabeforschung aktuell aus, um sich selbst besser verorten zu können?

Janine Dieckmann:

Was kam bei der Selbstverortung in der Teilhabeforschung heraus?

Annika Schmalenberg:

Wir haben uns vorrangig auf den deutschsprachigen Raum bezogen und in Deutschland ist die Teilhabeforschung vor allem in den letzten Jahren in starker Entwicklung. Es haben sich verschiedene Zentren zur Teilhabeforschung gegründet oder z. B. auch das Aktionsbündnis Teilhabeforschung, sodass wir uns im ersten Teil einen Überblick verschafft haben: Was gibt es? Und wie arbeiten die vorhandenen Forschungsstrukturen? Manche sind an akademische Strukturen angebunden, also: Was sind da die Grundlagen? Teilhabeforschung kann auf verschiedenen Stufen der Partizipation stattfinden, d. h., wie stark beziehe ich z. B. die betroffenen Gruppen dort mit ein? Haben sie überhaupt Mitgestaltungsmöglichkeiten? Und wenn ja, wie stark? Werden sie nur befragt? Können sie beratend tätig sein? Können sie selbst Entscheidungsprozesse bei diesen Forschungsvorhaben initiieren? Können sie vielleicht sogar ganze Forschungsvorhaben selbst steuern und durchführen? Das sind Stufen der Partizipation in der Teilhabeforschung.

Deutlich wurde, dass es immer wieder kooperative Studien zu Menschen mit Behinderung gibt – wo man als Kooperationspartner mit akademischen Strukturen zusammenarbeitet. Aber dass die Initiative, ein Forschungsvorhaben zu Menschen mit Behinderung voranzutreiben, ausschließlich durch eine Interessenvertretung beauftragt und organisiert wird und wiederum der Kooperationspartner einer Universität oder Hochschule ist, das gab es nur sehr selten oder punktuell. Dazu gab es immer mal wieder einzelne Projekte und das war dann auch das Ziel mit dem Institut vom ABiD, nämlich zu sagen: ‚Okay, die Interessenvertretung, die leitet die Forschung, sie steuert diese und koordiniert diese als Hauptakteur‘. Im zweiten Studienteil haben wir eine kleine Befragung durchgeführt. Wir wollten Menschen

Teilhabeforschung kann auf verschiedenen Stufen der Partizipation stattfinden, d. h., wie stark beziehe ich z. B. die betroffenen Gruppen dort mit ein?

mit Behinderung, Angehörige und das soziale Umfeld erreichen. Mit wenigen Fragen wurde abgefragt, was die Menschen unter Teilhabe verstehen, welche Gegebenheiten es für Teilhabe braucht, welche Themen der Teilhabeforschung sie als relevant empfinden usw. Daraus wurde der Forschungsbedarf für das Institut abgeleitet. So sollten zum Beispiel auch die ländlichen Strukturen und ihre Gegebenheiten intensiver in den Blick genommen werden.

Janine Dieckmann:

Und seit wann gibt es das ABiD-Institut?

Annika Schmalenberg:


Gegründet hat es sich im April 2018 als angegliedertes Institut an die Alice-Salomon-Hochschule. Neben der engen Kooperation zwischen Selbstorganisation und Wissenschaft war dabei auch der Hintergrund, es institutionell vom ABiD als Verein und seiner Tätigkeit zu trennen, denn auch wenn es natürlich vom ABiD initiiert ist, muss man aufpassen, dass Forschung neutral bleibt. Die Forschungsstruktur und die der politischen Interessenvertretung müssen also voneinander getrennt werden.

Janine Dieckmann:

Ich danke Ihnen herzlich für das Interview.

Annika Schmalenberg:

Vielen Dank.



Annika Schmalenberg studierte Soziale Arbeit (B. A.) und Beratung (M. A.) an der Hochschule Neubrandenburg. Von 2015 bis 2017 war sie für die Durchführung der Studie „Alt werden mit Behinderung – Mittendrin ein Leben lang“ beim ABiD angestellt. Seit 2018 ist sie als Teilhabeberaterin in der ‚Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung‘ (EUTB) in Mecklenburg-Vorpommern tätig.

Website des ABiD-Instituts Behinderung & Partizipation ABiD:
<https://www.abid-ev.de/institut/>

Die Studie „*Alt werden mit Behinderung – Mittendrin ein Leben lang*“ ist online abrufbar unter
https://www.abid-ev.de/pdf/Abschlussbericht_AwmB_barrierefrei.pdf

Die *Machbarkeitsstudie Praxisnahe Forschung – Forschungsnahe Praxis* ist online abrufbar unter https://www.abid-ev.de/pdf/Abschlussbericht_IB&P.pdf



Projektvorstellung

Dorfgespräch: „Wir haben uns ja gerade noch gefühlt“

Es geht um uns!

Wir haben seitens des Gesellschaftswissenschaftlichen Instituts München (GIM) für Zukunftsfragen das Konzept DORFGESPRÄCH in den Jahren 2017/2018 im Rahmen eines Modellprojekts der Bundeszentrale für politische Bildung im ländlichen Raum in Oberbayern entwickelt. Das Konzept wurde in drei unterschiedlichen dörflichen Kommunen zwischen 1300 und 3600 Einwohner_innen und in Weiterbildungen in Bayern und Sachsen-Anhalt konkretisiert und in einem Praxisleitfaden publiziert (Wenzel/Boeser-Schnebel 2019). Auslöser des Projekts waren die anhaltenden Diskussionen um die vermeintliche ‚Spaltung der Gesellschaft‘, die sich seit Sommer 2015 in der Auseinandersetzung um Zuwanderung und Integration verstärkten. Die kontroversen gesellschaftlichen Debatten rund um die sogenannte ‚Flüchtlingskrise‘ lenkten den Blick innerhalb von Dorfgemeinschaften zugleich auf grundsätzliche Fragen: Wie gehen wir als dörfliche Gemeinschaft mit denjenigen um, die sich nicht in unsere Denk- und Handlungsschemata einordnen lassen? Welche Wertvorstellungen liegen dem zugrunde, was wir befürworten oder ablehnen? Wer sind ‚Wir‘ überhaupt? Diese Fragestellungen hat das Projektteam aufgenommen und daraufhin ein moderiertes Format von Wertedialogen konzipiert, bei dem möglichst unterschiedliche Menschen im Dorf in einen aktiven Austausch treten. Mit diesen Fragestellungen verorteten sich die ‚Dorfgespräche‘ sowohl als Teilnehmungsformat als auch als Beitrag zum Erhalt einer offenen Gesellschaft, die aktiv und produktiv mit Vielfalt umzugehen weiß.

Die kontroversen gesellschaftlichen Debatten rund um die sogenannte ‚Flüchtlingskrise‘ lenkten den Blick innerhalb von Dorfgemeinschaften auf grundsätzliche Fragen.

Beteiligung, die Kreise zieht

Vor Ort haben wir zunächst zwischen 20 und 40 persönliche Eins-zu-eins-Gespräche geführt, um Schlüsselpersonen zu finden, die als Multiplikator_innen die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen des Dorfs ansprechen konnten. Im Sinne des Prinzips „Person vor Institution“ waren dies neben klassischen Vereinsvertreter_innen z. B. ein Getränkemarktinhaber, bei dem viele Informationen ausgetauscht wurden, eine Werklehrerin, die von vielen im Dorf anerkannt wurde oder ein engagierter Neuzugezogener, der in der bisherigen Vereinsstruktur keine Heimat gefunden hatte. Diese Multiplikator_innen wurden im nächsten Schritt eingeladen, gemeinsam spezifische Erfolgskriterien für die Dorfgespräche zu definieren und so aktiv Verantwortung für den weiteren Prozess zu übernehmen. Hier wurde u. a. immer wieder die Gestaltung von neuen Begegnungsmöglichkeiten im Alltag genannt.

In drei Dialogabenden, zu denen das gesamte Dorf eingeladen war, haben wir den Dreischritt *persönliche Begegnung, produktive Auseinandersetzungen* und *gemeinsames Handeln* in den Mittelpunkt gerückt. Diese Abende im Abstand von vier Wochen wurden niedrigschwellig und interaktiv moderiert und fanden an ungewöhnlichen Orten statt, etwa Bierzelt, Industriebrache oder Scheune. Es nahmen zwischen 25 und 180 Personen teil. Durch moderierte Elemente wie ‚Speed Dating‘, kurze Gruppendialoge über wichtige eigene Wertvorstellungen und Formulierungen von herausfordernden Fragen an das eigene Dorf wurden neue Begegnungen ermöglicht und andere Perspektiven im Austausch sichtbar. Mit dem Dorf als sozialem Nahraum gelang es, damit einen intensiven Austausch aller Beteiligten zu ermöglichen: zwischen alteingesessenen Bürger_innen und Neuzugezogenen, zwischen Vereinsverantwortlichen, nachbarschaftlichen Helferkreisen und Geflüchteten, zwischen engagierten Einzelbürger_innen, Senior_innen, Kindern und Familien sowie allen weiteren ortsansässigen interessierten Personen.

In drei Dialogabenden haben wir den Dreischritt persönliche Begegnung, produktive Auseinandersetzungen und gemeinsames Handeln in den Mittelpunkt gerückt.

Dieses Vorgehen forderte bestehende (Macht-)Strukturen im Dorf durchaus heraus: Es wurden neue und unerwartete Begegnungen sichtbar, die jenseits eingefahrener Institutionen und Vorgehensweisen Kreativität ermöglichten und sich nicht im Abarbeiten von klassischen Problemfeldern wie Verkehr, Wohnen und Bauen erschöpften. So brachten etwa drei Neubürgerinnen einen von Alteingesessenen lange gehegten, aber nie verwirklichten Wunsch einer regelmäßigen „Dorfzeitung“ in die Umsetzung. Mitarbeiterinnen eines Mutter-Kind-Heims, das im Ort weitgehend tabuisiert war, etablierten ein Veranstaltungsprogramm mit dem Titel „Dorfmitte“. Ein Helferkreis öffnete sich als Ansprechpartner für alle Bürger_innen mit einem regelmäßigen Begegnungscafé. Damit entstanden neben den konkreten Projekten neue Sichtweisen auf die Ressourcen des eigenen Dorfs und auf den produktiven Umgang mit Vielfalt.

Florian Wenzel ist selbstständiger Moderator und Prozessbegleiter im Bereich des Demokratie-Lernens. Er ist Gründer und Inhaber der Plattform peripheria.de – Bildung und Begegnung.

Dr. Christian Boeser-Schnebel ist Leiter des Netzwerks Politische Bildung Bayern und akademischer Oberrat im Fachbereich Pädagogik an der Universität Augsburg.

Website: www.dorfgesprach.net

Projektvideos: www.vimeo.com/dorfgesprach

Handbuch: Wenzel, Florian/Boeser-Schnebel, Christian (2019): Dorfgespräch. Ein Beitrag zur Demokratieentwicklung im ländlichen Raum.

Verlag Stiftung Mitarbeit: Bonn.



**„PARTIZIPATION IM
SOZIALRAUM KANN
AUCH IM LÄNDLICHEN
RAUM GELINGEN; DIE
SOZIALE NÄHE KANN
SICH BEGÜNSTIGEND
AUF DIE
SOZIALRÄUMLICHE
INTEGRATION VON
GEFLÜCHTETEN
AUSWIRKEN.“**

Sozialräumliche Integration von Geflüchteten im ländlichen Raum

Im vorliegenden Beitrag stehen die Besonderheiten des ländlichen Raums im Zentrum. Die Forschungsprojekte hatten (bzw. haben) – bis auf eine Ausnahme – ihren regionalen Schwerpunkt in Ostdeutschland. Auch wenn die vorgestellten Studien nicht direkt auf die Besonderheiten des ländlichen Raums fokussierten, lassen sich wichtige Erkenntnisse diesbezüglich ableiten. Insbesondere lässt sich zeigen, dass neben den Herausforderungen, die in der ländlichen Lage und dessen strukturellen Rahmenbedingungen begründet sind, die gesellschaftliche Atmosphäre vor Ort wesentlichen Einfluss auf die Integrationschancen der nach Deutschland geflüchteten Menschen hat.

Das Thema der Integration von Geflüchteten im ländlichen Raum wurde in den Sozialwissenschaften bislang sehr randständig behandelt. Prozesse des Ankommens in Deutschland wurden vor allem im städtischen Kontext beforscht (u. a. Christ et al. 2017, Dilger/Dohrn 2016, Dittmer/Lorenz 2016, Foroutan et al. 2017, Vey 2018a). In diesem Beitrag möchten wir daher die sozialräumliche Integration von Geflüchteten im ländlichen Raum anhand empirischer Daten genauer beleuchten. Wir greifen dazu auf die Ergebnisse aus vier Forschungsprojekten zurück. Ziel ist es, diese unter der Fragestellung „Was sind Besonderheiten des ländlichen Raums, die die sozialräumliche Integration Geflüchteter herausfordern?“ zu diskutieren. Im Folgenden werden wir die Studien vorstellen, die Begriffe sozialräumliche Integration und ländlicher Raum erläutern und anschließend die Forschungsergebnisse darlegen.

Der Integrationsbegriff ist problembehaftet, da er mitunter auch in der Wissenschaft mit Begriffen wie Assimilation oder Anpassung assoziiert wird.

Datengrundlage

Die Datengrundlage stammt aus vier qualitativen Studien.¹ Diese fokussierten zwar nicht auf die Besonderheiten des ländlichen Raums, jedoch lassen sich wichtige Erkenntnisse ableiten.

¹ Die ersten beiden Studien wurden von den Autorinnen gemeinsam durchgeführt, an der dritten Studie war Madeleine Sauer beteiligt und die letzte Studie wird von Judith Vey geleitet.

1. Die Kurzstudie „*Willkommensinitiativen in Brandenburg. Eine Bedarfsanalyse zu ehrenamtlichem Engagement in der Flüchtlingshilfe*“ (Vey/Sauer 2016, Sauer/Vey 2017, Vey/Sauer 2017, Vey 2018b) zielte darauf, die Bedürfnisse Geflüchteter zu erfassen und die Arbeit von Ehrenamtlichen zu reflektieren. Datengrundlage waren leitfadensbasierte Interviews und Gruppendiskussionen mit in der Flüchtlingshilfe engagierten Unterstützer*innen, im Themenfeld professionell Tätigen sowie mit Geflüchteten, die in Gemeinschaftsunterkünften in Brandenburg lebten.
2. Eine weitere, unveröffentlichte Kurzstudie „*Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte – Entstehungs- und Eskalationsbedingungen*“ (Sauer/Vey 2015) nahm die massive Zunahme flüchtlingsfeindlicher Aktivitäten in der zweiten Jahreshälfte 2015 zum Anlass, um nach lokalen Kontextfaktoren zu forschen, die jene Proteste begünstigen. Hier wurden exemplarisch die Ereignisse rund um die Eröffnung einer Gemeinschaftsunterkunft in je einer mittelgroßen Stadt in Brandenburg und in Sachsen anhand von Interviews und einer Dokumentenanalyse rekonstruiert.
3. Die Studie mit partizipativem Forschungsansatz „*Unbegleitete minderjährige Geflüchtete in Brandenburg. Evaluation der Unterbringungssituation unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter im Land Brandenburg mit Schwerpunkt auf die subjektive Sicht der Jugendlichen*“ (Thomas et al. 2018, Sauer et al. 2019) beleuchtete aus verschiedenen Perspektiven die Lebenssituationen unbegleiteter Minderjähriger. Datengrundlage waren Workshops, Interviews und Gruppendiskussionen mit unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten sowie Interviews mit Personal in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Als Ergänzung zu den qualitativen Herangehensweisen wurden zwei standardisierte Fragebogenbefragungen durchgeführt.
4. In der Studie „*Handlungsfähigkeit in der bundesdeutschen Flüchtlingsunterbringung*“ (Vey 2018a, Vey 2019 i.E.) steht die Wahrnehmung der Geflüchteten auf ihre Unterbringung im Vordergrund. In einer bundesweit angelegten Analyse verschiedener Unterbringungsformen wurden mittels (Gruppen-)Interviews, interaktiven Workshops, Begleitungen im Alltag und teilnehmender Beobachtung die Auswirkungen der Unterbringung auf die Geflüchteten, die Handlungsmöglichkeiten sowie Versuche, die Handlungsfähigkeit zu erweitern, untersucht.

Begriffsklärung I: Sozialräumliche Integration

Der Integrationsbegriff ist problembehaftet, da er nicht nur im öffentlichen Sprachgebrauch, sondern mitunter auch in der Wissenschaft mit Begriffen wie Assimilation oder Anpassung assoziiert wird, infolge derer die eigene zugunsten einer vermeintlich homogenen „deutschen“ Kultur aufgegeben oder zurückgestellt wird (zur Kritik

Ein zentrales Merkmal ländlicher Räume ist ihre infrastrukturelle Abgeschlossenheit.

des Integrationsbegriffs: z. B. Schirilla 2016, Terkessidis 2010). Wir halten in diesem Beitrag am Begriff der Integration fest, beziehen uns jedoch auf ein Verständnis, das nicht (nur) die Anstrengungen der geflüchteten Menschen in den Blick nimmt, sondern vor allem danach fragt, wie die deutsche Gesellschaft die Rahmenbedingungen gestaltet, die ein Ankommen in Deutschland erst ermöglichen. Für eine Definition des Begriffs sozialräumliche Integration haben wir daher unser Material danach befragt, was aus Sicht der Geflüchteten für das *Ankommen im Sozialraum* relevant ist. Es lassen sich drei Bereiche ableiten: Für die befragten Geflüchteten von zentraler Bedeutung ist die (1) *Partizipation im Sozialraum*, d. h. der Aufbau von Beziehungen zu Menschen in der Wohnumgebung sowie die Teilhabe an sozialen, kulturellen und politischen Aktivitäten. Erst dadurch kann es gelingen, sich als Mitglied der lokalen Gemeinschaft zu fühlen. Zur Entwicklung einer Bleibeperspektive und zur Sicherung des eigenen Lebensunterhalts ist (2) ein *Zugang zu Ressourcen und Leistungen* wichtig. Hierunter fällt neben einem unkomplizierten und gut erreichbaren Zugang zu Behörden, Ämtern, Wohlfahrtsverbänden und sozialen und rechtlichen Beratungsangeboten die Möglichkeit der Aufnahme einer Arbeit. Von elementarer Bedeutung ist darüber hinaus (3) der *Zugang zu Dingen des alltäglichen Lebens und Bedarfs*.

Begriffsklärung II: Ländlicher Raum

Ländliche Räume lassen sich ganz allgemein als „Regionen mit einer geringen Siedlungsdichte und Einwohnerzahl im Umfeld der Region, einer lockeren Wohnbebauung und einem relativ hohen Anteil land- und forstwirtschaftlicher Fläche sowie einer Randlage zu großen Zentren“ (Mehl 2017: 9) beschreiben. Ein zentrales Merkmal ländlicher Räume ist ihre infrastrukturelle Abgeschlossenheit, das heißt, sie sind durch „weite Wege zwischen dem Wohnort und den übrigen Funktionen des alltäglichen Lebens wie Arbeitsplatz, Ausbildungsstätte, Versorgungsmöglichkeiten oder Freizeitangeboten gekennzeichnet“ (Küpper 2016: 6). Die konkreten Lebensbedingungen der Menschen sind jedoch nicht nur von der Ländlichkeit des Raums geprägt, sondern auch von der sozioökonomischen Lage.² Bei besserer sozioökonomischer Lage kann zum Beispiel leichter in die Infrastruktur investiert und der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ausgebaut werden. Dies kann das Hindernis der weiten Wege zwar nicht abschaffen, aber abfedern.

Patrick Küpper (2016) hat eine Typisierung ländlicher Räume vorgelegt, um den ländlichen Raum als wissenschaftliche Kategorie mithilfe von Strukturparametern aus amtlichen Statistiken beschreiben zu können. Nach dieser Typisierung ist Brandenburg ein Bundesland, das durch ländliche und sehr ländliche Kreisregionen mit schwacher sozioökonomischer Lage geprägt ist (vgl. Küpper 2016: 26). Exemplarisch angewandt auf die Frage, wie weit der nächste Supermarkt pro Gemeinde entfernt ist, lässt sich feststellen, dass Brandenburg neben Mecklenburg-Vorpommern den höchsten Anteil an Gemeinden aufweist, in denen die Fahrtzeit zum nächstgelegenen Supermarkt mit dem PKW länger als 15 Minuten dauert. Ausnahme ist das Berliner Umland, das durchschnittliche Fahrtzeiten von etwa 5 Minuten aufweist (Plankl et al. 2016: 48).

² „Mit Hilfe der Dimension ‚sozio-ökonomische Lage‘ sollen ländliche Räume dahingehend charakterisiert werden, ob relativ gute oder weniger gute soziale und wirtschaftliche Bedingungen für die dort lebenden Menschen bestehen.“ (Küpper 2016: 12).

Besonderheiten des ländlichen Raums

Die schwierigen infrastrukturellen Bedingungen des ländlichen Raums sind keineswegs nur für die bereits länger ansässige Bevölkerung von Belang, sondern beeinflussen die Situation von Geflüchteten in besonderem Maße. In diesem Teil möchten wir die Besonderheiten des ländlichen Raums beleuchten, die die sozialräumliche Integration von Geflüchteten herausfordern.

Weite Wege und defizitäre oder fehlende Infrastruktur zählen zu den zentralen Herausforderungen für die sozialräumliche Integration Geflüchteter. Insbesondere bei schlecht ausgebautem ÖPNV wird die *Mobilität der Geflüchteten* eingeschränkt. Da sie meist über kein Auto verfügen, sind sie bei schlechter Bus- oder Bahn-Anbindung auf Fahrdienste durch Ehrenamtliche angewiesen. Die von

Weite Wege und defizitäre oder fehlende Infrastruktur zählen zu den zentralen Herausforderungen für die sozialräumliche Integration Geflüchteter. Insbesondere bei schlecht ausgebautem ÖPNV wird die Mobilität der Geflüchteten eingeschränkt.

uns interviewten Ehrenamtlichen berichteten, dass Fahrdienste zu den zentralen Tätigkeiten ihres Engagements zählen. Mitunter entstanden dadurch hohe Kosten für die Unterstützer*innen, die nicht oder nur mit hohem bürokratischen Aufwand erstattet wurden (Vey/Sauer 2016: 19f.). Die von uns identifizierte hohe Bedeutung von Fahrdiensten im ländlichen Raum wird von zwei quantitativen Studien belegt: In Brandenburg übernehmen fast ein Drittel der befragten Personen regelmäßig Fahrdienste für Geflüchtete (29,7 %) (MASGF 2017: 19). Einer bundesweiten Befragung zufolge werden Fahrdienste für Geflüchtete in Land- und Kleinstädten sechsmal häufiger als in größeren Städten geleistet (Karakayali/Kleist 2016: 16). Mit den Fahrdiensten verbunden ist oftmals die Begleitung zu Behörden und/oder ärztlicher Versorgung. Auch hier lässt sich ein Zusammenhang zwischen ländlichem Raum und Häufigkeit der Begleitung durch Ehrenamtliche feststellen: Mit zunehmender Größe der Kommune nimmt der Anteil der Begleitung durch Ehrenamtliche ab (Karakayali/Kleist 2016: 17).³ Für Brandenburg bedeutet dies, dass jede_r zweite ehrenamtlich Tätige Geflüchtete zu Behörden und/oder Ärzt*innen begleitet (MASGF 2017: 19).

In der Studie zur Lebenssituation unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter (Thomas et al. 2018) wurde deutlich, dass die politische Forderung der städtebaulichen Anbindung von Unterkünften, z. B. durch einen gut ausgebauten ÖPNV, für Geflüchtete eine wichtige, aber nicht ausreichende Voraussetzung zur Förderung der Mobilität ist. Selbst bei relativ guter lokaler Anbindung an den ÖPNV war dessen Nutzung für die jungen Geflüchteten nicht immer möglich, da die Finanzierung der Fahrkarten durch das Jugendamt vom Schulweg abhängig ist (Thomas et al. 2018: 154). Das heißt, dass diejenigen, die keine oder nur streckengebundene Fahrkarten bekommen, in ihrer Mobilität sehr eingeschränkt waren. Das erschwerte wiederum die Erschließung des Sozialraums und damit die Integration. Die eingeschränkte Mobilität hat auch negative Auswirkungen auf die Grundvoraussetzung gelingender Integration: das Erlernen der deutschen Sprache. Da der Besuch eines professionellen Sprachkurses teilweise einen Tagesausflug bedeutet, sind Geflüchtete im

³ In Millionen-Städten nimmt diese Form der Unterstützung wieder leicht zu (Karakayali/Kleist 2016: 17).

ländlichen Raum strukturell benachteiligt. Das trifft in besonderem Maße Mütter mit Kleinkindern. Ehrenamtliche versuchen, durch Deutschunterricht vor Ort der Problematik zu begegnen. Das erklärt auch, warum im ländlichen Raum der Deutschunterricht ein wichtiges Tätigkeitsfeld für ehrenamtliches Engagement ist (Vey/Sauer 2016, vgl. hierzu auch Karakayali/Kleist 2016: 16). Unserer Studie zufolge zählen der Abbau von Sprachbarrieren, die Förderung der individuellen Mobilität und die Begleitung von Geflüchteten bei Behördengängen und Arztbesuchen zu den häufigsten Unterstützungsleistungen (Vey/Sauer 2016: 15).

Eng verbunden mit der geografischen Ausdehnung des ländlichen Raums ist die Herausforderung, ein *flächendeckendes Beratungs- und Unterstützungsangebot* für die Fragen geflüchteter Menschen bereitzustellen. Das Fehlen von auf asyl- und aufenthaltsrechtliche Fragen spezialisierter Beratung erschwert den Zugang zu Ressourcen und rechtlich zustehenden Leistungen. Diese Versorgungslücke wird im ländlichen Raum durch das Fehlen bzw. die schlechte Erreichbarkeit von Netzwerken der migrantischen Communitys verstärkt. Die Integrationschancen Geflüchteter sind im ländlichen Raum daher besonders von den lokalen Gegebenheiten wie der gesellschaftlichen Atmosphäre und dem freiwilligen Engagement der ansässigen Bevölkerung abhängig (Sauer/Vey 2015). Eine Möglichkeit der Abhilfe wird in der Bereitstellung mobiler Beratungsdienste gesehen. In Brandenburg finden sich zudem Ehrenamtliche, die aus den städtischen Ballungszentren in den ländlichen Raum fahren, um fehlende lokale Unterstützung abzufedern. Die räumliche Distanz zwischen Geflüchteten und Freiwilligen aus dem urbanen Raum erschwert jedoch die Bildung von Freundschaften und die Unterstützung bei der Integration in den Sozialraum (Vey/Sauer 2016). Ein als unbegleiteter Minderjähriger eingeregisterter Geflüchteter bezeichnete auf einem Dialogforum den Kontakt und die Freundschaft mit Deutschen als „Schlüssel“ für das Ankommen in Deutschland.⁴

Die Integrationschancen Geflüchteter sind im ländlichen Raum besonders von den lokalen Gegebenheiten wie der gesellschaftlichen Atmosphäre und dem freiwilligen Engagement der ansässigen Bevölkerung abhängig.

Die infrastrukturellen Herausforderungen im ländlichen Raum können durch *sozialräumliche Ausgrenzungsmechanismen* verschärft werden. Dies fördert Isolation und Segregation und erschwert Integration (Vey 2018a). Eine solche Unterkunft befindet sich beispielsweise im Industriegebiet oder mehrere Kilometer vom nächsten Ort entfernt. Erfolgt die Unterbringung zudem in umfunktionierten Gebäuden, kann diese räumlich-architektonische Sonderstellung die Ausgrenzungsmechanismen verstärken. Eine solche Einrichtung fördert die Wahrnehmung der Unterkunft als „Haus, in dem die Ausländer wohnen“ (z. B. Thomas et al. 2018: 115). Selbst in der Kinder- und Jugendhilfe ist die getrennte Unterbringung normal: Ca. drei Viertel aller unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten sind in Brandenburg in Einrichtungen untergebracht, die ausschließlich Geflüchtete beherbergen (Thomas et al. 2018: 114f.). Da alters- und sprachbedingt das Gros der jungen Geflüchteten darüber hinaus in eigens für Geflüchtete eingerichteten Schulklassen beschult wird, ist das Schließen von

⁴ Link zum Veranstaltungsbericht: <https://www.buendnis-fuer-brandenburg.de/2017/11/20/brandenburg-welttoffen-und-tolerant/> [Zugriff 14.11.18].

Freundschaften mit deutschen Peers und die Integration in den Sozialraum selbst für die Gruppe der unbegleiteten Minderjährigen eine massive Herausforderung (u. a. Thomas et al. 2018: 159-164).

Demgegenüber steht die im Vergleich zur anonymen Großstadt stärker ausgeprägte soziale Nähe, die sich im Gefühl „Jede*r kennt Jede*n“ manifestiert. Insbesondere in der Studie von Thomas et al. wurden die Chancen des ländlichen Raums von den Expert*innen hervorgehoben, die Geflüchteten äußerten sich deutlich skeptischer (2018: 149-151). Aus unserer Sicht spielt die soziale Nähe eine ambivalente Rolle, da sie sowohl die Integrationschancen erhöhen kann als auch die Gefahr von Ausgrenzung verstärkt. Das politische Klima vor Ort ist hierbei ein wesentlicher Faktor, der die Ambivalenz sozialer Nähe beeinflusst (Sauer/Vey 2015). Bei einer flüchtlingsfreundlichen Atmosphäre können das Unterstützungspotenzial sowie die Integrationschancen steigen. Die Gefahr der Ausgrenzung steigt, wenn sich Lokalverantwortliche in einem flüchtlingsfeindlichen Klima nicht aktiv aufseiten der Geflüchteten positionieren. Unsere Kurzstudie zu flüchtlingsfeindlichen Protesten hat zudem gezeigt, dass Unterstützungsangebote ausschließlich für Geflüchtete Sozialneid-Gefühle erzeugen und die örtliche Stimmung negativ beeinflussen können (ebd.).

Sozialräumliche Integration Geflüchteter

Wie steht es nun um die sozialräumliche Integration in den drei Bereichen (1) Partizipation im Sozialraum, (2) Zugang zu Ressourcen und Leistungen und (3) Zugang zu Dingen des alltäglichen Bedarfs und Lebens? Hinsichtlich der *Partizipation im Sozialraum* lässt sich festhalten, dass diese auch im ländlichen Raum gelingen kann. Die soziale Nähe kann sich begünstigend auf die sozialräumliche Integration von Geflüchteten auswirken. Sie ist jedoch maßgeblich von der gesellschaftlichen Atmosphäre vor Ort abhängig (Sauer/Vey 2015). Im Falle eines unbegleiteten Minderjährigen führte eine zufällige Begegnung dazu, dass er im lokalen Chor aufgenommen wurde:

„
Und [...] bei dem [Jungenname] war es eben auch so [...] er macht gerne Musik. Ja [...] und so wie es auch manchmal ist in so einer kleinen Stadt. Ich kenne jemanden, der jemanden kennt, und die waren zufällig beim Einwohnermeldeamt und [...] dort wurde auch gefragt, also man hat Interesse gezeigt: ‚Was machst du denn gern?‘ ‚Na, ich singe gern.‘ ‚Na, dann komm doch zu uns.‘ (Thomas et al. 2018: 151)

Der *Zugang zu Ressourcen und Leistungen* kann auch im ländlichen Raum ermöglicht werden. Infrastrukturelle Leerstellen lassen sich beispielsweise durch mobile Angebote abfedern. Die Bereitstellung solcher Angebote hängt jedoch von der Bereitschaft, den Kapazitäten und den finanziellen Ressourcen der Kommune ab. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass der bundesweite Fachkräftemangel in der Flüchtlingshilfe, der sich im ländlichen Räumen verschärft zeigt, die Qualität der mobilen Angebote beeinträchtigt. Der *Zugang zu Dingen des alltäglichen Bedarfs und Lebens* kann ebenfalls durch die Bereitstellung von mobilen Angeboten ausgeglichen werden. Grundbedürfnisse können daher zumeist befriedigt werden. Die Deckung weitergehender Bedürfnisse, wie der Zugang zu Freizeiteinrichtungen sowie Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration, ist im ländlichen Raum bei

schlechter ÖPNV-Infrastruktur meist schwer zu bewerkstelligen. Für den Prozess des Ankommens in Deutschland ist die Integration in den Arbeitsmarkt jedoch von zentraler Bedeutung. Aufgrund von Sprachbarrieren, kurzer Aufenthaltstitel und Schwierigkeiten bei der Anerkennung von Abschlüssen sind Geflüchtete gegenüber Mitbewerber*innen oftmals benachteiligt und werden nicht zuletzt infolge rassistisch-fremdenfeindlicher Vorurteile diskriminiert.

Sozialräumliche Integration in extrem abgeschiedenen Räumen

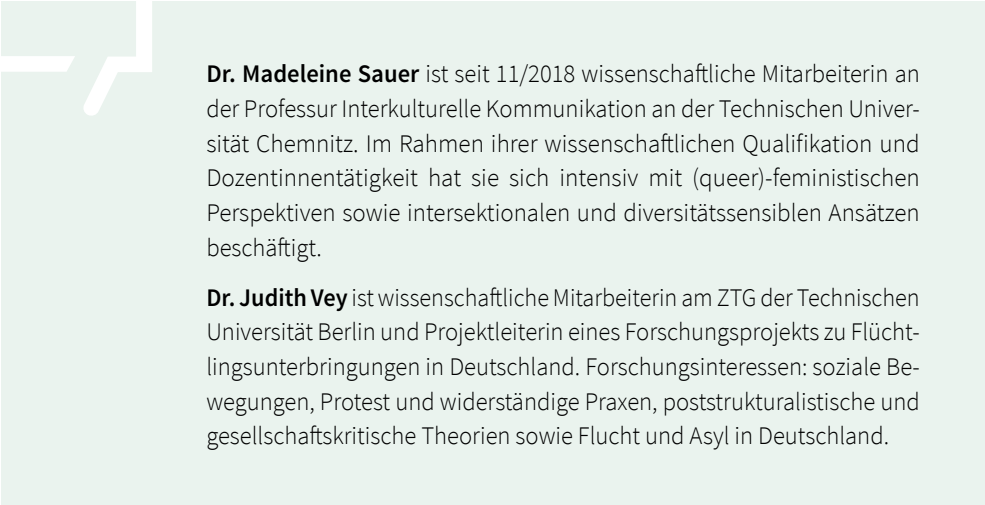
Wie wir dargelegt haben, kann die sozialräumliche Integration von Geflüchteten zum Teil (gut) gelingen – mit einer Ausnahme, auf die wir kurz eingehen möchten. In sehr dünn besiedelten Gegenden kann die Partizipation im Sozialraum eine große Schwierigkeit darstellen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn die Unterkunft für Geflüchtete sehr abgeschieden liegt. Wir wollen hierfür ein Beispiel aus Hessen und ein Beispiel aus Brandenburg heranziehen: Die Unterkunft in Hessen wurde im Rahmen des Forschungsprojekts zur Handlungsfähigkeit in der Flüchtlingsunterbringung besucht.⁵ Die Anzahl der Geflüchteten war fast doppelt so hoch wie die Einwohner*innenzahl des Ortes. Die Unterkunft lag zudem außerhalb des Dorfes. Trotz intensiver Bemühungen von Professionellen wie Ehrenamtlichen fühlten sich die Geflüchteten enorm isoliert. Auch der personell gut ausgestattete Shuttle-Service konnte keine Abhilfe schaffen, da dieser nur werktags und nur für Erledigungen, Arzt- und Behördenbesuche eingerichtet wurde. Alle Bewohner*innen beantragten trotz der guten Unterstützungsstrukturen die Verlegung in eine besser angebundene Unterkunft. Ähnliches wurde auch in Brandenburg in einer im Wald gelegenen Unterkunft für unbegleitete minderjährige Geflüchtete beobachtet. Alle Möglichkeiten zur Integration in den lokalen Sozialraum waren mit weiten Wegen und langen Fahrzeiten verbunden und wurden zusätzlich durch die Vollverpflegung erschwert. Auch dort gab es einen Shuttle-Service zum nächstgelegenen Bahnhof. Die Jugendlichen waren dennoch sehr unzufrieden. Ein Jugendlicher berichtete, dass er nach der Schule gut eine Stunde in die Unterkunft zum Mittagessen fährt, um anschließend für das Fußballtraining wieder zurückzufahren. Er erlebte die Vollverpflegung als Ausgrenzung, da diese ihn vor die Wahl stellte, entweder hungrig Sozialkontakte zu pflegen, oder weite Wege auf sich zu nehmen, um essen zu können. Für die Integration von Geflüchteten ist es unabdingbar, dass die Möglichkeit besteht, an lokalen Aktivitäten teilzunehmen und soziale Beziehungen aufzubauen. Wenn dies wie in den Beispielen kaum gelingen kann, weil es nahezu keinen Sozialraum gibt, ist es schwierig, von einer Integration in den *Sozialraum* zu sprechen.

In sehr dünn besiedelten Gegenden kann die Partizipation im Sozialraum eine große Schwierigkeit darstellen, insbesondere, wenn die Unterkunft für Geflüchtete sehr abgeschieden liegt.

⁵ Die Unterkunft in Hessen befand sich im Gegensatz zu den besuchten Einrichtungen in Brandenburg in einem Landkreis, der Küpper (2016) zufolge durch eine sehr starke Ländlichkeit und durch eine gute sozioökonomische Lage charakterisiert ist.

Fazit

Aus unserem Material lassen sich drei Faktoren ableiten, die sich auf die sozialräumlichen Integrationschancen Geflüchteter in ländlichen Räumen auswirken: Erstens spielen die strukturellen Rahmenbedingungen vor Ort eine zentrale Rolle. Hinsichtlich der Integrationsprozesse sind zweitens die sozialpolitischen Maßnahmen von zentraler Bedeutung, durch die der Zugang zu Ressourcen, Leistungen und Beratungsmöglichkeiten trotz ungünstiger Lage ermöglicht wird. In den Jahren 2015 und 2016 wurden sie in großem Maße von Ehrenamtlichen geleistet. In unseren Forschungsprojekten wurde deutlich, dass ehrenamtliches Engagement nur zum Teil eine fehlende Infrastruktur ersetzen kann. Als weiterer Faktor ist drittens die gesellschaftliche Atmosphäre vor Ort zu nennen. Wenn eine flüchtlingsfreundliche Atmosphäre vor Ort herrscht, erhöht dies die Integrationschancen. Unsere Analyse hat jedoch auch gezeigt, dass die genannten Faktoren nur begrenzt wirken. Insbesondere der Mangel an Infrastruktur kann nur partiell ausgeglichen werden.



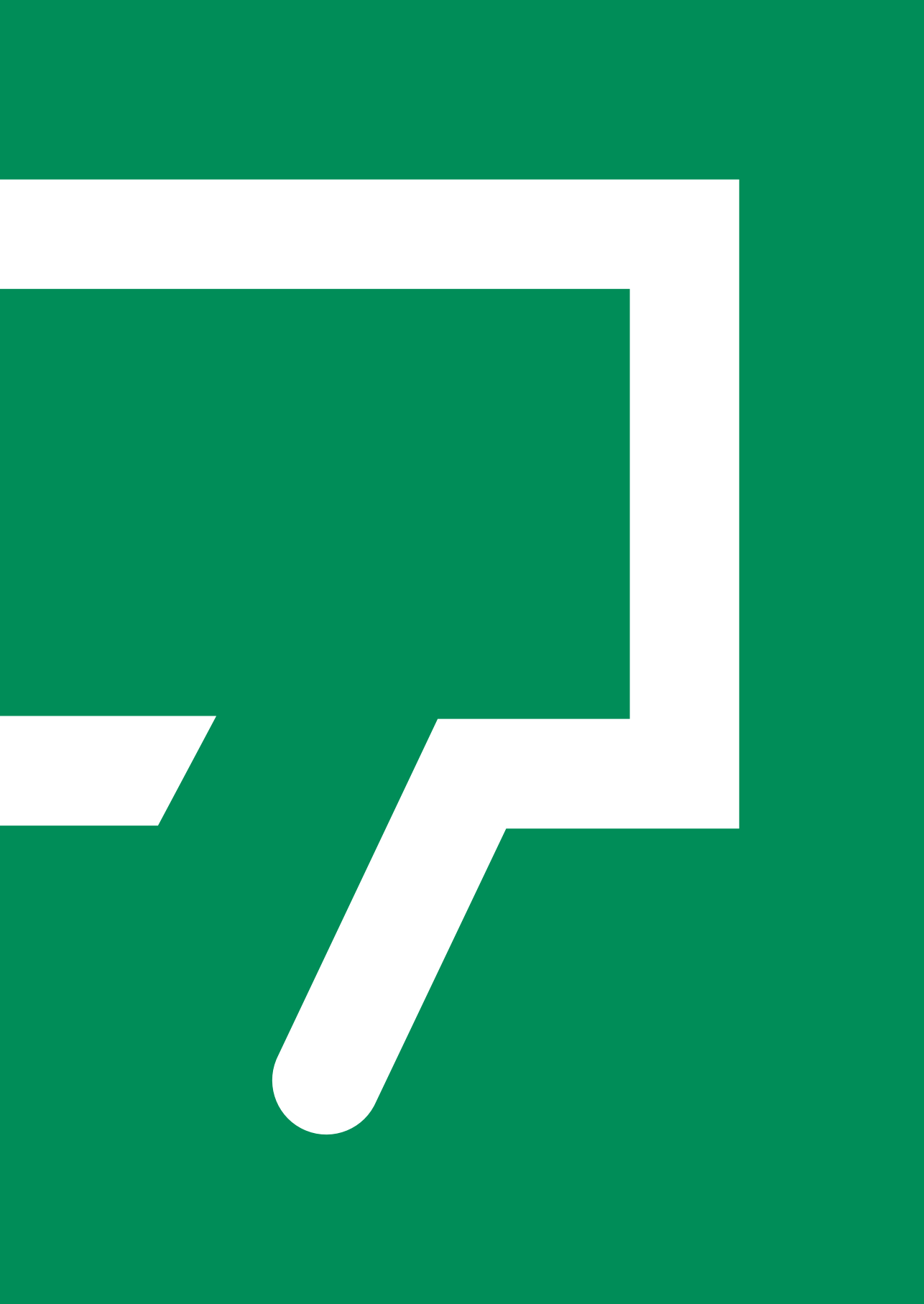
Dr. Madeleine Sauer ist seit 11/2018 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur Interkulturelle Kommunikation an der Technischen Universität Chemnitz. Im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Qualifikation und Dozentinnenstätigkeit hat sie sich intensiv mit (queer)-feministischen Perspektiven sowie intersektionalen und diversitätssensiblen Ansätzen beschäftigt.

Dr. Judith Vey ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZTG der Technischen Universität Berlin und Projektleiterin eines Forschungsprojekts zu Flüchtlingsunterbringungen in Deutschland. Forschungsinteressen: soziale Bewegungen, Protest und widerständige Praxen, poststrukturalistische und gesellschaftskritische Theorien sowie Flucht und Asyl in Deutschland.

Literatur

- Christ, Simone/Meininghaus, Esther/Röing, Tim (2017): All Day Waiting. Konflikte in Unterkünften für Geflüchtete in NRW. bicc-Working Paper: Bonn. Online: https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/BICC_WP_3_2017_web.pdf [04.04.2019].
- Dilger, Hansjörg/Dohrn, Kristian (2016): Living in Refugee Camps in Berlin: Women's Perspectives and Experiences. Weißensee Verlag: Berlin.
- Dittmer, Cordula/Lorenz, Daniel F. (2016): „Waiting for the bus that never comes“ – Quick Response Erhebung von Bedürfnissen und Selbsthilfepotenzialen geflüchteter Menschen in einer Berliner Notunterkunft. Online: http://www.fluchtforschung.de/wp-content/uploads/2016/09/Ergebnispr%C3%A4sentation_Erhebung_Bed%C3%BCrfnisse_NUK_final.pdf [04.04.2019].
- Foroutan, Naika/Hamann, Ulrike/El-Kayed, Nihad/Jorek, Susanna/Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) (2017): Zwischen Lager und Mietvertrag – Wohnunterbringung geflüchteter Frauen in Berlin und Dresden. Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin: Berlin.

- Karakayali, Serhat/Kleist, J. Olaf (2016): Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland. 2. Forschungsbericht. Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2015. Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin: Berlin.
- Küpper, Patrick (2016): Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, 53 p, Thünen Working Paper 68, DOI:10.3220/WP1481532921000.
- MASGF (Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie) [Hrsg.]/Lemmermeier, Doris/Gartz, Manfred (2017): „Integration machen Menschen“. Aktuelle Situation des Ehrenamts in der Flüchtlingshilfe im Land Brandenburg. Potsdam.
- Mehl, Peter [Hrsg.] (2017): Aufnahme und Integration von Geflüchteten in ländliche Räume: Spezifika und (Forschungs-)herausforderungen: Beiträge und Ergebnisse eines Workshops am 6. und 7. März 2017 in Braunschweig. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, 166 p, Thünen Rep 53, DOI:10.3220/REP1510576697000.
- Plankl, Reiner/Neumeier, Stefan/Osigus, Torsten/Küpper, Patrick/Mehl, Peter (2016): Indikatoren und Karten zur Darstellung von Potenzialen bei der Aufnahme von Flüchtlingen auf Landkreisebene. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, 77 p, Thünen Working Paper 59, DOI:10.3220/WP1467711761000.
- Sauer, Madeleine/Thomas, Stefan/Zalewski, Ingmar (2019): Potentiale und Fallstricke von Peer-Research im Rahmen partizipativer Forschung mit unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten. In: Frank, Carola/Jooß-Weinbach, Margarete/Loick Molina, Steffen/Schoyerer, Gabriel [Hrsg.]: Der Weg zum Gegenstand in der Kinder- und Jugendhilfeforschung. Methodologische Herausforderungen für qualitative Zugänge. Weinheim: Beltz Juventa.
- Sauer, Madeleine/Vey, Judith (2015): Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte: Entstehungs- und Eskalationsbedingungen. Zum Stand der Forschung und Einschätzungen zentraler beteiligter Akteure in ausgewählten Regionen. Unveröffentlichte Studie.
- Sauer, Madeleine/Vey, Judith (2017): Herausforderungen in der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit. Zum Verhältnis von Geflüchteten und Unterstützungsgruppen. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 30(3).
- Schirilla, Nausikaa (2016): Migration und Flucht. Orientierungswissen für die Soziale Arbeit. Kohlhammer: Stuttgart.
- Terkessidis, Mark (2010): *Interkultur*. Suhrkamp: Berlin.
- Thomas, Stefan; Sauer, Madeleine/Zalewski, Ingmar (2018): Unbegleitete minderjährige Geflüchtete. Ihre Lebenssituationen und Perspektiven in Deutschland. Transcript: Bielefeld. Open Access: <https://www.transcript-verlag.de/media/pdf/fc/57/3b/0a9783839443842cXtFLqkhGKeE2.pdf> [04.04.2019].
- Vey, Judith (2018a): Leben im Tempohome. Qualitative Studie zur Unterbringungssituation von Flüchtenden in temporären Gemeinschaftsunterkünften in Berlin. ZTG Discussion Paper. Online: https://www.tu-berlin.de/fileadmin/f27/PDFs/Discussion_Papers_neu/discussion_paper_Nr._40_18.pdf [04.04.2019].
- Vey, Judith (2018b): Zwischen Empowerment, Lückenbüßerei und neoliberaler Aktivierung des Selbst. Ehrenamtliches Engagement und Regelversorgung in der bundesdeutschen Flüchtlingsversorgung. In: Zajak, Sabrina/Gottschalk, Ines [Hrsg.]: Flüchtlingshilfe als neues Engagementfeld. Chancen und Herausforderungen des Engagements für Geflüchtete. Nomos: Baden-Baden.
- Vey, Judith (2019, i.E.): Unterbringung von Flüchtenden im autoritären Festungskapitalismus. Dynamiken, Eigenlogiken, Widersprüche. In: Book, Carina/Huke, Nikolai/Klauke, Sebastian/Tietje, Olaf [Hrsg.]: *Alltägliche Grenzziehungen. Das Konzept der imperialen Lebensweise, Externalisierung und exklusive Solidarität*. Westfälisches Dampfboot: Münster.
- Vey, Judith/Sauer, Madeleine (2016): Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe. Herausgegeben von Aktionsbündnis Brandenburg. Gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, und Institut für Protest- und Bewegungsforschung Berlin. Online: https://www.aktionsbuenndis-brandenburg.de/wp-content/uploads/2017/12/Ehrenamtliche_Fluechtlingsarbeit.pdf [20.11.2018].
- Vey, Judith/Sauer, Madeleine (2017): Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe: Zum Verhältnis von Willkommensinitiativen, staatlicher Regelversorgung und Geflüchteten in Brandenburg. In: Lessenich, Stephan [Hrsg.]: *Geschlossene Gesellschaften. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg 2016*.



RECHTSPOPULISMUS & RECHTSRADIKALISMUS



**„OBWOHL DAS SOZIALE
AUSEINANDERDRIFTEN
ERSCHRECKENDE
AUSMASSE ERREICHT
HAT, FEHLT WEITERHIN
DER POLITISCHE
WILLE FÜR EINE
GRUNDLEGENDE
KEHRTWENDE
IN BEZUG AUF
DIE SOZIALE
DASEINSVORSORGE.“**

Staatlicher Strukturabbau in ländlichen Räumen – ein Nährboden für Rechtspopulismus?

Der Beitrag nimmt das Erstarken des Rechtspopulismus zum Anlass, um den Zusammenhang von Strukturwandel und rechten Politikangeboten in strukturschwachen Regionen zu thematisieren. Hierfür zeigen wir die Veränderungen im modernen Staatsverständnis und führen den autoritären Wettbewerbsstaat als dessen aktuelles Leitbild ein. Ausgehend davon nehmen wir den Freistaat Bayern in den Blick. Das bayerische ‚Heimatministerium‘ betreibt hierbei eine Politik des Sparzwangs und des Abbaus (sozial-)staatlicher Strukturen. Die CSU flankiert dies mit einer rechtspopulistischen Rhetorik des „Sozialneids“ gegenüber Geflüchteten. Statt weiter auf Privatisierung, Wettbewerb und Deregulierung zu setzen, bräuchte es ein Umdenken in Bezug auf Staatlichkeit, das dem Aufstieg rechtspopulistischer Argumente entgegenwirkt. Entsprechend schließt der Beitrag mit einem Plädoyer für soziale Infrastruktur.

Nur sechs Jahre nach ihrer Gründung ist die rechtspopulistische bis offen rechtsextreme Alternative für Deutschland (AfD) mittlerweile in allen Bundes- und Landesparlamenten vertreten. In manchen Regionen ist die AfD sogar zur stärksten Partei aufgestiegen. Besonders hohe Zustimmung erfährt die AfD in strukturschwachen Gegenden, vor allem im ländlichen Raum (Richter/Bösch 2017: 43ff.). Wer Erklärungen für das dortige hohe Aktivierungspotenzial der Rechten sucht, kommt in der Analyse um eine Einbettung in das gegenwärtige Gesellschaftssystem nicht umhin (vgl. Heitmeyer 2018: 16). Gerade – aber nicht nur – in ländlichen Räumen mit relativ schlechter wirtschaftlicher Voraussetzung im globalen Wettbewerb erzeugen Abkopplungsprozesse eine zunehmende gesellschaftliche Prekarisierung. Rechtspopulist*innen verkennen dabei die dahinterstehenden abstrakten ökonomischen Realitäten als einen Grund für Ungerechtigkeit und richten ihre Wut auf konkrete Personen und Institutionen: Geflüchtete, die ‚Politiker da oben‘, Ausländer*innen, andere Minderheiten oder konkurrierende Staaten werden zu den Schuldigen dieser gesellschaftlichen Entwicklung.

Wer Erklärungen für das hohe Aktivierungspotenzial der Rechten sucht, kommt in der Analyse um eine Einbettung in das gegenwärtige Gesellschaftssystem nicht umhin.

Der Beitrag nimmt zuvorderst eine (sozio-)ökonomische Perspektive auf die raumordnerische Strukturpolitik als einen Faktor für den Aufstieg rechtspopulistischer Politikangebote ein. Die dahinter liegende These der sogenannten Modernisierungsverlierer*innen (Spier 2010) erhebt dabei keinen Alleinerklärungsanspruch: Die politische Einstellungsforschung zeigt, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, wie etwa Etabliertenvorrechte oder die Abwertung von Asylsuchenden, in allen sozioökonomischen Schichten vorkommt (Decker et al. 2016). Die Unterstellung kausaler Automatismen von sozialen Lebenslagen und rechtspopulistischer Anfälligkeit ist daher problematisch. Jedoch behaupten wir, dass sich im Zuge des Strukturwandels neue sozialgeografische Peripherien (Guilluy 2018) herausbildeten, die zu einer Entsicherung (Heitmeyer 2012: 19) in der Bevölkerung beitrugen und somit die Empfänglichkeit gegenüber populistischen Erklärungsangeboten steigerten.

Die politische Einstellungsforschung zeigt, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, wie etwa Etabliertenvorrechte oder die Abwertung von Asylsuchenden, in allen sozioökonomischen Schichten vorkommt.

Der Beitrag thematisiert in einem ersten Schritt die Veränderungen im modernen Staatsverständnis und führt den autoritären Wettbewerbsstaat als dessen aktuelles Leitbild ein. Ausgehend davon nehmen wir den Freistaat Bayern in den Blick, in dem das Verhältnis von Stadt und Land in den vergangenen zehn Jahren Gegenstand einer Reihe politischer Debatten und Entscheidungen war. Anhand der Politik des bayerischen ‚Heimatministeriums‘ soll aufgezeigt werden, dass Schuldenabbau und das Wegbrechen (sozial-)staatlicher Strukturen in ländlichen Räumen mit einer rechtspopulistischen Rhetorik des „Sozialneids“ gegenüber Geflüchteten einhergehen, die nicht nur in ökonomisch abgehängten Regionen auf einen fruchtbaren Boden fällt. Der Beitrag schließt mit einem Plädoyer für soziale Infrastruktur als nachhaltige Alternative für die Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen.

Gewandelte Staatlichkeit: das Ricardian-Workfare-Regime

Als maßgeblich für den staatlichen Strukturabbau sehen wir den Wandel im aktuellen Staatsverständnis an, der in gesellschaftlichen Debatten vielfach verkürzt unter dem Schlagwort „Neoliberalismus“ verhandelt wird. Gemeint ist damit zum einen ein Abbau von Regulierungen des Marktes, zum anderen die Privatisierung ehemals staatlicher Aufgaben.

Um diesen Wandel von Staatlichkeit zu verstehen, orientieren wir uns an Jessops Modell des Übergangs vom keynesianischen Wohlfahrtsstaat zum ricardianischen Aktivierungsregime (Jessop 2016). Der keynesianische Wohlfahrtsstaat bemühte sich via aktiver Nachfrage- und Wohlfahrtspolitik um den Ausgleich ökonomischer und sozialer Bedingungen. Dagegen hat das ricardianische Aktivierungsregime seinen Ursprung in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und der sich daran anschließenden Eurokrise. Infolge dessen kam es durch Druck auf Lohnarbeiter*innen zu einer Senkung von Löhnen und Sozialleistungen. Das ist wohl der markanteste Ausdruck einer strengen Sparpolitik – der sogenannten Austerität. Mit diesem Übergang zur austeritären Organisation von

Staatlichkeit sind zusammenfassend zwei Aspekte verbunden: einerseits eine staatliche Haushaltspolitik, die die sogenannte „schwarze Null“ (Haffert 2016) zum zentralen Maßstab des Regierungshandelns erhebt, und andererseits eine Verstärkung von Konkurrenz auf allen Maßstabsebenen mit dem Ziel, das ökonomische Potenzial zu aktivieren. So dominiert zurzeit das Leitbild austeritärer Staatlichkeit. Danach beschränkt sich ein möglichst schlanker Staat auf die Setzung eines Rahmens. Innerhalb dieses Rahmens sollen private und öffentliche Akteure in einem umfassenden Wettbewerb für starkes Wirtschaftswachstum, hohe Profite und Fortschritt sorgen. Die Handlungsspielräume lokaler, nationaler und supranationaler Akteure sind dabei im Wettbewerb untereinander sowie durch restriktive Haushaltspolitik stark eingeschränkt – der nationale Wettbewerbsstaat als Paradigma des (neoliberalen) Regierens (Hirsch 1995).

„Aktivieren statt Alimentieren“ – austeritäre Landesentwicklung am Beispiel Bayern

Diese verstärkte austeritäre Staatlichkeit im nationalen Wettbewerbsstaat zeigt sich auf unterschiedlichen Ebenen des Regierens. Im Folgenden fokussieren wir uns mit der Landes- und Kommunalpolitik auf die mittlere und untere Ebene, in der austeritäre Politiken auf die Lebensrealität der Bewohner*innen treffen. Gerade der Freistaat Bayern kann dabei als Vorreiter gesehen werden: So gab es angesichts wachsender Unterschiede zwischen Zentren und Peripherie mit dem deutschlandweit ersten ‚Heimatministerium‘ eine zumindest symbolträchtige Betonung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Landesteilen; gleichzeitig jedoch ist die Finanzpolitik vor allem gegenüber der Peripherie im wirtschaftlich starken und relativ reichen Bayern stark vom Spardiktat geprägt. Ergebnis dieser Struktur- und Regionalpolitik unter dem offiziellen Motto „Aktivieren statt Alimentieren“ (StmFLH 2014: 3) sind einerseits die prosperierenden Zentren Bayerns, wo sich Unternehmen, Kulturbetriebe, Universitäten, Behörden und Kliniken ballen und so für den wirtschaftlichen Erfolg des Bundeslands sorgen.

Ergebnis der Struktur- und Regionalpolitik sind einerseits die prosperierenden Zentren Bayerns. Dagegen verlieren andererseits viele ländliche Regionen immer mehr den Anschluss: Ihnen fehlt es an Arbeitsplätzen vor Ort, Ärzt*innen, wohnortnahen Schulen, Freizeitmöglichkeiten und schnellem Internet.

Dagegen verlieren andererseits viele ländliche Regionen immer mehr den Anschluss: Ihnen fehlt es an Arbeitsplätzen vor Ort, Ärzt*innen, wohnortnahen Schulen, Freizeitmöglichkeiten und schnellem Internet. Mangelhaft ist auch der öffentliche Nahverkehr: Busse fahren nur noch selten und die meisten Bahnhöfe sind längst geschlossen. Viele Kommunen leiden zudem unter dem Wegzug vor allem junger und gut ausgebildeter Menschen. Sinkende Nutzungszahlen tragen zur Schließung von Kindergärten und Schwimmbädern bei. Aber auch Hauseigentümer*innen oder Vereine kämpfen mit Schrumpfung, Alterung und fehlender Kaufkraft. Dadurch wird die Abwärtsspirale in der Peripherie verstärkt (vgl. Dudek/Kallert 2017, Miosga 2015).

Eben diese Disparitäten zwischen Stadt und Land verschärfen sich durch den Wandel des Staatsverständnisses. Konkret wird dieser im Kabinettsbeschluss der bayerischen Staatsregierung vom 2. Dezember 2012 – vereinbart wurde die zukünftige Ausrichtung der Landesentwicklung anhand der Schlagworte Liberalisierung, Deregulierung und Kommunalisierung (vgl. Miosga 2012: 9). Die Folgen des Beschlusses zeigen sich im Rückbau von Planungsstrukturen, die den Staat als aktiven Gestalter einer ausgleichenden Strukturpolitik ausmachten. Die Entwicklung steht somit sinnbildlich für den Rückzug des Freistaats aus Verpflichtungen der Raumordnung sowie allgemein für den Wandel vom Versorgungs- zum Gewährleistungsstaat (vgl. Schuppert 2001). Die Lücke der Landesentwicklung, die durch den Rückbau der Planung entstand, sollen nun Kommunen füllen – die „Landesentwickler vor Ort“ (Staatsminister Söder). Innerhalb des ricardianischen Aktivierungsregimes wird dies jedoch nicht durch eine entsprechend gesteigerte Finanzausstattung der Kommunen zur Bewältigung dieser Aufgaben flankiert. Stattdessen ist es das Ziel, dass die Kommunen „aus eigener Kraft wieder stark werden sollen“ (StmFLH 2014: 3). So finden sich finanzstarke wie finanzschwache Kommunen in einem Wettbewerb um Steuereinnahmen wieder, um ausbleibende Haushaltsmittel vonseiten des Freistaats zu kompensieren. Gewerbeansiedlungen gewinnen dadurch an Bedeutung: Durch erhöhte Steuereinnahmen sollen kommunale Schulden abgebaut und mittels freiwilliger kommunaler Leistungen die Attraktivität der Kommunen als Wohn- und Firmensitz gesteigert werden. Dementsprechend gehen Kommunen eben nicht Kooperationen ein, um das Wegbrechen staatlicher Leistungen in der Daseinsvorsorge gemeinsam zu kompensieren. Sie treten stattdessen in einen interkommunalen Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen ein. Die Konsequenz dieser neoliberal-aktivierenden Strukturpolitik ist eine sich selbst verstärkende, ungleiche Entwicklung der Kommunen in Bayern. Auf der einen Seite stehen Städte und Gemeinden, die mit ihrer Gewerbepolitik Erfolg haben und entsprechend leichter neue Anreize für Unternehmensansiedlungen schaffen können. Auf der anderen Seite stehen Städte und Kommunen, die keine attraktive Investitionskulisse bieten können, was wiederum zu einem geringen Gewerbesteueraufkommen führt.

Konsequenz dieser neoliberal-aktivierenden Strukturpolitik ist eine sich selbst verstärkende, ungleiche Entwicklung der Kommunen in Bayern.

Damit diese Dynamiken des Abstiegs für ländliche Kommunen nicht bodenlos sind, hat der Freistaat Bayern im kommunalen Finanzausgleich Stabilisierungshilfen vorgesehen. Diese Hilfen sind für Kommunen konzipiert, die nach objektiven Strukturindikatoren als strukturschwach gelten und sich unverschuldet in finanziellen Notlagen befinden. Allerdings besteht kein genereller Anspruch auf bestimmte Zahlungen: Stabilisierungshilfen werden nur auf Antrag und gegen bestimmte Auflagen genehmigt.

Diese Auflagen erinnern stark an die Sparprogramme, die im Zuge der griechischen Staatsschuldenkrise vonseiten der „Troika“ aufgezwungen wurden: In beiden Fällen wird eine Kostenminimierung bei wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben gefordert. Bei den Stabilisierungshilfen werden dabei zehn Punkte genannt, die die „Anforderungen an das zu erstellende Haushaltskonsolidierungskonzept“ konkretisieren (StmFLH 2018). Für die Sicherstellung bzw. Wiederherstellung der „dauernden Leistungsfähigkeit“ hat sich die Kommune auf „unabweisbare Ausgaben“ zu beschränken, das heißt die

Verpflichtung, „grundsätzlich nur unumgängliche, notwendige Investitionen im Pflichtaufgaben- bzw. rentierlichen Bereich“ zu tätigen. Dagegen sind Investitionen im freiwilligen Bereich, die für die Attraktivität von Kommunen hohe Bedeutung besitzen, einer „kritischen Prüfung zu unterziehen und in vertretbarer Weise auf das vor Ort unabdingbar notwendige Maß zu reduzieren“ (ebd.).

Sollten kommunale Einrichtungen, etwa „Hal- len- oder Freizeitschwimmbäder, Veranstaltungseinrichtungen oder kulturelle Einrichtungen“, auf Dauer defizitär geführt werden, sind laut den Anforderungen für Stabilisierungshilfe „geeignete Maßnahmen zu ergreifen“. Alle verfügbaren Ausgabepositionen, die über gesetzlich festgelegte Leistungen der Pflichtaufgaben hinausgehen (Einrichtungen wie Büchereien

Alle verfügbaren Ausgabepositionen, die über gesetzlich festgelegte Leistungen der Pflichtaufgaben hinausgehen (Einrichtungen wie Büchereien oder Dorfgemeinschaftshäuser, Zuschüsse an Vereine usw.), stehen zur Disposition.

oder Dorfgemeinschaftshäuser, Zuschüsse an Vereine usw.), stehen zur Disposition und sind auf ein „unabdingbar notwendiges Maß“ zu reduzieren. Doch auch bei den Pflichtaufgaben sind „alle Möglichkeiten einer Kostenreduzierung auszuschöpfen“. Gerade die in den Anforderungen genannten freiwilligen Leistungen wie Büchereien oder Schwimmbäder lassen sich besonders in peripheren, dünn besiedelten Regionen nicht kostendeckend betreiben. Die Alternative einer Marktlösung durch private Anbieter wie in Ballungszentren existiert in den betroffenen Kommunen nicht. De facto bedeutet eine solche Restriktion die Schließung noch vorhandener Einrichtungen der (freiwilligen) sozialen Daseinsvorsorge in den strukturell benachteiligten Kommunen – der Abstand zu den prosperierenden Regionen wird folglich noch mehr anwachsen, statt zu schrumpfen. Die Attraktivität der Peripherie wird darüber hinaus weiter reduziert, indem auch der „Zuschussbedarf kostenrechnender Einrichtungen“ konsequent durch „Ausgabenreduzierung und/oder Einnahmeerhöhungen“ zu begrenzen ist. Für die Bewohner*innen heißt das: weniger Leistung (etwa Wartung) bei der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung bei gleichzeitig erhöhten Gebühren (ebd.). Auch hier trägt das Anforderungskonzept des bayerischen Finanzministeriums den besonderen strukturellen Bedingungen ländlicher und dünn besiedelter Regionen nicht Rechnung: Gerade in den kleinen Kommunen sind die Bereitstellungskosten pro Kopf höher. Vorgaben wie die oben genannten bedeuten letztendlich eine Absage an den ländlichen Raum.

Staatlicher Strukturabbau als Nährboden für Rechtspopulismus?

Was hat diese Kritik der Struktur- und Regionalpolitik in Bayern nun mit dem Erstarken rechtspopulistischer Politikangebote zu tun? Der nationale Wettbewerbsstaat als Paradigma des neoliberalen Regierens fördert mittels Sparpolitik eine Abstiegsgesellschaft, deren Anfälligkeit für rechtspopulistische Argumente hoch ist (Nachtwey 2016, Candeias 2018). Selbst Regierungen „links der Mitte“ sind unter den vermeintlichen Sachzwängen des Krisenkapitalismus längst davon abgerückt, Politik für diejenigen zu machen, von denen sie gewählt wurden. Stattdessen erscheint Politik insgesamt reduziert auf die Rolle des Standortverwalters für Kapitalinteressen, die auch durch Privatisierung und zunehmende Responsibilisierung (Heeg 2013) in der ehemals stärker öffentlich organisierten Daseinsvorsorge bedient werden. Eine solche Sozialpolitik nimmt in Kauf, dass private Anbieter nur

in diejenigen Bereiche investieren, in denen Profite möglich sind. Somit bleiben all jene Aufgaben der Daseinsvorsorge am Staat hängen, die dauerhaft nur defizitär und damit abgabenfinanziert und von privaten Trägern nicht lukrativ übernommen werden können. Der Staat wird somit zu einer Art Residualkategorie für jene nicht gewinnbringende Daseinsvorsorge, deren öffentliche Bereitstellung durch Sparprogramme immer weiter erschwert wird. Große Bereiche der Daseinsvorsorge, etwa Kranken- und Pflegehäuser, Wohnen, Kultur, Freizeit oder Verkehrsinfrastruktur, bieten enorme Investitionsmöglichkeiten. Die werden jedoch nur bei entsprechenden Gewinnaussichten getätigt. Der neoliberale Gewährleistungsstaat erschließt den Kapitalgruppen neue Märkte, statt die Leistungen selbst zu erbringen. Die Sicherung der Daseinsvorsorge und die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse werden somit vom gesellschaftlich anerkannten und gesetzlich gebotenen Ziel zu einem Mittel der Profitgenerierung. Colin Crouch (2010) beschreibt diese Entwicklung als die Aufkündigung des Sozialvertrags aus dem fordistischen Industriezeitalter. Dadurch werden alle Schranken der Kommerzialisierung und der Kommodifizierung niedergerissen, die ihm im Rahmen des Konzepts der sozialen Bürgerrechte auferlegt wurden.

Anstatt nun die wachsende Ungleichwertigkeit, das (drohende) Scheitern und den sozialen Abstieg als Resultat eines sich verschärfenden Wettbewerbs des gegenwärtigen Kapitalismus zu begreifen (vgl. Dahrendorf 1997), erfahren exkludierende Solidaritäten Zuspruch: Diese machen „die anderen“ zu Schuldigen einer zunehmenden gesellschaftlichen Prekarisierung und der Angst vor ihr (Kellershohn/Kastrup 2016). Eine solche ausgrenzende und ethnozentrische Sozialstaatslogik stößt insbesondere in peripheren Regionen auf Resonanz, in denen der Staat nur noch die Grundversorgung der Daseinsvorsorge bereitstellt und das Sozialstaatsgebot dabei vielfach vernachlässigt (Neu 2009). Die Bewohner*innen derjenigen Regionen, die als Verlierer aus dem Konkurrenzkampf herausgehen und zudem von ihrer Regierung noch für ihre miserable Lage mittels Sparpolitik abgestraft werden, finden gerade in den ihren Dörfern und Kleinstädten zugeteilten Geflüchteten ein neues Feindbild: ‚Ihr tut viel für Flüchtlinge, wenig für uns‘ (siehe für Bayern bzw. Thüringen: Fröhlich et al. 2016, Schönemann 2018). Befeuert wird diese Suche nach einem Sündenbock durch die bayerische Staatsregierung, die angesichts wachsender Ungleichheiten rechtspopulistische Ressentiments schürt und damit vom eigenen Versagen in der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ablenkt.

Eine solche ausgrenzende und ethnozentrische Sozialstaatslogik stößt insbesondere in peripheren Regionen auf Resonanz, in denen der Staat nur noch die Grundversorgung der Daseinsvorsorge bereitstellt und das Sozialstaatsgebot dabei vielfach vernachlässigt.

Die Kosten für Geflüchtete werden dabei von der bayerischen Regierung betont und gegen die Sozialleistungen für Einheimische ausgespielt, um zu signalisieren, dass es immer noch eine soziale Schicht unter ihnen gibt. Wenn der bayerische Ministerpräsident in einer Talkshow sagt: „Wir geben als Staat für sogenannte unbegleitete Minderjährige, junge Männer, pro Monat mehr aus, als jemand, der 40 Jahre in Deutschland gearbeitet hat, an Rente bekommt“¹, dann zielt er eben

¹ Söder bei Anne Will (11.09.2016).

nicht darauf ab, ein menschenwürdiges Rentenkonzept anzuregen. Er sucht stattdessen gezielt die wehrloseste Gruppe dieser Gesellschaft heraus – Menschen, die vor Krieg und Armut geflohen sind –, um ihnen im rechtspopulistisch geprägten Diskurs die Schuld für die Ergebnisse einer Kürzungspolitik unterzujubeln, die er politisch mitträgt.

Soziale Infrastruktur als Gegenkonzept

Bislang schafft es vor allem die Rechte, von dieser sozialen Ausdünnung und der damit einhergehenden Unzufriedenheit der Bevölkerung zu profitieren. Dabei stellt letztendlich der Staat – Bund, Länder, Kommunen und ihre öffentlichen Träger – in seiner doppelten Rolle als „Ermöglichungsagentur kapitalistischer Reproduktion“ (Lessenich 2009: 134) und als Garant des sozialen Friedens die wichtigste Instanz dar, um der zunehmenden sozialen Ungleichheit und der wegbrechenden Daseinsvorsorge zu begegnen. Den verfassungsrechtlichen Auftrag hierzu hat der Staat mit dem Gleichwertigkeitsziel im Grundgesetz. Statt weiter auf Privatisierung, Wettbewerb und Deregulierung zu setzen, bräuchte es ein Umdenken in Bezug auf Staatlichkeit, das dem Aufstieg rechtspopulistischer und marktradikaler Argumente und Programmatik – nicht nur seitens der AfD – entgegenwirkt. Obwohl das soziale Auseinanderdriften mittlerweile erschreckende Ausmaße erreicht hat², fehlt weiterhin der politische Wille für eine grundlegende Kehrtwende in Bezug auf die soziale Daseinsvorsorge.

Statt weiter auf Privatisierung, Wettbewerb und Deregulierung zu setzen, bräuchte es ein Umdenken in Bezug auf Staatlichkeit, das dem Aufstieg rechtspopulistischer und marktradikaler Argumente und Programmatik – nicht nur seitens der AfD – entgegenwirkt.

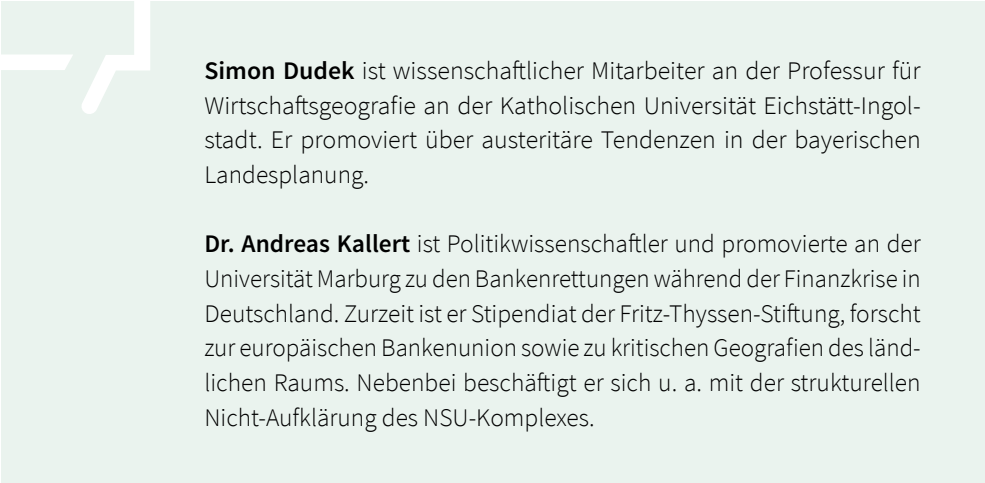
Das Konzept der Sozialen Infrastruktur (Hirsch et al. 2013) stellt einen solchen Versuch dar, das einer grundsätzlich marktwirtschaftlichen Orientierung der Wirtschaft nicht entgegensteht, ihr aber einen sozialen Rahmen für alle Bewohner*innen gibt. Diesem Konzept nach bedarf es einer Grundausstattung an Bildung, Gesundheit, Mobilität und Wohnen, die dem Wettbewerbs- und folglich Gewinnprimat entzogen ist und öffentlich zur Verfügung gestellt wird.³

² So hatten die untersten 50 % aller Haushalte in Deutschland 1998 noch 3,7 % des Nettovermögens auf sich vereint, 2013 nur noch 1,0 %. Dagegen stieg der Anteil der obersten 10 % von 44,7 % (1998) auf 51,0 % (2013) (Bundesregierung 2017: 508). Auch die OECD konstatiert, dass die Ungleichheit sowohl in Deutschland als auch im gesamten OECD-Raum noch nie so hoch war wie zurzeit; dadurch werde der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet (OECD 2015).

³ Aktuell zeigt sich in Bayern ein gegensätzliches Bild. Im Zuge der globalen Finanzkrise wurde die Bayerische Landesbank durch den Freistaat gerettet. Um die entstandenen Schulden wieder an den Staat zurückzahlen zu können, verkaufte die BayernLB sozial und preislich gebundene Wohnimmobilien, die inzwischen – weit teurer – von Bayerns Städten rekommunalisiert, also zurückgekauft werden.

Ein solches Gegenkonzept zur fortschreitenden Ausdünnung sozialer Infrastruktur in ländlich-peripheren Räumen und darüber hinaus muss sich mit den als Sachzwängen aufgefassten Argumenten öffentlicher leerer Kassen und des demografischen Wandels kritisch auseinandersetzen. Dabei darf soziale Gerechtigkeit nicht zur leeren Politikfloskel verkommen.⁴ Stattdessen müssen die politisch Verantwortlichen die Menschen in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Anstrengung hin zu sozialen und gleichwertigen Lebens- und Arbeitsverhältnissen stellen – und damit den Fortbestand und die Weiterentwicklung einer sozialen und demokratischen Gesellschaft in Zeiten massiver Gefahr von rechts sichern.

Die politisch Verantwortlichen müssen die Menschen in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Anstrengung hin zu sozialen und gleichwertigen Lebens- und Arbeitsverhältnissen stellen.



Simon Dudek ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Wirtschaftsgeografie an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Er promoviert über austeritäre Tendenzen in der bayerischen Landesplanung.

Dr. Andreas Kallert ist Politikwissenschaftler und promovierte an der Universität Marburg zu den Bankenrettungen während der Finanzkrise in Deutschland. Zurzeit ist er Stipendiat der Fritz-Thyssen-Stiftung, forscht zur europäischen Bankenunion sowie zu kritischen Geografien des ländlichen Raums. Nebenbei beschäftigt er sich u. a. mit der strukturellen Nicht-Aufklärung des NSU-Komplexes.

⁴ Insbesondere Bayern hat hier im Ländervergleich hohen Nachholbedarf, etwa bezüglich sozialer Durchlässigkeit als Element sozialer Gerechtigkeit: Die Chance eines Kindes aus oberen Sozialschichten, ein Gymnasium zu besuchen, ist 6,5-mal höher als die eines Kindes aus unteren Sozialschichten. In Berlin liegt dieser Faktor lediglich bei 1,7 (Bertelsmann Stiftung, Institut für Schulentwicklungsforschung 2012).

Literatur

- Bertelsmann Stiftung, Institut für Schulentwicklungsforschung [Hrsg.] (2012): Chancenspiegel. Zur Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Schulsysteme. Bertelsmann-Stiftung: Gütersloh.
- Bundesregierung (2017): Lebenslagen in Deutschland – Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bundesdrucksache: Berlin.
- Candeias, Mario [Hrsg.] (2018): Rechtspopulismus, radikale Rechte, Faschisierung. Bestimmungsversuche, Erklärungsmuster und Gegenstrategien. Rosa-Luxemburg-Stiftung: Berlin.
- Crouch, Colin (2010): Postdemokratie. Suhrkamp: Frankfurt a. M.
- Dahrendorf, Ralf (1997): Die Quadratur des Kreises. Ökonomie, sozialer Zusammenhalt und Demokratie im Zeitalter der Globalisierung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 41, Heft 9, S. 1060-1071.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar [Hrsg.] (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger „Mitte“-Studie 2016. Psychosozial-Verlag: Gießen.
- Dudek, Simon/Kallert, Andreas (2017): Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern. Rosa-Luxemburg-Stiftung: Berlin.
- Fröhlich, Werner/Ganser, Christian/Köhler, Eva (2016): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Bayern. Forschungsbericht des Instituts für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München. LMU: München.
- Guilluy, Christophe (2019): Twilight of the Elites: Prosperity, the Periphery, and the Future of France. Yale University Press: New Haven.
- Haffert, Lukas (2016): Die schwarze Null: Über die Schattenseiten ausgeglichener Haushalte. Suhrkamp: Frankfurt a. M.
- Heeg, Susanne (2013): Wohnungen als Finanzanlage. Auswirkungen von Responsibilisierung und Finanzialisierung im Bereich des Wohnens. In: Sub|urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung, 1, Heft 1, S. 75-99.
- Heitmeyer, Wilhelm (2012): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt. In: Ders. [Hrsg.]: Deutsche Zustände 10. Suhrkamp: Frankfurt a. M., S. 15-41.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuchungen. Suhrkamp: Frankfurt a. M.
- Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Edition ID: Berlin.
- Hirsch, Joachim/Brüchert, Oliver/Krampe, Eva-Maria [Hrsg.] (2013): Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur. VSA: Hamburg.
- Jessop, Bob (2016): Neoliberalismen, kritische politische Ökonomie und neoliberale Staaten. In: Biebricher, Thomas [Hrsg.]: Der Staat des Neoliberalismus. Baden-Baden, S. 121-151.
- Kellershohn, Helmut/Kastrup, Wolfgang (2016): Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte. Unrast: Münster.
- Lessenich, Stephan (2009): Mobilität und Kontrolle. Zur Dialektik der Aktivgesellschaft. In: Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut [Hrsg.]: Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte. Suhrkamp: Frankfurt a. M., S. 126-134.
- Miosga, Manfred (2012): Bayerische Landesplanung im Umbruch. Friedrich-Ebert-Stiftung: München/Bonn.
- Miosga, Manfred (2015): Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern – nicht nur Aufgabe der Kommunen! Friedrich-Ebert-Stiftung: München/Bonn.
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft: Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Suhrkamp: Frankfurt a. M.
- Neu, Claudia [Hrsg.] (2009): Daseinsvorsorge. Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Springer VS: Wiesbaden.
- OECD (2015): In It Together: Why Less Inequality Benefits All. OECD Publishing: Paris.
- Richter, Christoph/Bösch, Lukas (2017): Demokratiefere Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017. IDZ: Jena.
- Schönemann, Charlotte (2018): Blankenburg. Rassismus oder nur zur falschen Zeit am falschen Ort? In: Eckardt, Frank [Hrsg.]: Ungeliebte Nachbarn. Anti-Asyl-Proteste in Thüringen. Transcript: Bielefeld, S. 197-206.
- Schuppert, Gunnar (2001): Der moderne Staat als Gewährleistungsstaat. In: Schröter, Eckhard [Hrsg.]: Empirische Policy- und Verwaltungsforschung. Springer VS: Wiesbaden, S. 399-414.
- Spier, Tim (2010): Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa. Springer: Wiesbaden.
- StMFLH (2014): Heimatstrategie. Starke Zukunft für Stadt und Land. Online: http://www.demografie-leitfaden-bayern.de/fileadmin/user_upload/demografie-leitfaden/dokumente/Heimatstrategie.pdf [04.03.2019].
- StMFLH (2018): Anforderungen an das zu erstellende Haushaltskonsolidierungskonzept. Online: https://www.stmflh.bayern.de/kommunaler_finanzausgleich/bedarfszuweisungen/10-Punkte-Katalog.pdf [13.07.2018].



LARISSA DEPPISCH, ANDREAS KLÄRNER
& TORSTEN OSIGUS

**„OSTDEUTSCHE
BUNDESLÄNDER
WEISEN
INSBESONDERE IN
EHER LÄNDLICHEN
GEMEINDEN EIN
DEUTLICH HÖHERES
AFD-WAHLERGEBNIS
ALS URBANE
GEMEINDEN AUF.“**

Ist die AfD in ländlichen Räumen besonders erfolgreich?

Der vorliegende Beitrag setzt sich mit der These auseinander, dass rechtspopulistische Bewegungen und Parteien wie die AfD umso erfolgreicher seien, je ländlicher – und damit „abgehängter“ die Region ist. Wir untersuchen dafür die AfD-Zweitstimmenergebnisse bei der Bundestagswahl 2017. Unsere Analyse ergibt, dass eine Differenzierung notwendig ist. So weisen in Ostdeutschland vor allem eher ländliche – und nicht sehr ländliche – Gemeinden ein deutlich höheres AfD-Wahlergebnis als urbane (d. h. nicht-ländliche) Gemeinden auf. In Westdeutschland hingegen weisen sehr ländliche Gemeinden ein niedrigeres oder relativ gleich hohes AfD-Wahlergebnis wie die eher und die urbanen Gemeinden auf.

Seit ihrer Gründung im Jahr 2013 hat die Alternative für Deutschland (AfD) eine Reihe von personellen und inhaltlichen Wandlungen erlebt (Amann 2017, Häusler 2016). Trotz zahlreicher interner Auseinandersetzungen und einer in Teilen der Öffentlichkeit sehr ablehnenden Haltung gegenüber der Partei war sie bei vergangenen Wahlen erfolgreich. Sie ist seit November 2018 in allen Landtagen vertreten. Bei der Bundestagswahl 2017 erreichte die AfD ein Ergebnis von 12,6 % und zog damit erstmals in den Bundestag ein (siehe Abb. 1). Im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 konnte sie ihr Ergebnis um 7,9 Prozentpunkte verbessern (Der Bundeswahlleiter 2017). Vielen Beobachter*innen und Kommentator*innen gilt die AfD als rechtspopulistische Partei, die sich vor allem durch ihre euroskeptische und gegen Einwanderung gerichtete Haltung auszeichnet (Bergmann et al. 2017). In Teilen wird sie auch als nationalistisch oder rechtsextrem bezeichnet (Majic 2018, Quent 2017, Süß 2018).

Für den Erfolg der AfD gibt es zahlreiche wissenschaftliche Erklärungsansätze. Wir aber wollen unser Hauptaugenmerk auf einen Aspekt lenken, der für diese Ansätze nicht zentral ist, aber in der politischen und öffentlich-medialen Diskussion immer wieder diskutiert wird: Fühlen sich Menschen in ländlichen Räumen „abgehängt“ und wenden sich deswegen von etablierten Parteien ab und (rechts-)populistischen Bewegungen oder Parteien wie der AfD zu? So heißt es u. a. in der Zeitung DIE WELT: „Wo sich Menschen auf dem Land abgehängt fühlen, hat der Populismus freie Bahn“ (Ehrenstein 2016, vgl. dazu auch Deppisch 2019).

Trotz zahlreicher interner Auseinandersetzungen und einer in Teilen der Öffentlichkeit sehr ablehnenden Haltung gegenüber der AfD war die Partei bei vergangenen Wahlen erfolgreich.

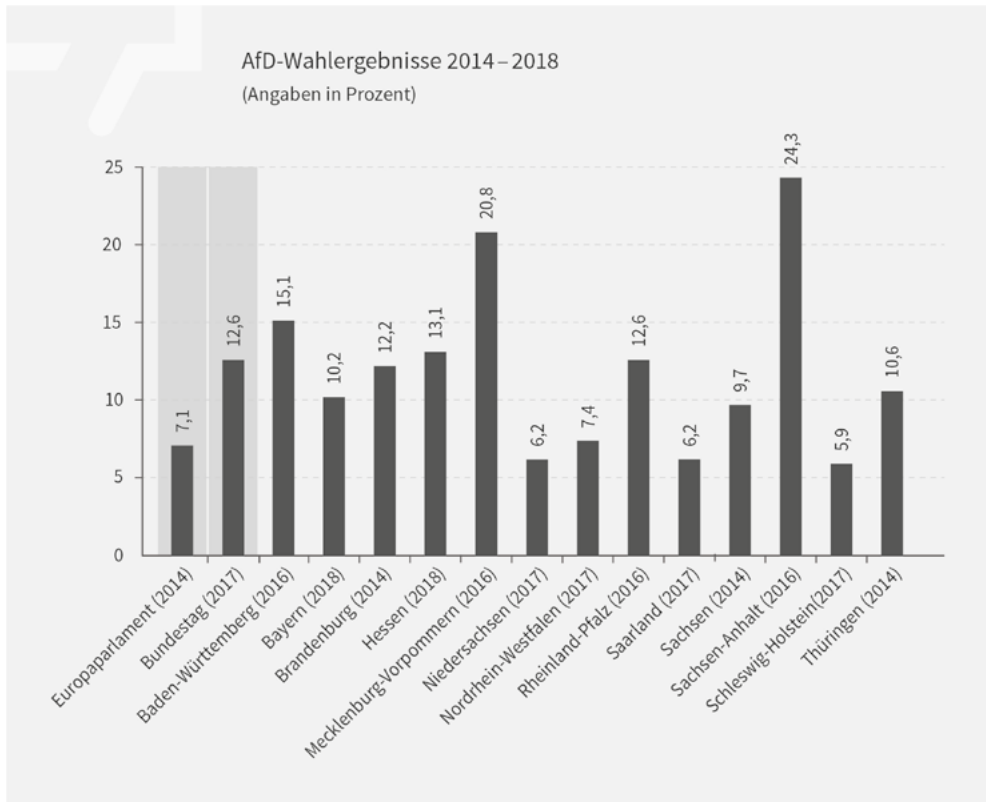


Abb. 1: Zweitstimmenwahlergebnisse der AfD¹ 2014-2018

Im Folgenden werden wir zunächst die zentralen Erklärungsansätze für den Wahlerfolg der AfD anführen und auf die vorliegenden empirischen Analysen zur Erklärung der AfD-Wahlergebnisse² bei der Bundestagswahl 2017 eingehen. Anschließend widmen wir uns der These des Zusammenhangs zwischen hohen AfD-Zweitstimmenanteilen und der Ländlichkeit einer Region. Unter Rückgriff auf die Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2017 auf der Gemeindeverbandsebene und auf den Ländlichkeitsindex der Thünen-Typologie ländlicher Räume (Küpper 2016) werden wir schließlich jene These im Rahmen unserer raum- und regionspezifischen Analyse prüfen.

¹ Der Bundeswahlleiter 2015; Der Bundeswahlleiter 2017; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2016; Bayerisches Landesamt für Statistik 2018; Der Landeswahlleiter für Brandenburg 2014; Der Landeswahlleiter für Hessen 2013; Hessisches Statistisches Landesamt 2018; Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern Die Landeswahlleiterin 2016; Niedersächsische Landeswahlleiterin 2017; Der Landeswahlleiter des Landes Nordrhein-Westfalen 2017; Rheinland-Pfalz Landeswahlleiter 2016; Die Landeswahlleiterin Saarland 2017; Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2014; Landeswahlleiterin Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2016; Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2017; Thüringer Landesamt für Statistik 2014.

² Alle Angaben zu AfD-Wahlergebnissen, sowohl aus zitierter Literatur als auch aus der eigenen Untersuchung, beziehen sich stets auf den Zweitstimmenanteil.

Theoretische Erklärungsansätze für den Wahlerfolg der AfD

Die „Nationalismusthese“ (Lengfeld 2017: 211) führt den vergleichsweise hohen Zuspruch für die AfD darauf zurück, dass die Wähler*innen ihre persönliche kulturell-politische Wertorientierung im Parteiprogramm sowie in den Wahlkampfaussagen der AfD wiederfinden. Sie identifizieren sich also inhaltlich mit der AfD und sind damit keine Protestwähler*innen, sondern „Überzeugungstäter“ (Grözinger 2017: 3). Multikulturalismus, Befürwortung einer progressiven Veränderung der Geschlechterrollen und andere liberal-kosmopolitische Werte lehnen sie ab. Stattdessen sollen vermeintlich traditionelle Ideale der Sexualität, Familie und nationalen Identität aufrechterhalten sowie eine homogene Kultur und die politisch-wirtschaftliche Autonomie des Landes gewährleistet werden (Lengfeld 2017, Richter/Bösch 2017).

Die „Modernisierungsverliererthese“ (Lengfeld 2017: 211, vgl. auch Richter/Bösch 2017) geht dagegen davon aus, dass sich die AfD-Präferenz statt durch persönliche Wertorientierungen durch bestimmte sozialstrukturelle Merkmale erklären lässt: Vor allem Bevölkerungsgruppen in einfachen Tätigkeitsfeldern sowie mit geringer Qualifikation und dementsprechend geringem Einkommen seien von den wirtschaftlichen Folgen der Globalisierung negativ betroffen (z. B. Zunahme der Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt). Die AfD erscheine aus dieser Perspektive aufgrund ihrer antieuropäischen und gegen Einwanderung gerichteten Politik als Bollwerk gegen Prozesse der Globalisierung und sei damit für Modernisierungsverlierer*innen attraktiv. Diese versprechen sich eine Verminderung der Konkurrenz um (prekäre) Arbeitsplätze oder Sozialleistungen durch die Begrenzung von oder gar die Abschottung gegenüber Immigrationsbewegungen. Die Wahl der AfD kann hier als Protestwahl gedeutet werden: Die Partei wird gewählt, um den etablierten (und eigentlich inhaltlich präferierten) Parteien provokativ zu verdeutlichen, dass die Wähler*innen sich in der Situation persönlicher wirtschaftlicher Verunsicherung nicht durch die Politik aufgefangen fühlen (Lengfeld 2017, zur Protestwahlthese allgemein vgl. Niedermayer/Hofrichter 2016).

Empirische Ergebnisse in Bezug auf den Wahlerfolg der AfD

Es gibt zwei Arten von Analysen, die erklären können, welche Faktoren für die Wahl der AfD entscheidend sind: Die erste Möglichkeit ist, Umfragedaten zu analysieren, die neben individuellen demografischen und sozioökonomischen Daten auch Einstellungen und die Wahlabsicht einbeziehen (z. B. die Sonntagsfrage). Allerdings lässt die Datenlage (z. B. aufgrund geringer Fallzahlen) eine Antwort auf unsere Frage nach dem Zusammenhang der Ländlichkeit einer Region mit der Wahl der AfD nicht zu, da sich die Ergebnisse dieser Analysen i. d. R. nicht über Unterschiede zwischen Bundesländern hinausgehend geografisch spezifizieren lassen.

Die zweite Möglichkeit besteht darin, Wahl- und Strukturdaten zu untersuchen. Unter Strukturdaten fallen demografische und sozioökonomische Indikatoren einer geografischen Einheit, etwa eines Wahlkreises. Deshalb sind Wahlkreisanalysen

Wahlkreisanalysen sind im Gegensatz zur Analyse von Umfragedaten geografisch spezifizierbar.

im Gegensatz zur Analyse von Umfragedaten geografisch spezifizierbar. Individuelle Meinungen und Einstellungen in der Bevölkerung können dagegen nicht einbezogen werden. Eine weitere Einschränkung ist, dass Aussagen über Zusammenhänge auf Basis von Strukturdaten nicht auf Bevölkerungsgruppen (Klassen, Schichten, Milieus etc.) übertragen werden können.³

Ergebnisse der Analyse von Umfragedaten

Untersuchungen auf Basis von Umfragedaten, welche individuelle Wahlabsichten im Vorfeld der Bundestagswahl betrachten, sprechen sich teilweise für und teilweise gegen die Modernisierungsverlierer*innenthese aus.⁴ So stellt Lengfeld (2017) fest, dass für Personen aus der Mittel- und Oberschicht eine erhöhte Wahrscheinlichkeit zur Wahl der AfD vorliegt, während bei Lux (2018) die Schichtzugehörigkeit keinen Einfluss auf die Wahl der AfD hat.⁵ Während Lengfeld (2017) wiederum für Bildung und berufliche Stellung keinen Einfluss feststellen kann, zeigt Lux (2018) Zusammenhänge zwischen einer geringen Bildung sowie zwischen einer niedrigen beruflichen Stellung (als Arbeiter*in) und der erhöhten Wahrscheinlichkeit zur Wahl der AfD auf.

Untersuchungen auf Basis von Umfragedaten, welche individuelle Wahlabsichten im Vorfeld der Bundestagswahl betrachten, sprechen sich teilweise für und teilweise gegen die Modernisierungsverlierer*innenthese aus.

Bezüglich der Selbsteinschätzung als Modernisierungsverlierer*innen liegen ebenfalls unterschiedliche Ergebnisse vor: Laut Lengfeld (2017) betrachten sich Personen mit AfD-Wahlabsicht keineswegs „als Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung“. Bergmann und Kolleg*innen (2017) geben an, dass AfD-Zugeneigte ihre persönliche wirtschaftliche Lage sogar als überdurchschnittlich bewerten. Lux (2018) stellt hingegen fest, dass AfD-Wählende sich subjektiv depriviert, d. h. benachteiligt fühlen. Des Weiteren weisen Bergmann und Kolleg*innen (2017) Personen mit AfD-Wahlabsicht als Pessimist*innen aus. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass es nicht die tatsächlichen Modernisierungsverlierer*innen sind, die der AfD zuneigen. Vielmehr könnten es jene sein, die ihre

³ Wird beispielsweise ein Zusammenhang zwischen einem hohen Altersdurchschnitt und einem hohen AfD-Wahlergebnis festgestellt, so bedeutet das nicht, dass vermehrt ältere Menschen die AfD wählen. Es bedeutet, dass in Regionen, in denen vermehrt ältere Menschen wohnen, ein überdurchschnittliches AfD-Wahlergebnis vorzufinden ist. Welche Bevölkerungsgruppe die Partei letztendlich wählt, lässt sich dagegen nicht sagen.

⁴ Der eklatante Unterschied zwischen den Ergebnissen von Lengfeld (2017) und Lux (2018) ist auf die unterschiedliche Datengrundlage zurückzuführen. Während Lengfeld mit Umfragedaten des Meinungsforschungsinstituts infratest dimap Berlin arbeitete, nutzte Lux die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS). Da der infratest dimap-Datensatz verschiedene Schwächen aufweist, wodurch sich in der Analyse beispielsweise nur auf 58 AfD-Wählende bezogen werden konnte und die Gruppe der Arbeitslosen aufgrund der geringen Fallzahl gänzlich ausgeschlossen wurde (ebd.), sind die Ergebnisse von Lux als die belastbareren anzusehen. Hier konnten 277 Personen mit AfD-Wahlabsicht und damit auch die Gruppe der Arbeitslosen einbezogen werden (ebd.).

⁵ Anzumerken ist an dieser Stelle jedoch, dass die Unterschicht, so Lux (2018), unter den AfD-Wählenden überdurchschnittlich vertreten ist. Aufgrund des geringen Anteils an Personen aus der Unterschicht an der Gesamtbevölkerung machen diese – wie bei allen anderen Parteien auch – allerdings nicht die Mehrheit der AfD-Wählenden aus.

eigene wirtschaftliche Lage als gefährdet ansehen, was auch als Abstiegsangst oder als Angst vor Statusverlust interpretiert werden kann (vgl. Salzborn 2017). Auch sind sie bezüglich der politischen Umsetzung von sozialer Gerechtigkeit unzufrieden. Entgegen des tatsächlichen sozioökonomischen Status der Mehrheit der AfD-Wählenden entsprechen die Sorgen und Ängste der AfD-Zugehörigen denen, die bei Statusgruppen der Modernisierungsverlierer*innenthese zu erwarten sind (Bergmann et al. 2017).

Für die Nationalismusthese spricht, dass potenziellen AfD-Wählenden neben dem gesellschaftlichen Zusammenhalt auch Kriminalität und Zuwanderung große Sorgen bereiten (Bergmann et al. 2017). Einig sind sich die Autor*innen (Lengfeld 2017, Lux 2018) bei den soziodemografischen Faktoren Geschlecht, Region und Alter. Vor allem die Aspekte Männlichkeit und das Leben in Ostdeutschland machen eine AfD-Wahl wahrscheinlicher, während das Alter keine Rolle spielt.

Ergebnisse der Analyse von Strukturdaten

Wahlkreisanalysen auf Basis regionalisierter Strukturdaten ergeben, dass bestimmte soziodemografische Merkmale dieser geografischen Einheiten in Zusammenhang mit dem Erfolg der AfD stehen. So korreliert etwa ein hoher Altersdurchschnitt auf Wahlkreisebene mit einem hohen Anteil von AfD-Wählenden (Richter/Bösch 2017) – laut Franz und Kolleg*innen (2018) sowie Grözinger (2017) gilt dies vor allem für Ostdeutschland. Auch mit einer geringen Bevölkerungsdichte geht ein höherer Anteil von AfD-Wählenden einher (Franz et al. 2018, Richter/Bösch 2017). Teilweise wird aus dem Einfluss der Bevölkerungsdichte geschlossen, dass die Ländlichkeit eines Wahlkreises ein entscheidender Faktor für das AfD-Wahlergebnis ist (Richter/Bösch 2017).

Wahlkreisanalysen auf Basis regionalisierter Strukturdaten ergeben, dass bestimmte soziodemografische Merkmale dieser geografischen Einheiten in Zusammenhang mit dem Erfolg der AfD stehen.

Zum Einfluss von Bildung auf regionaler Ebene, d. h. des durchschnittlichen Bildungsgrades der Bevölkerung oder der Verteilung von Bildungsabschlüssen in der Region, liegen widersprüchliche Befunde vor: Einerseits wird kein Einfluss auf den Anteil der AfD-Wählenden festgestellt (Franz et al. 2018, Richter/Bösch 2017). Andererseits stellt Grözinger (2017) fest, dass je mehr Abiturient*innen in einem Wahlkreis vertreten sind, desto geringer das AfD-Wahlergebnis ist. Ein hoher Bildungsstand in einem Wahlkreis geht, insbesondere in Ostdeutschland, sowohl mit kosmopolitischen Werten als auch mit beruflich vielversprechenden Zukunftsperspektiven einher, was demnach der Mobilisierung von AfD-Wähler*innen entgegenwirkt (ebd.).

Auch zum Zusammenhang von Ausländer*innenanteil und Anteil der AfD-Wähler*innenstimmen liegen unterschiedliche Ergebnisse vor: Teilweise wird kein Zusammenhang belegt (Franz et al. 2018, Richter/Bösch 2017). Teilweise wird in einer separaten Analyse für Ostdeutschland ein Zusammenhang zwischen einem geringen Anteil an Ausländer*innen und einem hohen Anteil der AfD an den Wähler*innenstimmen festgestellt (Grözinger 2017).

Hinsichtlich des Einflusses sozioökonomischer Faktoren ist anzuführen, dass die Arbeitslosenquote bzw. der Anteil an SGB II-Beziehenden eines Wahlkreises keinen Einfluss auf die Höhe des AfD-Wahlergebnisses ausüben (Franz et al. 2018, Grözinger 2017, Richter/Bösch 2017). Auch für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt kein Zusammenhang mit einem überdurchschnittlichen AfD-Wahlergebnis vor (Richter/Bösch 2017). Für Ostdeutschland werden allerdings ein positiver Zusammenhang zwischen einer niedrigen Arbeitslosenquote (Richter/Bösch 2017), einem hohen Pro-Kopf-Haushaltseinkommen (Grözinger 2017, Richter/Bösch 2017) wie auch einem hohen Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigte*r und einem hohen AfD-Wahlergebnis festgestellt (Grözinger 2017). Für Westdeutschland liegt dagegen ein Zusammenhang zwischen einem unterdurchschnittlichen Haushaltseinkommen und einem überdurchschnittlichen AfD-Wahlergebnis vor (Franz et al. 2018). Des Weiteren stellen Franz und Kolleg*innen (2018) einen positiven Zusammenhang zwischen einer überdurchschnittlichen Dichte an Handwerksunternehmen wie auch vielen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe, welche sie als Indikatoren für die Ländlichkeit einer Region nutzen, und einem hohen AfD-Wahlergebnis fest.

Hinsichtlich des Einflusses sozioökonomischer Faktoren ist anzuführen, dass die Arbeitslosenquote bzw. der Anteil an SGB II-Beziehenden eines Wahlkreises keinen Einfluss auf die Höhe des AfD-Wahlergebnisses ausüben.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Ergebnisse hinsichtlich des potenziellen Zusammenhangs einer sozioökonomisch eher schlechten Lage eines Wahlkreises und einem überdurchschnittlichen AfD-Wahlergebnis fallen stark unterschiedlich aus. Während die Ergebnisse im Falle Westdeutschlands für den Einfluss einer eher schlechten sozioökonomischen Lage sprechen, relativieren der nicht nachzuweisende Einfluss der Arbeitslosenquote und des BIP wie auch die für Ostdeutschland festgestellten positiven Zusammenhänge sozioökonomischer Variablen die Erklärungskraft dieser These.

Neben sozioökonomischen und -demografischen Indikatoren wird im Rahmen von Wahlkreisanalysen vereinzelt der Anteil von Stimmen für die NPD in vergangenen Wahlen einbezogen. Dieser wird als Indikator für Politikverdrossenheit, für eine in der Gesellschaft verbreitete rechtsextreme Stimmung oder auch für bestehende rechte Organisationsstrukturen angesehen (Franz et al. 2018, Richter/Bösch 2017). Teilweise wird ein Zusammenhang zwischen vergangenen NPD-Wahlergebnissen zu aktuellen AfD-Ergebnissen gefunden (Richter/Bösch 2017, eher auf Ostdeutschland zutreffend: Franz et al. 2018), was für die Nationalismusthese spricht.⁶

⁶ Aufgrund der sich auf Strukturdaten stützenden Analyse liegen weder Richter und Bösch (2017) noch Franz et al. (2018) Meinungsdaten zur Untermauerung dieser These vor, sondern lediglich die Höhe des NPD-Wahlergebnisses in früheren Wahlen. Ob aber tatsächlich die Mehrheit der NPD-Wählenden aus Demokratieverdrossenheit und rechtsextremer Ideologie heraus die NPD (und später auch die AfD) gewählt hat, ist damit nicht belegt, sondern wird von den Autor*innen angenommen. Die Aussagekraft der auf die AfD bezogenen Ergebnisse ist somit begrenzt.

Operationalisierung von Ländlichkeit und der Zusammenhang zum AfD-Wahlergebnis

Bei einer Betrachtung der in den unterschiedlichen Analysen berücksichtigten Indikatoren fällt auf, dass die Autor*innen neben einzelnen sozioökonomischen und soziodemografischen Faktoren den Einfluss der Ländlichkeit einer Region zwar in die Analyse einbeziehen und als relevanten Faktor identifizieren, deren Operationalisierung jedoch stark vereinfacht bleibt. Ländlichkeit wird entweder über die Bevölkerungsdichte (Richter/Bösch 2017) oder über die Dichte an Handwerksunternehmen (Franz et al. 2018) definiert.

Wir nutzen in unserer Analyse ein differenzierteres Verständnis von Ländlichkeit, um dem Zusammenhang von Ländlichkeit und AfD-Wahlergebnis im Rahmen einer räumlich spezifischen Wahlbezirksanalyse auf den Grund zu gehen. Wir stützen uns dabei auf die *Thünen-Typologie Ländlicher Räume* nach Küpper (2016), der ein komplexeres Verständnis von Ländlichkeit zugrunde liegt und die deshalb belastbarere Ergebnisse hinsichtlich dieser Variable verspricht. „[U]nter Ländlichkeit [wird hier] eine Kombination räumlicher Merkmale in Bezug auf geringe Siedlungsdichte, lockere Wohnbebauung und eine Prägung der Landschaft durch land- und forstwirtschaftliche Flächen sowie eine geringe Einwohnerzahl im Einzugsbereich und periphere Lage zu großen Zentren verstanden.“ (Ebd.: 4)

Wir nutzen in unserer Analyse ein differenzierteres Verständnis von Ländlichkeit, um dem Zusammenhang von Ländlichkeit und AfD-Wahlergebnis im Rahmen einer räumlich spezifischen Wahlbezirksanalyse auf den Grund zu gehen.

Regionalspezifische Analyse mithilfe der Thünen-Typologie ländlicher Räume

Auf Grundlage dieses Verständnisses von Ländlichkeit haben wir die vom Bundeswahlleiter bereitgestellten Zweitstimmenergebnisse zur Bundestagswahl 2017 der gemeindlichen Wahlbezirke auf die Ebene der Gemeinden zusammengefasst. Hierdurch fließen alle Wahlergebnisse in den Wahlbezirken – wie auch die Briefwähler*innen, welche teilweise eigenständige gemeindeweite Wahlbezirke bilden – in die Ergebnisse einer Gemeinde ein und bilden eine Grundlage von ca. 11.000 Gemeindewahlergebnissen. In der Thünen-Typologie wurde die Ländlichkeit auf Gemeindeverbandsebene berechnet. Entsprechend dieses Index-Wertes wurden den verbandsangehörigen Gemeinden die Index-Werte des Verbandes zugeordnet.

Auf diesen Ausgangsdatensatz wird nun ein generalisiertes additives Modell (GAM) angewendet, das um einen nicht-parametrischen Teil erweitert wird (Wood 2006, Hasti/Tibshirani 1990). Für jeden Punkt im Streudiagramm (siehe Abb. 2 und Abb. 3) wird ein Zusammenhang zwischen seiner Position und den Entfernungen zu anderen Punkten an seiner Position betrachtet, gewichtet (bspw. um Ausreißer, unter Betrachtung einer Normalverteilung, weniger zu gewichten) und die Glättungsparameter geschätzt. Daran schließt sich eine Schätzung des Modells an, welche iterativ die Summe der penalisierten gewichteten kleinsten Quadrate schrittweise minimiert (Wood 2006: 169f., 137 ff.). Sobald die Koeffizienten gleich bleiben, ergeben diese die Parameter der Schätzung im gefitteten Modell. In den Streudiagrammen werden mit einer Linie diese Ergebnisse und zusätzlich

hierzu das 95 %-Konfidenzintervall dieser Schätzung dargestellt. Die Linie und die sie umgebenden grauen Bereiche in den beiden Abbildungen geben also an, wo sich mit hoher Wahrscheinlichkeit ein zusätzliches Wahlergebnis mit Bezug zu seiner Ländlichkeit zuordnen lassen würde. Hieraus lassen sich die Bandbreite und Streuung erkennen, die einen Hinweis zur Einordnung der Ergebnisse geben.

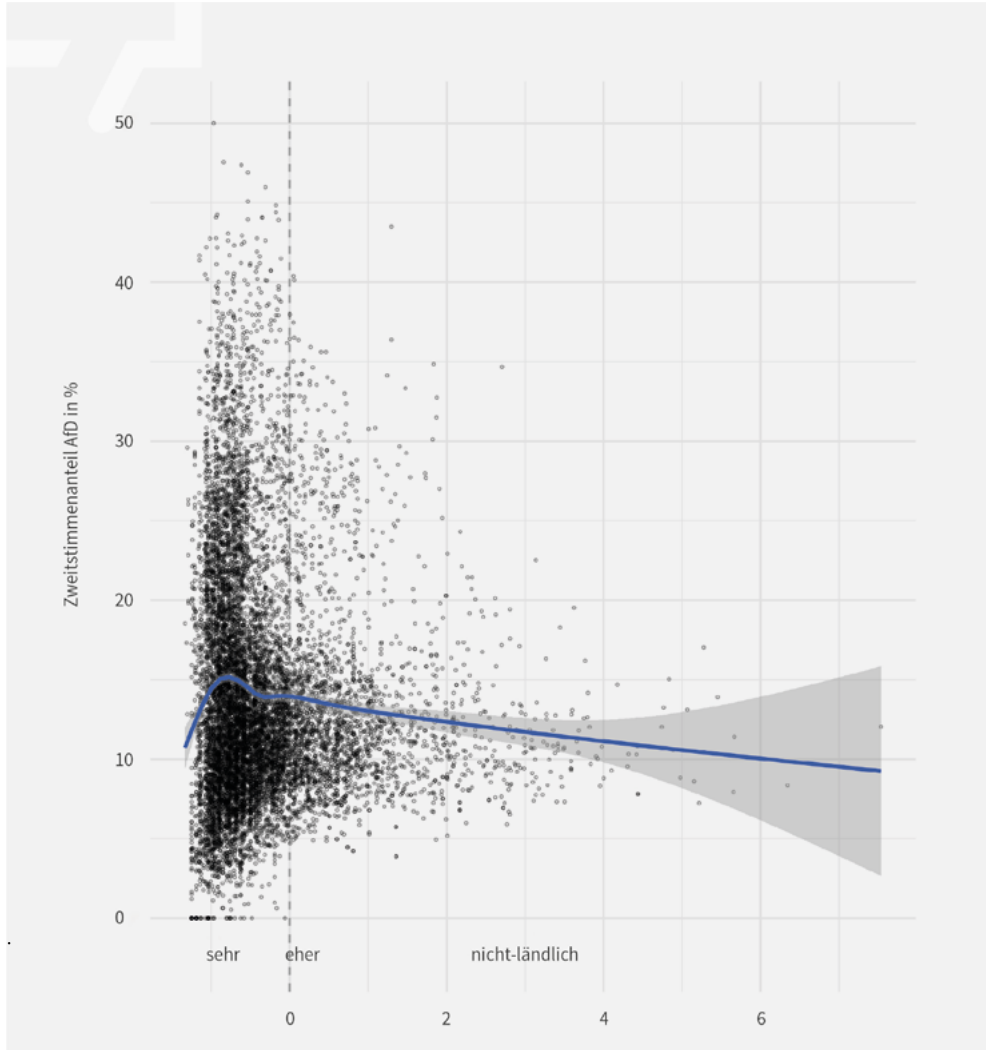


Abb. 2: Zweitstimmenanteile der AfD - Bundestagswahl 2017 im Verhältnis zur Ländlichkeit in Gemeinden, Gesamtdeutschland

Die Ergebnisse unserer Analyse bestätigen den sowohl von Richter und Bösch (2017) als auch von Franz et al. (2018) nahegelegten Zusammenhang zwischen Ländlichkeit und hohem AfD-Wahlergebnis nur teilweise. Wenn wir die Verteilung aller deutschen Gemeinden entlang des AfD-Wahlergebnisses wie auch der Ländlichkeit betrachten (siehe Abb. 2), so weisen Gemeinden, die sich an der Grenze zwischen einer sehr und eher ländlichen Ausprägung (Index-Wert bei ca. -0,8) befinden, mit ca. 15 % das höchste durchschnittliche AfD-Wahlergebnis auf. Die durchschnittlichen AfD-Wahlergebnisse

sehr ländlicher (ca. -1,3) und urbaner⁷ Gemeinden (ca. ab 2,0) hingegen befinden sich mit Tiefstwerten von ca. 10 % unter diesem Niveau. Während das durchschnittliche AfD-Wahlergebnis sehr ländlicher Gemeinden im Vergleich zu den sehr und eher ländlichen Gemeinden stark abfällt, nimmt die Höhe des durchschnittlichen AfD-Wahlergebnisses der eher ländlichen und urbanen Gemeinden im Vergleich zu den sehr und eher ländlichen Gemeinden langsamer ab. Wenn wir die Analyse für Ost- und Westdeutschland getrennt analysieren, ergibt sich ein differenzierteres Bild (Abb. 3).

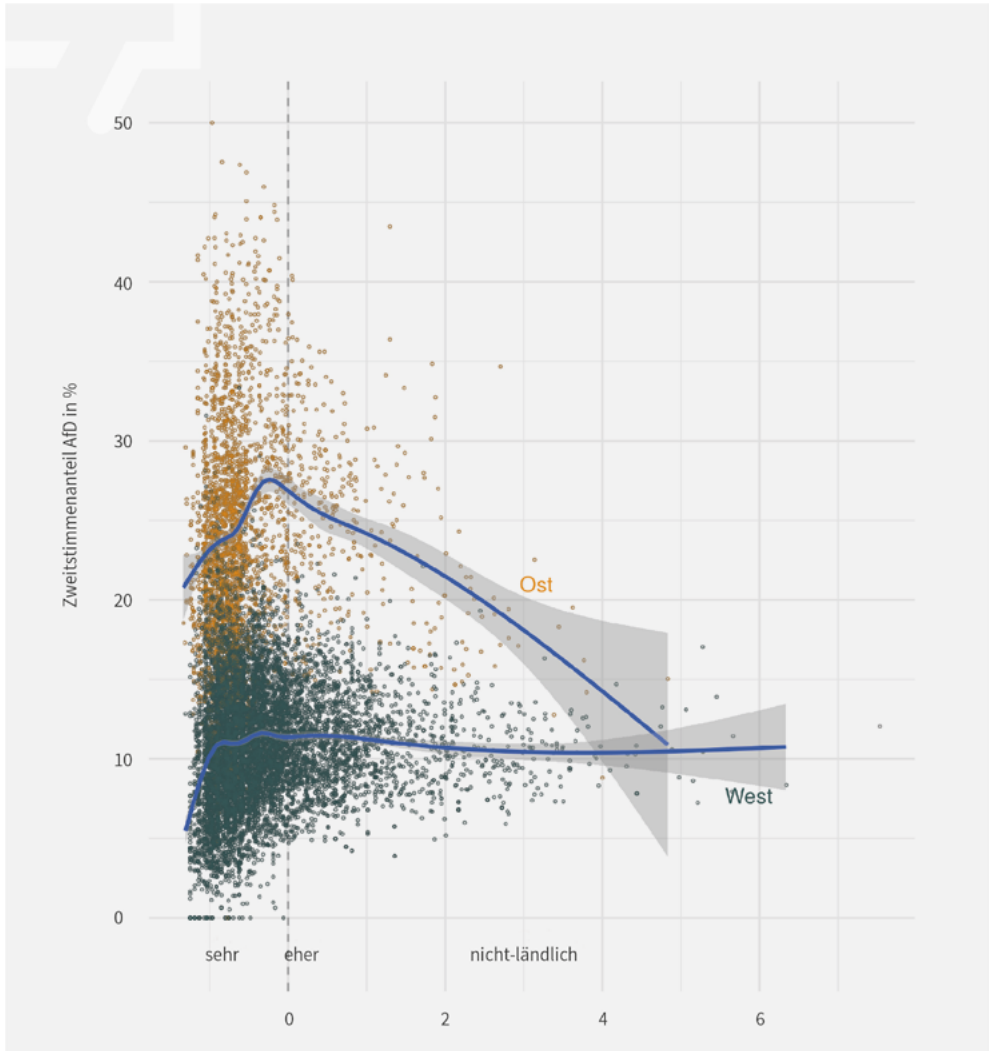


Abb. 3: Zweitstimmenanteile der AfD, Bundestagswahl 2017, Ost/West im Verhältnis zur Ländlichkeit in Gemeinden, Gesamtdeutschland

⁷ *Urban* wird hier als Bereich des Ländlichkeitsindex verstanden, ab dem ein Gemeindeverband und seine angehörigen Gemeindeglieder in den nicht-ländlichen Bereich übergehen.

Die AfD-Wahlergebnisse in den sehr und eher ländlichen Gemeinden ostdeutscher Bundesländer weichen von denen in urbanen Gemeinden ab. Der Zweitstimmenanteil der AfD in den sehr ländlichen Gemeinden steigt zunächst mit abnehmender Ländlichkeit von ca. 21 % auf ca. 28 % an. Leicht unterdurchschnittlich ländliche Gemeinden mit einem Index-Wert im Bereich von ca. -0,2 weisen damit die höchsten AfD-Wahlergebnisse auf. Diese liegen aber immer noch deutlich über den Ergebnissen urbaner Gemeinden. So weisen durchschnittlich und unterdurchschnittlich ländliche Gemeinden ab dem Index-Wert von ca. -0,2 ein fallendes durchschnittliches AfD-Wahlergebnis auf. Für Ostdeutschland bestätigt sich hiermit in Teilen, wenn auch nicht als linearer Trend, der nahegelegte Zusammenhang zwischen Ländlichkeit und hohem AfD-Wahlergebnis – insbesondere in den eher ländlichen Gemeinden.

Die AfD-Wahlergebnisse in den sehr und eher ländlichen Gemeinden ostdeutscher Bundesländer weichen von denen in urbanen Gemeinden ab.


Für Westdeutschland zeichnet sich hingegen ein anderes Bild ab. Das durchschnittliche AfD-Wahlergebnis sehr ländlicher Gemeinden, bei ca. -1,3, befindet sich hier auf einem Niveau von 6 %. Mit sinkender Ländlichkeit steigt zunächst das AfD-Wahlergebnis in den Gemeinden. Allerdings stabilisiert sich die Kurve des Zusammenhangs zwischen AfD-Wahlergebnis und Ländlichkeit ab einem Indexwert von ca. -0,5 bei eher ländlichen Gemeinden. Die Höhe des durchschnittlichen AfD-Wahlergebnisses bleibt für eher ländliche bis hin zu stark urbanen Gemeinden (mit Index-Werten von ca. 0,3 bis ca. 6, in einem Bereich von ca. 11,5 % bis 10,5 %). Ganz gleich, wie viel urbaner die Gemeinden ab diesem Punkt werden – das durchschnittliche AfD-Wahlergebnis bleibt in einer ähnlichen Bandbreite und somit auch in urbanen und sehr urbanen Gemeinden stets über dem Niveau sehr ländlicher Gemeinden. Dementsprechend liegt im Falle Westdeutschlands kein Zusammenhang zwischen der Ländlichkeit und der Höhe des AfD-Wahlergebnisses vor. Im Gegenteil ist hier sogar zu sehen, dass bei einer starken Ländlichkeit die Höhe des AfD-Wahlergebnisses niedriger ausfällt als bei eher ländlichen und urbanen Gemeinden. Darüber hinaus ist zu sehen, dass das Niveau des durchschnittlichen AfD-Wahlergebnisses ostdeutscher Gemeinden meistens stark über dem westdeutscher Gemeinden liegt. Lediglich im Falle sehr urbaner Gemeinden, ab einem Index-Wert von ca. 4, nähern sich die Kurven einander an.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen: Der in der öffentlichen Diskussion und teilweise auch in der Forschungsliteratur angenommene Zusammenhang zwischen der Ländlichkeit einer Region und einem hohen AfD-Wahlergebnis kann durch unsere Untersuchung nur bedingt bestätigt werden. In unseren Ergebnissen zeichnet sich ein deutlicher Ost-West-Unterschied ab. Während im Falle der ostdeutschen Bundesländer insbesondere die eher ländlichen Gemeinden ein deutlich höheres AfD-Wahlergebnis als urbane Gemeinden aufweisen, gilt dieser Zusammenhang für westdeutsche Gemeinden nicht. Hier weisen sehr ländliche Gemeinden ein relativ gleich hohes oder sogar ein niedrigeres AfD-Wahlergebnis als eher ländliche und urbane Gemeinden auf.

Aus unseren Ergebnissen lässt sich allerdings nicht schließen, dass die Ländlichkeit der entscheidende Faktor für die Höhe des AfD-Wahlergebnisses einer Gemeinde ist. Unsere Analyse weist jedoch darauf hin, dass der Einbezug eines differenzierteren Indikators zur Ländlichkeit in multifaktorielle Erklärungen des AfD-Wahlerfolges im Bereich der Analyse von Strukturdaten genaueren Aufschluss ermöglichen könnte. Die hier vorgenommene Analyse stellt diesbezüglich einen Vorschlag zur spezifischen Operationalisierung des Faktors Ländlichkeit in diesem Untersuchungszusammenhang dar. Es wäre also statistisch zu prüfen, ob die in vergangenen Strukturdatenanalysen mit vereinfachtem Ländlichkeitsverständnis festgestellten Zusammenhänge auch unter Berücksichtigung eines komplexeren Ländlichkeitsverständnisses bestehen bleiben. Erst auf Basis einer solchen Analyse ist es möglich, Gemeinden, in denen die AfD überdurchschnittlich stark ist, hinsichtlich ihrer Strukturbedingungen umfassend zu charakterisieren und die Gründe für den Erfolg der AfD zu benennen.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Der in der öffentlichen Diskussion und teilweise auch in der Forschungsliteratur angenommene Zusammenhang zwischen der Ländlichkeit einer Region und einem hohen AfD-Wahlergebnis kann durch unsere Untersuchung nur bedingt bestätigt werden.



Larissa Deppisch ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Thünen-Institut für Ländliche Räume und setzt sich mit ‚*Gefühlen des Abgehängtseins*‘ in ländlichen Räumen auseinander.

Dr. Andreas Klärner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Thünen-Institut für Ländliche Räume und Privatdozent an der Universität Rostock. Er forscht zu den Themen Armut und soziale Benachteiligung in ländlichen und peripheren Räumen.

Torsten Osigus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Thünen-Institut für Ländliche Räume im Arbeitsbereich Lebensverhältnisse und für den Landatlas (www.landatlas.de) verantwortlich.

Literaturverzeichnis

- Amann, Melanie (2017): Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD: wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert. Droemer Verlag: München.
- Bayerisches Landesamt für Statistik (2018): Landtagswahl am 14. Oktober 2018 - Endgültiges Ergebnis - Bayern. Online: <https://www.landtagswahl2018.bayern.de/> [01.11.2018].
- Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Niehuus, Judith (2017): Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 48, Heft 1, S. 57-75.
- Deppisch, Larissa (2019): „Wo sich Menschen auf dem Land abgehängt fühlen, hat der Populismus freie Bahn“ – eine Analyse des populär-medialen Diskurses zu der Bedeutung von Infrastrukturverfall, Abstiegsangst und rechten (extremistischen) Werten für den Zuspruch zum Rechtspopulismus, Thünen-Working Paper 119. Thünen-Institut für Ländliche Räume: Braunschweig.
- Der Bundeswahlleiter (2015): Bundesergebnis. Endgültiges Ergebnis der Europawahl 2014. Online: https://web.archive.org/web/20150705072802/http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_14/ergebnisse/bundesergebnisse/ [01.11.2018].
- Der Bundeswahlleiter (2017): Bundestagswahl 2017: Endgültiges Ergebnis. Pressemitteilung Nr. 34/17 vom 12. Oktober 2017. Online: https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2017/34_17_endgueltiges_ergebnis.html [15.06.2018].
- Der Landeswahlleiter des Landes Nordrhein-Westfalen (2017): Landtagswahl 2017. Der Landeswahlleiter informiert. Endgültiges Ergebnis für: Nordrhein-Westfalen. Online: <https://www.wahlergebnisse.nrw.de/landtagswahlen/2017/aktuell/a000lw1700.shtml> [01.11.2018].
- Der Landeswahlleiter für Brandenburg (2014): Landtagswahl am 14.09.2014 im Land Brandenburg. Online: <https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/LT2014/ergebnis/ergebLandBB.asp?sel1=1253&sel2=0661> [01.11.2018].
- Der Landeswahlleiter für Hessen (2013): Landtagswahl 2013 in Hessen. Endgültiges Ergebnis: Land Hessen. Online: http://www.statistik-hessen.de/l_2013/SLand2.htm [01.11.2018].
- Die Landeswahlleiterin Saarland (2017): Landtagswahlen 2017. Saarland. Online: http://www.statistikextern.saarland.de/wahl/internet_saar/LT_SL/ [01.11.2018].
- Ehrenstein, Claudia (2016): „Zukunftsfragen entscheiden sich auf dem Lande“, Welt.de, 15.11.2016. Online: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article159522568/Zukunftsfragen-entscheiden-sich-auf-dem-Lande.html> [19.04.2018].
- Franz, Christian/Fratzcher, Marcel/Kritikos, Alexander S. (2018): AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker. DIW Wochenbericht 8. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): Berlin.
- Grözing, Gerd (2017): Der Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017. Eine regionalorientierte Analyse, Discussion Paper Nr. 27. Europa-Universität Flensburg, Internationales Institut für Management und ökonomische Bildung: Flensburg.
- Häusler, Alexander [Hrsg.] (2016): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Springer VS: Wiesbaden.
- Hasti, Trevor/Tibshirani, Robert (1990): Generalized Additive Models. Chapman & Hall/CRC: Boca Raton, FL.
- Hessisches Statistisches Landesamt (2018): Statistische Berichte. Kennziffer: B VII 2-3 - 5j/18. Die Landtagswahl in Hessen am 28. Oktober 2018. Vorläufige Ergebnisse. Online: https://statistik-hessen.de/l_2018/html/BVII2_3_5j18.pdf?0.9045139355133818 [01.11.2018].
- Küpper, Patrick (2016): Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume, Thünen Working Paper 68. Thünen-Institut für Ländliche Räume: Braunschweig.
- Landeswahlleiterin Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2016): Wahl des 7. Landtages von Sachsen-Anhalt am 13. März 2016. Sachsen-Anhalt. Endgültiges Ergebnis. Online: <https://www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt16/index.html> [01.11.2018].

- Lengfeld, Holger (2017): Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 69, S. 209-232.
- Lux, Thomas (2018): Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 70, S. 225-273.
- Majic, Danijel (2018): Einfach rechtsextrem. Kommentar zur AfD. Online: <http://www.fr.de/rhein-main/kommentar-zur-afd-einfach-rechtsextrem-a-1492745> [01.11.2018].
- Niedermayer, Oskar/Hofrichter, Jürgen (2016): Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 47, Heft 2, S. 267-284.
- Niedersächsische Landeswahlleiterin (2017): Endgültiges Amtliches Ergebnis der Wahl des Niedersächsischen Landtages der 18. Wahlperiode am 15. Oktober 2017. Online: http://www.landeswahlleiter.niedersachsen.de/download/124339/Endgueltiges_amtliches_Ergebnis_zur_Landtagswahl_am_15.10.2017.pdf [01.11.2018].
- Quent, Matthias (2017): Rechter Populismus oder populärer Rechtsextremismus? In: Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft, 1, Heft 1, S. 198-209.
- Rheinland-Pfalz Landeswahlleiter (2016): Wahlergebnisse der Landtagswahl 2016 in Rheinland-Pfalz. Endgültiges Landesergebnis der Landtagswahl. Online: <https://www.wahlen.rlp.de/de/ltw/wahlen/2016/> [01.11.2018].
- Richter, Christoph/Bösch, Lukas (2017): Demokratieferne Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft: Jena.
- Salzborn, Samuel (2017): Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten. Beltz Juventa: Weinheim.
- Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2016): Wahl zum Landtag in Mecklenburg-Vorpommern 2016. Online: http://service.mvnet.de/wahlen/2016_land/dateien/atlant/en/ergebnisse.2016/landtagswahl.html [14.03.2018].
- Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2017): Informationen zur Wahl des 19. Schleswig-Holsteinischen Landtags. Online: <https://www.statistik-nord.de/wahlen/wahlen-in-schleswig-holstein/landtagswahlen/informationen-zur-wahl-des-19.-schleswig-holsteinischen-landtags/> [01.11.2018].
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2016): Ergebnis der Landtagswahl 2016. Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl 2016 mit Vergleichsangaben von 2011 Land Baden-Württemberg. Online: <https://www.statistik-bw.de/Wahlen/Landtag/02035000.tab?R=LA> [01.11.2018].
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2014): Landtagswahl 2014. Wahlberechtigte, Wähler, Direkt- und Listenstimmenverteilung bei der Wahl am 31. August 2014 im Freistaat Sachsen. Endgültiges Landesergebnis. Online: https://www.statistik.sachsen.de/wpr_alt/pkg_s10_erg_lw.prc_erg_lw?p_bz_bzid=LW14&p_ebene=SN&p_ort=14 [01.11.2018].
- Süß, Sonja (2018): Ein Gießener darf die AfD ungestraft „rechtsextrem“ nennen. Landgericht entscheidet. Online: <https://www.hessenschau.de/politik/ein-giessener-darf-die-afd-ungestraft-rechtsextrem-nennen,afd-urteil-rechts-extrem-100.html> [01.11.2018].
- Thüringer Landesamt für Statistik (2014): Landtagswahl 2014 in Thüringen – endgültiges Ergebnis. Online: <http://www.wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wJahr=2014&zeigeErg=Land> [01.11.2018].
- Wood, Simon N. (2006): Generalized Additive Models – An Introduction with R. Chapman & Hall/CRC: Boca Raton, FL.

Projektvorstellung

Die Stärkenberatung der NaturFreunde Thüringen

Die 3.000-Seelen Gemeinde Themar in Südthüringen ist seit dem Sommer 2018 bundesweit zu einem Symbol für extrem rechte Großevents geworden. Im Nachbarort Kloster Veßra besitzen Neonazis mit dem Gasthaus „Goldener Löwe“ einen überregionalen Vernetzungsort. Politische Akteur*innen und Initiativen versuchen diesen Entwicklungen seither mit Friedensgottesdiensten, Demonstrationen oder Demokratiefesten entgegenzutreten. Nur gut 20 km entfernt liegt das beschauliche und weit weniger bekannte Dorf Gießübel. 2010 wurde hier ein zwischenzeitlich leer stehender Gasthof von den NaturFreunden Thüringen als Seminarhaus und Begegnungsstätte „Naturfreundehaus Thüringer Wald“ wiedereröffnet. Seither finden hier regelmäßig Workshops statt, Gruppen von jungen Menschen oder Familien treffen sich hier zu Ferienfreizeiten, auch lokalen Vereinen steht das Haus offen. Seit 2013 bilden die NaturFreunde Thüringen e.V. hier zudem Stärkenberater*innen aus – gefördert durch das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“. Das Programm will Vereine, Verbände und engagierte Multiplikator*innen insbesondere im ländlichen Raum stärken, die sich für ein friedliches, gleichwertiges und weltoffenes Zusammenleben einsetzen, um es demokratiefeindlichen Kräften zu erschweren, in diesen Regionen Fuß zu fassen.



Bei der 700-Jahr-Feier Gießübels sind Stärkenberater*innen der NaturFreunde mit eigenen Angeboten und einem Banner mit klarer Haltung vertreten: „Wir sind unterwegs – in Sachen Demokratie!“

Im Stärkenberatungsprojekt werden Ehrenamtliche in 4 Wochenendmodulen zu Berater*innen der Demokratie- und Partizipationsförderung ausgebildet. Sie erlangen Kenntnisse in Konfliktlösung, systemischer Beratung und Handlungsoptionen gegen menschenverachtende Einstellungen. Stärkenberater*innen können im eigenen Verband die Ideenfindung für partizipationsstärkende Formate unterstützen.

Die NaturFreunde stehen seit über 120 Jahren mit ihren Werten für Solidarität, Nachhaltigkeit, Frieden und internationalen Austausch. Zur Verteidigung dieser Werte arbeiten die NaturFreunde in Netzwerken, richten sich gegen rechte Bewegungen und sensibilisieren für eine demokratische Kultur. Die Stärkenberater*innen der NaturFreunde können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten – gerade an Orten, die selten in der Öffentlichkeit stehen. Sie abstrahieren gute Beispiele demokratischer Initiativen anderer Orte und bieten in Gießübel kreative Ideen im Umgang mit demokratiefeindlichen Einstellungen an. Mit einem breiten NaturFreunde-Netzwerk im Rücken können die Stärkenberater*innen Kontakt zu unterstützenden überregionalen Strukturen herstellen und so Vereine und Engagierte vor Ort in ihren Vorhaben begleiten. Entscheidender Kristallisationspunkt ist das Naturfreundehaus in Gießübel – als Anlaufstelle für die Dorfgemeinschaft, als Bekenntnis der NaturFreunde, sich nachhaltig und langfristig in der Region einbringen zu wollen, als Brücke zur landesweiten Struktur und Akteur*innen aus dem urbanen Raum. Das Haus sorgt für Akzeptanz der NaturFreunde-Aktivitäten in der örtlichen Bevölkerung und ist ein Türöffner in die Region. Vom Naturfreundehaus in Gießübel aus leisten Stärkenberater*innen einen Beitrag zur Demokratiestärkung im ländlich geprägten Raum Südthüringens.

Ehrenamtliche demokratische Aktivitäten und Orte des solidarischen Zusammenlebens aktiv und unbürokratisch zu unterstützen, ist ein zentrales Element, will man Themar nicht nur als Symptom erkennen, sondern an den Ursachen dieser Resonanzräume ansetzen.

Während Themar bundesweit pressebekannt ist, richten sich auf Gießübel kaum Blicke. Dabei bedürften alle strukturschwachen Regionen verstärkter Aufmerksamkeit, die aufgrund mangelnder Infrastruktur und Beteiligungsangebote potenzielle Resonanzräume für die extreme Rechte darstellen. Damit sind weder die extreme Rechte noch die Ursachen von Rassismus und anderen menschenverachtenden Einstellungen erklärt. Ehrenamtliche demokratische Aktivitäten und Orte des solidarischen Zusammenlebens aktiv und unbürokratisch zu unterstützen, ist jedoch ein zentrales Element, will man Themar nicht nur als Symptom erkennen, sondern an den Ursachen dieser Resonanzräume ansetzen.

Saskia Scheler koordiniert für die NaturFreunde das bundesländerübergreifende Netzwerk der „Stärkenberatung“, das sich in sechs NaturFreunde-Landesverbänden erfolgreich etabliert hat und im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ gefördert wird.

NaturFreunde Thüringen e.V.
 Hirschlachufer 71 | 99084 Erfurt
 Website: <https://www.naturfreunde.de/staerkenberatung>
 E-Mail: scheler@naturfreunde-thueringen.de



**„DAS TEILEN EINES
GEMEINSAMEN RAUMES
IST EIN HOCHGRADIG
KOMPLEXES UND
HERAUSFORDERNDES
VORHABEN, DAS
NOCH SCHWERER
FÄLLT, WENN WENIG
EINIGKEIT UND WENIG
VERMEINTLICHE
GEMEINSAMKEIT
VORLIEGEN.“**

Ungeliebte Nachbarn: warum Geflüchtete als Nachbarn abgelehnt werden

Offensichtlich spielen räumliche Zusammenhänge bei der Ablehnung von Geflüchteten eine Rolle. In der Stadtsoziologie wird davon ausgegangen: Der Nahraum nimmt für viele Menschen eine wichtige Dimension von Selbstkontrolle und Nähe ein. Deshalb gibt es Proteste, die sich auf den eigenen „Hinterhof“ (Backyard) beziehen. Vorstellungen von Fairness sind dabei besonders wichtig. Vorstellungen über die Bedeutung des Nahraums gehen davon aus, dass Nähe und Nachbarschaft die individuelle Integration durch intensive Sozialkontakte herstellen. Können also Diskurse über den Nahraum erklären, warum Geflüchtete abgelehnt werden? Und lassen sich die Annahmen aus der Stadtsoziologie auch im ländlichen Raum anwenden? Im Folgenden werden Untersuchungen aus dem ländlichen Raum in Thüringen vorgestellt.

In der Analyse von rechtsextremen Strategien ist die Eroberung von Räumen seit Langem bekannt. In vielen öffentlichen Diskussionen wird deshalb vermutet, dass hinter solchen lokalen Aktivitäten mehrheitlich Rechtsextreme stehen. Doch es stellt sich die Frage, warum raumbezogene Referenzen an die eigene Stadt – über den Kreis der rechten Aktivist_innen hinaus – immer mehr Anklang finden. In der Stadtsoziologie wurden viele Studien zu lokalen Protesten durchgeführt, mit denen sich auch die Anti-Asyl-Proteste vergleichen und ansatzweise erklären lassen könnten. Sie fokussieren auf die besondere Bedeutung der räumlichen Nähe und der Ortsbezüge bei Anti-Asyl-Protesten. Das trifft insbesondere auf Nachbarschaften zu, denen sowohl politisch wie sozial eine entscheidende Rolle für das Funktionieren einer gelebten Demokratie zugesprochen wird. Im Projekt „Ungeliebte Nachbarn“ wurde in den Jahren 2015 bis 2017 an der Bauhaus-Universität Weimar mit lokalen Fallstudien in Thüringen untersucht, warum Menschen Geflüchtete nicht als Nachbar_innen haben möchten (Eckardt 2018). Im folgenden Beitrag werden die wichtigsten Erkenntnisse des Projekts dargestellt.¹

Im Projekt „Ungeliebte Nachbarn“ wurde in den Jahren 2015 bis 2017 an der Bauhaus-Universität Weimar mit lokalen Fallstudien in Thüringen untersucht, warum Menschen Geflüchtete nicht als Nachbar_innen haben möchten.

¹ Um die Lesbarkeit des Artikels zu erhöhen, wird hier auf eine umfangreiche Quellenanalyse sowie methodische und theoretische Diskussionen verzichtet, tiefer gehend dazu siehe Eckardt 2018.

Die Stadtsoziologie des Nahraums

Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts haben Soziolog_innen die Wichtigkeit des urbanen Zusammenlebens für die Erklärung von gesellschaftlichen Konflikten erkannt. Hierbei ist der Raum relevant, den sich Menschen auf die eine oder andere Weise teilen. Offensichtlich ist das Teilen eines gemeinsamen Raumes ein hochgradig komplexes und herausforderndes Vorhaben, das noch schwerer fällt, wenn wenig Einigkeit und wenig vermeintliche Gemeinsamkeit vorliegen. Das Entstehen von Gewalt in Städten wurde deshalb in Studien schon bald auf Konflikte im Nahraum zurückgeführt. Mit dem Begriff der „moralischen Ökonomie“ erklärte der Historiker Edward P. Thompson (1971) den Ausbruch von Gewalt in Kleinstädten des 18. Jahrhunderts. Ausgehend von einer Situation, in der ein Gut – damals Brot – knappgehalten wird, ergibt sich demnach ein gewaltsamer Konflikt, da geklärt werden muss, nach welcher „Moral“ der Preis für das Brot bestimmt werden soll. Thompson fand heraus, dass sich Konflikte wegen unterschiedlicher Vorstellungen über Fairness entzünden. Dabei stehen sich lokale und global-abstraktere Definitionen von Gerechtigkeit gegenüber. Der Stadtethnologe Philippe Bourgois (Karandinos et al. 2014) hat in jüngster Zeit das Konzept Thompsons wieder aufgegriffen. Seine Untersuchungen beschäftigen sich mit der Drogen-Ökonomie in benachteiligten Stadtteilen Chicagos. Demnach entzündete sich die Gewalt dort ebenfalls an der Frage nach „Fairness“ (lokal). Das lokale Einfordern eigener Gerechtigkeitsvorstellungen verstetigt sich Bourgois folgend und führt dazu, dass Bewohner_innen eine lokale und destruktive Solidarität untereinander pflegen, die Gewalt als Beweis für Loyalität beinhaltet. Diese gründet sich auf einer engen und geschlossenen Form von Gemeinschaft – ihr gegenüber fühlen sich die Bewohner_innen mehr verpflichtet als allgemein geltenden Auffassungen von Gerechtigkeit. Die Basis für die Durchsetzung lokaler Fairness ist dann die physische Anwesenheit im Raum.

In der NIMBY-Forschung geht man davon aus, dass es sich bei Protesten gegen die Ansiedlung ungewünschter Einrichtungen um eine Art Ortsverteidigung handelt, die teilweise aus rationalen Gründen (etwa der Angst vor Wertverlust des Grundstückes) und teilweise aus emotionalen, meist diffusen Motiven heraus entsteht.

Geschlossene Gemeinschaften sind auch ein Ausgangspunkt für eine zweite theoretisch-stadtsoziologische Lesart von Anti-Asyl-Protesten. In der NIMBY-Forschung² geht man davon aus, dass es sich bei Protesten gegen die Ansiedlung ungewünschter Einrichtungen (z. B. Obdachlosenheime oder Windräder vor der eigenen Haustür) um eine Art Ortsverteidigung handelt, die teilweise aus rationalen Gründen (etwa der Angst vor Wertverlust des Grundstückes) und teilweise aus emotionalen, meist diffusen Motiven heraus entsteht. NIMBY-Proteste lassen sich als Ausdruck einer fragmentierten Gesellschaft verstehen, in der sich eine (auch vermeintliche) Minderheitenposition nicht mehr anders zu artikulieren vermag – in diesem Fall die Ablehnung von Geflüchteten. Sie können daher auch auf eine Problematisierung der politischen Repräsentation verweisen. Während einzelne Studien (Dear/Takahashi 1997) NIMBY-Protesten positive Demokratie-Effekte

² NIMBY ist eine US-amerikanische Abkürzung für „Not in my backyard“. Die deutsche Übersetzung lautet: „Nicht in meinem Hinterhof“.

zuschreiben (Stichwort Empowerment), wird allgemein davon ausgegangen (Devine-Wright 2009), dass NIMBY-Proteste eher denjenigen nützen, die bereits gewisse Privilegien besitzen – und sei es nur die Möglichkeit, durch Proteste auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen.

Es gibt noch eine dritte Möglichkeit, Anti-Asyl-Proteste zu interpretieren. Diese nimmt ebenfalls eine zunehmende Fragmentierung der Gesellschaft an, bezieht aber weitergehend die Sozialfigur des „Nachbarn“ mit ein. Demnach hat die gesellschaftliche Individualisierung die gemeinschaftlichen Bande von Nachbarschaften so erodiert, dass der Protest gegen Geflüchtete als Nachbar_innen als eine *Ablehnung von nachbarschaftlicher Vergemeinschaftung* insgesamt verstanden werden könnte. Die dekonstruktive Nachbarschaftsforschung (Reutlinger et al. 2015) geht davon aus, dass nahräumliche Beziehungen grundlegend entwertet worden sind und die Bedeutung der sozialen Figur des „Nachbarn“ verlorengegangen ist. Im Gegensatz zur Theorie der moralischen Ökonomie sind also nicht zu enge Bindungen in der Nachbarschaft das Problem, sondern eher das Gegenteil. Die Ablehnung der Asylsuchenden hängt demnach damit zusammen, dass zwischen Nachbar_innen zu schwache Beziehungen bestehen.

Die dekonstruktive Nachbarschaftsforschung (Reutlinger et al. 2015) geht davon aus, dass nahräumliche Beziehungen grundlegend entwertet worden sind und die Bedeutung der sozialen Figur des „Nachbarn“ verlorengegangen ist.

Die drei stadtsoziologischen Erklärungsansätze resultieren aus Studien, die sich mit (groß-)städtischen Kontexten beschäftigen. Es stellt sich daher die Frage, ob diese im ländlichen Raum mit kleinstädtischen Strukturen ebenfalls Geltung beanspruchen können. Es wird davon ausgegangen, dass Faktoren wie Bevölkerungsdichte, abseitige Lage und demografischer Wandel das Kleinstadt-Leben mehr prägen können als Großstädte. Gleichwohl kann dem Leben auf dem Land nicht per se mehr „Gemeinsinn“ oder sozialer Zusammenhalt zugesprochen werden (Jayne/Bell 2006).

Wie verhält es sich nun im ländlichen Raum Thüringens? – Lässt sich die Anti-Asyl-Haltung hier als NIMBY-Protest, Dynamik urbaner Gewalt oder Erosion von Nachbarschaft verstehen?

Beobachtungen aus dem Eichsfeld

Das Eichsfeld entspricht als Landkreis im Nordwesten Thüringens mit ca. 100.000 Einwohner_innen und einer geringen Bevölkerungsdichte den Kriterien eines ländlichen Raums. Der Landrat des Eichsfelds kündigte im Jahr 2015 an, eine Förderschule zu schließen und diese stattdessen als Flüchtlingsunterkunft zu nutzen. „Besorgte Eltern“ waren daraufhin die wichtigsten Protagonist_innen des Protests. Zunächst gab es eine konstruktive und von sachlichen Argumenten geprägte Debatte. In deren Fokus stand die Schließung der Förderschule und die damit verbundenen längeren Schulwege für die Kinder des Flächenlandkreises. Zu finden waren Argumente, die unabhängig von der Kommune bei jeder bevorstehenden Schulschließung vorgebracht und von zahlreichen Bürger_innen als nachvollziehbar bewertet werden. Jedoch wandelte sich das Narrativ des Protests

zügig von der Schließung der Fördereinrichtung hin zum Thema „Geflüchtete im Allgemeinen“. Bei den dann folgenden Protesten waren nicht länger die Eltern der Schule Hauptakteur_innen. Vielmehr übernahm eine rechtsradikale Bewegung die Wortführerschaft, die das Thema besetzte und als Plattform für die Verbreitung ihrer fremdenfeindlichen Ressentiments und Ideologien nutzte. Als Instrumente dienten „zivilgesellschaftliche“ Aktionen und Bündnisse. Die Proteste der Eltern gegen die Schulschließung waren nicht direkt an die Ankunft weiterer Geflüchteter gebunden. Erst die unmittelbare Verknüpfung der Themen Schulschließung und Geflüchtete diente der NPD und ihren Anhängerschaft als Grundlage, ihr Anliegen der Elternschaft mit dem Argument „zum Wohl ihrer Kinder“ unterzujubeln. Die Gründe für die Schulschließung wurden so verfälscht und in ein rassistisches Narrativ integriert. Allerdings setzten weder die Bürgerschaft noch die kommunalen Verantwortlichen ein wirksames Gegen-Narrativ, das die sachlichen Gründe für die Schulschließung hätte thematisieren können.

Die Duldung dieser rechtsradikalen Übernahme kann jedoch nicht nur mit einer einseitigen Instrumentalisierung erklärt werden. Vielmehr wurde die Transformation des Protests durch die politische Grundeinstellung bzw. Mentalität vieler Einwohner_innen begünstigt. Mehrere Interviewpartner_innen wiesen auf den ausgeprägten Konservatismus der lokalen Bevölkerung hin, der die Integration von Zugezogenen grundsätzlich erschwere. Zugleich waren viele Eichsfelder_innen der Meinung, „im Eichsfeld ist die Welt noch in Ordnung“. Zivilgesellschaftlich Engagierte berichteten, dass es grundsätzlich erfolgreicher sei, Bürger_innen zur Teilnahme an Aktionen und Veranstaltungen für Geflüchtete zu gewinnen, als sie gegen Rechtsradikale zu mobilisieren. Grundsätzlich seien solche und ähnliche Veranstaltungen aber nur schlecht besucht – egal wofür oder wogegen und von wem sie veranstaltet würden.

Die Proteste der Eltern gegen die Schulschließung waren nicht direkt an die Ankunft weiterer Geflüchteter gebunden. Erst die unmittelbare Verknüpfung der Themen Schulschließung und Geflüchtete diente der NPD und ihrer Anhängerschaft als Grundlage, ihr Anliegen der Elternschaft mit dem Argument „zum Wohl ihrer Kinder“ unterzujubeln.

Konträre Weltbilder in Sondershausen

Während das Eichsfeld als eine traditionell wenig an die urbanen Zentren Thüringens angebundene Region angesehen werden kann, ist Sondershausen durch einen Strukturwandel geprägt. Der lässt sich als De-Industrialisierung beschreiben. Damit geht die Entwertung von Arbeitskarrieren einher und so kann Sondershausen als Beispiel für einen ländlichen Raum gelten, der sozio-ökonomisch peripherisiert (Kühn 2018) wurde. „Abgeschottet sein“, „von der Politik nicht gehört werden“ – das waren immer wieder genannte Motivationserklärungen für die Anti-Asyl-Proteste, die in den Interviews berichtet wurden. Die These vom Abgehängtsein wurde zumeist nicht weiter begründet oder durch persönliche Erfahrungen plausibel gemacht. Offensichtlich war es an ein Gefühl von Ohnmacht gekoppelt, ohne dass die Personen selbst so genau sagen konnten, wie sich das Gefühl begründen ließ und was es mit Geflüchteten zu tun hatte. Ob es leitend für die Protestierenden war,

kann nicht beurteilt werden. Zudem wurde nicht ersichtlich, warum Menschen, wenn sie sich von der Politik nicht beachtet fühlen, ihr Ohnmachtsgefühl fast ausschließlich auf Asylsuchende beziehen. In der nicht selbstverständlichen Schlussfolgerung von Ohnmacht auf Fremdenfeindlichkeit müssen Emotionen und deren Kanalisierung scheinbar vorherrschend sein.

In Sondershausen wurden die Anti-Geflüchteten-Proteste stark von Individuen und kleinen Gruppen geleitet und getragen, die viel Energie in die mediale Verbreitung steckten. Manche anfangs noch sehr allgemeine Sorgen, die sich in der Bevölkerung fanden, lenkten Bewegungen wie „Sondershausen gegen Asylmissbrauch“ auf andere, allgemein politische Themen, die teilweise in einen Zusammenhang mit der Ankunft von Asylbewerber_innen in der Stadt gestellt wurden. Hierbei sind Verbindungen zur NPD nachgewiesen worden. Die Bezüge waren zumeist sehr konstruiert oder einzelne Vorfälle wurden hochgradig symbolisch aufgeladen. Dabei wurde auf abstrakte Ängste gegenüber Geflüchteten angespielt, um sachfremde Probleme in den Vordergrund zu stellen, statt Problemlösungen für die Belange der Bürger_innen zu suchen. Bewegungen und Gruppen wie „Sondershausen ist Bunt“ versuchten, ein offeneres, empathischeres und hoffnungsvolleres Weltbild entgegenzustellen – und damit ein Weltbild, das grundsätzlich die Fähigkeit zum Vertrauen in den Zusammenhalt der Gesellschaft, in das politische System, in Zwischenmenschlichkeit voraussetzt.

In Sondershausen wurden die Anti-Geflüchteten-Proteste stark von Individuen und kleinen Gruppen geleitet und getragen, die viel Energie in die mediale Verbreitung steckten.

Keine Geflüchteten in Blankenberg

Da oftmals kleinsten Gemeinschaften im ländlichen Raum ein gewisser Gemeinschaftssinn nachgesagt wird, wurde eine dritte Kommune in Südthüringen an der bayrischen Grenze ausgewählt. Dort wehrten sich die Einwohner_innen 2016 mit einem Referendum erfolgreich gegen die zeitweilige Notaufnahme von Geflüchtete. Der Gemeindepfarrer vor Ort sah einen Zusammenhang zwischen der Ablehnung der Geflüchteten und der subjektiven Einschätzung, die die Einwohner_innen von ihrer sozialen Lage vornahmen. Ausschlaggebend für die Ablehnung der Asylsuchenden sei die Wahrnehmung gewesen, dass für die Daseinsvorsorge der Menschen in der Region nicht genug Geld da sei – also ein Gefühl der kollektiven Benachteiligung.

Der Pfarrer stellte fest, dass die Menschen, die der Unterbringung von Geflüchteten eher offen gegenüberstanden, relativ still blieben – vor allem junge Menschen. So konnten die Gegner_innen der Notunterkunft von Anfang an die Diskussion bestimmen. Die Stimmung zuvor war von Protesten und Aktionen der Elternsprecher_innen und Elternbeiräte der Schule gegen deren Schließung gekennzeichnet. Die Asylunterkunft in der geschlossenen Schule wäre in der Ortsmitte sehr präsent gewesen. Es gab Stimmen, die die Ablehnung der Flüchtlingsaufnahme mit der Angst vor Kriminalität in Verbindungen brachten. Diese Befürchtungen wurden damit begründet, dass Asylsuchende prinzipiell als Gefahr zu betrachten seien. Daneben gab es auch besonnene Äußerungen. Dazu gehörte zum Beispiel die Kritik an der Vorgeschichte der Schulschließung, die Forderung nach

ärztlicher Versorgung der Geflüchteten und der Wunsch nach Sicherheit aller dann in Blankenberg lebenden Menschen. Die Grundstimmung im Ort jedenfalls war schon vor den Ereignissen im September 2015 fremdenfeindlich: „Oft werden Sachen gesagt,“ so eine Darstellung im Interview, „die kann man nicht so stehenlassen, aber man weiß selber nicht wie man dagegen argumentieren soll.“

Der wichtige unbekannt Nachbar

Während die drei Fallstudien die Diskurse über die NIMBY-Theorien und die Übertragbarkeit vom Konzept der „moralischen Ökonomie“ ermöglichen sollten, konnte für die dritte stadtsoziologische Forschungsstradition keine adäquate qualitative Forschungsstrategie gefunden werden. Deshalb wurde von November 2016 bis Januar 2017 eine telefonische Befragung in allen Thüringer Landkreisen durchgeführt. Die überwiegende Mehrheit der Befragten stimmte der Aussage zu, dass die Nachbarschaft sehr wichtig ist (69 %). Weitere 22 % stimmten „mehr oder weniger“ zu. Nur ein sehr geringer Anteil der Befragten hielt die Nachbarschaft also für unwichtig. Zudem fühlten sich mehr als 80% der Befragten in ihrer eigenen Nachbarschaft wohl. Auch bezüglich des Sicherheitsgefühls ergab sich ein eindeutiges, überwiegend positives Ergebnis. Zwischen dem wahrgenommenen Ist-Zustand und dem Idealbild von Nachbarschaft empfanden die Befragten jedoch eine bemerkenswerte Differenz. Wichtig für die These zur Erosion von Nachbarschaft ist der Befund, dass die Kommunikation mit den Nachbar_innen vor allem über den spontanen Kontakt auf der Straße verläuft. 19 % gaben an, nie, ein- bis zweimal im Jahr oder einmal im Monat mit ihren Nachbar_innen zu reden. Dem stehen Nachbar_innen (22 %) gegenüber, die täglich – also sehr oft – miteinander kommunizieren. Bei der Mehrheit kommt es dabei nie oder maximal zweimal im Jahr zu Besuchen. Mindestens einmal pro Monat oder häufiger besuchen sich weniger als 10 %. Sich vor der Tür zu treffen oder eher zufällig zu begegnen, ist somit die Regel. Diese Kontakte reichen allerdings nicht aus, um starke Beziehungen entstehen zu lassen: Die Mehrheit der Befragten ist nicht der Meinung, dass sie ihre Nachbar_innen gut kennen. Lediglich jede_r Zehnte gab an, seine Nachbar_innen „sehr gut“ zu kennen.

Wichtig für die These zur Erosion von Nachbarschaft ist der Befund, dass die Kommunikation mit den Nachbar_innen vor allem über den spontanen Kontakt auf der Straße verläuft.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren: Die Nachbarschaft hat nur sehr abstrakt eine große Bedeutung. Es fehlen „starke“ Beziehungen, die auf enge und intensive Formen des alltäglichen Zusammenlebens ausgerichtet sind. Das war einst charakteristisch für Kommunen im ländlichen Raum. Es besteht heute nur noch ein vages Bewusstsein, dass die Nachbar_innen verlässlich sind, wenn Hilfe benötigt wird, und dass man mit ihnen kommunizieren kann, wenn man sie trifft. Insgesamt kann deshalb die Bedeutung der Nachbarschaft als ambivalent bezeichnet werden. Unter Nachbarschaft wird für die meisten Befragten kein Raum für soziale Integration verstanden. Die Nachbarschaft ist für sie ein durch relativ geringe Kommunikation und Aktivität hergestellter Sozialraum. Er ist dennoch wichtig, weil er mit der Vorstellung eines „selbst-regierten“ und kontrollierten Raums verbunden ist, der eine selektive Wahl von Menschen für eine vertiefte soziale Beziehung (Freundschaft/Bekanntschaft) erlaubt.

Fazit: Integration in der Nachbarschaft?

Die Diversität der Befunde aus den Fallstudien und der Umfrage erlauben nicht, über die Richtigkeit der drei theoretischen Diskurse über die Ablehnung von Geflüchteten zu befinden. Die drei stadtsoziologischen Ansätze haben sich aber auch für den ländlichen Raum als begründet erwiesen: Es ist deutlich geworden, dass Rechtsextreme Anti-Asyl-Proteste instrumentalisiert haben und dass die Instrumentalisierung nur vor dem Hintergrund weitverbreiteter rassistischer Vorstellungen über die Asylsuchenden stattfinden konnte. In der Tat ließen sich Prozesse destruktiver Solidarität feststellen, im Hinblick auf die Forschung über städtische Gewalt, die auch geschlossene Gemeinschaften als Ursache haben. Im Sinne des moralischen Ökonomie-Ansatzes können diese Proteste als Kampf um die verknappte Ressource Anerkennung verstanden werden – und als Versuch, eine lokale Definition einer normativen Ordnung durchzusetzen. Mit Bezug auf die NIMBY-Forschung lassen sich Beobachtungen anführen, die die Proteste in einem Zusammenhang emotional motivierter Argumentationen erscheinen lassen. Die Auseinandersetzungen wurden wenig rational geführt. Das erschwerte die Auseinandersetzung. Von einem Interessensausgleich und konstruktiver Problemlösung in einem demokratischen Prozess lässt sich kaum sprechen. Die Relevanz der These von der Erosion der gesellschaftlichen Bedeutung von Nachbarschaft in ländlichen Kommunen ließ sich nachvollziehen. Demnach ist Vorsicht geboten, von einer größeren Gemeinschaft und eventuell mehr Integrationspotenzialen im ländlichen Raum auszugehen.

Literatur

- Dear, Michael J./Takahashi, Louis M. (1997): The Changing Dynamics of Community Opposition to Human Service Facilities. In: Journal of the American Planning Association, 63, Heft 1, S. 79–94.
- Devine-Wright, Patrick (2009): Rethinking NIMBYism: The Role of Place Attachment and Place Identity in Explaining Place-protective Action. In: Journal of Community and Applied Social Psychology, 19, Heft 6, S. 426–441.
- Eckardt, Frank (2018): Ungeliebte Nachbarn: Anti-Asyl-Proteste in Thüringen. Bielefeld: transcript.
- Karandinos, George et al. (2014): The moral economy of violence in the US inner city. In: Current anthropology, 55, H. 1, S. 1–22.
- Reutlinger, Christian/Stiehler, Steve/Lingg, Eva [Hrsg.] (2015): Soziale Nachbarschaften: Geschichte, Grundlagen, Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS.
- Thompson, Edward P. (1971): The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century. In: Past & Presence, 50, S. 76–136.

Prof. Dr. Frank Eckardt leitet seit 2009 die Professur Sozialwissenschaftliche Stadtforschung an der Bauhaus-Universität Weimar.



Ungeliebte Nachbarn Anti-Asyl-Proteste in Thüringen

Frank Eckardt, 2018 | 250 Seiten
transcript: Bielefeld | ISBN 978-3-8394-4203-6

Projektvorstellung

IBA Thüringen: Arrival StadtLand

„Wir fangen einfach an“: Das ist das Motto von Hanka Giller, Leiterin des Amtes für Jugend und Soziales der Stadt Saalfeld/Saale in Thüringen. Ort des Baugeschehens ist das ehemalige Kasernengelände am Rand der Stadt. Mit einfachsten Mitteln entstand bei der Sommerwerkstatt 2017 mitten auf einer Brache ein erster Quartiersmittelpunkt, Begegnungsraum und Spielort für die alten und neuen Nachbar_innen. Ziel der Projektpartner Stadt und Bildungszentrum Saalfeld sowie vielen Partner_innen und Helfer_innen ist es, ab 2019 ein dauerhaftes Werkhaus zu errichten – mit Arbeits- und Sozialräumen, Café und Mehrzweckraum für alle.

Stadt und Bildungszentrum Saalfeld sind Kandidaten der Internationalen Bauausstellung (IBA) Thüringen. Unter dem Motto *StadtLand* arbeitet die IBA Thüringen bis 2023 an über 30 Vorhaben im ländlich geprägten Freistaat, die neue bauliche Standards erproben, neue Funktionen in Stadt und Land identifizieren sowie deren Zusammenhänge stärken. Die IBA Thüringen entwickelt mit ihren Partner_innen ressourcenbewusste Projekte mit gemeinwohlorientierten Werten in und für Thüringen, aktiviert Leerstände im Land, unterstützt Raumunternehmer_innen sowie neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft für mehr Lebensqualität.



Im Jahr 2017 wurde mit der IBA Sommerwerkstatt in Saalfeld der Grundstein für die gemeinschaftliche Entwicklung des Geländes gelegt. (Copyright: IBA Thüringen, Foto: Thomas Müller)

Im Rahmen der Projektfamilie „Arrival StadtLand“ experimentiert die IBA Thüringen mit modellhaften Lösungen, um Verbindungen mit den neuen Bewohner_innen zu knüpfen, die in Folge von Flucht und Einwanderung zu uns kommen. Da Migration gerade für Thüringen, ein weitgehend ländlich geprägter Raum mit geringer Zuwanderung, einen wichtigen Impuls für die zukünftige

Entwicklung darstellt, suchte die IBA im Rahmen des Projektauftrags „Arrival StadtLand“ im Jahr 2016 nach Menschen, Orten und Ideen in ganz Thüringen, die Zuwanderung als Chance begreifen und aktiv gestalten wollen.

In diesem Sinne wagen drei IBA Vorhaben die Gestaltung von Raum von vielen für viele und setzen damit bewusst ein Zeichen für Demokratie und Stärkung des Zusammenlebens in Stadt und Land. So entwickelt in Gera die KIM Kultur in Mitteldeutschland gGmbH eine leer stehende ehemalige Mädchenschule aus dem 19. Jahrhundert schrittweise zu einem freien, weltoffenen Kulturzentrum. In Erfurt will Plattform e.V. mit der Stadt Erfurt als „Wir Labor“ ein leer stehendes städtisches Bürogebäude in unmittelbarer Nachbarschaft zu einer Flüchtlingsunterkunft als neues Stadtteilzentrum inklusiv entwickeln. Und in Saalfeld wollen die Stadt, das Bildungszentrum und andere Partner_innen auf dem Gelände einer ehemaligen Kaserne und in Nachbarschaft zur Gemeinschaftsunterkunft des Landkreises mit den Bewohner_innen ein Werkhaus in Selbstbau schaffen mit niedrigschwelligen, wohnortnahen Angeboten für Kleingewerbe, Qualifizierung und Begegnung im Quartier. Selbsthilfe und persönliche Entfaltungschancen sind zentral, um die Abhängigkeit und Perspektivlosigkeit zu überwinden.

Drei IBA Vorhaben wagen die Gestaltung von Raum von vielen für viele und setzen damit bewusst ein Zeichen für Demokratie und Stärkung des Zusammenlebens in Stadt und Land.

Für die deutliche Sichtbarkeit einer offenen Gesellschaft in einer zunehmend polarisierenden Gesellschaft stehen alle IBA Vorhaben. Die vielfältigen Projektkooperationen bieten die Möglichkeit, durch Vernetzung Ressourcen zu bündeln. Sie übernehmen Verantwortung für die Entwicklung von Räumen und stiften durch den gemeinschaftlichen Gestaltungsprozess neue Perspektiven und Wissen. Das bindet nicht nur Menschen an die Region und gibt ihnen mehr Selbstbewusstsein, es fördert durch Kommunikation und Teilhabe auch das demokratische Selbstverständnis.

Kerstin Faber, Prozessgestalterin für Regionalentwicklung, und **Dr. Bertram Schiffers**, Stadtplaner, sind Projektleiter der IBA Thüringen. Die IBA Projektfamilie „Arrival StadtLand“ wird als Modellprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik unterstützt.

Internationale Bauausstellung Thüringen GmbH
Auenstraße 11 | 99510 Apolda
Website: <http://iba-thueringen.de/>



**„AUCH WENN DAS
GEWALTMONOPOL
EINDEUTIG AUF
STAATLICHER
SEITE LIEGT,
STEHEN STAAT UND
ZIVILGESELLSCHAFT
IN EINEM VERHÄLTNIS
BEIDSEITIGER
INANSPRUCHNAHME.“**

„Wir gründen jetzt einen Zivilschutz!“¹ – eine Bürgerinitiative im ländlichen Raum Ostdeutschlands

Welche Rolle spielen Bürgerinitiativen im ländlichen Raum bei der Herstellung von Sicherheit? Zur Untersuchung dieser Frage wird die Selbstdarstellung einer Bürgerinitiative in Bezug zur Staatstheorie von Thomas Hobbes und zu sozialwissenschaftlichen Konzepten von Sicherheit und Ordnung gesetzt. Wie sich zeigt, stehen Staat und Zivilgesellschaft hier in einem Verhältnis beidseitiger Inanspruchnahme.

„Bürgerwehren entstehen dort, wo der Staat weicht!“, so skandiert das Titelbild der Facebook-Gruppe *Bürgerwehr*. 1.792 Personen gefällt das, 1.830 Personen haben die Social-Media-Gruppe abonniert [Stand: 23/02/2019]. Ihrer Selbstbeschreibung nach geht es der Gruppe darum, „die Sicherheit des Fürstentum [sic!] Lippe (Kreis Lippe) Gewährleisten [sic!] zu können, damit nicht unsere Kinder und Frauen in Gefahr kommen“². Private Kontroll- und Ordnungsvereinigungen wie diese erfahren nicht nur in sozialen Netzwerken, sondern auch auf der Straße Zulauf. Ihre Mitglieder sehen sich als Wächter_innen der öffentlichen Sicherheit. Auch wenn Selbstjustiz nicht erlaubt ist, fällt die Gründung einer Bürgerwehr unter das Recht auf Versammlungsfreiheit. Die Mitglieder dürfen allerdings nicht bewaffnet sein und keine Straftaten begehen. Weil derartige Vereine und Zusammenkünfte keiner Melde- oder Registrierungspflicht unterliegen, gibt es keine genauen Angaben, wie viele Bürgerwehren es derzeit in Deutschland gibt und ob ihre Anzahl in den letzten Jahren zugenommen hat. Zumindest in Ostdeutschland geht der Verfassungsschutz von einem Anstieg aus (vgl. Leipziger Volkszeitung 2016). Diese Entwicklung begann nicht erst – wie oftmals vermutet – mit der großen Zahl geflüchteter Menschen, die im Sommer 2015 nach Deutschland kamen,

Auch wenn Selbstjustiz nicht erlaubt ist, fällt die Gründung einer Bürgerwehr unter das Recht auf Versammlungsfreiheit.

¹ Das titelgebende Zitat stammt aus einem Interview mit zwei Vertretern einer Bürgerinitiative (BI). Direkte Zitate aus diesem und anderen Interviews sind durch den Zusatz (Interview) kenntlich gemacht. E-Stadt ist die Anonymisierung des Ortes, in dem die Bürgerinitiative zum Interviewzeitpunkt aktiv war.

² https://www.facebook.com/1Vereinigte.BW/?ref=br_rs [23.02.2019].

oder nach den Geschehnissen in der Silvesternacht 2015/2016 am Kölner Hauptbahnhof. Bereits Anfang der 1990er Jahre wurden Debatten um Bürgerwehren und „staatlich geförderte Hilfstruppen“ geführt (Spiegel 1993). Spätestens nach der Grenzöffnung im Zuge des Schengen-Abkommens 2007 entstanden in den Grenzregionen zu Polen und Tschechien viele Patrouillen, weil sich die Bewohner_innen dieser oftmals dünn besiedelten Landstriche einer buchstäblich entgrenzten Kriminalität aus den Nachbarstaaten ausgesetzt fühlten. Zugleich hatten sie den Eindruck, als geografische, politische und soziale Peripherie von der Regierung allein gelassen zu werden (vgl. Schmidt-Lux 2012: 129f.).

In der Wahrnehmung der Bürgerinitiative ist der Staat – dem sie nach eigener Aussage unter die Arme greifen will – schwach und befindet sich auf dem Rückzug.

Dies gilt auch für Westdeutschland, wie das oben zitierte Beispiel aus dem Kreis Lippe in Nordrhein-Westfalen zeigt. Hier ist die proklamierte Angst vor ‚Überfremdung‘ ebenfalls Motivation für viele Menschen, sich solchen Vereinigungen anzuschließen. Dennoch nennen sich die meisten der Gruppierungen bewusst nicht *Bürgerwehr*, sondern *Bürgerinitiative* oder *-forum*, um nicht mit Ausländerfeindlichkeit in Verbindung gebracht zu werden.

2010 führten Mitarbeiter des kulturwissenschaftlichen Instituts der Universität Leipzig in E-Stadt – einer Kleinstadt an der Grenze zu Tschechien – verschiedene Interviews und Gespräche mit Vertretern der dortigen Bürgerinitiative.³ Im Anschluss an den Soziologen Matthias Quent (2016a: 18) ist die Gruppe in E-Stadt als „korporatistische Sicherheitsinitiative“ einzuordnen. Derartige

Sicherheitsgruppen [...] unterscheiden sich in ihren Motiven, Absichten, ihrer Struktur und Zusammensetzung von selbst organisierten Bürgerwehren. Doch sie deuten einen Vertrauensverlust in die Effizienz der Staatsgewalt an: Sie stellen eine Reaktion auf ein beschädigtes Sicherheitsempfinden bei Bürger_innen dar und machen deutlich, dass die Polizei in einigen Regionen nicht in der Lage ist, die von der Bürgerschaft gewünschte Präsenz zu zeigen. (Ebd.: 19)

Im Rahmen eines seminarbezogenen Studienprojekts am Institut für Soziologie der Universität Freiburg wurden die Daten mit der Methode der Grounded Theory ausgewertet. In der Wahrnehmung der Bürgerinitiative ist der Staat – dem sie nach eigener Aussage unter die Arme greifen will – schwach und befindet sich auf dem Rückzug. In diesem Beitrag wird die Selbstdarstellung der Bürgerinitiative in Bezug zur Staatstheorie von Thomas Hobbes und zu aktuellen Konzepten von Sicherheit und Ordnung gesetzt.

³ Dr. Thomas Schmidt-Lux untersucht das Phänomen im Rahmen seiner Habilitation *Gerechte Strafe. Legitimationskonflikte um vigilante Gewalt*. Im Zuge dessen erhob und analysierte er mit Andreas Bischof die hier verwendeten Daten, 2012 veröffentlichte er dazu einen Artikel im Kriminologischen Journal (vgl. Schmidt-Lux 2012).

Grenzregionen im ländlichen Raum Ostdeutschlands

Die Vertreter der Bürgerinitiative in E-Stadt verweisen darauf, dass die Kriminalität in ihrer Region nach der Wende stark anstieg und gleichzeitig die Sicherheitsmaßnahmen in Form des Polizeiaufgebots gekürzt wurden. Diese Darstellungen finden auch in offiziellen Kriminalitätsstatistiken ihre Entsprechung. Karl-Heinz Reuband (2010) hat die angestiegene Angst vor Kriminalität in Ostdeutschland nach 1990 untersucht. In seiner Studie wird deutlich, dass Arbeitslosigkeit und Kriminalität in der DDR-Propaganda dem kapitalistischen Westen zugeschrieben wurden und in der DDR offiziell nicht existierten. Nach dem Fall der Mauer fürchteten die ehemaligen DDR-Bürger_innen, dass diese Phänomene nun auch bei ihnen Einzug halten würden – und diese Sorge bestätigte sich. „Dazu trug nicht zuletzt auch der Wegfall bisheriger journalistischer Praktiken bei, die bis zur Wende die Berichterstattung über Kriminalität zu einem Tabu-Thema gemacht hatten.“ (Ebd.: 113) Die wachsende Kriminalitätsfurcht nach der Wende hing somit einerseits mit der tatsächlich steigenden Anzahl von Delikten zusammen, andererseits wurde ausführlicher bzw. überhaupt darüber berichtet, wodurch die Phänomene verstärkt in das Bewusstsein der Bevölkerung rückten (vgl. ebd.: 112ff.).

Vertreter der Bürgerinitiative in E-Stadt verweisen darauf, dass die Kriminalität in ihrer Region nach der Wende stark anstieg und gleichzeitig die Sicherheitsmaßnahmen in Form des Polizeiaufgebots gekürzt wurden.

Auch der Bürgermeister von E-Stadt berichtet im Gespräch mit den Wissenschaftlern aus Leipzig, dass in den ersten Jahren nach der Wende die Kriminalität zunahm und die Behörden noch keine Strategie gefunden hatten, wie damit umgegangen werden sollte. Er betont jedoch, dass diese Situation nur bis circa 1993 anhielt und sich die Lage danach beruhigte. Dennoch beharren die Vertreter der Bürgerinitiative darauf, dass seit 1990 und dann nochmals nach dem Schengen-Abkommen 2007 die Kriminalität stark angestiegen sei; dementsprechend fordern sie den Staat auf, dagegen ein Zeichen zu setzen. Schutz zu gewährleisten sehen sie als seine zentrale Aufgabe. In der Folge beziehen sie sich immer wieder auf Beispiele, in denen dieser Schutz infrage steht. Die mangelnde Sicherheit ist Gegenstand ihrer Entrüstung, denn ihrer Ansicht nach ist der Staat dafür verantwortlich, ein „Sicherheitsgefühl“ (Interview BI E-Stadt) zu vermitteln und durch angemessene Praktiken für Sicherheit zu sorgen: „So müsste eigentlich auch `ne Sicherheitsprognose gestellt werden: ‚Wie ist die Sicherheitsentwicklung zu erwarten?‘“ (Interview BI E-Stadt)

In ihrer Erzählung beschreiben sie den Staat als schwach; er steht im Gegensatz zu vormaligen starken Autoritäten, „die Deutschland, oder andere[n] Länder[n]“ zu einer „ausgezeichneten Entwicklung“ (Interview BI E-Stadt) verholfen haben. Diese Ausführungen beziehen sich allerdings auf die Zeit, als „die Kaiser machtvoll da waren“ (Interview BI E-Stadt). Hier wird auf das Kaiserreich verwiesen, bei dem es sich weder um ein demokratisches noch um ein rechtsstaatliches Gebilde handelte. Den Vertretern der Bürgerinitiative zufolge waren Schutz und Sicherheit zu dieser Zeit abhängig von der Stärke des feudalen Herrschers: „Wenn der Kaiser abgelöst wurde, Dynastie starb, nächste war schwach, Bumms kamen hier die Raubritter und alles Mögliche!“ (Interview BI E-Stadt) Diese Logik übertragen sie auf die Gegenwart: Ein starker Staat muss für die Sicherheit der Bürger_innen sorgen.

Staat und Sicherheit nach Thomas Hobbes

Schon Thomas Hobbes' Gesellschaftsvertrag ist durch die Herstellung von Sicherheit motiviert. Der Vertrag löst das Problem des Naturzustandes, in dem alle gegen alle kämpfen. Dieser Kampf kommt durch die Gleichheit aller Menschen zustande, ein Zustand, in dem niemand ein Vorrecht vor anderen hat. Aufgrund mangelnder Vorrechte und verbindlicher Regelungen verteidigen Menschen ihre Rechte unablässig gegeneinander und verstricken sich damit in Krieg (vgl. Hobbes 2012 [1651]: 97). Nur der Leviathan als souveräne Regierungsfigur kann die Menschen aus diesem Dilemma befreien, da er als unabhängiger Dritter alle Bürger_innen des Volkes in sich vereint und dafür Sorge trägt, dass Frieden zwischen ihnen herrscht. Das Volk tritt seine Rechte an den Leviathan ab und dieser garantiert als Gegenleistung Schutz und Sicherheit – dies ist Hobbes zufolge seine Hauptaufgabe (vgl. ebd.: 131ff.). Der Staat kommt in diesem Sinne überhaupt erst durch das Bedürfnis nach Sicherheit zustande und die Sicherheit aller Menschen innerhalb eines staatlichen Territoriums ist das Ergebnis des Vertrags, den das Volk mit dem Leviathan schließt. Die Möglichkeit des gemeinsamen Zusammenlebens wird ausschließlich durch diese künstlich errichtete Ordnung geschaffen. Die westlich-moderne Ordnungsvorstellung ist daher konstitutiv mit Sicherheit verknüpft, die Staatsmacht kann nicht ohne Sicherheit gedacht werden und Sicherheit muss immer durch diese gewährleistet sein. Auf dieser Konstruktion basieren das Defizitgefühl und die Selbstlegitimation der hier vorgestellten Bürgerinitiative, wenn sie sich als Ergänzung oder als Unterstützung eines in ihren Augen zu schwachen oder abwesenden Staates versteht. Im Anschluss daran können Bürgerinitiativen als staatliche Zwitterakteure verstanden werden: Sie agieren in Vertretung des Staates, ohne ihn zu repräsentieren. Sie kooperieren teilweise mit Staatsorganen, ohne ihren Status als Zivilpersonen zu verlieren. Von der Notwehr und dem Jedermannsrecht⁴ einmal abgesehen, besitzen sie keinerlei Befugnis zu Gewalthandlungen.

Die westlich-moderne Ordnungsvorstellung ist konstitutiv mit Sicherheit verknüpft, die Staatsmacht kann nicht ohne Sicherheit gedacht werden und Sicherheit muss immer durch diese gewährleistet sein.

Auch von den Vertretern der Bürgerinitiative in E-Stadt wird das Gewaltmonopol klar und deutlich beim Staat verortet. Allerdings gestehen sie die alleinige Entscheidungs- und Ausführungshoheit dem Staat nicht bedingungslos, sondern nur unter klaren Konditionen zu. Zum einen muss er seiner Kernkompetenz – namentlich der Wahrung von Sicherheit und Ordnung –, zum anderen den damit verbundenen Forderungen nach Transparenz und Präsenz nachkommen: „*Der Staat hat ein Gewaltmonopol und wenn der Staat uns nicht schützt, dann müssen wir uns selber schützen.*“ (Interview BI E-Stadt)

⁴ Demzufolge darf jeder Mann und jede Frau eine_n Täter_in am Tatort oder in dessen unmittelbarer Nähe (räumlich und zeitlich) festnehmen und -halten, bis die Polizei eintrifft. Ein dringender Tatverdacht reicht demnach nicht aus (vgl. Paragraph 127 der Strafprozessordnung).

Staat und Zivilgesellschaft in der Analyse des Interviewmaterials

Auf der einen Seite gibt es für die Bürgerinitiative in E-Stadt den *abstrakten* Staat im Sinne einer gesetzgebenden Obrigkeit. Er ist zwar Machtinhaber und Entscheidungsträger, verfügt jedoch aufgrund seiner genuinen Abwesenheit über keinerlei Wissen hinsichtlich der geografischen und sozial-strukturellen Gegebenheiten vor Ort: Die Regierung im entfernten Berlin schätze die Lage falsch ein und wird für verschiedene Fehlentscheidungen verantwortlich gemacht. Parallel dazu existiert der *konkrete* Staat, bestehend aus den örtlichen Polizeibehörden und den Regionalpolitiker_innen. Sie sind die Kontaktpersonen vor Ort, sie verkörpern den erreichbaren und ausführenden Arm des abstrakten Staates und sind zugleich selbst von dessen Schwäche und Unfähigkeit betroffen. Ihnen gegenüber herrscht bei den Vertretern der Bürgerinitiative großes Verständnis und Mitleid, denn „*die kleinen Beamten können nichts dafür*“ (Interview BI E-Stadt). Interessanterweise führt der jahrzehntelange Eindruck, von einem schwachen Staat nur randständig behandelt zu werden, (noch) nicht zur vielleicht erwarteten Politikverdrossenheit, zur Forderung nach einem Abdanken der Regierung oder gar zu einer Verneinung demokratischer Werte (vgl. Quent 2016b: 3). Stattdessen sucht die Bürgerinitiative konstruktive und kommunikative Umgangsweisen: Es wird direkt (am Runden Tisch bei Vernetzungstreffen) oder schriftlich (über Briefe) Kontakt aufgenommen, dadurch findet ein mehr oder weniger regelmäßiger und produktiver Austausch statt. Abgesehen davon ist ihr Umgang mit dem abstrakten und dem konkreten Staat sehr unterschiedlich. Dies zeigt sich anhand der Trennlinien Abwesenheit/Anwesenheit, Schuld/Unschuld, Enttäuschung/Solidarität und Macht/Ohnmacht.

Auf der anderen Seite wird von der kommunalen Politik wie auch von der örtlichen Polizei zwischen *kooperativer und explosiver Zivilgesellschaft* unterschieden. Einerseits wünscht und braucht der Staat eine aktive, engagierte und konstruktive Zivilbevölkerung: Alle, auch die Bürger_innen, haben ihre Verantwortungsfelder und Zuständigkeitsbereiche, für die sie Sorge tragen. Wenn eine so verstandene und sich selbst verstehende Zivilgesellschaft eine Bürgerinitiative bildet, um ihre Interessen effektiver durchzusetzen, dann wird das von staatlicher Seite durchaus begrüßt. Der Kontakt mit den Bürger_innen ist wichtig, weil nur dann Situationen geschildert, Verständnis und Sensibilität gefördert und Optionen gemeinsam entwickelt werden können – Kooperation statt Konfrontation. Die Polizei braucht die Unterstützung der Bevölkerung, um „*intelligente Lösungen*“ (Interview Landespolizeidirektor) zu finden, die den veränderten Situationsbedingungen angemessen und an sie angepasst sind. Für all das sind eindeutige Strukturen mit klaren Ansprechpartner_innen und Verantwortlichen innerhalb der Bevölkerung, wie sie eine kooperative Bürgerinitiative bietet, von enormem Vorteil.

Interessanterweise führt der jahrzehntelange Eindruck, von einem schwachen Staat nur randständig behandelt zu werden, (noch) nicht zur vielleicht erwarteten Politikverdrossenheit.

Dennoch rückt der Staat nicht von seinem Gewaltmonopol ab. Was er also nicht brauchen kann, ist eine uninformierte, unreflektierte und explosive Bürgerschaft, die sich von skandalisierender Berichterstattung in den Medien manipulieren lässt, die seine Zuständigkeitsbereiche nicht akzeptiert

(indem sie das Recht selbst in die Hand nimmt) oder seine internen Kompetenzabgrenzungen (Aufgaben der Landespolizei und Aufgaben der Bundespolizei) nicht versteht. Laut Landespolizeidirektion braucht es keine *Bürgerwehr*, die bewaffnet durch Nacht und Nachbarschaft zieht, sondern es braucht eine *Bürgerwacht*: einen Zusammenschluss von aufmerksamen, sensiblen und verlässlichen Bürger_innen, die sich mit Problemen an staatliche Stellen wenden. In diesem Fall kooperiert die Zivilgesellschaft in Form von Bürgerinitiativen mit den Vertreter_innen des konkreten Staates auf der lokalen Ebene, um Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Dadurch wird das Einfluss- und Zugriffsgebiet des Staates – in Form von Informationen und Kontrolle – ausgeweitet.

Staat und Sicherheit aus sozialwissenschaftlicher Perspektive

Das Spannungsverhältnis von Staatlichkeit und Sicherheit wird nicht nur von den selbst ernannten Sicherheitsinitiativen problematisiert, sondern ist ebenfalls Gegenstand gesamtgesellschaftlicher Diskussionen und wissenschaftlicher Forschung. Beispielsweise stellt David Garland (2008) in seiner Analyse der Kontroll- und Strafpraktiken in Großbritannien und den USA Veränderungen im Sicherheitsempfinden der Bevölkerung fest. Er skizziert den Wandel von einem sorgenden Sozialstaat zu einem neoliberalen Kontrollstaat. Für ihn ist klar, dass der Staat an seine Grenzen gestoßen ist: Er kann die erhöhte Kriminalitätsrate nicht mehr eindämmen. Deshalb steigen die Unzufriedenheit und das Bedrohungsgefühl der Bürger_innen (vgl. ebd.: 207, 201ff.). Garland deutet staatliche Programme wie *neighbourhood watch schemes* oder solche zur „Verbesserung der ‚Lebensqualität‘“ (ebd.: 228) als Reaktion des Staates auf die Ängste innerhalb der Bevölkerung, ohne dass der Staat selbst an deren Erfolg glaube – sie sind somit lediglich Ausdruck seiner Überforderung. In Garlands Analyse ist das gestiegene Bedrohungsgefühl der Bevölkerung ein direkter Effekt staatlichen Versagens: Die Menschen verlieren das Vertrauen in den Staat, ihre Ängste werden durch medial verbreitete Katastrophen- und Krisennarrative weiter geschürt.

Im Gegensatz zu Garland ist für Trutz von Trotha (2010) der Staat nicht gescheitert. Er sei vielmehr von einem Wohlfahrtsstaat zu einem Dienstleister geworden, der sich der Aufgabe der Sicherheit vermehrt durch Präventionsmaßnahmen annehme. Durch massenhafte Datenauswertungen werden Risikobereiche identifiziert und Maßnahmen zu ihrer Verminderung eingeleitet; gleichzeitig steigt mit jeder neuen Risikolage auch das subjektive Unsicherheitsempfinden. Aufgrund dieser Verschiebung erscheint es den Bürger_innen nicht nur le-

gitim, sondern vielmehr notwendig, dass der Staat mehr und mehr ihrer Daten sammelt und seine Überwachung ausweitet, denn: „Wie kann der Staat seine präventive Aufgabe leisten, wenn ihm diejenigen Daten verweigert werden, die Prävention voraussetzen?“ (ebd.: 36). Mit diesem Credo

Einerseits wünscht und braucht der Staat eine aktive, engagierte und konstruktive Zivilbevölkerung. Dennoch rückt der Staat nicht von seinem Gewaltmonopol ab. Was er also nicht brauchen kann, ist eine uninformierte, unreflektierte und explosive Bürgerschaft, die sich von skandalisierender Berichterstattung in den Medien manipulieren lässt oder seine internen Kompetenzabgrenzungen nicht versteht.

kann sich die staatliche Kontrolle immer weiter ausdehnen. Die zunehmende Privatisierung von Kontrollinstitutionen und Sicherheitsfirmen deutet Trotha ebenfalls als Ausweitung der staatlichen Kontrollfähigkeit, da staatliche und private Institutionen Kooperationen eingehen (vgl. ebd.: 29). Das vermeintliche Scheitern des Staates, samt zunehmender Unsicherheit innerhalb der Bevölkerung, erscheint vor diesem Hintergrund geradezu als Vergrößerung des staatlichen Zugriffsgebietes *durch* eben diese Unsicherheit. Die Bürger_innen sind bereit, Daten von sich preiszugeben und sich überwachen zu lassen, um möglichst vielen Risiken vorzubeugen; gleichzeitig gibt es gegenüber privaten Unternehmen eine zunehmende Skepsis bezüglich der Datensicherheit. Paradoxerweise aktualisiert die permanente Risikoberechnung – mit dem Ziel der Risikominimierung – das Empfinden von Unsicherheit wie auch das Bedürfnis nach Sicherheit.

Fazit

Bürgerinitiativen, die mit staatlichen Institutionen kooperieren, geht es vor allem um die Wiederherstellung eines Sicherheitsgefühls. Sie wollen abschreckend auf Einbrecher_innen wirken und zusätzlich „Aufklärungs- und Informationsarbeit leisten“ (Quent 2016a: 18f.). Für die Vertreter der Bürgerinitiative in E-Stadt ist das gestiegene Unsicherheitsgefühl, das sie beschreiben und dem sie mit der Gründung ihrer Initiative entgegenwirken wollten, Zeichen eines staatlichen Rückzugs oder Versagens. Ihre geografische Situierung – eine Grenzregion im ländlichen Raum – trägt hierzu im doppelten Sinn bei: Zum einen sehen sich die Bürger_innen von Straftäter_innen aus den osteuropäischen Nachbarstaaten bedroht; zum anderen fühlen sie sich von der Landespolizei durch deren massiven Stellenabbau nicht ausreichend geschützt.

Während es in den Denkschulen der klassischen Philosophie stets darum ging, Bürger_innen vor dem unbegrenzten Zugriff eines willkürlichen Souveräns zu schützen, fordern die Vertreter der hier vorgestellten Bürgerinitiative das ganze Machtpotenzial des Staates; sie schließen sich zusammen, um Kontrollaufgaben zu übernehmen und die staatliche Gestaltungskompetenz in Eigenregie zu erweitern.

Während es in den Denkschulen der klassischen Philosophie stets darum ging, die Bürger_innen vor dem unbegrenzten Zugriff eines willkürlichen Souveräns zu schützen (vgl. Trotha 2010: 35), fordern die Vertreter der hier vorgestellten Bürgerinitiative das ganze Machtpotenzial des Staates. Mehr noch – sie schließen sich sogar zusammen, um Kontrollaufgaben zu übernehmen und somit die staatliche Gestaltungskompetenz in Eigenregie zu erweitern. Dies geschieht ohne rechtsstaatliche Legitimation, sichert aber zugleich den Einfluss des Staates gerade in ländlichen Regionen. Auch wenn das Gewaltmonopol eindeutig auf staatlicher Seite liegt, stehen Staat und Zivilgesellschaft hier in einem Verhältnis *beidseitiger Inanspruchnahme*: Die Bürgerinitiative fordert einen starken kompetenten Staat und unterstützt ihn zugleich bei seinen sicherheitswahrenden Aufgaben. Der Staat wiederum hat das Gewaltmonopol und ist zugleich auf eine kooperative Bürgerschaft angewiesen – in diesem Spannungsfeld werden die jeweiligen Handlungskompetenzen und Deutungshoheiten verschoben und verhandelt.

„
Ausgehend von der subjektiven Kriminalitätsfurcht der Bevölkerung und den objektiven Gefährdungen wird unter polizeilicher Regie soziale Ordnung als eine sichere Ordnung hergestellt, und die Beteiligten schließen in ‚Präventionsräten‘ auf lokaler Ebene – unter Beteiligung der Polizei, kommunaler Stellen, Nachbarschaftsvereinen etc. – einen allgemeinen Gesellschaftsvertrag mit der Zielsetzung ‚Sicherheit‘. (Legnaro 1997: 277, siehe auch Ewald 2015, Singelstein/Stolle 2012)

Ein zunehmendes Unsicherheitsempfinden in der Gesellschaft rechtfertigt staatliche Interventionen (z. B. Präventionsmaßnahmen und Überwachungspraktiken) und animiert die Bürger_innen dazu, selbst aktiv zu werden, wie sich am Beispiel der Bürgerinitiative in E-Stadt exemplarisch zeigen lässt. Das Paradoxe daran ist jedoch, dass damit immer neue Unsicherheiten hervorgebracht werden. Dadurch verstetigt und verfestigt sich das Gefühl der Unsicherheit. Dies ist im Anschluss an Trotha und im Gegensatz zu Garland eben kein Ausdruck staatlichen Versagens, sondern vielmehr ein Zeichen des zeitgenössischen Umgangs mit Bedrohungslagen. Zugleich, auch das wird am Beispiel E-Stadt deutlich, ist vonseiten des Staates nur eine kooperative Bürgerinitiative erwünscht – und eben keine Bürgerwehr. Derartige Zusammenschlüsse sind damit nicht nur eine Reaktion der Zivilbevölkerung auf ein empfundenes Scheitern des Staates oder bedrohliche Ereignisse, sondern sind auch in die staatliche Herstellung von Sicherheit eingebunden.

Am Beispiel E-Stadt wird deutlich: Vonseiten des Staates ist nur eine kooperative Bürgerinitiative erwünscht – und eben keine Bürgerwehr.

Janina Ruhnau studiert Soziologie im Master an der Universität Freiburg. Außerdem arbeitet sie als wissenschaftliche Hilfskraft am Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung in Freiburg.

Wibke H. Liebhart (M. A.) hat Kulturwissenschaften in Leipzig und Soziologie in Freiburg studiert. Seit Mai 2018 promoviert sie an der Albrecht-Ludwigs-Universität Freiburg im SNF-Sinergia-Projekt „The Power of Wonder“ zum Thema Disruption.

Literatur

- Ewald, François (2015) [1986]: Der Vorsorgestaat. Suhrkamp: Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel (2015): Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I. Vorlesung am Collège de France 1977–1978. Suhrkamp: Frankfurt a. M.
- Garland, David (2008): Kultur der Kontrolle. Verbrechensbekämpfung und soziale Ordnung in der Gegenwart. Campus: Frankfurt a. M./New York.
- Hobbes, Thomas (2012) [1651]: Leviathan oder Wesen, Form und Gewalt des kirchlichen und bürgerlichen Staates. Hirzel: Stuttgart.
- Legnaro, Aldo (1997): Konturen der Sicherheitsgesellschaft: Eine polemisch-futurologische Skizze. In: Leviathan, 25, Heft 2, S. 271–284.
- Leipziger Volkszeitung (04.01.2016): Verfassungsschutz: Es gibt immer mehr Bürgerwehren in Sachsen. Online: <http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Verfassungsschutz-Es-gibt-immer-mehr-Buergerwehren-in-Sachsen> [27.02.2019].
- Quent, Matthias (2016a): Bürgerwehren. Hilfssheriffs oder inszenierte Provokation. Amadeu Antonio Stiftung: Berlin. Online: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/buergerwehreninternet.pdf> [27.02.2019].
- Quent, Matthias (2016b): Selbstjustiz im Namen des Volkes. Vigilantistischer Terrorismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Terrorismus, Heft 24–25. Online: <https://www.bpb.de/apuz/228868/vigilantistischer-terrorismus?p=all> [27.02.2019].
- Reuband, Karl-Heinz (2010): Subjektives Kriminalitätserleben im Kontext gesellschaftlicher Transformation. Kriminalitätsfurcht der Ostdeutschen im kollektiven Verlauf und individueller Erinnerung. In: Groenemeyer, Axel [Hrsg.]: Wege der Sicherheitsgesellschaft. Gesellschaftliche Transformationen der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, S. 112–162.
- Schmidt-Lux, Thomas (2012): Vigilantismus. Ein Phänomen der Grenze? In: Kriminologisches Journal, 44, Heft 2, S. 118–132.
- Singelstein, Tobias /Stolle, Peer (2012): Die Sicherheitsgesellschaft. Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Spiegel (18.10.1993): Raus aus der Schreibstube. Online: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680438.html> [26.02.2019].
- Trotha, Trutz von (2010): Die präventive Sicherheitsordnung. Weitere Skizzen über die Konturen einer „Ordnungsform der Gewalt“. In: Kriminologisches Journal, 42, Heft 1, S. 24–40.



Projektvorstellung

Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus: völkischer Rechtsextremismus im ländlichen Raum

Völkischer Rechtsextremismus vereint die Ideologie des völkischen Nationalismus mit der politischen Aktionsform der strategischen Raumergreifung und einem Lebensstil, der sich uneingeschränkt an rechtsextremer Ideologie orientiert. Da völkische Rechtsextreme „das Volk“ als eine starre, organische, überhistorische Einheit sehen, dessen Charaktereigenschaften nach der „Blut und Boden“-Ideologie durch den „Lebensraum“, in dem ein „Volk“ lebt, bestimmt werden, kommt diesem eine besondere Bedeutung zu. Daraus leiten sich für völkische Rechtsextreme eine politische Zielsetzung und eine klare strategische Ausrichtung ab. Der ländliche Raum wird als politisches Kampfgebiet wahrgenommen und macht diesen zu einem der Hauptaktionsorte der rechtsextremen Szene. Aus diesem Grund lassen sich völkische Rechtsextreme gezielt in abgelegenen Gegenden nieder.

Völkische Akteur*innen: übersehen und unterschätzt

Akteur*innen der extremen Rechten werden oft nicht als solche erkannt, wenn sie nicht den gängigen Vorstellungen von rechtsextremem Verhalten, Aussehen oder Kleidungsstil entsprechen. So werden „völkische Siedler*innen“, die als kinderreiche, traditionsverbundene Familien und hilfsbereite, freundliche Nachbar*innen im ländlichen Raum auftreten, zunächst meist nicht als überzeugte Rechtsextreme wahrgenommen. In besonderem Maße gilt dies für Frauen in der völkischen Szene, deren rechtsextreme Ideologie und aktivistisches Handeln oftmals nicht mit ihrem Auftreten als liebevolle Mutter oder nette Erzieherin in der Kindertagesstätte in Einklang zu bringen sind. Gerade, weil Frauen oftmals als rechte Ideolog*innen übersehen oder weniger ernstgenommen werden, kann es ihnen gelingen, im vermeintlich unpolitischen pädagogischen Bereich oder im Kontext von Bildungseinrichtungen zu agieren. Hier erlangen sie durch ihr ehrenamtliches Engagement oft schnell Akzeptanz und Einfluss. In den meisten Fällen werden rechtsextreme Positionen erst nach einem längeren Zeitraum angedeutet und fließen ganz allmählich in die Aussagen ein. Erzieher*innen und Lehrer*innen, denen diese Aussagen auffallen, fühlen sich meist überrascht und sind unsicher, wie sie damit umzugehen haben.

Die Arbeit der Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus

Die Fachstelle Gender, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung setzt sich für eine geschlechterreflektierende Perspektive in der Auseinandersetzung mit extrem rechten Akteur*innen ein. Mit einer solchen kann verhindert werden, dass das politische Handeln von rechtsextremen Frauen und die von ihnen ausgehende Gefahr unterschätzt wird. Eine Analyse der in der rechtsextremen Szene weithin vorherrschenden traditionalistischen Geschlechterrollen kann Aufschluss über Einstiegsmotive und die innere Stabilisierung der rechtsextremen Szene geben. Dies liefert hilfreiche Ansatzpunkte für die pädagogische Arbeit in der Rechtsextremismusprävention. Die Fachstelle berät bundesweit Einzelpersonen, Kommunen, Sozialarbeiter*innen, Initiativen und Bildungseinrichtungen im Umgang mit völkischem Rechtsextremismus und bietet Workshops, Vorträge und weitere Bildungsformate zum Thema an. Darüber hinaus bereiten wir unsere Expertise in Publikationen wie Broschüren, Flyern oder Artikeln auf. Im Umgang und der Auseinandersetzung mit Rechtsextremen empfehlen wir, sich zunächst umfassend zu informieren und klar zu positionieren. Dazu gehört, sich eindeutig gegenüber menschenfeindlichem Gedankengut abzugrenzen und diesen Anschauungen demokratische Werte entgegenzusetzen. Eine ausbleibende kritische Distanzierung verharmlost und normalisiert Diskriminierung und bestärkt Rechtsextreme in ihrem Handeln.

Völkischer Rechtsextremismus muss als Gefährdung der pluralistischen und demokratischen Gesellschaft ernstgenommen werden. Gerade strukturschwache Gebiete müssen präventiv unterstützt und gefördert werden.

Völkischer Rechtsextremismus muss daher als Gefährdung der pluralistischen und demokratischen Gesellschaft ernstgenommen werden. Gerade strukturschwache Gebiete müssen präventiv unterstützt und gefördert werden. Zivilgesellschaftliche Initiativen vor Ort müssen gestärkt und ihr Agieren sichtbar gemacht werden, um rechtsextremer Agitation eine offene, vielfältige Gesellschaft entgegenzusetzen.

Verwendete Literatur

Amadeu Antonio Stiftung (2017): „Die letzten von gestern, die ersten von morgen“? Völkischer Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Online: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/publikationen/voclkischer-rechtsextremismus-in-niedersachsen.pdf>.

Amadeu Antonio Stiftung/Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (2017): Lebendige Orte. Eine Reise durch Barnim und Uckermark. Online: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/reisefuehrer_barnim_uckermark.pdf.

Amadeu Antonio Stiftung (2015): Völkische Siedler/innen im ländlichen Raum. Basiswissen und Handlungsstrategien. Online: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/voelkische_siedler_web.pdf.

Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus

Novalisstr. 12 | 10115 Berlin

E-Mail: fachstelle@amadeu-antonio-stiftung.de

Website: www.gender-und-rechtsextremismus.de



**„TROTZ DER
ÖKONOMISCH
POSITIVEN TENDENZ
FEHLT ES BIS HEUTE
AN EINER TRAGENDEN
UND IDENTITÄTS-
STIFTENDEN IDEE FÜR
EINE ZUKUNFT DER
REGION ANKLAM.“**

Fest verankert – Rechtsextremismus in der Stadt Anklam

Anklam galt spätestens seit 2002 als Ort, an dem sich eine Normalisierung rechtsextremer Strukturen beobachten ließ (Borstel 2011, Borstel/Luzar 2016, Heitmeyer 1999). Dafür sprachen das Zusammenspiel aus aktiven rechtsextremen Strukturen, einer schwachen Zivilgesellschaft, großen sozioökonomischen Problemen und weit verbreiteten demokratischeskeptischen und in Teilen auch offen menschenfeindlichen Einstellungen in der Bevölkerung. Seitdem ist viel Wasser die Peene heruntergeflossen. Konnte die Gefahr der rechtsextremen Normalisierung gebannt werden und wenn ja wie? Zahlreiche Demokratieprojekte arbeiten zum Teil seit Jahren in der Stadt. Lassen sich Erfolge erkennen?

Anklam galt spätestens seit 2002 als Ort, an dem sich eine Normalisierung rechtsextremer Strukturen beobachten ließ (Borstel 2011, Borstel/Luzar 2016, Heitmeyer 1999). Dafür sprachen das Zusammenspiel aus aktiven rechtsextremen Strukturen, einer schwachen Zivilgesellschaft, großen sozioökonomischen Problemen und weit verbreiteten demokratischeskeptischen und in Teilen auch offen menschenfeindlichen Einstellungen in der Bevölkerung. Seitdem ist viel Wasser die Peene heruntergeflossen. Wer lange nicht in der kleinen Stadt im Hinterland der Insel Usedom war, reibt sich vor allem rund um den erneuerten Marktplatz erstaunt die Augen. Unverkennbar hat sich die Stadt zum Guten verändert – erneuert, ohne sich wirklich untreu zu werden. Wo vor etwa 15 Jahren noch viel Frust hörbar war, zeigen sich heute wieder viele Anklamer*innen stolz auf ihre Stadt. Auf den ersten Blick ist die Entwicklung somit rundweg positiv. „Es geht wieder aufwärts – mit uns und der Stadt.“ Dieses Lebensgefühl ist ansteckend, wenn man sich in der Stadt bewegt (ausführlicher in Borstel 2018). Ist es jedoch auch für die demokratische Kultur der Stadt gerechtfertigt? Konnte die Gefahr der rechtsextremen Normalisierung gebannt werden und wenn ja wie? Zahlreiche Demokratieprojekte arbeiten zum Teil seit Jahren in der Stadt. Lassen sich Erfolge erkennen?

Anklam galt spätestens seit 2002 als Ort, an dem sich eine Normalisierung rechtsextremer Strukturen beobachten ließ.

Dieser Beitrag versucht, genauer hinzuschauen. Dabei hilft ein Analyseraster mit vier Ebenen:

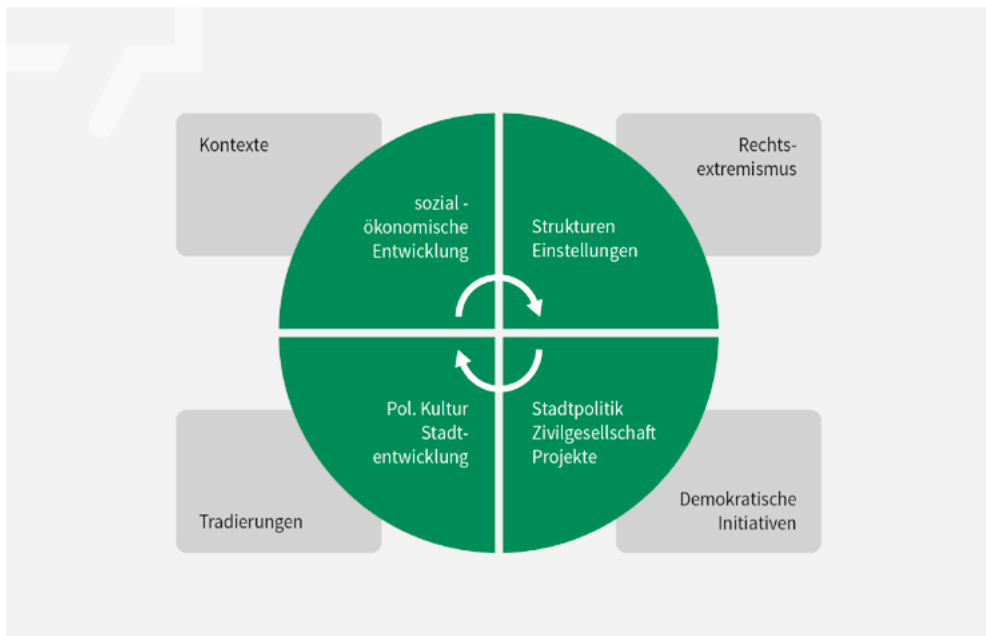


Abbildung 1: Analyseraster

Der Beitrag geht von einem Zusammenspiel von vier Faktoren aus: Rechtsextreme und demokratische Strukturen kämpfen in begrenzten Räumen um kulturelle, ökonomische und politische Hegemonien. Dies geschieht einerseits auf einem historischen Resonanzboden, der sich auch in der politischen Kultur einer Stadt widerspiegelt. Andererseits sind Rechtsextremismus und Demokratieentwicklung immer auch im Kontext aktueller sozialökonomischer Entwicklungen zu betrachten. Darauf verweist vor allem der Zusammenhang zwischen den Folgen erhöhter Desintegration und dem Erstarken rechtsextremer Erscheinungen sowie Einstellungen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Systematisch werden die Entwicklungen in allen vier Bereichen dargestellt und anschließend analytisch miteinander in Verbindung gesetzt. Aus der Zusammenschau sollen weiterführende Thesen sowie Fragestellungen sowohl für wissenschaftliche Vorhaben als auch für Praxisvorhaben entwickelt werden.

Dabei basiert der Beitrag auf den empirischen Erhebungen mehrerer eigener Forschungen und Datenerhebungen seit 2002 (ausführlich siehe Borstel 2011, Borstel 2018, Borstel/Heitmeyer 2012, Borstel/Luzar 2014 sowie diverse Beiträge in: Buchstein/Heinrich 2010). Damit werden seit 16 Jahren kontinuierlich Daten erhoben, die Rückschlüsse über regionale Verläufe und Veränderungen ermöglichen, die den sonst üblichen „Einmalerhebungen“ verwehrt bleiben.

Analyseebene 1 – Historische Tradierungen und deren Folgen für die politische Kultur

Anklam war seit seiner Gründung etwa im dreizehnten Jahrhundert über Jahrhunderte ein kleines Städtchen mit weniger als 10.000 Einwohner*innen.

Das Umland der Stadt ist durch die Landwirtschaft geprägt. Hier herrschten über Jahrhunderte die Fürsten oft Hand in Hand mit der Kirche. Sie organisierten strikt autoritäre Verhältnisse zwischen Herrschern und Beherrschten (Borstel 2013). Demokratie und die Idee der Selbstbestimmung hatten es hier noch schwerer als anderswo. Dies zeigte sich bis in die Weimarer Republik, in der die Region eine Hochburg der Deutschnationalen und später der Nationalsozialist_innen war. Demokratische Traditionen sind in der Region ein rares Gut (Borstel 2011: 53-60, Borstel/Luzar 2014).

Daran änderte auch die Wende in Anklam wenig. Die Stadt gehörte nicht zu den Hochburgen der Oppositionsbewegungen (Langer 1999). Die Einheit wurde hier nicht erkämpft, sondern der neue Staat kam wieder über die Region – zunächst ohne innere Anbindung, aber dennoch mit der Hoffnung auf Veränderung verbunden, vor allem auf materielles Glück.

Schon diese kurze Übersicht lässt mehrere historische Erbschaften erahnen: Eine gestandene Demokratietradition gibt es in der Stadt nicht. Prägender waren strikt autoritäre politische Kulturen des Umfeldes, die auch die Stadt mit beeinflussten. Eine Besonderheit ist das Aufblühen der Stadt in den ersten Jahren der NS-Diktatur. Viel besser könnte ein historischer Resonanzboden für aktuelle Rechtsextremist*innen nicht sein (Engler/Hensel 2018, Borstel/Luzar 2018).

Eine kurze Übersicht lässt mehrere historische Erbschaften erahnen: Eine gestandene Demokratietradition gibt es in der Stadt nicht. Prägender waren strikt autoritäre politische Kulturen des Umfeldes, die auch die Stadt mit beeinflussten.

Analyseebene 2 – Sozio-ökonomische Entwicklung

Die Wendehoffnungen auf einen ökonomischen Aufschwung der Stadt zerschellten in kürzester Zeit an den neuen Realitäten. Die neue Demokratie brachte im Beiboot ein vor Ort bisher unbekanntes Maß an Arbeitslosigkeit, Zerstörung biografischer Träume und Pläne und damit schmerzhaft Brüche mit. Die Arbeitslosigkeit stieg auf ca. ein Drittel der Bevölkerung. Parallel setzte der doppelte Hebeeffekt des demografischen Wandels ein: Völlig selbstverständlich verließen die Jungen – besonders jene mit Abitur oder anderem guten Abschluss – die Region. Die Stadt schrumpfte von ca. 21.000 auf etwas über 12.000 Bewohner*innen. Gleichzeitig alterte die Stadt merklich. Zukunft bekam so einen bitteren Beigeschmack (Fachinger/Künemund 2015).

Auf dem Höhepunkt der Tristesse vor Ort, etwa um die Jahrtausendwende, änderte die damalige rot-grüne Bundesregierung in ihrer Agenda 2010 wesentliche Prinzipien der Sozial- und

Arbeitsmarktpolitik. Dieser Kurswechsel führte erstmals seit der Wende zu größeren Protesten. Einer zunächst kleinen rechtsextremen Demonstration mit ca. 120 Teilnehmenden am Start schlossen sich knapp 800 Anklamer*innen im vollen Bewusstsein des Charakters der Demonstration an. Hier zeigte der lokale Rechtsextremismus erstmals auf der Straße seine Mobilisierungskraft (Borstel 2011: 211ff.). Erklären ließ sich dieser Schritt auch aus der Kultur des Autoritarismus vor Ort

(Funke 2002: 165-233). Der Staat sollte sie beschützen – so eine der vorherrschenden Positionen vor Ort. Die Bundesregierung lieferte diesen Schutz jedoch nicht, sondern zeigte sich besonders im Umgang mit Langzeitarbeitslosen wenig sensibel. Der damalige Wirtschaftsminister Clement sprach in einer seiner Broschüren sogar von „Parasiten“ (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit 2005: 10, Hofmann 2012). Der „abgehängte Osten“ fühlte sich jetzt nicht nur abgehängt und „von denen da oben“ übersehen, sondern auch noch verächtlich gemacht (Klein/Küpper/Zick 2009).

Hinzu kam: Rechtsextreme nutzten die Stimmungslage und brachten mit einem positiv besetzten Heimatbegriff einen Gegenentwurf zur vorherrschenden Politik ein (Borstel 2007). Heimat ist an sich ein Versprechen auf eine lebenswerte Zukunft, basierend auf positiven Emotionen und Erfahrungen in der Vergangenheit. Sie ist auch eine leere Hülle zur Sammlung positiver Sehnsüchte und Hoffnungen – etwas, was die Demokrat*innen vor Ort aus Sicht vieler Anwohner*innen nicht zu bieten hatten. Die „Vision“ der vorherrschenden Politik bestand aus Sicht der NPD aus dem Abbau von Strukturen und Leistungen – gepaart mit einer wenig ansprechenden, technokratisch gehaltenen Bürokratensprache. Ihr setzte die NPD vor allem einen wertschätzenden Begriff von „Heimat“ entgegen (Borstel 2010: 81ff., Borstel 2010a: 339ff.).

Für Anklam ging mit der ökonomischen Krise auch ein klarer Bedeutungsverlust einher. Durch eine Kreisgebietsreform verlor Anklam seinen Verwaltungsstatus als zentrale Kreisstadt der Region Ostvorpommern.

Knapp eineinhalb Jahrzehnte später sind die ökonomischen Kennziffern deutlich verbessert (Arbeitsagentur Statistik Vorpommern Greifswald 2019). Die Arbeitslosigkeit hat sich etwa halbiert – mitbedingt durch die Verrentung derjenigen, die zur Wendezeit arbeitslos wurden, und auch durch den Wegzug der jungen Generation. Kleinere Betriebe haben sich gegründet. Es gibt sogar wieder einen leichten Zuzug in die Stadt – vor allem aus der Region, aber vereinzelt kommen auch frühere Anklamer*innen zurück. Zum ersten Mal seit der Wende baut die örtliche Wohnungsgenossenschaft wieder Wohnungen und reißt keine mehr ab.

Auf dem Höhepunkt der Tristesse vor Ort, etwa um die Jahrtausendwende, änderte die damalige rot-grüne Bundesregierung in ihrer Agenda 2010 wesentliche Prinzipien der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Dieser Kurswechsel führte erstmals seit der Wende zu größeren Protesten.

Analyseebene 3 – Rechtsextreme Strukturen und Aktivitäten

Was einst als schlagende Jugendgruppe mit Blood&Honour-Bezügen (Borstel 2011: 212ff.) begann, ist heute ein Netzwerk von etablierten Erwachsenen. Familien wurden gegründet, Kinder gezeugt und an einer systematischen Gründung von Firmen sowie am Kauf von zentralen Immobilien in der Stadt gearbeitet. Das Resultat kann sich sehen lassen: Neben Handwerksfirmen betreiben (Familien-)Mitglieder des Verbundes einen überregionalen Pflegedienst inklusive Tages- und Intensivpflege, einen Szeneladen mit CDs und Kleidung, einen Onlineversand sowie Restaurants in der Innenstadt. Hinzu kommt ein zentrales Gebäude mit großem Sitzungssaal und Büros. In keiner anderen deutschen Stadt dürfte es auch nur ansatzweise eine solche Dichte an rechtsextremen Immobilien in privater Hand auf engstem Raum geben. Alle Immobilien befinden sich in zentraler Lage und sind maximal einen Kilometer voneinander entfernt (Zeitmagazin 20.02.2019).

Analyseebene 4: Demokratisches Engagement

Oft nur wenige Meter von den rechtsextremen Immobilien entfernt befinden sich in der Anklamer Innenstadt die Räumlichkeiten der demokratischen Parteien. Das Wahlkampfbüro des CDU-Innenministers liegt in Sichtweite des Pflegedienstes sowie des rechtsextremen Veranstaltungs- und Bürotraktes. Immerhin wurde die Stadt 2018 erstmals dezidiert im Verfassungsschutzbericht als rechtsextreme Hochburg bezeichnet. Der frisch wiedergewählte Bürgermeister von der „Initiative für Anklam“, eines vor allem von örtlichen Unternehmern geführten kommunalen, politischen Zusammenschlusses, will gegen Rechtsextremist*innen fortan „klare Kante“ zeigen. Er gehörte früh zu denen, die im Rechtsextremismus vor Ort ein Problem für die Stadt sahen. Seine grundsätzliche Strategie war jedoch lange von der Hoffnung getragen, dass eine bessere ökonomische Situation auch den Rechtsextremist*innen den Raum zur Entfaltung und vor allem die Unterstützung aus der Mitte der Gesellschaft nimmt.

Der frisch wiedergewählte Bürgermeister von der „Initiative für Anklam“ will gegen Rechtsextremist*innen fortan „klare Kante“ zeigen. Er gehörte früh zu denen, die im Rechtsextremismus vor Ort ein Problem für die Stadt sahen.

Ein Streit zwischen Bürgermeister und kommunaler Vertretung sowie die engen Mehrheitsverhältnisse in der Stadtvertretung erschwerten in der Vergangenheit die Entwicklung einer gemeinsamen Vision für die Stadt genauso wie eine vertrauensbildende Diskussion über Gefährdungen der demokratischen Kultur vor Ort (Borstel 2011: 312-343).

Parallel dazu deutete sich bei der letzten Landtagswahl 2016 ein enormer Wandel des Parteiensystems an. Die Alternative für Deutschland (AfD) wurde im Wahlkreis unangefochten stärkste Partei und stellt fortan mit 35,3 % der Erststimmen das Direktmandat im Landtag, obwohl sie vor Ort bisher nur schwache Strukturen bilden konnte. Überraschend kam der Wahlerfolg aus zweierlei Gründen dennoch nicht: Einerseits war seit Jahren die ausgeprägte gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bekannt. Eine repräsentative Untersuchung entsprechender Einstellungen in der Mitte der

Gesellschaft brachte 2009 in Anklam in zahlreichen Bereichen deutsche Spitzenwerte (IKG 2009). Aus Folgeuntersuchungen war bekannt, dass nur ein kleiner Teil dieses Milieus sich im früheren Parteiensystem wiederfand (Heinz 2015) – zumeist wurde schlicht nicht gewählt. Die AfD spricht nun u. a. dieses Milieu erfolgreich an und enttabuisiert menschenfeindliche Äußerungen. Hinzu kommen viele Wähler*innen, die von den bisherigen großen Parteien enttäuscht sind. Ihnen stellt sich die AfD als „Alternative“ dar, ohne bisher selbst irgendeine Vision oder Vorstellung für eine bessere Zukunft der Region liefern zu müssen. Die de facto-Machtübergabe im Kreis an die AfD erfolgte weitgehend geräuschlos, es gab dazu weder in der Stadt noch auf Kreisebene einen kritischen Diskurs.

Analyse der vier Stränge

Aus der städtischen Entwicklung lassen sich mehrere Ergebnisse und grundsätzliche Fragen ableiten. Sie sollen in Thesenform formuliert werden:

These 1: Die Förderung demokratischer Projekte stört die rechtsextremen Strukturen nicht bei ihrer Weiterentwicklung.

Der Anklamer NPD-Funktionär Andrejewski vertrat seine Partei als Rechtsanwalt im Rahmen des NPD-Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht. Vom Vorsitzenden des Senats auf mögliche „Angstzonen“ in Anklam angesprochen, verwies er auf die Existenz zahlreicher Demokratieprojekte in der Stadt, die weder Gewalt noch sonstige Formen der Beeinträchtigung ihrer Arbeit erleben würden. Im Gegenteil: Er beschrieb die Situation als Koexistenz: „Die haben ihre Projekte und wir haben unsere.“ Die Aussage spiegelt die Verhältnisse gut wider. Auf engstem Raum – wir sprechen über einige hundert Meter – gibt es zwei parallele Welten: eine rechtsextreme und eine nicht-rechtsextreme. Keine Seite verdrängt bisher die andere – im Gegenteil: Beide wachsen weitgehend ungestört voneinander. Weder setzen sich die Demokratieprojekte direkt mit den rechtsextremen Strukturen auseinander noch die rechtsextremen Strukturen mit den Demokratieprojekten. Auch die im ersten Bundesprogramm „Civitas“ erhoffte indirekte Wirkung, dass demokratisches Engagement den Rechtsextremen vor Ort den Raum zur Entfaltung nehme, tritt hier scheinbar nicht ein. Das bedeutet nicht, um Missverständnissen vorzubeugen, dass der grundsätzliche Ansatz der Demokratieförderung oder gar die Praxis der Projekte schlecht oder falsch sein müssen. Niemand kann sagen, was passiert wäre, wenn es dieses Engagement nicht gegeben hätte. Es zeigt aber den dringenden Bedarf einer kritischen und kontextbezogenen Evaluation, die trotz aller damit verbundener theoretischen wie methodischen Schwierigkeiten Wirkungsfragen nicht ausklammert. Sie gibt es bisher weder lokal noch auf Bundesebene.

Auf engstem Raum – wir sprechen über einige hundert Meter – gibt es zwei parallele Welten: eine rechtsextreme und eine nicht-rechtsextreme.

Jenseits der Demokratieprojekte schwächt sich die Distanzierung zu den rechtsextremen Strukturen schnell ab – ob aus Unwissenheit oder Ignoranz ist dabei nicht klar. Auf Baustellen finden sich die z. T. mit runenähnlichen Symbolen versehenen Schilder der von Rechtsextremen geführten Firmen. Größere Distanzierungen lassen sich nur selten erkennen. Rechtsextremismus gehört in Anklam

selbstverständlich dazu. Wer ihn sehen will, muss nicht lange suchen. Wer ihn nicht sehen will, wird nicht aufdringlich belästigt.

These 2: Der Rechtsextremismus ist lokal und gesellschaftlich fest verankert – die Demokratieprojekte sind zeitlich begrenzte Interventionen von außen geblieben.

Der Unterschied ist zu groß, um ihn nicht extra zu betonen. Die rechtsextremen Strukturen sind fest in der Stadtgesellschaft verankert. Es sind Kinder der Stadt, dort aufgewachsen, in schwierigen Zeiten vor Ort geblieben und heute fein verwebt in die gesellschaftlichen und ökonomischen Teilsysteme der Stadt. Die Demokratieprojekte hingegen kamen von außen in die Stadt. Die meisten Mitarbeiter*innen zogen es vor, nicht in die Stadt oder in die unmittelbare Region zu ziehen. Die Projekte sind nur in ihnen fachlich nahestehenden Bereichen vernetzt. Zugespitzt und sinnbildlich könnte man formulieren: Die extern finanzierte Demokratie verlässt abends wieder die Stadt.

In den Diskussionen um die zentralen Themen der Stadt – ihre ökonomische, soziale, politische oder architektonische Entwicklung – spielen die Demokratieprojekte keine Rolle. Es war bisher auch nicht ihre Aufgabe, sich dort einzumischen. Ob diese Zurückhaltung jedoch wirklich hilfreich ist, um den Grundgedanken der Demokratieentwicklung voranzutreiben, scheint fraglich. Die rechts-extreme Seite hat es da einfacher. Sie packt im Rahmen ihrer Firmen bei der Stadtentwicklung mit an, während andere noch in ihren Workshops erklären, wie Engagement funktioniert.

In den Diskussionen um die zentralen Themen der Stadt – ihre ökonomische, soziale, politische oder architektonische Entwicklung – spielen die Demokratieprojekte keine Rolle.

Eine Teillösung dieses Problems könnte darin bestehen, noch intensiver auf das gezielte Empowerment junger und junggebliebener Menschen in der Region zu setzen, sie gezielt zu fördern und sie so zu örtlichen Stützen der Demokratie zu entwickeln. Dies wird jedoch nicht ohne eine glaubhafte ökonomische Perspektive für solche Menschen vor Ort funktionieren.


These 3: Die Normalisierung menschenfeindlicher Ideologien und deren politische Formierung schreitet rasant voran.

Der regionale Wahlerfolg der AfD 2016 kann, so er sich fortsetzt, zumindest perspektivisch die politische Grundarchitektur der Region komplett verändern. An dieser Stelle sei wieder an den historischen Resonanzboden und damit zusammenhängende Mentalitätsbezüge erinnert. Sollte sich eine rechtspopulistische Partei dauerhaft mehrheitsfähig zeigen, können zeitlich befristete Demokratieprojekte darauf kaum die passende Lösung sein. Umso nötiger wäre eine umfassende Analyse der Hintergründe des Erfolgs solcher politischen Angebote, eine Einordnung ihres Charakters sowie eine Einschätzung der Folgen u. a. für Demokratie und Zivilgesellschaft vor Ort, aber auch für die soziale, ökonomische und kulturelle Entwicklung der Region. Diesen Diskurs gibt es trotz des letzten Wahlergebnisses bisher nicht. Hier wären auch offensive Beiträge und Forschungen der nahen Universitäten von Nutzen.

Zusammenführung

Trotz der ökonomisch positiven Tendenz der letzten Jahre fehlt es bis heute an einer tragenden und identitätsstiftenden Idee für eine Zukunft der Region Anklam. Im historischen Resonanzboden schwingt noch der Sound des Antidemokratischen. Rechtsextremen geht es heute gut in der Stadt; sie bauen dort ein Zukunftsidyll für sich und ihre Kinder. Dies wäre ihr gutes Recht – wenn es „privat“ bliebe. Dies ist hier aber mitnichten der Fall. Vielmehr deuten die systematischen Immobilienkäufe der letzten Jahre und das stetige Vorantreiben der rechtsextremen Infrastrukturentwicklung auf eine klare Strategie der Schaffung kultureller Hegemonie hin. Daraus wurde vor Ort nie ein Geheimnis gemacht. Andrejewski zog aus diesem Grund in die Stadt und verkündete dies in zahlreichen Interviews. Kameradschaftsmitglieder formulierten vor knapp zehn Jahren in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ ihren Traum von einer „national befreiten Zone“ und sahen die Region um Anklam dafür als Leuchtturmprojekt. Es ist bemerkenswert, mit welcher Ausdauer an diesem Vorhaben – trotz der Versuche demokratischer Initiativen zur Gegenwehr – in den letzten Jahrzehnten gearbeitet wurde. Für die Stadt Anklam und ihre Bewohner*innen hat das bereits jetzt Konsequenzen. Durch die rechtsextreme Präsenz kann jederzeit Gewalt wieder offen ausbrechen. Den Menschen vor Ort ist das zum Teil bewusst, da die Gewalt der 1990er Jahre zwar verdrängt, aber nicht vergessen ist. Die rechtsextremen Immobilien befinden sich alle in privater Hand. Staatliche Verbotverfahren laufen somit schnell ins Leere. Die Stadt bräuchte dringend Unterstützung: Es bedarf einer ehrlichen Bestandsaufnahme ihrer Situation, einer Evaluation ihrer Handlungsmöglichkeiten und Potenziale, eines Diskurses über ihre Zukunft, aber auch einer mit Land und Bund abgestimmten Strategie zur Rechtsextremismusintervention. Hinweise, dass es dazu kommen könnte, gibt es bisher jedoch nicht.

Die Stadt bräuchte dringend Unterstützung: Es bedarf u. a. einer ehrlichen Bestandsaufnahme ihrer Situation und einer Evaluation ihrer Handlungsmöglichkeiten und Potenziale.



Prof. Dr. Dierk Borstel ist Professor für praxisorientierte Politikwissenschaften an der Fachhochschule Dortmund. Seit vielen Jahren arbeitet er an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft und veröffentlichte zahlreiche Publikationen u. a. zu Themen um Demokratieförderung, Deradikalisierung und der extremen Rechten.

Literatur

- Borstel, Dierk (2007): Heimat und Zukunft in Ueckermünde. In: Heitmeyer, Wilhelm [Hrsg.]: Deutsche Zustände, Folge 5. Suhrkamp: Frankfurt a. M., S. 197-206.
- Borstel, Dierk (2010): Gemeinde Ducherow. In: Buchstein, Hubertus/Heinrich, Gudrun [Hrsg.]: Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Wochenschau Verlag: Schwalbach, S. 123-144.
- Borstel, Dierk (2010a): Fazit der Regionalanalysen. In: Buchstein, Hubertus/Heinrich, Gudrun [Hrsg.]: Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Wochenschau Verlag: Schwalbach, S. 339-356.
- Borstel, Dierk (2011): „Braun gehört zu bunt dazu!“. Rechtsextremismus und Demokratie am Beispiel Ostvorpommern. Monsenstein und Vannerdat: Münster.
- Borstel, Dierk (2013): Annahme verweigert? – Demokratie im ländlichen Raum. In: Evangelisch lutherische Kirche in Norddeutschland [Hrsg.]: Demokratie fällt nicht vom Himmel. Schwerin, S. 70-79.
- Borstel, Dierk (2018): Rechtsextremismus und Demokratieentwicklung im ländlichen Raum – ein Update aus Vorpommern. In: Zeitschrift Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, Nr. 1, S. 113-125.
- Borstel, Dierk/Heitmeyer, Wilhelm (2012): Menschenfeindliche Mentalitäten, radikalisierte Milieus und Rechtsextremismus. In: Malthaner, Stefan/Waldmann, Peter [Hrsg.]: Radikale Milieus. Das soziale Umfeld terroristischer Gruppen. Campus Verlag: Frankfurt a. M./New York, S. 339-368.
- Borstel, Dierk/Luzar, Claudia (2014): Demokratie leben in sterbenden Regionen – Das Beispiel Ostvorpommern. In: Sozialmagazin, Nr. 6, S. 72-82.
- Borstel, Dierk/Luzar, Claudia (2016): Geländegewinne – Update einer Zwischenbilanz rechtsextremer Erfolge und Misserfolge. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin [Hrsg.]: Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Springer VS: Wiesbaden, 2. Auflage, S. 39-54.
- Borstel, Dierk/Luzar, Claudia (2018): Chemnitz – eine Eskalation mit Ansage?. In: sozialmagazin, Nr. 11-12, S. 92-97.
- Buchstein, Hubertus/Heinrich, Gudrun [Hrsg.] (2010): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Wochenschau Verlag: Schwalbach.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (2005): "Vorrang für die Anständigen - Gegen Missbrauch, 'Abzocke' und Selbstbedienung im Sozialstaat, Bonn.
- Bundesverfassungsgericht (2017): Urteil des Zweiten Senats vom 17. Januar 2017, Karlsruhe (liegt in der schriftlichen, am 17. Januar in Karlsruhe verabreichten Fassung vor)
- Engler, Wolfgang/Helmsel, Jana (2018): Wer wir sind. Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein. Aufbau Verlag: Berlin.
- Fachinger, Uwe/Künemund, Harald [Hrsg.]: Gerontologie und ländlicher Raum. Lebensbedingungen, Veränderungsprozesse und Gestaltungsmöglichkeiten. Springer VS: Wiesbaden.
- Funke, Hajo (2002): Paranoia und Politik. Rechtsextremismus in der Berliner Republik. Schiler: Berlin.
- Heinz, Elise (2015): Desintegrationserfahrungen nach der Wiedervereinigung und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. In: Borstel, Dierk/Heinz, Elise/Luzar, Claudia: Demokratieentwicklung in Vorpommern. Analyse und Checkliste für die Praxis. Monsenstein und Vannerdat: Münster, S. 12-143.
- Heitmeyer, Wilhelm (1999): Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus – Zum Problem unzureichender politischer Gegenöffentlichkeit in Städten und Gemeinden. In: Kalb, Peter E. [Hrsg.]: Rechtsextremistische Jugendliche – was tun?. Beltz Juventa Verlag: Weinheim, S. 47-67.
- Hofmann, Gunter (2018): Das Soziale und der Zeitgeist. Eine Einlassung auf das letzte Jahrzehnt. In: Heitmeyer, Wilhelm [Hrsg.]: Deutsche Zustände, Folge 10. Suhrkamp: Berlin, S. 42-62.
- IKG [Hrsg.] (2009): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und bürgergesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in der Stadt Anklam, Bielefeld (unveröffentlichtes Manuskript).

- Inachin, Kyra (2001): Der Aufstieg der Nationalsozialisten in Pommern. In: Bispick, Henrik u. a. [Hrsg.]: Nationalsozialismus in Mecklenburg und Vorpommern. Thomas Helms Verlag: Schwerin, S. 111-136.
- Klein, Anna/Küpper, Beate/Zick, Andreas (2009): Rechtspopulismus im vereinigten Deutschland als Ergebnis von Benachteiligungsgefühlen und Demokratiekritik. In: Heitmeyer, Wilhelm [Hrsg.]: Deutsche Zustände, Folge 7. Suhrkamp: Frankfurt, S. 93-112.
- Langer, Kay (1999): „Ihr sollt wissen, daß der Norden nicht schläft...“ Zur Geschichte der „Wende“ in den drei Nordbezirken der DDR. Edition Temmen: Bremen/ Rostock.
- Rohe, Karl (2003): Politische Kultur und ihre Analyse. In: Dornheim, Andreas/Greiffenhagen, Sylvia [Hrsg.]: Identität und politische Kultur. Verlag W. Kohlhammer: Stuttgart, S. 110-126.
- Statistiken der Arbeitsagentur (2019): Vorpommern-Greifswald. Online: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Mecklenburg-Vorpommern/Vorpommern-Greifswald-Nav.html> [13.03.2019].
- Virchow, Fabian (2006): Dimensionen der „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael [Hrsg.]: Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburger Edition: Hamburg, S. 68-101.
- Vorländer, Hans/Herold, Maik/Schäller, Steven (2016): PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Springer VS: Wiesbaden.
- Walter, Franz (2017): Rebellen, Propheten und Tabubrecher. Politische Aufbrüche und Ernüchterungen im 20. und 21. Jahrhundert. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen.
- Zeitmagazin (20.02.2019): Anklam. Das unsichtbare Netz. Online: <https://www.zeit.de/zeit-magazin/2019/09/anklam-rechtsextremismus-baubranche-mpd> [13.03.2019].



**„IN KEINER ANDEREN
DEUTSCHEN
STADT DÜRFTE
ES AUCH NUR
ANSATZWEISE EINE
SOLCHE DICHTER AN
RECHTSEXTREMEN
IMMOBILIEN IN
PRIVATER HAND
AUF ENGSTEM RAUM
GEBEN.“**



MAIK FIELTZ, LISA MÜLLER &
JOHANNA SAENZ

**„GERADE IM
LÄNDLICHEN
RAUM KOMMT ES
AUF SCHNELLE
UND VIELFÄLTIGE
REAKTIONEN AN, DIE
EINER VERFESTIGUNG
RECHTSEXTREMER
DEMONSTRATIONS-
POLITIK
ENTGEGENSTEHEN.“**

Nicht mehr als ein kurzer Spuk? Zum Scheitern rechtsextremer Mobilisierungsversuche im Raum Lörrach

In diesem Beitrag werden Ergebnisse einer Lokalstudie zu rechtsextremen Aktivitäten im Landkreis Lörrach vorgestellt. Im Winter 2015/16 verdichteten sich in mehreren Städten des ländlich geprägten Landkreises Vorfälle, die den sozialen Zusammenhalt herausforderten und das *Demokratiezentrum Baden-Württemberg* animierten, eine Studie über die Herausforderungen für den sozialen Zusammenhalt in Auftrag zu geben. Der vorliegende Beitrag fokussiert auf die Ursprünge und die Zusammensetzung rechtsextremer Proteste und thematisiert ihr Scheitern in der Region. Besonders unter dem Gesichtspunkt der teilweise kurzen rechtsextremen Präsenz in der realen sowie digitalen Öffentlichkeit findet die Frage Beachtung, welche zivilgesellschaftlichen Strukturen eine demokratische Mehrheit schaffen.

Seit 2015 verdichteten sich in ganz Deutschland Bewegungen am rechten Rand, die versuchten, über die Flüchtlingsfrage eine neue rechte Mobilisierungswelle zu initiieren. Den deutlichsten Ausdruck stellten die Versuche rechtsextremer Gruppierungen dar, über das *GIDA*-Label aus der medialen Aufmerksamkeit der migrations- und islamfeindlichen Dresdner PEGIDA-Bewegung Profit zu schlagen. Es entfaltete sich eine Art Franchise-Operation: Rechtsextreme und neonazistische Gruppen verschafften sich ein annehmbares Äußeres, in der Hoffnung, breitere Kreise der Bevölkerung anzusprechen (Häusler 2017). Der Ausdruck des Protests, die Zusammensetzung der Teilnehmenden und der Erfolg variierten stark. Allerdings war der lokale Umgang in vielen Regionen Deutschlands (und darüber hinaus) ein Gradmesser des demokratischen Zusammenhalts (vgl. Marg et al. 2016). Eine dieser betroffenen Regionen war der Landkreis Lörrach im äußersten Südwesten der Bundesrepublik. Die ländlich geprägte Region in Baden-Württemberg war in der Vergangenheit nur vereinzelt mit rechtsextremen Vorfällen konfrontiert und ist geprägt von wirtschaftlicher Prosperität und

Die ländlich geprägte Region in Baden-Württemberg war in der Vergangenheit nur vereinzelt mit rechtsextremen Vorfällen konfrontiert und ist geprägt von wirtschaftlicher Prosperität und politischer Stabilität.

politischer Stabilität. Umso überraschender war für viele, dass im Winter 2015/16 sieben rechtsextreme Demonstrationen in den beiden Städten Weil am Rhein und Kandern stattfanden. Sechs von ihnen firmierten unter dem Label *Pegida Dreiländereck*. Als sich kurze Zeit später ein Regionalverband der Neonazipartei Die Rechte gründete und eine Familie aus rassistischen Gründen wiederholt von einer rechtsextremen Clique attackiert wurde, war die Besorgnis über eine Eskalation der Situation groß.¹ Das zeitgleiche starke Abschneiden der Alternative für Deutschland (AfD) ließ zudem einen Zusammenhang zwischen den verschiedenen Spielarten des Rechtsextremismus vermuten.

In Politik und Zivilgesellschaft stellte sich die Frage, wie die Ereignisse einzuordnen sind und langfristig eingedämmt werden können. Unter diesen Vorzeichen führten wir eine sechsmonatige Feldforschung in der Untersuchungsregion durch. Deren Kern war eine inhaltliche Analyse von Primärdokumenten und Zeitungsartikeln sowie die Befragung von Expert*innen vor Ort.² Der vorliegende Beitrag abstrahiert von einem zentralen Ergebnis unserer Forschung: dem Scheitern der Gruppierung *Pegida Dreiländereck*. Während die meisten Studien und Berichterstattungen zu flüchtlingsfeindlichen Mobilisierungen eine stark problemorientierte Perspektive haben, nehmen wir das Scheitern einer Kampagne als Ausgangspunkt – auch um zu zeigen, dass ein starker Druck von rechts außen deutlich zurückgedrängt werden kann.

Während die meisten Studien und Berichterstattungen zu flüchtlingsfeindlichen Mobilisierungen eine stark problemorientierte Perspektive haben, nehmen wir das Scheitern einer Kampagne als Ausgangspunkt – auch um zu zeigen, dass ein starker Druck von rechts außen deutlich zurückgedrängt werden kann.

Woran scheiterten also die Mobilisierungsversuche in Lörrach? Und was können wir daraus lernen? Wir beschreiben zunächst die Besonderheiten der untersuchten Region und charakterisieren die rechte Szene vor Ort. In einem nächsten Schritt stellen wir das Vorgehen der rechten Akteur*innen vor. Schließlich beleuchten wir das zivilgesellschaftliche Engagement.

Rechtsextremismus im Ländle?

Die gegenwärtige rechte Welle wird zumeist als ein ostdeutsches Phänomen beschrieben und als urbanes Phänomen wahrgenommen. Während der Fokus der Aufmerksamkeit und der Forschung auf Sachsen, Brandenburg und Thüringen lag, versuchten rechte Agitator*innen (oft unter dem Radar der Öffentlichkeit), auch in westdeutschen Regionen menschenfeindliche Ideen zu verbreiten. Oft taten sie dies über eine radikalisierte Kritik an der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Die

¹ Die Oberbadische (01.12.2016): Kreis Lörrach: Für ein friedvolles Miteinander. Online: www.verlagshaus-jau-mann.de/inhalt.kreis-loerrach-fuer-ein-friedvolles-miteinander.fadd459a-7492-4a74-9939-5dfe81fdd736.html [05.01.2019].

² Der vollständige Bericht erscheint unter dem Titel: Fielitz, Maik/Müller, Lisa (i.E.): Rechte Mobilisierung und Demokratische Kultur. Eine Regionalstudie zur Untersuchung von Herausforderungen und Handlungsstrategien für die demokratische Kultur im Landkreis Lörrach. Hrsg. von: Demokratiezentrum Baden-Württemberg.

teils breit aufgestellten Bündnisse ragten weit über die klassisch rechte Szene hinaus, organisierten sich über soziale Netzwerke und formierten sich anlassbezogen auf der Straße. Diese Form rechter ad-hoc Mobilisierung war im Westen Deutschlands geprägt von geringer Kontinuität. Zudem fehlte eine Strategie, um feste Strukturen aufzubauen. Obwohl Kandel als ein Symbol rechtsextremer Mobilisierungserfolge stilisiert wurde, konnte dieser Nimbus trotz vieler Versuche nicht auf andere Orte in Westdeutschland übertragen werden.

Rechtsextremes Protestgeschehen verlagert sich oft in Kreis- und Landeshauptstädte, die größere Menschenmassen leichter zusammenbringen und mehr Chancen haben, politisch Gehör zu finden. Im Kontrast zu den urban geprägten Aufmarschgebieten rechter Bewegungen in Baden-Württemberg in den letzten Jahren wirkt der Landkreis Lörrach, der wiederholt zum Aufmarschgebiet eines Pegida-Ablegers wurde und durch rechtsextreme Provokationen mediale Aufmerksamkeit bekam, wie eine Ausnahme. Ein Faktor,

der erklären kann, wieso gerade Lörrach in den Fokus geriet, ist die Grenznähe zu Frankreich und der Schweiz, die die Region prägt. Berichte über organisierte Kriminalität, Drogenhandel und irreguläre Migration werden regelmäßig von rechtsextremen Agitator*innen in denselben Kontext gestellt. Besonders im Fokus steht Friedlingen, der direkt an der Grenze zu Frankreich und der Schweiz liegende Stadtteil von Weil am Rhein. Aus unseren Gesprächen vor Ort lässt sich schließen, dass soziale Abgehängtheit und politische Verdrossenheit hier in einem engen Zusammenhang mit Geländegewinnen von Rechtsextremen und dem überdurchschnittlich guten Abschneiden der AfD stehen. Rechtsextreme Akteure versuchten in den Jahren 2015/16 Friedlingen als politische Arena zu nutzen, um auf Grundlage der örtlichen Spannungen soziale Konflikte in ethnisch-kulturelle umzudeuten. Der besonders aktive Teil der rechtsextremen Szene wohnte in Friedlingen oder auf der französischen Seite der Grenze. Es ist daher kein Zufall, dass die meisten Kundgebungen und Demonstrationsversuche hier stattfanden.

Der Landkreis Lörrach fiel in der Vergangenheit selten als rechtsextremer ‚Hotspot‘ im Bundesland Baden-Württemberg auf (vgl. Fliege/Möller 2001). Unsere Interviewpartner*innen berichteten von vereinzelt Versuchen, in Jugendklubs und öffentlichen Lokalitäten sichtbar aufzutreten. Das heißt allerdings nicht, dass keine Vorfälle oder Strukturen existieren: Unter einer Vielzahl von Gruppennamen organisierte sich über Jahre hinweg ein ideologisch gefestigter Personenkreis, der immer wieder versuchte, das subkulturelle Neonazispektrum in Kameradschafts- oder Parteistrukturen zu organisieren. Hierzu zählten der 2009 gegründete Lörracher ‚Stützpunkt‘ der Jungen Nationaldemokraten (JN). Die jugendlich geprägte Gruppe rekrutierte ihre Mitglieder aus dem subkulturell orientierten Spektrum besonders nach dem Niedergang der *Freien Kräfte Lörrach* (zuvor: *Aktionsgruppe Lörrach*). Dieser Kameradschaftsverband löste sich auf, nachdem Ermittlungen wegen Volksverhetzung und Waffenbesitzes gegen deren Mitglieder aufgenommen wurden. Aufsehen erregte die neonazistische Szene aus der Region, als im August 2009 bei dem JN-Stützpunktleiter

Aus unseren Gesprächen vor Ort lässt sich schließen, dass soziale Abgehängtheit und politische Verdrossenheit hier in einem engen Zusammenhang mit Geländegewinnen von Rechtsextremen und dem überdurchschnittlich guten Abschneiden der AfD stehen.

Thomas B. 22 Kilogramm Rohmaterial gefunden wurde, das sich zum Bau einer Rohrbombe eignete. Im Kontext der Migrationsbewegungen ereigneten sich nach 2015 vereinzelt Angriffe auf muslimische Einrichtungen und politische Gegner*innen. Es gibt zwei dokumentierte Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte.

Auffällig in dieser Region ist, dass rechtsextreme Organisationen meist eine kurze Lebensdauer besaßen. Im Untersuchungszeitraum hatten wir es mit Neugründungen und Umstrukturierungen in der rechtsextremen Szene zu tun. Was bedeutet das? Wir hatten es, erstens, mit einem kleinen, aber entschlossenen Kreis von Neonazis zu tun, der hauptsächlich in Weil am Rhein agierte. Über Jahre hinweg hat er trotz innerer Zerstrittenheit und geringem Output einen kollektiven Handlungszusammenhang aufrechterhalten, der sich immer wieder in verschiedener Form manifestiert. Zweitens, mit dem Aufkommen von *Pegida Dreiländereck* zeigte sich, dass dieser Kreis es erstmals schaffte, mit weiteren rechtsextremen Gruppen zu kooperieren und Menschen anzusprechen, die vorher nicht in rechtsextremen Kreisen aktiv waren. Durch die Aktivierung von rechtsextremen Schweizer Kadern zeigte sich, dass im Landkreis Lörrach gezielt versucht wurde, Anhänger*innen zu rekrutieren.

Auffällig in dieser Region ist, dass rechtsextreme Organisationen meist eine kurze Lebensdauer besaßen. Im Untersuchungszeitraum hatten wir es mit Neugründungen und Umstrukturierungen in der rechtsextremen Szene zu tun.

Mobilisierungsversuche im Rahmen der Flüchtlingsbewegungen

Rechtsextremes Denken ist fast überall in der Republik anzutreffen, doch das Potenzial setzt sich nicht automatisch in Handlungen, z. B. in Wahlentscheidungen und Demonstrationsteilnahmen, um. Dafür benötigt es Strukturen, die Vorurteile und Ressentiments kanalisieren, die Druck auf die Politik ausüben und eigene Strukturen bilden. Scharnierthemen wie die Kritik bzw. Ablehnung von Migration und Islam sind verbindende Elemente, mit denen weit in das konservative Lager gewirkt werden soll (Held et al. 2017). Insgesamt fanden zwischen November 2015 und Januar 2016 sieben Kundgebungen in den beiden Städten Weil am Rhein und Kandern statt, die mit durchschnittlich 50 bis 60 Menschen besucht waren. Gehen wir an den Ausgangspunkt zurück, sehen wir, dass es die etablierten rechtsextremen Kader waren, die unter dem Label *Friedlicher Widerstand Dreiländereck* zu einer Demonstration über Facebook aufriefen. Nicht einmal 15 Leute beteiligten sich in Weil am Rhein an einem angekündigten ‚Spaziergang‘, der durch antifaschistischen Gegenprotest verhindert wurde. Die Rhetorik ist eindeutig von den Pegida-Versammlungen in Dresden inspiriert und der Wille, von deren medialen Aufmerksamkeit zu profitieren, ist leicht durchschaubar.

In der Folge kam es zu einer Verbindung mit den Schweizer Pegida Aktivisten Ignaz Bearth und Tobias Steiger, die beide in der völkisch-nationalistischen Partei National Orientierter Schweizer aktiv waren bzw. sind. Ignaz Bearth entwickelte sich zu einem zentralen Redner auf Pegida-Demonstrationen und organisierte selbst Kundgebung unter dem Namen *Pegida Schweiz*, bis er mit Pegida-Frontmann Lutz Bachmann brach. Es ist deutschlandweit ein Unikum, dass sich aus diesen persönlichen und

politischen Kontakten ein Pegida-Zusammenschluss herausbildete, der sich über die Bundesgrenze hinaus organisierte und ihre Anführer im Ausland hatte. Schließlich schloss sich der AfD-nahe Lokalpolitiker Klaus Springer, der aus Friedlingen kommt und früher CDU-Gemeinderatskandidat war, Pegida an.³ Springer gilt durch seine verschwörungstheoretischen und vulgären Äußerungen als eine kontroverse Figur in der Lokalpolitik. Seine politische Tätigkeit besteht hauptsächlich im Verbreiten und Kommentieren von Nachrichten über Facebook. Mit mehr als 12.000 Follower*innen haben die von ihm administrierten Gruppen eine beachtliche Reichweite im Landkreis.

Auf den Kundgebungen selbst wirken die Protestteilnehmenden den Videoaufzeichnungen nach verloren: Viele kleine Gruppen stehen zusammen, allerdings scheint sich kein Zusammenhang herauszubilden. Über Wochen hinweg wurden die immer gleichen Redner*innen präsentiert. Migration, Islam und Merkel bilden die Eckpunkte der polemischen, uniformen und hetzerischen Reden. Allerdings war das Talent der Redner*innen, die Teilnehmenden zum aktiven Mitmachen zu bewegen, begrenzt. Die geringe Bindungskraft wurde versucht, durch eine Konzentration auf Kampagnen und Aktivitäten in Online-Diskussionsforen auszugleichen. Dies trifft auf einen generellen Trend rechtsextremer Mobilisierungen: Soziale Medien sind unerlässlich für die Formierung von Protestbewegungen und die Ausweitung von Resonanzräumen rechtsextremer Botschaften (Valjent et al. 2013). Das Schaffen einer Gegenöffentlichkeit und der Aufbau von rechten Alternativmedien gelten sowohl in Deutschland als auch international als ein Erfolgskonzept, um eigene (toxische) Narrative in Umlauf zu bringen (Baldauf et al. 2016).

Bei der Übersetzung von diffusen Online-Ressentiments in lokales Protestverhalten spielen rechte Bewegungsunternehmer*innen eine zentrale Rolle (Erb 2006). Allerdings waren alle vorgestellten Schlüsselfiguren mit Makeln behaftet.

Bei der Übersetzung von diffusen Online-Ressentiments in lokales Protestverhalten spielen rechte Bewegungsunternehmer*innen eine zentrale Rolle (Erb 2006). Allerdings waren alle vorgestellten Schlüsselfiguren mit Makeln behaftet: Die Gruppe um den rechtsextremen Kader Andreas Weigand ist wegen ihrer neonazistischen Einstellungen für viele untragbar, die Gruppe um die Schweizer Aktivistin ist lokal schlecht verankert und die Eskapaden von Klaus Springer verliehen den Kundgebungen einen unseriösen Charakter.

Das Scheitern einer Mobilisierung

Die rechten Mobilisierungsbemühungen im Landkreis Lörrach scheiterten schon nach wenigen Wochen. Der fehlende Zuwachs an Teilnehmenden und die starken Reaktionen aus der Zivilgesellschaft mündeten in internen Streitigkeiten innerhalb des Organisationsteams. Die fehlende Organisationsfähigkeit war ein prägendes Merkmal der Kundgebungen: Technische Probleme prägten jede

³ Lauber, Hannes (18.11.2015): Klaus Springer in der Führung von Pegida. Online: <https://www.badische-zeitung.de/weil-am-rhein/klaus-springer-in-der-fuehrung-von-pegida--113793565.html> [10.01.2019].

Versammlung, angekündigte Redner*innen kamen nicht, unter den Teilnehmenden mangelte es an Interesse – viele gingen vor Versammlungsende. Das belegt eine fehlende Kreativität, eigene inhaltliche Akzente zu setzen und zeigt einen Mangel an Know-how, die politischen Entwicklungen im Bund mit denen im Landkreis Lörrach zu verbinden. So fehlte es der Mobilisierung an lokalen Anlässen, die Menschen zum Handeln zu bewegen. Erst im April 2018 versuchte der gleiche Personenkreis, den Bau einer Unterkunft für Geflüchtete zu politisieren.⁴

Es fehlte der Mobilisierung an lokalen Anlässen, die Menschen zum Handeln zu bewegen.

Pegida war ein etabliertes Label, das für die extreme Rechte versprach, über das traditionelle Milieu hinaus zu mobilisieren und Wissen aus anderen Zusammenhängen zu akquirieren. Allerdings dauerte es nach dem Scheitern, dieses Label in der Region zu etablieren, nicht lange, bis sich die Szene zu reorganisieren versuchte. Dem bundesweiten Trend folgend, sich unter dem Schutz des Parteienrechts zu stellen, gründeten die rechtsextremen Kader einen Ortsverband der neonazistischen Partei Die Rechte und zeigten damit deutlich, wessen Geistes Kind sie sind. Der Versuch, eine Demonstration im September 2016 in Weil am Rhein durchzuführen, scheiterte frühzeitig.⁵ Weitere Beachtung fand die Bedrohung einer jungen Familie im Stadtteil Friedlingen, die gezielt angegriffen und terrorisiert wurde.⁶ Diese Form der Isolierung und Radikalisierung ist allerdings weniger ein Zeichen der Stärke, sondern drückt vielmehr das Scheitern einer rechtsextremen Kampagne aus, da sich deren Akteur*innen nun stärker in subkulturell homogene Bereiche zurückzogen.

Einen neuen Schub erhoffte man sich durch die Initiierung des *Frauenbündnisses Südbaden*. Dafür stellte das Frauenbündnis Kandel eine Blaupause dar. Die sich als ‚Stimme von Kandel‘ darstellende Myriam Kram traf sich gleich zu Beginn mit Vertreterinnen des Bündnisses. Man konnte sich an den Erfolgen und Fehlern der Bewegung orientieren, akquirierte hunderte von Facebook-Likes, die die Unterstützung des Bündnisses massiver aussehen ließen. Allerdings wurde schnell deutlich, dass das Frauenbündnis Teil der rechtsextremen hybriden Netzwerke war und durch eben jene Schweizer Aktivisten gesteuert wurde, die auch Pegida mit initiierten. Während die wahren Intentionen durch die kodierte Sprache auf der Facebookseite anfangs nur wenigen zugänglich waren, wurden viele offen rechtsextreme Inhalte über VK, das russische Pendant zu Facebook, kommuniziert.

Die wiederkehrenden Versuche, sich zu reorganisieren, zeigen: Das extrem rechte Potenzial ist weiterhin in der Region vorhanden und Lörrach bleibt als Aktivitätsgebiet attraktiv. Das künftige Scheitern dieser Versuche hängt auch weiterhin vom schnellen und entschlossenen Reagieren der Zivilgesellschaft ab.

⁴ Ganter, Katrin (03. April 2018): Das „Frauenbündnis Südbaden“ schürt Hass und instrumentalisiert Opfer von Gewalt. In: <https://www.badische-zeitung.de/loerrach/das-frauenbuendnis-suedbaden-schuert-hass-und-instrumentalisiert-opfer-von-gewalt--151146342.html> [10.01.2019].

⁵ Demokratiezentrum Baden-Württemberg (09.09.2016): Rechte sagen Demo ab. Online: <https://demokratiezentrum-bw.de/rechte-sagen-demo-ab/> [10.01.2019].

⁶ Przybilla, Steve (09. August 2016): Unsere Nachbarn, die Nazis: Wie Rechtsradikale eine Familie drangsalierten. Online: <https://www.suedkurier.de/region/hochrhein/weil-am-rhein/Unsere-Nachbarn-die-Nazis-Wie-Rechtsradikale-eine-Familie-drangsalierten;art416016,8847217> [10.01.2019].

Zivilgesellschaft 2.0

Nachdem wir die Angebote extrem rechter Gruppierungen betrachtet haben, wenden wir uns den zivilgesellschaftlichen Aktionen zu. Insgesamt lassen sich drei Kategorien von Engagement ausmachen: zum einen langfristige, mit Geflüchteten solidarisch arbeitende Gruppen; zweitens breite Bündnisse, die aus einer Vielfalt an Partner*innen jeweils lokal entstanden; drittens dauerhafte Formen der Begegnung und Bildung für Vielfalt. Sie sind das Rückgrat der demokratischen Zivilgesellschaft in Lörrach, die kurz- oder langfristig eine Alternative zum Rechtsruck aufbauen.

Eine der am längsten wirkenden Initiativen, die sich für die Bedarfe von Geflüchteten einsetzen, ist der *Arbeitskreis Miteinander*. Die zweite Möglichkeit bürgerschaftlichen Engagements gegen rechts finden wir in Bündnissen. Dies bedeutet, dass verschiedene Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen gemeinsam Aktionen planen. Ein Beispiel hierfür ist das *Weiler Aktionsbündnis Miteinander*. Es entstand kurz nach den öffentlichen

Aktionen des Friedlichen Widerstandes bzw. *Pegida Dreiländereck* 2015/16 in Weil am Rhein. In dem Bündnis fanden sich Vertreter*innen aus sozialen Einrichtungen, Vereinen, Kirchen, des Gemeinderates und Einzelpersonen sowie Aktive des Stadtteilvereins in Weil wieder. Die dritte Variante, für Vielfalt und Menschlichkeit zu werben, findet über Begegnungsorte und Bildungsangebote statt. Im breiten Angebot nehmen wir das Beispiel Bücherei Kandern. Diese bietet neben Lesungen auch Schreibwerkstätten an. Diese helfen, die eigene Selbstäußerungskompetenz zu stärken. Allen vorgestellten Projekten ist gemein, dass sie mit unterschiedlichen Zielgruppen arbeiten und somit breite Bevölkerungsschichten abdecken. Dadurch sind sie inhaltlich festgelegt, aber offen für die Beteiligung von Menschen verschiedener Kontexte.

**Kritisch betrachtet werden muss:
Der vermehrten Nutzung und
Vereinnahmung des Internets durch
extrem rechte Positionen stellen die
zivilgesellschaftlichen Akteur*innen
selten etwas entgegen.**

Kritisch betrachtet werden muss: Der vermehrten Nutzung und Vereinnahmung des Internets durch extrem rechte Positionen stellen die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen selten etwas entgegen. Es fehlen im Internet konkrete Protest- und Organisationsformen. Doch genau hier weist die extreme Rechte aktuell ihr größtes Mobilisierungspotenzial auf. Eine gute Selbstdarstellung im Netz fördert nicht nur das Verständnis der Bevölkerung für die demokratischen Projekte, sondern hilft auch, Interessierte zum Engagement zu motivieren. Es könnten neue Ehrenamtliche gewonnen oder auf aktuelle lokale Ereignisse schnell und flexibel reagiert werden. Die öffentliche politische Stellungnahme vonseiten der Zivilgesellschaft im Internet ist unerlässlich, um keine Normalitätsgewinne der Rechten zuzulassen.

Fazit

Dieser Beitrag hat mit einer besonderen Fallstudie gezeigt, dass es gerade im ländlichen Raum auf schnelle und vielfältige Reaktionen ankommt, die einer Verfestigung rechtsextremer Demonstrationspolitik entgegenstehen und – neben eigenem Unvermögen – zum Scheitern einer rechten Mobilisierung führen können. Im Fall des Landkreises Lörrach können wir festhalten, dass es eine starke sowohl kurz- als auch langfristige Arbeit zivilgesellschaftlicher demokratischer Gruppen gibt. Diese haben sich gegen *Pegida Dreiländereck* offen bekannt. Das führte dazu, dass wenig Raumgewinne dieser Gruppe zu verzeichnen waren. Offen bleibt, ob die vergleichsweise geringe Präsenz der Zivilgesellschaft im Internet über kurz oder lang zur Vereinnahmung und somit zu Raumgewinnen an anderer Stelle als im öffentlichen Raum führen wird. Sich mit dem Scheitern einer rechten Mobilisierung auseinanderzusetzen soll nicht heißen, die Potenziale des organisierten Rechtsextremismus oder latente Einstellungsmuster zu unterschätzen, die sowohl in Lörrach als auch sonst überall verbreitet sind. In einer Zeit, in der die Inszenierung des Protests wichtiger wird als der Protest selbst, muss allerdings rechten Medienstrategien der Empörung und Skandalisierung mit besonderer Sensibilität entgegnet werden. Nach 2015 stellte die Debatte um Flucht und Asyl eine Gelegenheitsstruktur für die extreme Rechte dar, diskursiv und praktisch eine „atmosphärische Verdichtung“ (Held 2008: 42) von Vorurteilen und Abwertungseinstellungen zu erzeugen, die durch Desinformationskampagnen und Manipulationsversuche befeuert wurden. Diese gilt es, durch robuste Analysen zu entschärfen.

In einer Zeit, in der die Inszenierung des Protests wichtiger wird als der Protest selbst, muss rechten Medienstrategien der Empörung und Skandalisierung mit besonderer Sensibilität entgegnet werden.

Maik Fielitz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg. Ende 2017 bis 2018 war er als wissenschaftlicher Referent am IDZ tätig. Er leitete u. a. das sechsmonatige Forschungsprojekt „Untersuchung von Herausforderungen und Handlungsstrategien für demokratische Kultur im Landkreis Lörrach“.

Lisa Müller studierte Soziologie und leitet derzeit das Projekt „Demokratieladen Kahla“. Sie arbeitete am IDZ Jena als Honorarkraft u. a. im Lörrach-Projekt.

Johanna Saenz studierte Geografie und Sozialkunde an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Als politische Bildnerin ist sie seit Jahren in Thüringen tätig. Am IDZ Jena arbeitete sie als Honorarkraft im Lörrach-Projekt.

Literatur

- Amadeu Antonio Stiftung [Hrsg.] (2017): Toxische Narrative. Monitoring Rechts-Alternativer Akteure. Online: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/publikationen/monitoring-2017.pdf> [04.30.2019].
- Berg, Lynn (2019): Between Anti-Feminism and Ethnicized Sexism. Far-Right Gender Politics in Germany. In: Fielitz, Maik/Thurston, Nick [Hrsg.]: Post-digital cultures of the far right. Online actions and offline consequences in Europe and the US. Transcript: Bielefeld, S. 79–92.
- Erb, Rainer (2006): Protestorganisation und Eventmanagement. Der Typus des rechtsextremen Bewegungsunternehmers. In: Kohlstruck, Michael/Klärner, Andreas [Hrsg.]: Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburger Ed: Hamburg, S. 142–176.
- Fliege, Thomas/Möller, Kurt [Hrsg.] (2001): Rechtsextremismus in Baden-Württemberg. Verborgene Strukturen der Rechten. Belchen-Verlag: Freiburg.
- Geiges, Lars/Marg, Stine/Walter, Franz (2015): Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld: transcript.
- Häusler, Alexander (2017): AfD, Pegida & Co. Die Formierung einer muslimfeindlichen rechten Bewegung. In: Antes, Peter/Ceylan, Rauf [Hrsg.]: Muslime in Deutschland. Historische Bestandsaufnahme, aktuelle Entwicklungen und zukünftige Forschungsfragen. Springer VS: Wiesbaden, S. 59–74.
- Held, Josef (2008): Rechtsextremismus und sein Umfeld. Eine Regionalstudie und die Folgen für die Praxis. VSA-Verlag: Hamburg.
- Rosa Luxemburg Stiftung [Hrsg.] (2017): Rechtspopulismus und Rassismus im Kontext der Fluchtbewegung. Online: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_6-17_Rechtspopulismus.pdf [04.03.2019].
- Marg, Stine/Trittel, Katharina/Schmitz, Christopher/Kopp, Julia/Walter, Franz (2016): NoPegida. Die helle Seite der Zivilgesellschaft? Transcript: Bielefeld.
- Amadeu Antonio Stiftung [Hrsg.] (2013): Viraler Hass. Rechtsextreme Kommunikationsstrategien im Web 2.0. Online: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/viraler-hass.pdf> [04.03.2019].



Projektvorstellung

MBT Hessen: Gedanken zur Demokratieentwicklung im ländlichen Raum und der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus

Was blüht dem Dorf?

Die langjährige Erfahrung der Mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus¹ in Ost- und Westdeutschland zeigt, dass Problemlagen und mögliche Bearbeitungsstrategien im Themenfeld in städtischen und ländlichen Räumen bisweilen extrem unterschiedlich sind. In Stadtgesellschaften lassen sich Personen aus unterschiedlichen Milieus häufig leichter für das Engagement gegen menschenfeindliche Einstellungen aktivieren und mobilisieren als in Dörfern. Das liegt beispielsweise an den differenzierteren zivilgesellschaftlichen Strukturen (Parteien, Verbände etc.), aber auch an der größeren Anonymität in den Städten. Auf dem Land „kennt jede*r jede*n“ – ein Eintreten für demokratische Kultur und gegen Rechtsextremismus kann daher auch bedeuten, dass man sich gegen seine Nachbar*innen engagiert, mit denen man auch im Sportverein oder der Feuerwehr gemeinsam aktiv ist. Gerade im Dorf, wo es zur Lebensqualität und Notwendigkeit gehört, dass man sich gegenseitig unterstützt und aufeinander angewiesen ist, werden private und erst recht politische Konflikte selten offen ausgetragen. Das erschwert eine Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Erscheinungen.

Auf dem Land „kennt jede*r jede*n“ – ein Eintreten für demokratische Kultur und gegen Rechtsextremismus kann daher auch bedeuten, dass man sich gegen seine Nachbar*innen engagiert.

Die zunehmende Spaltung in der Gesellschaft lässt sich auch in ländlichen Räumen konstatieren. Das zeigte und zeigt sich im Umgang mit der Aufnahme von Geflüchteten – ein Teil der Gemeinschaft setzt sich seit 2015 für die Aufnahme und Integration Geflüchteter ein, während ein anderer Teil dagegen

¹ Informationen zu Konzept und Arbeitsweise der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus auf der Website des Bundesverbandes: www.bundesverband-mobile-beratung.de.

protestiert. Doch die Ursachen der gesellschaftlichen Spaltung sind aus Sicht Mobiler Beratung schon länger zu beobachten und haben nur bedingt etwas mit der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2015 (korrekt: eine Krise von Verwaltung und Politik wegen Überforderung) zu tun. In vielen ländlichen Regionen Ost- und Westdeutschlands herrscht bereits seit Jahren das Gefühl, es ginge bergab: Alltagsrelevante Infrastruktur wurde nach und nach abgebaut; Dorfkneipen wurden geschlossen; junge Menschen, vor allem Frauen und besser Qualifizierte, ziehen weg und kehren nicht wieder. Gewerbe siedelt sich kaum noch an, die Bevölkerung schrumpft und überaltert. Die Strukturdefizite, die damit verbundenen Benachteiligungsgefühle und die Unzufriedenheit in der Bevölkerung sind wichtige Gründe für das Aufkommen und Erstarken des Rechtspopulismus. Auf einer Tagung „Was blüht dem Dorf?“ zum Thema Demokratie in ländlichen Räumen, die der Bundesverband Mobile Beratung (BMB) zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung im September 2018 durchführte, war diese Wahrnehmung bei den geladenen Wissenschaftler_innen und den engagierten Teilnehmenden u. a. von Bürgerinitiativen und Behörden vorherrschend.

Aber ländliche Räume sollten nicht als „defizitäre Sozialräume“ wahrgenommen werden, die zwangsläufig rechtsextremen und rechtspopulistischen Einstellungen und Aktivitäten ausgeliefert seien. Vielerorts engagieren sich unzählige Vereine und zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse für ihr Gemeinwesen. Diese lokalen Akteur*innen wirken demokratiefeindlichen Phänomenen aktiv entgegen. Momentan stellt sich nicht nur die wichtige Frage, wie Rechtsextremismus und -populismus zurückgedrängt werden können, sondern auch, wie demokratische Kultur in „schrumpfenden“ Sozialräumen überhaupt verteidigt und ausgebaut werden kann. Dazu braucht es – das belegen die angeregten Diskussionen im Verlauf der Tagung – intensiven Austausch zwischen Politik und Bevölkerung, Wissenschaft und Praxis. Vor allem braucht es zukunftsweisende Konzepte für die Stärkung lokaler demokratischer Strukturen und der demokratischen Kultur im ländlichen Raum. Die Mobile Beratung kann hier als Mittlerin und Moderation von Veränderungsprozessen eine Rolle spielen. Es gibt viel zu tun.



MBT Hessen e.V.

Richard-Roosen-Str. 11 | 34123 Kassel

E-Mail: vogel@mbt-hessen.org

Website: www.mbt-hessen.org/

In Thüringen berät MOBIT zivilgesellschaftliche und öffentliche Akteur*innen im Umgang mit der extremen Rechten:

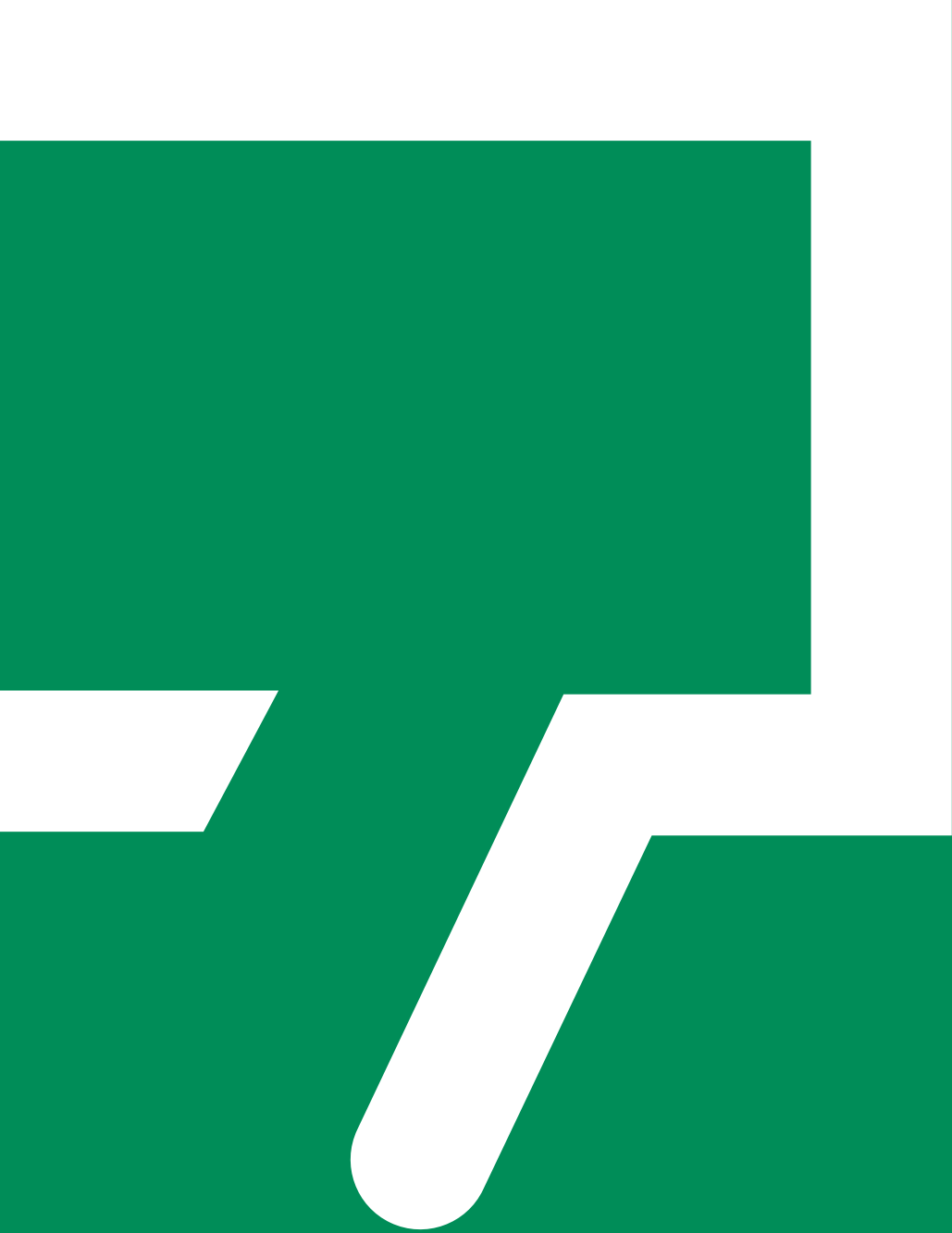
Beratungsteam MOBIT

Schillerstraße 44 | 99096 Erfurt

E-Mail: mail@mobit.org

Website: www.mobit.org

Eine Dokumentation der Tagung „Was blüht dem Dorf?“ zu Demokratie in ländlichen Räumen findet sich auf der Website des Bundesverbandes Mobile Beratung: www.bundesverband-mobile-beratung.de.



DEMOKRATIEFÖRDERUNG



**„MEIN WECKRUF
AN POLITIK UND
GESELLSCHAFT:
LASST DAS DORF
LEBEN UND SEINE
BÜRGERSCHAFT-
LICHEN KRÄFTE NEU
ENTFALTEN.“**

Debattenbeitrag für das Dorf:

Die Entmündigung der Dörfer und Landgemeinden schadet dem ländlichen Raum und schwächt die Demokratie

Das Land leidet massiv unter der doppelten Entmündigung durch Bund und Länder: einmal der Kommunen und zum anderen der Mehrheit der eingemeindeten Dörfer und Kleinstädte. Es fehlen der Respekt gegenüber den Kompetenzen und Kräften der Selbstverantwortung auf dem Land, die ausreichende finanzielle Unterstützung und die Freiräume der lokalgerechten Entfaltung. Ergebnisse dieser „Behandlung“: Schlechtes Ansehen der Kommunalpolitik, Resignation der Kommunalpolitiker*innen und noch engagierten Bürger*innen, die nachlassende Bereitschaft, sich in die Kommunalpolitik aktiv einzubringen. Die bisher praktizierte Förderung des Landes durch unübersichtliche und hürdenreiche „Töpfchen“ (des Bundes und der Länder) kommt in der Masse der Dörfer und Landgemeinden nicht an und zermürbt die Antragsteller*innen. Grundlage des Beitrages ist das Buch des Autors "Rettet das Dorf - Was jetzt zu tun ist" (2018).

Was Bürger*innen und Kommunen tun können

Die Zukunft des Dorfes entscheidet sich zunächst vor allem durch die Arbeit der Kommunen und das Mitwirken ihrer Bürger*innen. Das Beschäftigen mit lokalen Leitbildern und Schwerpunkten ist wichtig. Jedes Dorf, jede Kleinstadt ist ein Unikat. Jedes Dorf, jede Gemeinde hat andere Werte und Potenziale, aber auch andere Defizite und Probleme. Dies bedeutet: Jedes Dorf, jede Gemeinde muss für sich herauszufinden, was ihm bzw. ihr besonders wichtig ist. Die Hauptbotschaft für die Dorf- und Gemeindeebene lautet: Sowohl die Bürger*innen als auch die Kommunen müssen wachsam und engagiert sein. Sie müssen sich ganzheitlicher und intensiver dem Gemeinwohl des Dorfes zuwenden. Die Bürger*innen und Kommunen müssen sich klarmachen: Jedes – eingemeindete oder selbstständige – Dorf, jede Gemeinde muss für seine/ihre Gegenwart und Zukunftsfähigkeit selbst sorgen, muss sich also (salopp gesagt) selbst retten! Im Idealfall sollten Bürger*innen und Kommunen auf Augenhöhe miteinander umgehen, um Erfolg zu haben.

Sowohl die Bürger*innen als auch die Kommunen müssen wachsam und engagiert sein. Sie müssen sich ganzheitlicher und intensiver dem Gemeinwohl des Dorfes zuwenden.

Die Bürger*innen sind doppelt gefragt. Sie sollten sich möglichst zahlreich in der Kommunalpolitik engagieren. Sie müssen aber auch die Vereine aktiv gestalten und tragen, sowohl traditionsreiche Vereine, etwa Feuerwehren, Schützenvereine, Sport- und Musikvereine, als auch die neuen „Bürgervereine“, die den letzten Gasthof oder Laden „retten“ oder ein ehemals kommunales Freibad übernehmen.

Die Aufgabenschwerpunkte der ländlichen Kommunen haben sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert und erweitert. Früher ging es den Bürgermeister*innen und Gemeinderät*innen vorwiegend um neue Bau- und Gewerbegebiete, um Wasser- und Abwasserversorgung sowie um das kommunale Wegenetz. Heute steht immer mehr die Bekämpfung und Steuerung von Schrump-

Die Aufgabenschwerpunkte der ländlichen Kommunen haben sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert und erweitert. Heute steht immer mehr die Bekämpfung und Steuerung von Schrumpfungsprozessen im Vordergrund.

fungsprozessen im Vordergrund – mit Themen wie Leerstand, Infrastrukturverluste und demografischer Wandel. Ein Dorfbürgermeister aus Rheinland-Pfalz brachte es kürzlich auf den Punkt: „Ein Dorfladen ist genauso wichtig wie die Kanalisation!“ Zunehmend wird die innere und vor allem soziale Infrastruktur der Dörfer – wie Kinderbetreuung, Schule, Ärzt*innen, Pflege und Betreuung von Senior*innen, kranken und behinderten Menschen, Vereine, Einkaufs-, Gastronomie-, Kultur- und Freizeitangebote – zum harten und bestimmenden lokalen Standortfaktor. Und nach dem Sozialstaatsprinzip stehen Staat und Kommunen hier in der Verantwortung. Ganz wichtig sind vor allem in kleinen und mittelgroßen Dörfern öffentliche Treffpunkte für Junge und Alte, wie z. B. im fränkischen Langenfeld in einer sanierten alten Scheune in der Ortsmitte („Dorflinde“). Neben den Treffpunkten sind die geschaffenen Möglichkeiten des betreuten Wohnens und Altwerdens im Dorf wichtig, dies entspricht einem Hauptwunsch der älteren Landbewohner*innen. Das kleine und nicht übermäßig reiche Bundesland Rheinland-Pfalz unterstützt und fördert diese Möglichkeiten in kleinen und mittleren Dörfern vorbildlich.

Wie können und sollen die umfassenden und hohen Erwartungen an die ländliche Kommunalpolitik erfüllt werden? Die große Hoffnung und das neue Leitbild heißt *Bürgerkommune*. Eine präzise Beschreibung gibt Karl-Christian Schelzke vom Hessischen Städte- und Gemeindebund:

„*Keine der großen kommunalen Herausforderungen kann ohne die aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie von neuen Formen der Kooperation und Vernetzung bewältigt werden. Es gibt für die Zukunft unserer Gemeinden keine Generallösung. Im Mittelpunkt müssen die Menschen jeder einzelnen Kommune mit ihren Bedürfnissen und Interessen stehen. Wir beobachten als kommunaler Spitzenverband einen Paradigmenwechsel in der Politik. Die Bewegung geht weg vom abstrakten Bürger, von der Bürgerschaft als Objekt, als Planungsgröße, mitunter als Störfaktor, hin zum agierenden, zum aktivierten Citizen (Bürger), hin zur Bürgerkommune. (Henkel 2018: 152f.)*“

Die Kommunen sind also mehr denn je auf das Mitdenken, Mitgestalten und Mitmachen ihrer Bürger*innen angewiesen. Aus staatlich-politischer Sicht gilt das bürgerschaftliche Engagement als tragende Säule eines demokratischen, sozialen und lebendigen Gemeinwesens.

Die Entmündigung der Dörfer und Landgemeinden, das innere Dorfsterben, Hürden und Konsequenzen

Der Staat – in Gestalt von Bund und Ländern – ist ein wesentlicher Mitverursacher der Ohnmachtsgefühle, der gereizten Stimmung und Resignation auf dem Lande. Er gibt den Dörfern und Landgemeinden zu wenig Anerkennung, finanzielle Unterstützung und gestalterische Freiräume. Das Subsidiaritätsprinzip im Staatsaufbau ist bereits weitgehend ausgehöhlt und dieser Trend setzt sich weiter fort. Die Dörfer und Kommunen fühlen sich zunehmend „von oben“ gegängelt und entmündigt.

Auf dem Lande hat in den letzten Jahrzehnten eine zweifache Entmündigung kommunaler Instanzen stattgefunden: auf der Ebene der Dörfer und der Gemeinden.

Ebene der Gemeinden: Wenn man mit Bürgermeister*innen, Gemeinderät*innen oder Gemeindeverwaltungen spricht oder kommunalpolitische Zeitschriften liest, taucht immer wieder die Klage auf: „Wir können heute kaum noch etwas selbst gestalten. Unsere Spielräume werden immer kleiner.“ Tatsächlich beschneiden die Vorgaben der Landes- und Bundespolitik immer massiver das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde. Die Fernsteuerung der Kommunen zeigt sich in rechtlichen, planerischen und finanziellen Reglementierungen. Inzwischen sind etwa 90 % der kommunalen Ausgaben durch staatliche Gesetze und Richtlinien festgelegt. Die fehlende „freie Spitze“ kommunaler Finanzplanung zwingt viele Kommunen zu verstärkter Schuldenaufnahme. Das niederschmetternde Fazit der permanenten Entmündigung lautet: In der ländlichen Kommunalpolitik dominiert das Gefühl der Geringschätzung und Bevormundung durch die hohe Politik. „Die da oben bestimmen ja doch alles!“ ist eine oft zu hörende Feststellung. Die in Sonntagsreden gepriesene kommunale „Selbstverwaltung“ ist kaum noch eine solche, sie ist heute weitgehend eine Verwaltung von Aufgaben, die meist „von oben“ bestimmt werden (Jasper von Altenbockum).

Ebene der Dörfer: Ganz aufgelöst wurde die bestehende demokratische Basis des Staates in über 20.000 deutschen Dörfern und Kleinstädten: Ihnen hat man gegen ihren Willen durch von oben diktierte „Gebietsreformen“ – nach dem sog. „Zentrale-Orte-Modell“ – die in Jahrhunderten bewährte Selbstverantwortung mit Bürgermeister*innen und Gemeinderat genommen. Die Dörfer verloren ihre eigene demokratische Kraft und damit auch das Selbstwertgefühl, für ihr Dorf Kompetenz zu besitzen und verantwortlich zu sein. Sie wurden zu ohnmächtigen „Ortsteilen“ in oft riesigen, willkürlich zusammengeführten Großgemeinden. Deutschlandweit wurden auf dem Land mit der Gebietsreform über 300.000 ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker*innen „entlassen“. Ihnen

Viele Dörfer sind bis heute durch den Verlust ihres lokalen Kompetenz- und Kraftzentrums traumatisiert.

wurde vom „Staat“ signalisiert, dass ihre lokale Kompetenz, ihr Denken, Fühlen und Handeln für ihr Dorf nicht mehr gebraucht wird. Dieses Signal war für mich der Beginn des inneren Dorfsterbens. Für den namhaften Historiker Wolfgang Reinhard war die Gebietsreform der 1970er Jahre „das Ende der Demokratie in Deutschland“ (SZ v. 9.4.2017). Viele Dörfer sind bis heute durch den Verlust ihres lokalen Kompetenz- und Kraftzentrums traumatisiert.

Ein Beispiel für die Entmündigung: Wo früher die marode Friedhofsmauer durch den*die dörflische*n Bürgermeister*innen und Gemeinderat in Augenschein genommen und zeitnah und kostengünstig saniert wurde, beginnt heute ein langwieriger Behörden- und Aktenmarathon mit mehrfachen Bereisungen von entfernten Kommissionen, in denen kein*e ortskundigen Dorfbürger*innen mehr gefragt und gebraucht werden.

Inzwischen ist durch Studien belegt worden, dass Gebietsreformen keine finanziellen Einsparungen bringen, aber verheerende demokratische und soziale Verluste verursacht haben und weiter verursachen. Durch Langzeitstudien wissen wir, dass selbstständig gebliebene 1.000-Einwohner*innen-Dörfer sich in Bezug auf ihre Bevölkerungs-, Infrastruktur- und Immobilienwertentwicklung besser entwickelt haben als gleich große eingemeindete Dörfer. Wir wissen heute, dass Gebietsreformen nach dem Zentrale-Orte-Modell im Dritten Reich entwickelt, mit dem Führerprinzip begründet und ab 1940 erstmals umgesetzt worden sind. Sie atmen den Geist einer Diktatur. Als Vordenker gilt der Geograf und Raumordnungspolitiker Walter Christaller. Das entspricht nicht mehr dem heutigen demokratischen Staatsaufbau von unten nach oben, dem immer wieder geforderten Subsidiaritätsprinzip, dem Prinzip einer von Bürger*innen mitgetragenen Demokratie, die direkt dem Gemeinwohl in den Dörfern und Kleinstädten zugutekommt. Trotz all dieser Erkenntnisse und gewandelten Leitbilder werden die Gemeinde- und Kreisauflösungen fortgesetzt, wie derzeit in Thüringen und Brandenburg zu beobachten ist. Hier sehen die betroffenen Bürger*innen und Kommunalpolitiker*innen, dass sich die Entscheidungszentralen in den Ländern noch ein Stück weiter von ihrer lokalen Basis entfernen, dass ihre Mitarbeit noch weniger geschätzt und gewünscht wird. Das Vertrauen der Bürger*innen gegenüber den zentralen Institutionen von Staat und Gesellschaft schwindet. Ohnmachtsgefühle und Wut stellen sich ein. Nicht- und Protestwähler*innen sind die Folge. Mein Fazit: Gebietsreformen haben der Mehrheit der deutschen Dörfer und Kleinstädte großen Schaden zugefügt und zugleich die demokratische Basis des Staates massiv beschädigt.

Das Vertrauen der Bürger*innen gegenüber den zentralen Institutionen von Staat und Gesellschaft schwindet. Ohnmachtsgefühle und Wut stellen sich ein.

Hürden: Die Entmündigung der Dörfer und Landgemeinden zeigt sich nicht nur in den geringen oder beseitigten Befugnissen und Freiräumen der Selbstverantwortung. Es gibt immer *neue – und wechselnde – Hürden*, die den Dörfern und Landgemeinden das positive Gestalten und Engagieren schwer oder gar unmöglich machen. Ein paar Beispiele von vielen möglichen: Die ständig wechselnden Vorgaben für die Mindestgrößen von dörflichen Schulen oder Kitas (meist mit der Begründung „nach wissenschaftlichen Erkenntnissen“) zeigen, wie wenig verlässlich viele Länder mit ihren Kommunen umgehen. Selbst hochengagierte Kommunen und Eltern haben meist keine

Chancen, ihre dörfliche Schule zu erhalten. Kleine Gemeinden in abgelegenen Gebieten (in Rheinland-Pfalz) kämpfen jahrelang vergebens um 2, 3 Baugenehmigungen für ansiedlungswillige junge Familien. Eingemeindete Dörfer betteln jahrelang vergebens um 500 Euro für die Anschaffung eines Rasenmähers, um damit die öffentlichen Rasenflächen ehrenamtlich zu mähen. Vereine, die traditionell Geld für Vereinsaufgaben durch den Verkauf von selbst gebackenen Torten auf Vereinsfesten gewinnen, bekommen derart strenge Vorgaben (z. B. Hygiene-, Deklarierungs- und Steuerauflagen), dass diese großartigen Gemeinschaftsleistungen aufgegeben werden und damit Vereinsangebote gekürzt oder gestrichen werden müssen.

Man könnte diese Liste um Hunderte oder Tausende von Beispielen verlängern, die mir bei Begegnungen in den Dörfern oder per E-Mail oder Telefon geschildert werden (verwiesen sei auch auf das Buch des Berlin-Instituts „Von Hürden und Helden“). „Alles wird geblockt und reglementiert. Es macht keinen Spaß mehr!“, so lautete kürzlich das verzweifelte Fazit eines Ortsvorstehers im südlichen Niedersachsen. Es müsste heute eigentlich in jeder Kommune ein*en Hürdenberater*in geben, die*der die zahlreichen von oben gesetzten Hürden zu beseitigen oder zu überwinden hilft. Dies gilt für die Kommune selbst wie für die aktive Bürgerschaft.

Das schlechte Ansehen der Kommunalpolitik

Die vom Staat (Bund und Ländern) reduzierten Befugnisse und Freiräume haben zu einem schlechten Ansehen der Kommunalpolitik bei den Bürger*innen geführt. So ist es oft schwierig, Nachwuchs für den Gemeinderat zu gewinnen. Vielerorts finden sich keine Bewerber*innen dazu bereit, das Bürgermeister*innenamt zu übernehmen. Das wiederum wird in den Staatskanzleien der Länder als Argument benutzt, noch größere Kommunen anzustreben. Der Trend geht dahin, dass viele für die Kommunalpolitik hoch qualifizierte Bürger*innen nicht in die Kommunalpolitik gehen, sondern lieber Vorstandsämter in Schützen-, Karnevals-, Sport-, Musik- oder Kulturvereinen übernehmen, wo sie wirklich etwas bewegen können und die erfolgreiche Arbeit Spaß macht. Die Geringschätzung der Kommunalpolitik durch die staatlichen oder überhaupt höher gelagerten Ebenen führt somit konsequent zu einer Geringschätzung bei den Bürger*innen. Gegen diese Missstände an der Basis des Staates muss dringend und nachhaltig vorgegangen werden. Das erfordert ein gewaltiges Umdenken in den Zentralen der Macht in Bund und Ländern. Statt immer weiter seine zentralistischen Programme von oben nach unten durchzusteuern, sollte der Staat seine demokratische Basis „unten“ respektieren, stärken und wiederbeleben. Ist er dazu von sich aus in der Lage?

Mit Heimatministerien versuchen Bund und Länder derzeit, den Dörfern und Landkommunen Zuwendung zu signalisieren. Skepsis ist jedoch angebracht, ob damit tatsächlich eine Kehrtwende in der Behandlung des Landes beginnt. In einzelnen Zuschriften an mich wird nüchtern konstatiert: „Diese wird erst dann besser, wenn wir eine ganz neue ‚Kommunalpartei‘ oder ‚Freiherr vom Stein-Partei‘ hätten.“

Statt immer weiter seine zentralistischen Programme von oben nach unten durchzusteuern, sollte der Staat seine demokratische Basis „unten“ respektieren, stärken und wiederbeleben.

Wenn die Kommunalpolitik wieder Gewicht und Befugnisse bekommt, wird ihr Ansehen steigen. Dann werden auch die Bürger*innen wieder mitmachen und sich mit dem Gemeinwesen solidarisieren.

Mein knappes Fazit: Das offenkundig große Defizit an Respekt und Zuwendung, das Dorfbewohner*innen und Lokalpolitiker*innen empfinden und immer wieder äußern, sollte in den Zentralen der Macht ein Umdenken über ihre Politik der Entmündigung der unteren Ebene auslösen, sonst wird das Dorf und die ländliche Kommunalpolitik nicht zu retten sein.

Vorschläge an Bund und Länder, um die Entmündigung der Kommunen und das innere Dorfsterben aufzuhalten und gegenzusteuern

Es ist mir klar, dass der hier geforderte Paradigmenwechsel in der Behandlung und Förderung des Landes nicht leicht und nicht von heute auf morgen umgesetzt werden kann. Dies ist ein langer Weg und es wird neben großen und kleineren Hürden auch viele Widerstände geben, die mit Befugnis- und Machtübertragungen und -verlusten zusammenhängen. Aber man sollte doch schon jetzt – was möglich ist – ein paar Zeichen setzen, um ein (neues) Vertrauen in die untere Ebene des Staates zu signalisieren, um die dortige Verdrossenheit und Resignation aufzubrechen. Ein vielschichtiges Vorgehen ist vonnöten.

Ein generelles, mittel- und langfristiges Vorgehen müsste sich zum Ziel setzen, das eigentlich unumstrittene Leitbild Subsidiarität im Staatsaufbau tatsächlich zu verwirklichen. Hier geht es um grundsätzliche Abstimmungsfragen zwischen den Gebietskörperschaften, aber auch um kleinere Signale – z. B. die Bedeutung des Dorfes in der Verfassung, also dem Grundgesetz, zu würdigen, das Dorf in die Bezeichnungen von Ministerien, Bundesbehörden und Bundesakademien aufzunehmen und vielleicht auch die Selbstverantwortung des Dorfes als immaterielles Weltkulturerbe (also nicht nur die Schützen- und Karnevalsvereine) anzuerkennen. Ein grundlegendes Problem ist, dass das Dorf wie die ländliche Kommunalpolitik bisher keine Stimme, keine Macht hat, z. B. auch nicht in den kommunalen Spitzenverbänden.

Ein grundlegendes Problem ist, dass das Dorf wie die ländliche Kommunalpolitik bisher keine Stimme, keine Macht hat, z. B. auch nicht in den kommunalen Spitzenverbänden.

Drängende Aufgaben gibt es in den Dörfern zuhauf. Zwei konkrete Beispiele einer kurzfristig anzugehenden Förderung des Landes nach dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“.

a) Ein – zunächst einmaliges – 10.000-Euro-Ermutigungsprogramm für jedes deutsche Dorf. Es wird unbürokratisch in die Hände des*der Dorfbürgermeisters*in, Gemeinderats, Ortsvorstehers*in oder eines noch zu gründenden Bürgervereins gelegt. Ein solches Programm würde gewaltige Signale und Kräfte auslösen: Das Dorf würde den neuen Respekt und das Vertrauen der Zentren spüren. Die Menschen würden sich ernst genommen fühlen und das Geld mit ihrer lokalen

Kompetenz sinnvoll verwenden. Es würde auch manche selbst verschuldete Schläfrigkeit auf dem Land aufwecken.

b) Ein dörflich-kommunales Zukunftsentwicklungsprogramm für einen Zeitrahmen von drei bis fünf Jahren, das jeder Kommune, jedem Dorf die Chance gibt, konkrete Ziele zu finden und zu realisieren. Zwei mögliche Themenschwerpunkte: ein großes Leerstandsbekämpfungsprogramm für Dörfer und Kleinstädte gemäß den Leitbildern „Innen- vor Außenentwicklung“ und „Jung kauft Alt“ oder generell das „Aufwachsen, Arbeiten, Leben, Wohnen und Altwerden auf dem Land“ entsprechend dem „Leitbild des Dorfes als Sorgende Gemeinschaft“. Der Staat gewährt Hilfe zur kommunalen und lokalen Selbsthilfe, verlässlich und nachhaltig. Auch durch ein derartiges unbürokratisches Programm würden sich die Dörfer und Kommunen vom Staat in ihrer Selbstverantwortung respektiert und gestärkt fühlen. In einem persönlichen Gespräch befürwortete der erfahrene Politiker Franz Müntefering am 18.5.2017 in Bad Soden derartige kommunale Stärkungsprogramme, sein Fazit: „Die wissen am besten, was für sie gut ist, und man sollte den Kommunen das zutrauen!“

Fazit

Generell brauchen die Dörfer und ländlichen Kommunen mehr als bisher die Wertschätzung durch den Bund und die Länder. Sie erfahren zu viel Gängelung und Bevormundung durch kaum noch zu überschauende Vorschriften und Förderprogramme, mit denen man „die Fläche“ steuern und „beglücken“ will, die aber vor allem dem Machterhalt der Ministerien dienen. Sie brauchen also mehr Vertrauen in die Kompetenz der Kommunalpolitik, sie brauchen eine bessere Finanzausstattung, sie brauchen den Abbau von starren rechtlichen und planerischen Vorgaben und Hürden und damit vor allem mehr Freiräume für innovative, flexible und ortsbezogene Aufgaben- und Problembewältigung. Die Kommunen haben für die ganze Gesellschaft einen hohen Wert, weil die Politik nur hier mit dem Bürger*innen bei der Gestaltung des Wohnumfeldes unmittelbar in Kontakt kommt. Hier besteht am ehesten die Chance, die allgemein ansteigende Politik- und Staatsverdrossenheit abzubauen.

Deshalb mein Appell an die zentralen Entscheider*innen in Politik und Gesellschaft:

Stärkt generell die ländlichen Gemeinden. Zeigt ihnen, dass sie die Keimzelle des Staates und die Schule der Demokratie sind. Demokratie heißt Mitmachen, sich engagieren. Sie beginnt und übt sich am besten in kleinen, überschaubaren Räumen. Gebt den noch selbstständigen Dorfgemeinden und Dorfpfarreien mehr Respekt und Unterstützung, damit sie motiviert und engagiert ihren Einsatz für das Gemeinwohl fortsetzen können. Beendet die fortgesetzte Entmündigung der Dörfer und damit das weitere „innere Dorfsterben“. Beendet das Beseitigen von Dorfgemeinden und Dorfpfarreien. Gebt der – durch zentralistische „Reformen“ – entmachteten Mehrheit der deutschen Dörfer und Kleinstädte ihre Autonomie mit Bürgermeister*in und

Generell brauchen die Dörfer und ländlichen Kommunen mehr als bisher die Wertschätzung durch den Bund und die Länder.

Gemeinderat und damit ihre eigentliche lokale Kraft zurück! In jedem Dorf sollte das demokratische Denken, Fühlen und Handeln für den Ort wieder möglich sein, sollte eine kommunale Instanz mit Befugnis vorhanden sein. Jedes Dorf wird wieder seinen wichtigen Beitrag im Staatsaufbau leisten, wenn man dies zulässt.

Vertraut der Kompetenz, dem Engagement und dem Gemeinwohldenken der Dorfbewohner*innen. Vertraut dem Subsidiaritätsprinzip im Staatsaufbau. Stellt den Staat und die Demokratie wieder vom Kopf auf die Füße.

Warum das Dorf nicht sterben darf

Immer wieder werde ich von den Medien gebeten, zu Fragen und Thesen wie diesen Stellung zu beziehen: „Wie sinnvoll ist eine Wiederbelebung des ländlichen Raumes? Landleben ist Luxus – lässt das Dorf sterben!“ Hier eine sehr knappe Antwort:

Das Land ist für Staat und Gesellschaft genauso wichtig wie die Großstadt. Immerhin macht es 90 % der Fläche Deutschlands aus, hier leben über 50 % der Bevölkerung. Schon ökonomisch ist das Land kein Armenhaus der Nation, über 50 % der Wertschöpfung Deutschlands erfolgen hier, viele Weltmarktführer haben ihren Sitz in Dörfern und Kleinstädten. Das Land versorgt die gesamte Gesellschaft mit Lebensmitteln, mit Rohstoffen wie Wasser und Holz und erneuerbarer Energie. Auf dem Land herrscht eine hohe Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld. Hier bieten sich bessere Chancen des gesunden Aufwachsens für Kinder und Jugendliche. Ländliche Lebensstile sind in. Es besteht eine hohe Kompetenz, lokale und regionale Aufgaben und Probleme ehrenamtlich und genossenschaftlich anzugehen. Selbstverantwortung und „Anpackkultur“ sind im Dorf tief verwurzelt. Das Land bietet hochwertige Kulturlandschaften und auch eine alternative Lebensform, die durch Natur- und Menschennähe, durch vor- und fürsorgendes Denken und Handeln geprägt ist. Daher lautet mein Weckruf an die Entscheider*innen in den Zentralen von Politik und Gesellschaft: Lasst das Dorf leben und seine bürgerschaftlichen Kräfte neu entfalten. Und gebt dem Staat damit zugleich seine demokratische Basis zurück!

Das Land bietet hochwertige Kulturlandschaften und auch eine alternative Lebensform, die durch Natur- und Menschennähe, durch vor- und fürsorgendes Denken und Handeln geprägt ist.



Teile des Beitrages sind dem Buch „Rettet das Dorf“ des Autors entnommen und wurden bereits hier veröffentlicht: Henkel, Gerhard (2018): Dörfer und Landgemeinden müssen gestärkt, statt weiter geschwächt werden. In: Ländlicher Raum, Heft 3/2018, S. 4-7.

Prof. Dr. Gerhard Henkel ist Humangeograf. Sein Forschungsgebiet umfasst seit 50 Jahren die historischen und aktuellen Entwicklungen des ländlichen Raumes. 1978 gründete er den Bleiwäschler Kreis für Dorfentwicklung, den er bis 2008 leitete.



Rettet das Dorf! Was zu tun ist

Gerhard Henkel, 2018 | 320 Seiten |
Dtv: München | ISBN: 978-3423281027

Literatur & weiterführende Publikationen zum Thema „Gebietsreform“

- Blesse, Sebastian/Rösel, Felix (2017): Was bringen kommunale Gebietsreformen? In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Heft 18 (4), S. 307-324.
- Güllner, Manfred (2017): Gebietsreform Nein Danke! In: KOMMUNAL, Heft 1-2, S.45-49.
- Henkel, Gerhard (2018): Rettet das Dorf! Was jetzt zu tun ist. dtv Sachbuch: München.
- Kramer, Ferdinand (2016): Die Gebietsreform und ihre Folgen für die politische Kultur und den ländlichen Raum in Bayern. In: Verband bayerischer Geschichtsvereine [Hrsg.]: Mitteilungen des Verbandes bayerischer Geschichtsvereine, 27, S. 181-186.
- Rösel, Felix (2016): Sparen Gebietsreformen Geld? Ein Überblick über neue Studien. In: ifo Dresden berichtet, 23, Heft 4, S. 45-49.
- Rösel, Felix (2017): Mehr Populismus durch Gebietsreformen. In: Ländlicher Raum, 2, S. 38f.
- Slupina, Manuel/Sütterlin, Sabine/Klingholz, Reiner (2015): Von Hürden und Helden. Wie sich das Leben auf dem Land neu erfinden lässt. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- Stiens, Gerhard (1990): Zur Notwendigkeit der Abkehr vom herkömmlichen Zentrale-Orte-Konzept in der Raum- und Infrastrukturplanung. In: Henkel, Gerhard [Hrsg.]: Schadet die Wissenschaft dem Dorf? Essener Geographische Arbeiten, 22, S. 89-108.



**„GERADE DIE
BÜRGERINITIATIVE
IN SACHSEN-ANHALT
VERDEUTLICHT,
DASS INNOVATIONEN
BZW. LÖSUNGEN FÜR
BESTIMMTE SOZIALE
PROBLEME DURCH
PROJEKTFÖRMIGES
ENGAGEMENT
ENTWICKELT WERDEN
KÖNNEN.“**

Strukturen des Engagements im ländlichen Raum: zivilgesellschaftliches Engagement im Umgang mit demografischen Veränderungen

Dieser Beitrag präsentiert Ergebnisse eines Forschungsprojektes, in welchem anhand von Fallstudien dreier schrumpfender ländlicher Gemeinden aus Bayern, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz gezeigt wird, wie zivilgesellschaftliche Akteur_innen mit den Folgen demografischer Veränderungen umgehen. Dazu werden zunächst Kernaspekte demografischer Veränderungen und zivilgesellschaftlichen Engagements in ländlichen Räumen Deutschlands skizziert, um dann an den Fallstudien zu prüfen, ob und wie es Engagierten aus den drei Dörfern gelingt, auf aktuelle Herausforderungen einzugehen.

Einleitung

Ländliche Räume unterliegen gegenwärtig starken Veränderungen. Abgesehen von einigen wachsenden Regionen sind sie insbesondere in den neuen Bundesländern von Abwanderung, Alterung und damit verbundenen Konsequenzen wie einer beständig bedrohten Infrastrukturausstattung gekennzeichnet. Der Aussicht darauf, dass einzelne Regionen zunehmend abgehängt werden (Barlösius/Neu 2007), stehen Forderungen nach mehr bürgerschaftlichem Engagement seitens politischer Akteur_innen einerseits und die Tendenz der Einwohner_innen ländlicher Gemeinden, sich selbst zu engagieren (Neu 2014) und Verantwortung zu übernehmen (Steinführer 2015), andererseits gegenüber. Während erstere den Einwohner_innen ländlicher Räume zumuten, Daseinsvorsorgeaufgaben selbst zu übernehmen, betonen letztere das Potenzial freiwilligen, zivilgesellschaftlichen Engagements, welches im ländlichen Raum aus historischer Tradition sowie einer stärkeren Gemeinwohlorientierung der Bewohner_innen vorhanden sei. Demografische Herausforderungen – sei es

Demografische Herausforderungen stellen oft, insbesondere für kleine Orte, Krisen dar.

nun der drohende Abbau von Infrastruktur oder die zunehmende Notwendigkeit, mit immer mehr Alten im Ort adäquat umzugehen – stellen oft, insbesondere für kleine Orte, Krisen dar. Wenn diese Krisen bewältigt werden sollen, dann bedarf es dazu passender Strukturen des Engagements. Im Folgenden wird dargestellt, welche Strukturen des Engagements in ländlichen Orten existieren, auf welche Weise und wofür sich die Einwohner_innen engagieren und wie Krisen die Landschaft der Vereine und Initiativen im Dorf verändern können.

Demografische Veränderungen und Peripherisierung

Insgesamt lebten 2007 im ländlichen Raum Deutschlands etwa 18 % der Bevölkerung auf etwas mehr als 60 % der Fläche der Republik (Schlömer/Spangenberg 2009: 25). Dabei ist der Osten des Landes deutlich stärker ländlich geprägt als der Westen.

Seit der Wiedervereinigung haben die ländlichen Räume in beiden Teilen Deutschlands eine sehr unterschiedliche Entwicklung genommen. In den alten Bundesländern nahm die Anzahl der Menschen, die auf dem Land lebten, in den 1990er Jahren sogar stetig zu. Diese Entwicklung stagnierte erst kurz vor der Jahrtausendwende, sodass es heute auch dort schrumpfende Regionen gibt. Der Bevölkerungsgewinn während der 1990er Jahre lässt sich in den alten Bundesländern sowohl mit internationaler Migration als auch mit der Binnenmigration von Ost nach West erklären. Im Gegensatz dazu sind die ländlichen Gebiete der neuen Bundesländer seit Beginn der 1990er Jahre einem stetigen Bevölkerungsschwund ausgesetzt. Dieser ergab sich aus der schlechten wirtschaftlichen Lage der Regionen und der niedrigen Geburtenrate nach der Wiedervereinigung. Außerdem war in den ostdeutschen Bundesländern der Wegzug vom Land in die Städte bzw. deren unmittelbare Peripherie erheblich. Inzwischen lassen sich derartige Wanderungsbewegungen jedoch in allen Regionen Deutschlands beobachten.

Einige Autor_innen sprechen in diesem Zusammenhang von einer „Krise der ländlichen Räume“, weil der Rückgang und die Überalterung der Bevölkerung sowie der Rückbau, die Schließung und die Schrumpfung öffentlicher Infrastruktur die Abwanderung und Entleerung dieser Gebiete nur noch verstärken (Neu 2011: 44). Barlösius und Zimmermann zeichnen für diese Gegenden ein düsteres Bild: „[Dass die Bewohner_innen ländlicher Räume] nicht an der Wissensökonomie partizipieren werden, ihre ‚junge‘ Bevölkerung aufgrund mangelnder Erwerbschancen, ausgedünnter Infrastrukturen und zusätzlicher Benachteiligungen weiterhin abwandern wird und damit die Überalterung weiter zunimmt, ist nicht mehr Prognose, sondern Realität geworden“ (Barlösius/Zimmermann 2013: 9). Die demografischen Veränderungen lassen sich so als Teufelskreis beschreiben, welcher unter dem Schlagwort der Peripherisierung thematisiert wird (Beetz 2011). Zwei Drittel der Bewohner_innen peripherer ländlicher Räume leben in Ostdeutschland, nur ein Drittel in den alten Bundesländern

Zwei Drittel der Bewohner_innen peripherer ländlicher Räume leben in Ostdeutschland, nur ein Drittel in den alten Bundesländern: So findet man gegenwärtig periphere ländliche Räume in allen ostdeutschen Bundesländern.

(Maretzke/Weiß 2009: 34). So findet man gegenwärtig periphere ländliche Räume in allen ostdeutschen Bundesländern, vor allem in Mecklenburg-Vorpommern, im Norden Brandenburgs und Sachsen-Anhalts, in den weit von der Landeshauptstadt entfernten Teilen Thüringens und im Osten Sachsens. In den alten Bundesländern sind von Peripherisierung der Osten Bayerns, Teile Schleswig-Holsteins, der Norden Niedersachsens sowie wenige Regionen in Rheinland-Pfalz und Hessen betroffen (Maretzke/Weiß 2009: 36). Ein besonders hohes Durchschnittsalter der Bevölkerung, wie in Sachsen-Anhalt (2016 lag es bei 47,5 Jahren im Gegensatz zum Bundesdurchschnitt von 44,3 Jahren), oder eine extrem niedrige Bevölkerungsdichte, wie in Mecklenburg-Vorpommern (2017 lebten dort noch 69 Einwohner_innen pro Quadratkilometer, im Bundesdurchschnitt sind es 232), sind Auswirkungen des demografischen Wandels. Die zeigen sich in Bundesländern mit einem hohen Anteil an peripheren ländlichen Räumen schon heute deutlich. Gegenwärtig liegen zwar mehr periphere Regionen in den neuen Bundesländern, Bevölkerungsvorausrechnungen zeigen jedoch, dass auch in den alten Bundesländern periphere ländliche Räume zunehmen und diese Länder mit den Problemen einer solchen Abwärtsspirale konfrontiert sein werden (Maretzke/Weiß 2009: 40).

Weniger Einwohner_innen führen oft zu einer Abnahme der kommunalen Finanzen und damit häufig zum drohenden oder tatsächlichen Abbau von Infrastruktur.

Weniger Einwohner_innen führen oft zu einer Abnahme der kommunalen Finanzen und damit häufig zum drohenden oder tatsächlichen Abbau von Infrastruktur. Es ist falsch, davon auszugehen, dass weniger Bevölkerung bedeutet, weniger Infrastruktur zu brauchen. Gerade durch die Alterung einer Gesellschaft entsteht ein Mehrbedarf an sozialer Infrastruktur, bspw. in Form von Alten- und Pflegeeinrichtungen. Andere Aspekte öffentlicher Daseinsvorsorge, wie Bildungseinrichtungen oder ein ausreichendes Angebot an öffentlichem Personennahverkehr sowie eine Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, werden auch von weniger Einwohner_innen benötigt (Neu 2011: 44).

Zivilgesellschaftliches Engagement im ländlichen Raum

Im ländlichen Raum engagieren sich im Verhältnis zur Bevölkerungszahl signifikant mehr Menschen als in Städten (Hameister/Tesch-Römer 2017: 569). Daten des Freiwilligensurveys 2014 zeigten, dass sich im ländlichen Raum mit 45,5 % ein größerer Anteil der Bevölkerung engagierte als im städtischen Raum, wo sich nur 42,7 % der Einwohner_innen engagierten (Hameister/Tesch-Römer 2017: 558).¹ Insgesamt ist der Anteil der Menschen, die sich freiwillig engagierten, in der Bundesrepublik zwischen 2009 und 2014 deutlich (von 34 % auf 43,6 %) gestiegen (Vogel et al. 2017: 98). Auch hier besteht jedoch ein markanter Unterschied zwischen alten und neuen Bundesländern. In Westdeutschland engagierten sich 2014 mit 44,8 % der Bevölkerung mehr Personen als in

¹ Im Freiwilligensurvey wird zwischen gemeinschaftlich und öffentlich aktiven und freiwillig engagierten Personen unterschieden. Aktive Menschen sind die, die „in einem der gesellschaftlichen Engagementbereiche mitmachen, ohne dort jedoch unbedingt freiwillige Aufgaben oder Arbeiten zu übernehmen“ (Vogel et al. 2017: 92). Engagierte Personen übernehmen dagegen „freiwillige oder ehrenamtliche Arbeiten oder Aufgaben außerhalb von Beruf und Familie“ (Vogel et al. 2017: 91).

Ostdeutschland, dort waren es nur 38,5 % (Kausmann/Simonson 2017: 577). Die Daten des Freiwilligensurveys von 2009 zeigten, dass in den alten Bundesländern der Anteil der Engagierten in Orten mit geringer Bevölkerungsdichte höher ist als in Orten mit hoher Bevölkerungsdichte. Diese Tendenz war in den neuen Ländern nicht zu erkennen (Gensicke/Geiss 2010: 26).

22,9 % der Bevölkerung Deutschlands engagieren sich mehrfach, üben also mehr als eine freiwillige Tätigkeit aus. Aus den Daten des Freiwilligensurveys geht hervor, dass dies 2014 insbesondere Personen mit hohem Schulabschluss oder Schüler_innen waren (Vogel et al. 2017: 109). Eine alte Untersuchung von Jauch (1980) zeigte darüber hinaus, dass der Befund des Mehrfachengagements auch im ländlichen Raum Bestand hat. Von den 600 Befragten seiner Studie waren 29 % Mitglied in einem, 14 % in zwei und 12 % in drei und mehr Vereinen. Jauch konnte außerdem belegen, dass die Ämter in Vereinen zu einem sehr großen Teil von Alteingesessenen (zu 69 %) und nur zu einem geringen Teil (13 %) von Hinzugezogenen bekleidet wurden (Jauch 1980: 54).

Die Hauptbereiche des Engagements in Vereinen lassen sich ebenfalls gut anhand des Freiwilligensurveys veranschaulichen. In allen Regionen ist der Bereich „Sport und Bewegung“ klarer Favorit unter den Bereichen des Engagements (Vogel et al. 2017: 114). Eigene Analysen der Daten des Freiwilligensurveys 2009 zeigten, dass in den ländlichen Regionen Westdeutschlands der zweitstärkste Bereich „Kirche und Religion“ war, in Ostdeutschland dagegen „Schule und Kindergarten“. Beide Bereiche spielten jeweils im anderen Teil des Landes nur eine untergeordnete Rolle. In Ostdeutschland folgte als drittes der Bereich „Soziales“, ebenfalls viel bedeutender als in Westdeutschland, während es dort der Bereich „Freizeit und Geselligkeit“ war. Es ergibt sich so ein Bild, nachdem Engagement in den alten Bundesländern vor allem auf Freizeitgestaltung ausgerichtet ist, währenddessen es in den neuen Bundesländern auch stark zur Mitgestaltung sozialer und politischer Infrastruktur genutzt wird. Sowohl die Autor_innen des Berichts zum Freiwilligensurvey als auch Klie (2013) führten die größere Bedeutung des Engagements auf dem Land auf deren exklusive Rolle für die Freizeitgestaltung und Kontaktmöglichkeiten zurück: „[W]eil auf dem Lande weniger institutionelle und kommerzielle Angebote verfügbar sind, gewährleistet hier das Bürgerengagement ein besonders wichtiges Stück sozialer Lebensqualität“ (Gensicke/Geiss 2010: 26).

Es ergibt sich so ein Bild, nachdem Engagement in den alten Bundesländern vor allem auf Freizeitgestaltung ausgerichtet ist, währenddessen es in den neuen Bundesländern stark zur Mitgestaltung sozialer und politischer Infrastruktur genutzt wird.

Seit der Enquete-Kommission des Bundestages zur ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘ im Jahr 1999 setzen sich politische Akteur_innen für eine Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements ein. Dies drückt sich unter anderem in der Gründung und Unterstützung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement aus. Gleichzeitig gewinnt zivilgesellschaftliches Engagement insbesondere im ländlichen Raum an Bedeutung für den Erhalt und die Sicherung öffentlicher Infrastruktur (Bundesregierung 2010: 30). Teilweise (etwa beim öffentlichen Personennahverkehr) wird von politischen Akteur_innen auch zur zivilgesellschaftlichen Kompensation vom Verlust bedrohter Infrastruktur aufgerufen (Bundesregierung 2010: 38).

Fallstudien aus drei schrumpfenden ländlichen Gemeinden

Im Folgenden sollen zentrale Ergebnisse ethnografischer Fallstudien resümiert werden, bei denen in drei schrumpfenden ländlichen Gemeinden untersucht wurde, wie zivilgesellschaftliche Akteur_innen mit den Folgen demografischer Veränderungen umgehen. Zwischen 2014 und 2015 wurden dazu mehrwöchige Forschungsaufenthalte in je einer Gemeinde im Landkreis Stendal (Sachsen-Anhalt), im Landkreis Tirschenreuth (Bayern) und im Landkreis Vulkaneifel (Rheinland-Pfalz) durchgeführt. Dabei konnten ca. 40 Interviews mit Bürgermeister_innen, Kommunalpolitiker_innen, Vereinsvorsitzenden und anderen Engagierten geführt werden.

In dem sachsen-anhaltinischen Dorf wurde zu Beginn des Schuljahres 2013/2014 die Grundschule geschlossen. Im Vorfeld der Schließung entstand aus einer Gruppe bis dahin nicht besonders aktiver Bewohner_innen eine Bürgerinitiative, die Proteste gegen die drohende Schließung organisierte. Nachdem die Schule geschlossen wurde, der Protest also gescheitert war, fusionierte die Initiative mit dem ortsansässigen Förderverein für den Kindergarten. Die Bürger_innen organisierten von nun an gemeinsam Dorfverschönerungsaktionen, um als Kompensation für den Schulwegfall die Attraktivität des Ortes zu erhalten. Mit dieser Veränderung des Ortes wandelte sich auch das Bewusstsein einiger Dorfbewohner_innen für die lokale Politik. Es entstand eine neue, parteiunabhängige Wahlgemeinschaft, die zur Kommunalwahl erfolgreich über eine gemeinsame Liste antrat und in der Folge sogar die neue Bürgermeisterin stellte.

Die Bürger_innen organisierten von nun an gemeinsam Dorfverschönerungsaktionen, um als Kompensation für den Schulwegfall die Attraktivität des Ortes zu erhalten.

Das bayerische Dorf dagegen war immer schon stark in Strategien des Landkreises zum Umgang mit demografischen Veränderungen eingebunden, der zum Beispiel ein Rufbussystem zur Ergänzung des regulären ÖPNV initiierte. Ein kommunaler Zweck- bzw. Interessenverband, der im Landkreis existierte, versuchte in zwei Demografiekonferenzen, zusammen mit Einwohner_innen Maßnahmen zu verschiedenen demografischen Themenfeldern zu entwickeln. Im Ort selbst gab es eine Seniorenbeauftragte, deren Posten aus einer institutionellen Kooperation von Landkreis, Bürgermeister und katholischer Kirche hervorgegangen war. Darüber hinaus waren kaum zivilgesellschaftlich organisierte Umgangsweisen im Ort zu finden. Es gab zwar sehr viele Vereine im Ort und die Einwohner_innen waren häufig in mehreren gleichzeitig engagiert, aber gerade deshalb sahen sie kein Potenzial mehr, sich zusätzlich zu engagieren. Der neu gewählte Bürgermeister dagegen hatte im Dorf eine Senior_innengruppe organisiert, die ehrenamtlich kommunale Arbeiten übernahm, etwa die Pflege von Grünflächen oder Hausmeisterarbeiten im Kindergarten.

Ein kommunaler Zweck- bzw. Interessenverband versuchte in einem bayerischen Dorf in zwei Demografiekonferenzen, zusammen mit Einwohner_innen Maßnahmen zu verschiedenen demografischen Themenfeldern zu entwickeln.

Im Ort in Rheinland-Pfalz gab es ebenfalls kommunalpolitisch organisierte Bewältigungsversuche des demografischen Wandels. Aus Mitteln des Landes zur Dorferneuerung wurde hier ein zentraler Platz in der Dorfmitte neu gestaltet. Die Einwohner_innen wurden im Rahmen von Bürgerforen und Arbeitsgruppen eingebunden. Daneben gingen von den Vereinen des Ortes jedoch keine Initiativen aus, die auf die Bewältigung des demografischen Wandels zielten – mit Ausnahme der Rekrutierung neuer Mitglieder für den Erhalt der lokalen Vereine. Einige dieser Vereine waren stark überaltert, hatten langjährig gleich besetzte Vorstände und konnten kaum neue Mitglieder rekrutieren. Im Ort fanden sich jedoch auch Vereine, die dieses Problem durch Kooperationen mit Vereinen in anderen Orten lösten. So fusionierten sowohl der Sport- als auch der Musikverein mit den entsprechenden Vereinen der Nachbarorte. Der Karnevalsverein wurde durch die Gründung einer Theatergruppe für neue Mitglieder attraktiv. Die von ihr organisierten Theaterstücke wurden über den Ort hinaus so bekannt und erfolgreich, dass der Verein selbst dadurch an Aufmerksamkeit gewann.

In allen drei Orten wurden Geselligkeit und Freizeitgestaltung vor allem über die Aktivität in Vereinen organisiert, die Feuerwehr war dabei überall die wichtigste organisierende und unterstützende Institution. In Rheinland-Pfalz und Bayern waren darüber hinaus die Kirche und ihr nahestehende Organisationen von Bedeutung.

Im Ort in Rheinland-Pfalz gab es ebenfalls kommunalpolitisch organisierte Bewältigungsversuche des demografischen Wandels.

Zwischen der Vereinslandschaft des Ortes in Sachsen-Anhalt einerseits und den Strukturen des Engagements in den Orten in Rheinland-Pfalz und Bayern andererseits lassen sich aber deutliche Unterschiede feststellen. Diese haben ihren Ursprung darin, dass Ausprägungen zivilgesellschaftlichen Engagements in Sachsen-Anhalt bedingt durch die Zeit der DDR sowie des Systemumbruchs 1989/90 nicht in gleichem Maße tradiert sind wie in den westdeutschen Orten. Sowohl in Bayern als auch in Rheinland-Pfalz fanden sich sehr traditionelle Vereinslandschaften, die durchgehend vom Mehrfachengagement der Einwohner_innen geprägt waren. Da diese Personen in aller Regel schon mit ihrem bestehenden Engagement ausgelastet waren, fiel es etablierten Vereinen schwer, neue Mitglieder zu rekrutieren. Gleiches gilt für die Bewältigung demografischer Herausforderungen. Auch da fehlte es den Bewohner_innen an der Möglichkeit, sich noch stärker zu engagieren. Dementsprechend gingen Bewältigungsversuche von den kommunalpolitischen Akteur_innen vor Ort aus. Im sachsen-anhaltinischen Dorf konnte sich dagegen gerade aufgrund des Potenzials an bisher nicht so stark engagierten Einwohner_innen eine neue Initiative gründen, die sich gegen die Schulschließung einsetzte.

Die Bewältigung demografischer Herausforderungen durch zivilgesellschaftliche Akteur_innen, wie in Rheinland-Pfalz bei der Neuausrichtung einiger Vereine oder in Sachsen-Anhalt bei der Organisation des Protests gegen die Schulschließung, ging von ganz bestimmten Personengruppen aus. Initiativ waren in beiden Fällen entweder Zugezogene mit einem städtischen Kontext oder jüngere Erwerbstätige (häufig mit Hochschulabschluss).

Traditionelle Formen bürgerschaftlichen Engagements sind in aller Regel in Vereinen organisiert.

Das Tätigkeitsspektrum von Vereinen im ländlichen Raum folgt meistens einem bestimmten zeitlichen Zyklus: So werden Feste jährlich gefeiert, Spenden halbjährlich gesammelt und Sportveranstaltungen finden etwa im Zweimonatsrhythmus statt. Solch traditionelles Engagement wird auch als Form des „alten Ehrenamts“ bezeichnet (Braun 2008). Gerade jedoch die Bürgerinitiative in Sachsen-Anhalt verdeutlicht, dass Innovationen bzw. Lösungen für bestimmte soziale Probleme, Krisen bzw. Herausforderungen durch projektförmiges Engagement entwickelt werden können. Problemfokussierung, zeitliche Begrenzung und eine gewisse (Semi-)Professionalität zeichnen das aus, was man als „neues Ehrenamt“ versteht (Braun 2008). „Das ‚neue‘ bürgerschaftliche Engagement lebt davon, eigene Themen zu benennen und selbstbestimmte Wege zur Lösung von Problemen zu entwickeln. Das gilt im ländlichen wie im städtischen Raum“ (Koch 2011: 35). Formen des Umgangs mit demografischen Herausforderungen gehen von zivilgesellschaftlichen Akteur_innen vor allem dann aus, wenn sie aus Strukturen des neuen Engagements entstehen können, da diese flexibel und offen genug sind. Das Beispiel der Bürgerinitiative in Sachsen-Anhalt, die mit einem bestehenden Verein fusionierte, zeigt zugleich, wie sich solche neuen Formen des Engagements wieder in die etablierten Formen des Engagements transformieren, also vereinsförmig organisiert und strukturiert werden. Die Besonderheit des so entstandenen Vereins ist dann, dass das partikulare Interesse des Vereins bei der Bewältigung bestimmter lokaler Herausforderungen liegt (Schubert 2018).


Fazit

Im Zentrum des Beitrags stand die Beschreibung von Strukturen zivilgesellschaftlichen Engagements sowie ihrer Veränderung durch Umgangsweisen mit den Folgen des demografischen Wandels. So wurde am Beispiel einer sachsen-anhaltinischen Gemeinde gezeigt, wie durch Formen des Protests auf den Abbau von Bildungsinfrastruktur projekt- und initiativenförmige Strukturen des Engagements entstehen und wie diese im Laufe der Zeit in die bestehenden Institutionen des Engagements integriert werden. Der bayerische Fall in einer Gemeinde, in der es kaum noch Ressourcen für zusätzliches Engagement gibt, beschreibt, wie durch die Initiative und Moderation einzelner kommunalpolitischer Akteur_innen neue Strukturen des Engagements entstehen. Schließlich wurde anhand der Gemeinde aus Rheinland-Pfalz verdeutlicht, wie in Vereinen auf die Herausforderungen des demografischen Wandels durch Kooperationen mit ähnlichen Vereinen aus anderen Orten reagiert werden kann. Insgesamt deuten die drei Fallstudien auf ein ambivalentes Verhältnis zwischen (1.) den Anforderungen an zivilgesellschaftliches Engagement im ländlichen Raum, (2.) den dazu verfügbaren lokalen Strukturen des Engagements und ihrer Einbettung in kommunalpolitische Strukturen und Verwaltungsstrukturen sowie (3.) den Möglichkeiten der Engagierten für einen Umgang mit demografischen Krisen hin.

Formen des Umgangs mit demografischen Herausforderungen gehen von zivilgesellschaftlichen Akteur_innen vor allem dann aus, wenn sie aus Strukturen des neuen Engagements entstehen können, da diese flexibel und offen genug sind.

Ambivalent an diesem Verhältnis ist: Den politischen Appellen an zivilgesellschaftliches Engagement kann zum einen oft schon daher nicht entsprochen werden, weil in den Vereinen der Orte kaum (strukturelle) Möglichkeiten bestehen, sich für neue Aufgaben zu engagieren und oft auch kommunale Verwaltungsstrukturen nicht flexibel genug sind, um in einzelnen Orten individuelle Handlungsspielräume zuzulassen (Baade et al. 2007: 80, Schubert 2018). Zum anderen können demografische Krisen jedoch Reformen der Strukturen des Engagements auslösen, neue Personen zum Engagement motivieren und so das Engagement in den Dörfern stärken. Unberührt davon bleibt aber, dass eine tatsächliche Bewältigung demografischer Herausforderungen jenseits der Reorganisation des eigenen Vereins kaum gelingt und eine Auslagerung staatlicher Aufgaben in die Zivilgesellschaft als höchst problematisch empfunden werden muss.

Demografische Krisen können Reformen der Strukturen des Engagements auslösen, neue Personen zum Engagement motivieren und so das Engagement in den Dörfern stärken.



Christoph Schubert (M. A.) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Soziologie der Bildung am Institut für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Soziologie ländlicher Räume, der Umgang mit demografischen Veränderungen sowie Bildungs- und Hochschulforschung.

Literatur

- Baade, Kristina et al. (2007): Daseinsvorsorge im peripheren ländlichen Raum – am Beispiel der Gemeinde Galenbeck. Online: <https://docplayer.org/228913-Daseinsvorsorge-im-peripheren-laendlichen-raum-am-beispiel-der-gemeinde-galenbeck-laendliche-entwicklung-in-mecklenburg-vorpommern.html> [16.01.2019].
- Barlösius, Eva/Neu, Claudia (2007): „Gleichwertigkeit – Ade?“. Die Demographisierung und Peripherisierung entlegener ländlicher Räume. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 37, Heft 1, S. 77–92.
- Barlösius, Eva/Zimmermann, Clemens (2013): Demografischer Wandel in ländlichen Gesellschaften - Geschichte, Gegenwart und Zukunft. In: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, 61, Heft 1, S. 8–12.
- Beetz, Stephan (2011): Demographic, economic and institutional shrinkage - from the perspective of rural areas in Germany. In: Coulmas, Florian/Lützel, Ralph [Hrsg.]: Imploding populations in Japan and Germany. A comparison. Brill: Leiden, S. 461–472.
- Braun, Sebastian (2008): Vom „alten“ zum „neuen“ Ehrenamt, Anmerkungen zum freiwilligen Engagement. BBE-Newsletter 13/2008. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE): Berlin.
- Bundesregierung (Hrsg.) (2010): Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung. Berlin. Online: <https://>

- www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/10/Nationale%20Engagementstrategie_10-10-06.pdf [09.03.2019].
- Gensicke, Thomas/Geiss, Sabine (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Berlin.
- Hameister, Nicole/Tesch-Römer, Clemens (2017): Landkreise und kreisfreie Städte: Regionale Unterschiede im freiwilligen Engagement. In: Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens [Hrsg.]: *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*. Springer VS: Wiesbaden, S. 549–571.
- Jauch, Dieter (1980): Die Wandlungen des Vereinslebens in ländlichen Gemeinden Südwestdeutschlands. In: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie*, 28, Heft 1, S. 48–77.
- Kausmann, Corinna/Simonson, Julia (2017): Freiwilliges Engagement in Ost- und Westdeutschland sowie den 16 Ländern. In: Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens [Hrsg.]: *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*. Springer VS: Wiesbaden, S. 573–600.
- Klie, Thomas (2013): *Freiwilliges Engagement im ländlichen Raum*. Thesen. Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung: Freiburg. Online: <http://www.zze-freiburg.de/assets/pdf/EngagementimLändlichenRaum.pdf> [09.03.2019].
- Koch, Claudia (2011): Der Einfluss von Rahmenbedingungen auf bürgerschaftliches Engagement - Erfahrungen aus Planungsprozessen und neuen Engagementstrukturen in Hessen. In: Schmied, Doris/Born, Karl M./Bombeck, Henning [Hrsg.]: *Aktive Dorfgemeinschaften. Partizipation und Bürgergesellschaft*. Cuvillier: Göttingen, S. 33–46.
- Maretzke, Steffen/Weiß, Wolfgang (2009): Demografische Herausforderungen Ländlichster Räume. In: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)/Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) [Hrsg.]: *Ländliche Räume im demografischen Wandel*. BBSR-Online-Publikation 34/2009 Berlin, S. 33–44.
- Neu, Claudia (2011): Daseinsvorsorge und Bürgerpartizipation. In: *Geographische Rundschau*, 63, Heft 2, S. 44–50.
- Neu, Claudia (2014): Ländliche Räume und Daseinsvorsorge – Bürgerschaftliches Engagement und Selbstaktivierung. In: Dünkel, Frieder/ Herbst, Michael/ Schlegel, Thomas [Hrsg.]: *Think Rural! Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge*. Springer VS: Wiesbaden, S. 117–124.
- Olk, Thomas/Gensicke, Thomas (2014): *Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Stand und Perspektiven*. Springer VS: Wiesbaden.
- Schlömer, Claus/Spangenberg, Martin (2009): Städtisch und ländlich geprägte Räume: Gemeinsamkeiten und Gegensätze. In: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)/Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) [Hrsg.]: *Ländliche Räume im demografischen Wandel*. BBSR-Online-Publikation 34/2009 Berlin, S. 17–32.
- Schubert, Christoph (2018): Soziale Innovationen im ländlichen Raum. In: Franz, Hans-Werner/Kaletka, Christoph [Hrsg.]: *Soziale Innovationen lokal gestalten*. Springer VS: Wiesbaden, S. 367–383.
- Steinführer, Annett (2015): Bürger in der Verantwortung. Veränderte Akteursrollen in der Bereitstellung ländlicher Daseinsvorsorge. In: *Raumforschung und Raumordnung*, 73, Heft 1, S. 5–16.
- Vogel, Claudia/Hagen, Christine/Simonson, Julia/Tesch-Römer, Clemens (2017): Freiwilliges Engagement und öffentliche gemeinschaftliche Aktivität. In: Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens [Hrsg.]: *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*. Springer VS: Wiesbaden, S. 91–151.



Projektvorstellung

Modellprojekt

„MUT – Interventionen“: rassismuskritische pädagogische Arbeit im ländlichen Lokalraum

Der Projektansatz: Interventionen an Lebenswelterzählungen

Das Modellprojekt „MUT – Interventionen. Geschlechterreflektierende Prävention gegen Rassismus im Gemeinwesen“ der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e.V. (AGJF) unterstützt Jugendarbeiter*innen, lokalraumspezifische Konzepte zur Auseinandersetzung mit rassistischen Ablehnungshaltungen bei Jugendlichen zu entwickeln. Es setzt an den lebensweltlichen Erzählungen der Jugendlichen an und folgt der Erkenntnis, dass gesellschaftliche Großkonflikte stets einen konkreten Niederschlag im Lokalraum finden. Lokalraum kann damit als konkrete Gesellschaft einer Region gefasst werden, d. h. als Raum, in dem sich gesellschaftliche Strukturen und Dynamiken unmittelbar im Alltag der Menschen auswirken.

„MUT – Interventionen“ zielt auf strategische Demokratiebildung in der Jugendarbeit, die als demokratischer Erlebnis- und Entdeckungsraum verstanden wird. Im Sinne eines lebensweltorientierten Ansatzes (Thiersch 2014) sucht das Projekt nach Alltagserzählungen, um regional agierende Teams und Träger der Regelstrukturen zu Interventionsstrategien zu beraten. Anhand qualitativer Befragungen von Fachkräften und der Reflexion der Gespräche in Beratungen wird ein tieferes Verständnis von Alltagsthemen und -dynamiken vor Ort ermöglicht. Interviews mit Jugendlichen sollen Einblicke in die alltäglichen lokalräumlichen Logiken für rassistische Ablehnungshaltungen, Positionierungen und entsprechendes Handeln bringen (vgl. Dietrich 2018).

Analyseinstrument: dokumentierte Fachgespräche

Um den professionellen Handlungsraum gemeinsam zu ergründen und für einen Beratungsprozess aufzufächern, wurden leitfadengestützte Gruppeninterviews mit Fachkräften an drei beteiligten Modellstandorten geführt. Diese machen Fach- und Feldwissen der Fachkräfte sichtbar und lassen Ableitungen für mögliche Beratungsthemen zu. Themenkomplexe waren u. a. die politische

Situation vor Ort, lokalräumliche „Eigenheiten“ und der Blick auf die Praxis mit den jeweiligen Adressat*innen. Die Methode erwies sich für den Auftakt der Beratungsprozesse als sinnvoll. Es wurde ein facettenreiches Bild der Lokalgesellschaft und der regionalen Identitäten gezeichnet. Diese umfassten u. a. die Aufmerksamkeit für aktuelle wie vorangegangene Migrationsdynamiken und

damit zusammenhängende Konflikte, regional verankerte Bilder als traditionell eigensinnige Bevölkerung und die Adaption widerständiger Praxen (etwa Traktorblockaden) gegen die Ankunft geflüchteter Menschen. Neben gemeinwesenbezogenen Faktoren ist das pädagogische Feld gerahmt durch Institutionen des Aufwachsens, wie Schule und Elternhaus. Hier werden kaum demokratische Erfahrungen ermöglicht, teilweise gar dezidiert rassistische Haltungen vorgelebt. Jugendarbeit fällt daher eine Sonderrolle zu, indem sie kontrastierende, demokratische Explorationsräume und -gelegenheiten anbietet. Sie bringt Rassismus in Diskussion, macht in Äußerungen, Aktionen und den eigenen Räumen Solidarität sichtbar und hält jugendgemäße Möglichkeiten der Beteiligung vor.

Das Projekt erprobt mit den Teilnehmenden erzählungsbezogene Ansätze, um weiteren Einblick in die Alltagswelten junger Menschen zu erhalten. Ziel ist es zu erfahren, wo und wieso Rassismus für sie funktional ist, um dann alltägliche, niedrigschwellige, demokratische Äquivalente anzubieten.

Es war für Fachkräfte eine besondere Situation, ihre Expertise gemeinsam, fokussiert und moderiert zusammenzutragen. Anschließend konnten die Auswertung und Weiterarbeit an Beispielen Gesprächsdynamiken und immanentes Wissen zugänglich machen. Entsprechende Interviews eignen sich damit grundlegend – im Sinne von dokumentierten Fachgesprächen – als Methode zur Teamentwicklung im Themenfeld. Das Projekt erprobt mit den Teilnehmenden erzählungsbezogene Ansätze, um weiteren Einblick in die Alltagswelten junger Menschen zu erhalten. Ziel ist es zu erfahren, wo und wieso Rassismus für sie funktional ist, um dann alltägliche, niedrigschwellige, demokratische Äquivalente anzubieten.

Verwendete Literatur

Dietrich, Kai (2018): Umgang mit Ablehnungshaltungen in der Jugendarbeit. Wissen schafft Demokratie, 3, 135-148.

Thiersch, Hans (2014): Lebensweltorientierte Soziale Arbeit: Aufgaben der Praxis im sozialen Wandel. Beltz: Weinheim.

Kai Dietrich: Projektkoordination

AGJF Sachsen e.V. | Neefestraße 82 | 09119 Chemnitz

E-Mail: dietrich@agjf-sachsen.de

Dr. Nils Schuhmacher: Lehrbeauftragter Universität Hamburg

Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften | Fachbereich

Sozialwissenschaften | Allende-Platz 1 | 20146 Hamburg

E-Mail: nils.schuhmacher@uni-hamburg.de

Website: <https://www.agjf-sachsen.de/mut-interventionen.html>



ANDREA NACHTIGALL, JANINE DIECKMANN
& AXEL SALHEISER

**„NEBEN UNWISSEN ÜBER
LSBTIQ* SIND VOR
ALLEM INDIFFERENZ
UND IGNORANZ
ENTSCHEIDENDE
FAKTOREN FÜR DIE
AUFRECHTERHALTUNG
INSTITUTIONELLER
HETERONORMATIVITÄT.“**

LSBTTIQ* in der Thüringer Verwaltung – (k)ein Thema?

Ergebnisse einer Befragung der Gleichstellungsbeauftragten, Standesämter und Kommunen

Die Sensibilität und das Verweisungswissen von Thüringer Verwaltungsangestellten bezüglich der spezifischen Anliegen und Bedarfe von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Trans Gender sowie intergeschlechtlichen und queeren Menschen (LSBTTIQ*) sind bisher weitestgehend unerforscht. Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Marginalisierung dieser Personengruppen und anlässlich der Etablierung des Thüringer Landesprogramms für Akzeptanz und Vielfalt wurden 2017 in einer ersten explorativen Studie Gleichstellungsbeauftragte, Landratsämter, selbstständige Kommunen, Verwaltungsgemeinschaften sowie Standesämter im Freistaat Thüringen befragt. Der Beitrag stellt zentrale Ergebnisse dieser Befragung vor.

Einleitung

Der öffentlichen Auseinandersetzung mit Homo-, Bi-, Trans*- und Inter*phobie – also der Ablehnung und Feindlichkeit gegenüber Menschen, die sich nicht eindeutig in „männlich“ oder „weiblich“ einordnen lassen, deren Geschlechtsidentität nicht mit dem bei Geburt zugewiesenen Geschlecht übereinstimmt und/oder die nicht heterosexuell leben, kommt in Thüringen eine untergeordnete Rolle zu. Doch auch LSBTTIQ*¹ selbst sind in der Thüringer Öffentlichkeit mit ihren Erfahrungen unterrepräsentiert.

LSBTTIQ* selbst sind in der Thüringer Öffentlichkeit mit ihren Erfahrungen unterrepräsentiert.

Thüringen ist ein größtenteils ländlich geprägtes Bundesland. Mit Erfurt, Jena und Gera besitzt Thüringen nur drei Städte mit mehr als 100.000 Einwohner*innen. Die überwiegende Mehrheit der

¹ Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender, intergeschlechtliche und queere Menschen. Das Sternchen verweist auf weitere nicht-heteronormative Identitäten und Lebensweisen, die mit dem international gebräuchlichen Akronym LGBTI bzw. LSBTI nicht explizit erfasst werden.

Thüringer Bevölkerung lebt in Dörfern, in Klein- und Mittelstädten. In den drei Großstädten und im nahe gelegenen Weimar finden LSBTTIQ* einige Anlaufstellen in den Bereichen Kultur, Beratung und Gesundheit. In anderen Teilen Thüringens, insbesondere im ländlichen Raum, fehlen solche Unterstützungs-, Vernetzungs- und Beratungsstrukturen. Die Lebenssituation von LSBTTIQ* ist vielerorts durch Unsichtbarkeit und *Unsichtbarmachung* in einer heteronormativ² geprägten Gesellschaft gekennzeichnet. Dafür gibt es vielfältige Gründe, z. B. erschwert die allgegenwärtige Gefahr von Abwertung, Ausgrenzung und Diskriminierung ein öffentliches Coming-out. Es mangelt an Schutzräumen, Treffpunkten, Anlaufstellen und Unterstützungsmöglichkeiten für LSBTTIQ*, insbesondere für Kinder und Jugendliche.

Die Alltagserfahrungen nicht-heteronormativ lebender Menschen sowie die strukturellen, sozialen und kulturellen Kontexte des Lebens von LSBTTIQ* in Thüringen sind bisher weitgehend unerforscht. Ein Kenntnisdefizit besteht bezüglich der strukturellen Bedingungen, die in Thüringen, vor allem in den ländlichen Regionen, das Leben von LSBTTIQ* rahmen. Erstens gibt es bisher keine Dokumentation der auf regionalen und kommunalen Ebenen bestehenden Informations-, Beratungs-, Betreuungs- und Hilfsangebote. Hier wäre u. a. eine Klärung der formalen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten bezüglich LSBTTIQ*-spezifischer Bedarfe und Problemlagen notwendig (z. B. Ansprechpartner*innen bei Diskriminierung, Instanzen der Durchsetzung von Gleichbehandlung, Präventionsmaßnahmen). Zweitens ist zu klären, inwieweit a) LSBTTIQ*-spezifisches Wissen und b) die Sensibilität für LSBTTIQ*-bezogene Thematiken (z. B. Eheschließungen, Personenstandsänderungen, Ausstellung von Geburtsurkunden, aber auch allgemeines Wissen zu Lebenswelten, Coming-out- und Diskriminierungserfahrungen von LSBTTIQ*) institutionell verankert sind, welche Praktiken und Handlungsroutinen bei der Bearbeitung von LSBTTIQ*-Thematiken Anwendung finden und c) worin ggf. Handlungsrestriktionen, Bedarfe und Konfliktpotenziale bestehen.

Die Lebenssituation von LSBTTIQ* ist vielerorts durch Unsichtbarkeit und Unsichtbarmachung in einer heteronormativ geprägten Gesellschaft gekennzeichnet.

Deshalb wurden Ende 2017 alle Gleichstellungsbeauftragten, Landratsämter, selbstständige Kommunen bzw. Verwaltungsgemeinschaften sowie Standesämter im Freistaat Thüringen angeschrieben und um die Teilnahme an einer Befragung gebeten.³ Ziel war eine Exploration und Dokumentation der strukturellen Kontexte auf regionaler und kommunaler Ebene. Zentrale Ergebnisse der Studie werden im Folgenden vorgestellt. Vorangestellt werden allgemeine empirische Befunde zur Situation und zu Diskriminierungserfahrungen von LSBTTIQ* in Deutschland und Thüringen.

² Heteronormativität bezeichnet die gesellschaftlich vorherrschende Geschlechterordnung, in der ein binäres Zwei-Geschlechter-Modell sowie Heterosexualität als „Normalität“ gelten. Alle davon abweichenden Lebensrealitäten werden als erklärungsbedürftig, als Abweichung oder gar als psychische Störung deklariert.

³ Neben den Autor*innen des Beitrags gehörte auch Melanie Schulz zum Forschungsteam. Die Studie wurde von der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld gefördert.

Diskriminierungserfahrungen von LSBTTIQ* in Deutschland und Thüringen

Diverse Studien zeigen, dass die Lebensrealitäten vieler LSBTTIQ* in Deutschland durch Diskriminierungs- bzw. Exklusionserfahrungen und mangelnde gesellschaftliche Teilhabe geprägt sind (z. B. Franzen/Sauer 2010, Gregor 2015, Krell/Oldemeier 2015, Focks/Nachtigall 2017). Auch wenn sich die Lebensrealitäten, Bedarfe und Bedürfnisse von LSBTTIQ* teils gravierend voneinander unterscheiden, liegen Gemeinsamkeiten in ihren Erfahrungen alltäglicher Diskriminierung und Benachteiligung in einer heteronormativ geprägten Gesellschaft. Diese Erfahrungen reichen von Herabwürdigung und Ausgrenzung bis zu körperlicher Gewalt. Aber auch Desinteresse und Ignoranz gegenüber den Belangen von LSBTTIQ* prägen den Alltag. Eine repräsentative Umfrage zeigte, dass zwar 81 % aller Deutschen wahrnehmen, dass Homosexuelle und Bisexuelle in Deutschland diskriminiert werden. Allerdings meinten auch 44 %, dass Homosexuelle „nicht so einen Wirbel um ihre Sexualität“ machen sollten. Für 26 % der Befragten nimmt das Thema Homosexualität zu viel Raum in den Medien ein (ADS Bund 2017a).

Auch wenn sich die Lebensrealitäten, Bedarfe und Bedürfnisse von LSBTTIQ* teils gravierend voneinander unterscheiden, liegen Gemeinsamkeiten in ihren Erfahrungen alltäglicher Diskriminierung und Benachteiligung in einer heteronormativ geprägten Gesellschaft.

Trans*, Inter* und genderqueere Menschen, die sich mit ihrem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht nicht oder nicht vollständig identifizieren und/oder deren körperliches Geschlecht nicht eindeutig der Zwei-Geschlechter-Ordnung entspricht, erleben im Alltag spezifische Schwierigkeiten und Belastungssituationen bis hin zu Pathologisierung⁴ und struktureller Diskriminierung – auch durch Institutionen des Hilfesystems (Focks 2014, Wolf 2013). Dies gilt besonders für trans* und inter* Kinder und Jugendliche bzw. junge Erwachsene, für die es kaum Unterstützungsangebote gibt (Sauer/Meyer 2016: 5, Bochert/Focks/Nachtigall 2018). Insbesondere die Pathologisierung und medizinische Zwangs-„Normalisierung“ intergeschlechtlicher Körper erfahren Betroffene oftmals als sehr gewaltsam (Ghattas 2013: 19ff).

Laut einer Studie des Deutschen Jugendinstituts gaben 82 % der befragten lesbischen, schwulen, bisexuellen und trans* Jugendlichen an, mindestens einmal in ihrem Leben Diskriminierung aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität erlebt zu haben, wobei trans* Jugendliche noch häufiger betroffen sind (Krell/Oldemeier 2015). Diese Diskriminierungserfahrungen können schwerwiegende psychosoziale Folgen haben. Besonders alarmierend ist der Befund eines stark erhöhten Suizidrisikos von LSBT*-Jugendlichen im Vergleich zu cisgeschlechtlichen⁵ bzw. heterosexuellen Jugendlichen (Kugler/Nordt 2015: 209).

⁴ Pathologisierung meint die (einer medizinischen Logik folgende) Einordnung als physische oder psychische „Krankheit“ oder „Störung“, wie z. B. Transsexualität im ICD-10.

⁵ „Cis“ wird als Vorsilbe im Gegensatz zu „Trans“ verwendet, gemeint sind Menschen, die sich mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen zur Geburt zugewiesen wurde.

Dass Diskriminierung von LSBTTIQ* auch ein Thema in Thüringen ist, zeigen die Zahlen einer Betroffenenbefragung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS Bund 2017b): Von den 292 Befragten aus Thüringen berichteten 24 %, dass sie aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer Geschlechtsidentität diskriminiert wurden. Von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung berichteten 13 %. In einer Online-Befragung in Thüringen zeigte sich, dass Geschlecht und sexuelle Orientierung zu den häufigsten Merkmalen gehören, aufgrund derer die Teilnehmenden Diskriminierung erlebt haben (n=167). In der Studie konnte nachgewiesen werden, dass erlebte (Mehrfach-)Diskriminierung mit der Beeinträchtigung des psychischen Wohlbefindens und der Gesundheit der Betroffenen zusammenhängt sowie das Sicherheitsgefühl in Thüringen und das Vertrauen in Politik, Justiz und Polizei mindert (Dieckmann/Geschke/Braune 2017). Eine weitere Datenerhebung in Thüringen zu Erfahrungen von LSBTTIQ* hat 2017 der Verein „Vielfalt Leben – QueerWeg e. V. für Thüringen“⁶ durchgeführt. Die Ergebnisse der Befragung belegen ebenfalls die zahlreichen Diskriminierungserfahrungen von LSBTTIQ* in Thüringen. So gaben 47 % der insgesamt 421 befragten LSBTTIQ* an (Durchschnittsalter 24 Jahre), mindestens einmal oder öfter in den letzten zwölf Monaten Opfer von Diskriminierung geworden zu sein. Häufig wurde vor allem von jüngeren Befragten das Erleben von Beleidigungen und Mobbing benannt. LSBTTIQ* äußerten eine signifikant niedrigere Lebenszufriedenheit als mitbefragte Nicht-LSBTTIQ* (heterosexuelle Cis-Frauen und Cis-Männer). Auch zeigte sich, dass kaum Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für LSBTTIQ* in Thüringen bekannt sind oder in Anspruch genommen werden.

47 % der insgesamt 421 befragten LSBTTIQ* in Thüringen gaben an, mindestens einmal oder öfter in den letzten zwölf Monaten Opfer von Diskriminierung geworden zu sein.

Situations- und Bedarfsanalyse in der Thüringer Verwaltung

Um die Sensibilisierung für die LSBTTIQ*-Thematik, die Erfahrungen sowie entsprechendes Kontext-, Handlungs- und Verweisungswissen in den kommunalen und regionalen Verwaltungen in Thüringen zu untersuchen, wurde im November und Dezember 2017 eine standardisierte Befragung durchgeführt.⁷ Dazu wurden drei Untersuchungsgruppen ausgewählt:

- **Gleichstellungsbeauftragte:** Ihr Aufgabenbereich im Freistaat Thüringen wird durch das Thüringer Gleichstellungsgesetz festgelegt und fokussiert damit das traditionelle Verständnis der Gleichstellung von Frau und Mann. In der Realität wird Gleichstellungsbeauftragten jedoch oft auch die Verantwortung und das Wissen für alle Themen, die Geschlecht, Gender und Gleichstellung betreffen, zugeschrieben.
- **Standesbeamt*innen** wurden befragt, da Verwaltungsakte bezüglich der Änderung des Personenstandes, der Eheschließung und der Adoption in ihre Zuständigkeit fallen.

⁶ Ergebnisse abrufbar unter: <https://www.queerweg.de/projekte/forschung/csd-befragung> [30.05.2019].

⁷ Das Forschungsprojekt wurde partizipativ und communitybasiert entwickelt (vgl. von Unger 2014). Zum Forschungsbericht: <https://www.idz-jena.de/forschungsprojekte/situations-und-bedarfsanalyse-des-beratungsangebots-fuer-lsbttiq-in-thueringen/> [21.03.19].

- Als dritte Untersuchungsgruppe wurden **Verwaltungsangestellte** in allen Gebietskörperschaften Thüringens befragt. Kommunale Behörden haben u. a. die Aufgabe, die soziale Infrastruktur aufrechtzuerhalten, dienen Bürger*innen als Ansprechpersonen für ihre Anliegen und sollten sich mit den Strukturen vor Ort auskennen.

Die Befragung wurde schriftlich per Post (mittels Papierfragebogen) und als Online-Survey (mit einer Einladung zur Teilnahme per E-Mail) durchgeführt. Zu Beginn der Befragung wurden alle Untersuchungsgruppen nach Berührungspunkten mit LSBTTIQ*-Themen in ihrer Arbeit gefragt. Spezifiziert auf die letzten drei Jahre wurden anschließend alle Untersuchungsgruppen je nach Aufgabengebiet zu Inhalten möglicher Beratungsfälle und deren Häufigkeit befragt (z. B. Standesbeamte*innen nach Schließungen Eingetragener Partnerschaften oder Personenstandsänderungen, Gleichstellungsbeauftragte nach Beratungs- bzw. Diskriminierungsfällen mit LSBTTIQ*-Spezifik). Außerdem wurden die Teilnehmenden zur Einschätzung ihrer eigenen fachlichen Sicherheit im Umgang mit LSBTTIQ*, zur diesbezüglichen Kompetenz ihrer Einrichtung und zu internen Maßnahmen, die zur Förderung von Vielfalt und Toleranz dienen, befragt. Des Weiteren wurden ihr Verweisungswissen für Beratungsangebote, Initiativen und Projekte für LSBTTIQ*-Personen⁸ und ihr Interesse an Weiterbildungen erfasst.

Immerhin 14 der 25 Standesämter (56 %) verfügen aber über entsprechende Erfahrungen, die vor allem im Zusammenhang mit der Eingetragenen Lebenspartnerschaft bzw. der sogenannten „Ehe für Alle“ stehen.

Aus der niedrigen Rücklaufquote von 20 %⁹ wird ersichtlich, dass mit den Ergebnissen kein Anspruch auf Repräsentativität erhoben werden kann und die Befragung keine umfassende, flächendeckende Angebots- und Bedarfsanalyse ersetzt. Es lässt sich aber ein aufschlussreiches Stimmungsbild zeichnen.

Berührung mit LSBTTIQ*-Themen

Die Frage, ob die Befragten im Kontext ihrer Arbeit mit LSBTTIQ*-Themen in Berührung gekommen seien (z. B. durch konkrete Verwaltungsakte bzw. Beratungsfälle, Weiterbildungen, Gespräche mit Kolleg*innen), wurde von 34 der 45 Kommunen (76 %) und 7 der 13 Gleichstellungsbeauftragten (54 %) verneint. Jedoch verneinten nur 9 von 25 Standesämtern (36 %) die Aussage. Die Begleitung und Bearbeitung konkreter Fälle mit Bezug zur LSBTTIQ*-Thematik in den letzten drei Jahren wurde im Bereich der kommunalen Verwaltungen nur selten (16 %) angegeben. Nur eine einzige Gleichstellungsbeauftragte berichtete konkrete Fälle. Immerhin 14 der 25 Standesämter (56 %) verfügen aber über entsprechende Erfahrungen, die vor allem im Zusammenhang mit der Eingetragenen

⁸ Die Differenzierung bzw. Unterschiede zwischen den verschiedenen Belangen und Bedarfen der einzelnen Gruppen – Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter*, Queers und anderen – wurden nicht weiter erfasst, da es sich um eine erste Bestandsaufnahme mit Überblickscharakter handelte.

⁹ An der Befragung nahmen 13 von 51 Gleichstellungsbeauftragten (20 %), 4 von 23 Landratsämtern (inkl. 1 von 6 kreisfreien Städten) sowie 45 von insgesamt 242 Thüringer Kommunen teil, davon 22 gemeinschaftsfreie Gemeinden, 17 Verwaltungsgemeinschaften und 6 erfüllende Gemeinden (19 %). Außerdem erhielten wir Antwort von 27 von 151 angeschriebenen Standesämtern (18 %).

Lebenspartnerschaft bzw. der sogenannten „Ehe für Alle“ stehen. Dass die Sensibilität für die LSBTTIQ*-Thematik von konkreten Erfahrungen abhängt, deutet sich in den Anmerkungen einiger Befragter an: Vereinzelt wurden zwar konkrete Beratungsfälle geschildert, häufiger waren jedoch Einschätzungen, mit denen pauschal angezweifelt wurde, dass sich Bürger*innen mit spezifischen LSBTTIQ*-Anliegen an ihre kommunale Verwaltung wenden würden. Punktuell wurde über den Gegenstand der Befragung auch von „Unsinn“ oder „Realitätsferne“ gesprochen. Eine befragte Person schrieb: „Bei uns ‚auf dem Land‘ wird das Thema auch von mir bekannten LSBTTIQ*-Personen bewusst nicht so dramatisiert.“

In einem anderen Fall wurde explizit auf den Gleichbehandlungsgrundsatz verwiesen, der es geböte, der Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung keine Beachtung zu schenken: Diese würden in Daten der Institution „nicht erhoben“ und spielten „keine Rolle“, eine derartige „Fokussierung“ „wäre diskriminierend und stigmatisierend“. Es offenbart sich hier und in anderen vergleichbaren Äußerungen eine zwar „wohlmeinende“, aber nicht unproblematische *Rainbow Color Blindness*¹⁰, durch die spezielle Lebensbedingungen, Anliegen und Bedürfnisse nicht-heteronormativ lebender Menschen aufgrund vermeintlicher Gleichbehandlungsprinzipien marginalisiert werden.

Neben Unwissen über spezifische LSBTTIQ*-Anliegen sind vor allem Indifferenz und Ignoranz entscheidende Kontextfaktoren bzw. Ursachen für die Erzeugung oder Aufrechterhaltung struktureller und institutioneller Heteronormativität. *Gleichbehandlung* ist nicht gleichzusetzen mit Gleichberechtigung, wenn spezifische Belange und Bedürfnisse verschiedener gesellschaftlicher Gruppen nicht erfasst und damit übergangen werden (z. B. soziale Unterschiede in Bezug auf Geschlecht, sexuelle Orientierung, natio-ethno-kulturelle Zugehörigkeit, Behinderung, Alter). *Rainbow Color Blindness* zeigt sich schon in vermeintlichen Kleinigkeiten wie der korrekten Anrede, der Anerkennung und (verbalen) Sichtbarmachung vielfältiger Geschlechter, Familienformen und Sexualitäten an (z. B. in Formularen, Gesprächen). Gerade in Verwaltungsroutinen ist es eine große Herausforderung, Differenzsensibilität zu gewährleisten. Als Grundvoraussetzung für diese Differenzsensibilität fehlen in den Institutionen oftmals das Wissen über vielfältige Lebensweisen bzw. der Kontakt mit LSBTTIQ*-Themen.

Es offenbarte sich eine zwar „wohlmeinende“, aber nicht unproblematische Rainbow Color Blindness, durch die spezielle Lebensbedingungen und Bedürfnisse nicht-heteronormativ lebender Menschen aufgrund vermeintlicher Gleichbehandlungsprinzipien marginalisiert werden.

Spezifische LSBTTIQ*-Anliegen in den drei untersuchten Arbeitskontexten

Die *Gleichstellungsbeauftragten* wurden befragt, inwieweit sich LSBTTIQ* in den letzten drei Jahren mit spezifischen Anliegen an sie gewendet haben. Genannt wurden dabei dreimal „Fälle von Diskriminierung“, viermal „Hilfe bei der Durchsetzung von Gleichbehandlung“, dreimal die „Unterstützung und Information zu Verwaltungsvorschriften und Gesetzen“, viermal die „Informationen

¹⁰ Der Begriff „Color Blindness“ ist der sozialwissenschaftlichen Rassismuskforschung entlehnt (Richeson/Nussbaum 2004, Carr 2017).

über Projekte und Initiativen zu LSBTTIQ*-Themen“, zweimal die „Informationen und Aufklärung zum Inkrafttreten der ‚Ehe für Alle‘“ sowie fünfmal weitere Beratungssituationen.

Auch in den *Kommunen und Landratsämtern* sind Erfahrungen in Bezug auf beratungs- oder informationssuchende LSBTTIQ* auf Einzelfälle beschränkt. In keiner Gemeinde wurden „Informationen über Projekte und Initiativen zu LSBTTIQ*-Themen“ nachgefragt. Von der Seltenheit der Beratungsfälle lässt sich aber nicht auf mangelnden Bedarf schließen. Stattdessen ist relevant, wie sich die konkreten Informations- und Zugangsmöglichkeiten für LSBTTIQ* gestalten.

Die *Standesämter* wurden zu Erfahrungen mit LSBTTIQ* befragt, die sich aus ihren dienstlichen Aufgaben im Zusammenhang mit dem Familien- und Personenstandsrecht bzw. dem entsprechenden Verwaltungshandeln ergeben. 17 der 25 Standesämter (68 %) gaben an, in den letzten drei Jahren die Schließung Eingetragener Lebenspartnerschaften vorgenommen zu haben („oft“: zwei Standesämter). Neun Standesämter (36 %) benannten Fälle von Namensänderungen von LSBTTIQ*, zwei davon gaben an, diese seien „oft“ vorgekommen. Siebenmal wurde angegeben, dass Änderungen von Urkunden (z. B. Geburtsurkunden) vorgenommen wurden („oft“: eine Nennung). Fünfmal wurde angegeben, dass Anträge auf Freilassung des Geschlechts in Dokumenten bearbeitet wurden. Zehn Standesämter (40 %) gaben an, dass sie Eingetragene Lebenspartnerschaften in Ehen umgewandelt hätten. Zwei Standesämter berichteten, es habe Anfragen zur Volladoption durch LSBTTIQ* gegeben. Nur drei Standesämter gaben an, keinerlei Erfahrungen zu haben. 19 der 25 befragten Standesämter (76 %) gaben an, „sehr gut“ oder „gut“ auf die Umsetzung des am 1. Oktober 2017 in Kraft getretenen Gesetzes zur Einführung der „Ehe für alle“ vorbereitet zu sein.

Fachliche Sicherheit und Sensibilität für LSBTTIQ*-Themen

Ihre fachliche Sicherheit im Umgang mit LSBTTIQ*-Themen schätzten nur 43 % aller Befragten als „gut“ oder „sehr gut“ ein. 13 der 25 Befragten aus Standesämtern (52 %) fühlten sich im Umgang „eher sicher“ oder „sehr sicher“. Allerdings gaben 9 der 13 Gleichstellungsbeauftragten (69 %) an, „eher unsicher“ zu sein. Auf die Frage, wie die Kompetenz der eigenen Verwaltungseinrichtung in Bezug auf geschlechtliche Vielfalt eingeschätzt wird, wurde zwar vonseiten der Kommunen und Standesämter eine mehrheitlich positive Selbsteinschätzung vorgenommen. Dies kollidiert jedoch mit Angaben der Gleichstellungsbeauftragten, die aus ihrer fachlichen Perspektive die Kompetenz und Sensibilität von Thüringer Verwaltungsmitarbeitenden mehrheitlich negativ einschätzten (z. B.: „Es fehlt oftmals an Verständnis, Feingefühl und Takt.“). Dies lässt auf teils erhebliche Defizite und Entwicklungsbedarfe schließen. Bei einigen Interviewten aus dem Bereich der kommunalen Verwaltungen war eine Irritation erkennbar, überhaupt zur LSBTTIQ*-Thematik befragt zu werden. Teilweise wurde dies mit dem expliziten Verweis unterfüttert, dass es im eigenen Verantwortungsbereich (in der Gebietskörperschaft) keine LSBTTIQ* gebe (was faktisch angezweifelt werden darf). Summarisch ließ sich in den Äußerungen der Gleichstellungsbeauftragten die größte Sensibilität und Beratungsbereitschaft erkennen. Auch vonseiten der meisten befragten Kommunen, Landratsämter und Standesämter wurde zumindest eine prinzipielle Offenheit signalisiert.

Ihre fachliche Sicherheit im Umgang mit LSBTTIQ*-Themen schätzten nur 43 % aller Befragten als „gut“ oder „sehr gut“ ein.

Beratungs- und Verweisungswissen

Die Frage nach der Existenz von Ansprechpersonen innerhalb der eigenen Verwaltungsstruktur, an die sich die Befragten bei LSBTTIQ*-Themen wenden können, wurde mehrheitlich verneint. Lediglich in zwei der Kommunen, einem der Landratsämter und zwei der Standesämter sind Ansprechpersonen überhaupt bekannt. Am häufigsten wurde von den Befragten auf die Gleichstellungsbeauftragte und das Standesamt verwiesen. Knapp die Hälfte der befragten Gleichstellungsbeauftragten kannte keine Ansprechpersonen oder Informationsangebote.

Generell wollten wir wissen, ob den Befragten Beratungsangebote und Projekte für LSBTTIQ*-Personen in ihrer Kommune, in der Umgebung, online oder thüringenweit bekannt sind. Besonders bei Gleichstellungsbeauftragten, Kommunen und Standesämtern fiel das Antwortverhalten ernüchternd aus: Die überwiegende Mehrheit der Befragten (76 %) gab an, keinerlei Angebote zu kennen (Abb. 1).



Abb. 1: Bekanntheit von Beratungsangeboten, Initiativen und Projekten für LSBTTIQ* (Anzahl der Antworten)

Hier zeichnet sich das Problem ab, dass gerade im ländlichen Raum und in den Kleinstädten Thüringens tatsächlich keine Informations-, Beratungs- und Kontaktstrukturen für LSBTTIQ* bestehen. Dass offenbar selbst zentrale bzw. überregionale Anlaufstellen oftmals nicht bekannt sind (z. B. LSVD Thüringen, Vielfalt Leben – QueerWeg Verein für Thüringen e. V.), auf die Betroffene im Bedarfsfall verwiesen werden können, ist kritisch zu bewerten. Insgesamt ist zu konstatieren, dass diesbezüglich bei den Befragten große Ratlosigkeit bzw. Indifferenz bestand. So wurde mehrfach betont, dass es (bisher) keinen Bedarf dafür gegeben habe und erst Informationen dazu eingeholt werden müssten, falls es nötig werden sollte.

Interesse an Weiterbildung

Sämtliche Befragungsteilnehmende wurden gebeten, anzugeben, inwieweit sie schon einmal Fort- oder Weiterbildungsangebote zum Thema LSBTTIQ* in Anspruch genommen haben. Dass dies u. a. nur zwei der Gleichstellungsbeauftragten und zwei der befragten Standesbeamt*innen bejahten,

muss mit Hinblick auf die bisher diskutierten Befunde kritisch eingeschätzt werden. Auch in Kommunal- und Landratsverwaltungen wurden Fort- und Weiterbildungsangebote nur in Einzelfällen benannt. Oftmals schien hier ein persönliches Interesse an der Thematik ausschlaggebend zu sein. Auch deutet sich an, dass die meisten Gleichstellungsbeauftragten ihren Arbeitsauftrag und ihr Selbstverständnis im Wesentlichen vom traditionellen Konzept einer Frauenförderpolitik herleiten und daher nicht als Ansprechpartner*in für die spezifischen Belange von LSBTTIQ* agieren. Sie orientieren sich also bisher nicht am Ziel der Gleichstellung aller Geschlechter bzw. Geschlechtsidentitäten, sondern am traditionellen Verständnis der Frauenförderpolitik, wie es das Thüringer Gleichstellungsgesetz vertritt.

Relevant ist deshalb, inwieweit Interesse an Weiterbildungen zu LSBTTIQ*-Thematiken besteht. An dem durchaus erkennbaren Qualifizierungsbedarf (Abb. 2) sollte mit Schulungsangeboten angeschlossen werden.



Abb. 2: Interesse an Weiterbildungsangeboten zu LSBTTIQ*-Themen

Zusammenfassung

Die Studie liefert Hinweise auf ein erhebliches Informationsdefizit und eine beachtliche Diskrepanz zwischen der prinzipiellen Offenheit von Verwaltungsmitarbeitenden für LSBTTIQ*-Themen und einer tatsächlichen Auseinandersetzung, Sensibilisierung sowie ausreichenden Kenntnissen. Effektives Verweisungswissen ist offenbar in den wenigsten Fällen vorhanden. So erscheint die Beschäftigung mit spezifischen Belangen von LSBTTIQ* noch zu wenig von institutionalisiertem Wissen und strukturell implementierten Handlungsrouninen bestimmt. In der Praxis ergeben sich dadurch wesentliche Entwicklungspotenziale für die vielfalts- und diskriminierungssensible Aus- und Weiterbildung des Verwaltungspersonals. Es ist anzuerkennen, dass der Mehrheit der Befragten konkrete Erfahrungen bzgl. der LSBTTIQ*-Thematik fehlten und dass der Förderung von Vielfalt und Toleranz in den Thüringer Verwaltungen bisher generell noch zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt

wird. Besonders die Unkenntnis von Zuständigkeiten und Strukturen der Beratung und Betreuung von LSBTTIQ* stellen eine große Herausforderung dar.

Unsere Befunde lassen nur in wenigen Fällen auf Desinteresse und eine gewisse Abwehr gegenüber spezifischen LSBTTIQ*-Belangen schließen. Sie lassen sich aufgrund des typischen expliziten Verweises auf eine vermeintliche ‚Irrelevanz‘ oder ‚prinzipielle Gleichbehandlung‘ eher als heteronormative *Rainbow Color-Blindness* interpretieren anstatt als *institutionalisierte Homo- und Trans*feindlichkeit*. Es ist jedoch festzuhalten, dass „wohlmeinende Gleichmachung“ das Risiko birgt, demokratische Grundprinzipien wie die der Antidiskriminierung und der wertschätzenden Anerkennung von Vielfalt durch die Unterlassung aktiver Förderungsmaßnahmen zu missachten. Sinnvolle und notwendige Fördermaßnahmen sind die Ernennung von Ansprechpersonen sowie Beauftragten für LSBTTIQ*, die Einführung eines effektiven Beschwerdemanagements, die Herausgabe von Broschüren und Flyern, die in den Einrichtungen ausliegen und über Rechtsgrundlagen, Beratungsmöglichkeiten etc. informieren, die Erarbeitung vielfaltsbejahender Organisationsleitbilder und eindeutiger Richtlinien zu Diversity und Antidiskriminierung in Dienstvorschriften, Verordnungen und Arbeitsverträgen sowie der Aufbau und die Stärkung partizipativer Strukturen, z. B. die Einrichtung von (Schutz-)Räumen zur Kontaktaufnahme und Vernetzung von LSBTTIQ*.

Eine Sensibilisierung in Bezug auf geschlechtliche und sexuelle Vielfalt bedeutet, im Arbeits- und Beratungsalltag der Verwaltungen aufmerksam und anerkennend mit Anredeformen, (selbst gewählter) Namensgebung und unterschiedlichen Geschlechter-, Familien- und Beziehungskonstellationen umzugehen, sodass niemand ausgeschlossen und Vielfalt explizit sichtbar wird. Hier zeigen sich noch eklatante

Lücken in der Versorgungslandschaft: Es besteht dringender Handlungsbedarf bei der Schaffung eines professionellen, niedrigschwelligen und entpathologisierenden Unterstützungs- und Beratungsangebotes für LSBTTIQ*, ihre Angehörigen sowie Fachkräfte – insbesondere in den ländlichen Regionen in Thüringen. Das Thüringer Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt, das am 30. Januar 2018 von der Landesregierung beschlossen wurde, soll diesen Strukturdefiziten entgegenwirken und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von LSBTTIQ* in Thüringen koordinieren.¹¹

Die Befunde lassen sich aufgrund des typischen expliziten Verweises auf eine vermeintliche ‚Irrelevanz‘ oder ‚prinzipielle Gleichbehandlung‘ eher als heteronormative Rainbow Color-Blindness interpretieren anstatt als institutionalisierte Homo- und Trans*feindlichkeit.

Wichtig sind wissenschaftliche Folgeuntersuchungen, die die Verankerung von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in pädagogischen Institutionen sowie in anderen Thüringer Behörden erfassen. Zu untersuchen wäre außerdem die Sensibilität für LSBTTIQ*-Bedarfe und das Verweisungswissen in Jugendämtern, in Bildungseinrichtungen sowie im Gesundheits- und Pflegesektor in Thüringen. Die

¹¹ Vgl. <https://www.staatskanzlei-thueringen.de/arbeitsfelder/antidiskriminierung/> [26.03.2019].

Perspektive von LSBTTIQ* auf regionale Unterstützungsmöglichkeiten in Thüringen, wie sie in der Befragung des QueerWeg e. V. exploriert wurde, gilt es künftig umfassender zu eruieren. Dabei sollte unbedingt eine intersektionale Perspektive (z. B. Mehrfach-Diskriminierung aufgrund des sozioökonomischen Status, Flucht- bzw. Migrationserfahrung, Behinderung) eingenommen werden.

Wichtig sind wissenschaftliche Folgeuntersuchungen, die die Verankerung von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in pädagogischen Institutionen sowie in anderen Thüringer Behörden erfassen.

Prof. Dr. Andrea Nachtigall ist seit 2019 Professor*in für Theorie und Praxis Sozialer Arbeit mit dem Schwerpunkt Jugend- und Schulsozialarbeit an der Alice Salomon Hochschule Berlin. Davor arbeitete sie als Professor*in für Gender und Diversity in der Sozialen Arbeit an der Erst-Abbe-Hochschule Jena. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Gender und Queer in der Sozialen Arbeit, Intersektionalität und Soziale Ungleichheit sowie Jugendarbeit und -forschung.

Dr. Janine Dieckmann ist Sozialpsychologin und wissenschaftliche Referentin am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Jena. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Vielfalt in sozialen Gruppen, Diskriminierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Dr. Axel Salheiser ist seit Januar 2019 wissenschaftlicher Referent am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Seine Forschungsschwerpunkte sind Rechtsextremismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie Demokratie- und Sozialraumforschung. Des Weiteren ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Literatur

- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2017a): Einstellungen gegenüber Lesben, Schwulen und Bisexuellen in Deutschland. Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Umfrage. Online: http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/Umfrage_Einstellungen_geg_lesb_schwulen_und_bisex_Menschen_DE.pdf [07.05.2018].
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2017b): Diskriminierungserfahrungen in Deutschland anhand der sexuellen Identität. Ergebnisse einer quantitativen Betroffenenbefragung und qualitativer Interviews. Online: https://www.diversity-institut.info/downloads/Expertise_Diskrimierungserfahrungen_in_DE_anhand_der_sexuellen_Identitaet.pdf [07.05.2018].
- Bochert, Nadine/Focks, Petra/Nachtigall, Andrea (2018): Trans*, inter* und genderqueere Jugendliche in Deutschland – partizipativ-empowernde Unterstützungsangebote und ihre Bedeutung für eine menschenrechtsbezogene Soziale Arbeit. In: Spatscheck, Christian/Steckelberg, Claudia [Hrsg.]: Menschenrechte und Soziale Arbeit. Konzeptionelle Grundlagen, Gestaltungsfelder und Umsetzung einer Realutopie. Barbara Budrich: Opladen/Berlin/Toronto, S. 231-243.
- Carr, Paul R. (2017): Whiteness and White Privilege: Problematizing Race and Racism in a “Color-blind” World and in Education. In: Karim Fereidooni/El, Meral [Hrsg.]: Rassismuskritik und Widerstandsformen. Springer VS: Wiesbaden, S. 871–889.
- Dieckmann, Janine/ Geschke, Daniel/ Braune, Ina (2017). Diskriminierung und ihre Auswirkungen für Betroffene und die Gesellschaft. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie, 2, Heft 2, S.150–167.
- Focks, Petra/Nachtigall, Andrea et al. (2017): „Ich fühlte mich verstanden und das ist alles, was zählt.“ Wissenschaftliche Begleitforschung zum Pilotprojekt „Inter* und Trans* Beratung QUEER LEBEN“, die professionalisierte, community-basierte Beratungsstelle für Inter* und Trans*. Online: <https://queer-leben.de/downloads/> [07.05.2018].
- Focks, Petra (2014): Lebenswelten von trans*, inter* und genderqueeren Jugendlichen aus Menschenrechtsperspektive. Expert_inneninterviews. Online: http://www.meingeschlecht.de/MeinGeschlecht/wp-content/uploads/Focks_Lebenswelten_Expertinneninterviews-_2014.pdf [03.04.2019].
- Franzen, Jannik/Sauer, Arn (2010): Benachteiligung von Trans* Personen, insbesondere im Arbeitsleben. Online: http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/Expertise_Benachteiligung_von_Trans_personen.html [07.05.2018].
- Ghattas, Dan Christian (2013): Menschenrechte zwischen den Geschlechtern. Vorstudie zur Lebenssituation von Inter*-Personen. Online: https://www.boell.de/sites/default/files/menschenrechte_zwischen_den_geschlechtern_2.pdf [07.05.2018].
- Gregor, Joris A. (2015): Constructing Intersex. Intergeschlechtlichkeit als soziale Kategorie. transcript: Bielefeld.
- Krell, Claudia/Oldemeier, Kerstin (2015): Coming out – und dann?! Ein DJI-Forschungsprojekt zur Lebenssituation von lesbischen, schwulen, bisexuellen und trans* Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Online: <http://www.dji.de/index.php?id=43969> [07.05.2018].
- Kugler, Thomas/Nordt, Stephanie (2015): Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt als Themen der Kinder- und Jugendhilfe. In: Schmidt, Friederike/Schondelmayer, Anne-Christin/Schröder, Ute B. [Hrsg.]: Selbstbestimmung und Anerkennung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, Springer VS: Wiesbaden, S. 207–222.
- Richeson, Jennifer A./ Nussbaum, Richard J. (2004): The impact of multiculturalism versus color-blindness on racial bias. *Journal of Experimental Social Psychology*, 40, Heft 3, S. 417–423.
- Sauer, Arn/Meyer, Erik (2016): Wie ein grünes Schaf in einer weißen Herde. Lebenssituationen und Bedarfe von jungen Trans*-Menschen in Deutschland. Online: <https://www.bv-trans.de/portfolio-item/wie-ein-gruenes-schaf/> [07.05.2018].
- von Unger, Hella (2014): Partizipative Forschung. Springer VS: Wiesbaden.
- Wolf, Gisela (2013): Psychopathologisierungprozesse von LSBT*I-Lebensweisen in DSM-5 und ICD 10, Kapitel F. Online: <http://hirschfeld-kongress.de/images/download/publikationen/Psychopathologisierungprozesse%20von%20LSBT-I-Lebensweisen%20in%20DSM-5%20und%20ICD%2010,%20Kapitel%20F%20-%20Gisela%20Wolf.pdf> [03.04.2019].



**„DIE BESCHÄFTIGUNG
MIT SPEZIFISCHEN
BELANGEN VON
LSBTIQ* WIRD NOCH
ZU WENIG VON INSTITU-
TIONALISIERTEM WISSEN
UND STRUKTURELL
IMPLEMENTIERTEN
HANDLUNGSROUTINEN
BESTIMMT.“**

Projektvorstellung

Aufklärung und Sensibilisierung für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in ländlichen Räumen Sachsens

Um Aussagen zur schwierigen Lebenssituation von LSBTTIQ* in Sachsen treffen zu können, sind vornehmlich bundesweite Erhebungen¹ heranzuziehen. Menschenfeindliche Einstellungen belegt der Sachsen-Monitor 2017. Ihm zufolge halten 36 % im Freistaat gleichgeschlechtliche Beziehungen für „unnatürlich“. Das bedeutet einen Anstieg von Homofeindlichkeit um 4 % zum Vorjahr (Infra-test dimap 2017: 32). Auch die Erhebung aus dem benachbarten Brandenburg² erlaubt Analogien (MASGF 2018). Neben einer relativen Angebotsbreite in urbanen Zentren³ stellen die Bedingungen ländlicher Räume in Sachsen queere Menschen und ihre Familien vor erhebliche Herausforderungen. Einerseits gibt es zahlenmäßig unzureichende Peer- und Freizeitangebote, andererseits bietet die ansässige Kultur-, Sozial- und Sportlandschaft nur bedingt Anknüpfungspunkte für LSBTTIQ*. Die Inanspruchnahme von Beratung stellt für viele zudem eine Hürde dar. Um Anlaufstellen für diese Bedarfe zu schaffen, wurde 2016 das Projekt „Que(e)r durch Sachsen. Mobile Beratung im ländlichen Raum“ geschaffen. Zwei Mitarbeiter*innen bieten eine für Klient*innen anonyme und kostenfreie Vor-Ort-Beratung sowie Sensibilisierungs- und Netzwerkarbeit an und decken damit derzeit sieben Landkreise von zehn ab. Das Projekt ermöglicht Beratung für queere Menschen sowie deren Familien, Freund*innen und weitere An- oder Zugehörige. Dabei können die Klient*innen den Beratungsort bestimmen. Dafür sind Beratungsräume notwendig, die von lokalen Kooperationspartner*innen für die Durchführung zur Verfügung gestellt werden. Die Themen umfassen Coming-out, Diskriminierungserfahrungen, rechtliches und medizinisches zum Trans*-Sein, Partner*innensuche usw. Seit der Anfangsphase konnte ein

Das Projekt ermöglicht Beratung für queere Menschen sowie deren Familien, Freund*innen und weitere An- oder Zugehörige. Dabei können die Klient*innen den Beratungsort bestimmen.

¹ Vgl. Beitrag Nachtigall/Dieckmann/Salheiser in diesem Band.

² Erstmals werden in der Studie des MASGF gesondert Trans*, Inter* und asexuelle Personen als Teilnehmende aufgeführt. Jede sechste befragte Person war innerhalb der letzten fünf Jahre mit expliziter Gewalt bzw. einem Verbrechen aufgrund der eigenen sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität konfrontiert. Die Anzeigebereitschaft ist gering und die Dunkelziffer hoch. Eine erste wissenschaftliche Studie zu den Erfahrungen queerer Menschen mit vorurteilsbezogener Kriminalität in Sachsen wird im Frühjahr 2019 von der LAG Queeres Netzwerk Sachsen und der Fakultät Soziale Arbeit der Hochschule Mittweida durchgeführt.

³ Queerbezogene Bildungs-, Beratungs- und Begegnungsangebote gibt es derzeit in Leipzig, Chemnitz, Dresden, Pirna und Zwickau.

breites Netzwerk aufgebaut werden. Es bestand zunächst aus kommunalen Stellen (z. B. Gleichstellungsbeauftragte, Gesundheitsämter) und anderen Beratungseinrichtungen (Familien- und Schwangerenberatungsstellen). Später kamen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Mehrgenerationenhäuser oder Kirchgemeinden hinzu. Die Unterstützung ist in den meisten Fällen unkompliziert. In den bisher gesammelten Erfahrungen nehmen die Beratungen für Trans*-Menschen den größten Anteil ein. Hier zeigt sich ein hoher Bedarf an Unterstützung. Für einzelne Klient*innen sind besonders die rechtlichen und medizinischen Vorgaben von hoher Relevanz, z. B. außerhalb der Ballungsgebiete einen freien Therapieplatz zu bekommen. Besonders bei Trans*-Kindern und -Jugendlichen werden Schulen in die Begleitung einbezogen. In aktuellen Diskussionen zur medizinischen Versorgung im ländlichen Raum wird immer wieder auf das Fehlen von ausreichend und zudem trans*-erfahrenen Ärzt*innen/ Psychotherapeut*innen hingewiesen. Als wirksam hat sich die Vorstellung des Projektes vor verschiedenen Arbeitskreisen in den jeweiligen Landkreisen erwiesen. Gerade innerhalb regelmäßiger Strukturen, z. B. Arbeitskreise für Sozialarbeiter*innen/ Berater*innen, kann eine gute Breitenwirkung in den ländlichen Raum erfolgen. In einigen Fällen wird auch seitens des Fachpersonals in den sozialen oder kommunalen Einrichtungen ein Bedarf an Weiterbildungen zum Thema der sexuellen Vielfalt formuliert. Die Fortschreibung und dauerhafte Absicherung des Projekts sowie die Sensibilisierung von Fachpersonen außerhalb der Ballungsräume werden künftig relevant für uns sein.

Verwendete Literatur

Infratest dimap (2017): Sachsen-Monitor 2017. Ergebnisbericht, S. 32. Online: https://www.staatsregierung.sachsen.de/download/Ergebnisbericht_Sachsen-Monitor_2017.pdf.

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg: Queeres Brandenburg (2018): Ergebnisse der Online-Befragung zur Lebenssituation von LSBTTIQ* in Brandenburg. Online: https://masgf.brandenburg.de/media_fast/4055/CCC_20171128_AP_BB_Studienbericht_Queeres%20BB_final_neu.pdf.

Manuela Tillmanns (M. A. Angewandte Sexualwissenschaft, RosaLinde Leipzig e.V.) und **Danilo Ziemer** (M. A. Angewandte Sexualwissenschaft, Gerede e.V., Dresden) koordinieren das vereinsübergreifende Projekt „Que(e)r durch Sachsen – Mobile Beratung im ländlichen Raum“.

E-Mail: umlandberatung@rosalinde-leipzig.de
danilo.ziemer@gerede-dresden.de

Britta Borrego ist geschäftsleitende Bildungsreferentin der LAG Queeres Netzwerk Sachsen.

E-Mail: britta.borrego@queeres-netzwerk-sachsen.de

LAG Queeres Netzwerk Sachsen e.V.

Waldschlösschenstraße 24 | 0199 Dresden

Website: <https://www.queeres-netzwerk-sachsen.de/>



KURT MÖLLER, JOHANNA KOHLER
& KAI NOLDE

**„URSACHENBEZOGENE
STRATEGIEN, UM
RECHTSEXTREME
UND PAUSCHAL-
ABLEHNENDE
HALTUNGEN
ABZUBAUEN, MÜSSEN
NACHHALTIG SEIN.“**

Demokratieförderung strategisch qualifizieren

Zur Gestaltung von Fort- und Weiterbildungsangeboten in ländlich strukturierten Räumen

Demokratiedefizite, autoritär-populistische Positionen, pauschale Ablehnungen etwa von Migrant*innen oder nicht-heteronormativen Lebensformen und extrem rechte Phänomene sind in Deutschland weit verbreitet (vgl. z. B. Zick et al. 2016, Decker/Brähler 2018, Pfeiffer/Baier/Kliem 2018). Dies gilt verstärkt für ländlich strukturierte Räume. Gerade dort gilt es, Ansätze auf unterschiedlichen Ebenen zu entwickeln, um Demokratiegefährdungen adäquat zu begegnen. Der folgende Beitrag bereitet dazu Erfahrungen auf, die aktuell im Rahmen des Projekts „Land in Sicht!“ (LiS)¹ mit sozialraumbezogenen Fort- und Weiterbildungen zu unterschiedlichen Themen der Demokratiebildung in ländlichen Regionen verschiedener Bundesländer gemacht werden. Im Folgenden werden zentrale prozessbezogene Aspekte von Anbieterstrategien für Bildungsangebote in ländlichen Sozialräumen aufgezeigt. Zugleich werden damit Hinweise geliefert, die auch für eher urbane Bildungskontexte sowie für Projekte der Demokratieförderung insgesamt relevant sind.²

Ausgangspunkte und Ansätze

Spezifische Ausgangslagen für demokratische Bildung in ländlichen Räumen

In Bezug auf die spezifische Situation ländlicher Räume lassen sich in der Bilanzierung vorhandener Studien- und Praxiserkenntnisse folgende Ausgangspunkte festhalten (vgl. z. B. Heitmeyer 2002-2012, Buchstein/Heinrich 2010, Amadeu Antonio Stiftung 2013, BDL 2017):

¹ Das Projekt wird gefördert vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“, der Bundeszentrale für politische Bildung und der Robert Bosch Stiftung.

² Weitergehende Projekterfahrungen mit aussichtsreichen inhaltlichen und methodischen Konzepten und praktischen Umsetzungen sowie mit der Auswertung von Resultaten werden im Abschlussbericht von „Land in Sicht!“ behandelt, der Ende 2019 erstellt wird.

- die besondere Belastung ländlicher und strukturschwacher Räume mit Phänomenen von Rechtsextremismus und sog. „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (GMF)
- spezifische Formen intergenerationeller Weitergabe entsprechender Haltungen bspw. über das jeweilige lokale Vereinswesen, kollektiv gelebte, nicht selten gewaltakzeptierende Männlichkeitsrituale, ressentimentgeladene (halb-)öffentliche Diskurse u. a. m.
- die häufige ‚Einzelkämpferrolle‘ von sozialen Fachkräften, die durch kaum vorhandene oder sehr weitmaschige Sozial- und Jugendarbeitsstrukturen bedingt ist
- relativ gering entwickelte Vernetzungsstrukturen zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im Engagement gegen Rechtsextremismus und GMF bzw. Pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen (PAKOs)³
- kaum Partnerschaftsstrukturen zur demokratischen Weiterentwicklung des Gemeinwesens zwischen Politik, Zivilgesellschaft, sozialen und pädagogischen Einrichtungen sowie weiteren Akteur*innen
- enorme Qualifizierungsbedarfe in den genannten Akteursbereichen, vor allem in Bezug auf die Entwicklung und Sicherung von alltagsdemokratischen Erfahrungen, insbesondere für die nachwachsende Generation
- unzureichende Entwicklung von und Versorgung mit wissenschaftlich fundierten, praxisorientierten und auf die jeweils konkrete Problemlage im Sozialraum bezogenen Qualifizierungsangeboten

Ansätze für problem- und bedarfsgerechte Bildungsangebote im Projekt „Land in Sicht!“

Ursachenbezogene Strategien, um rechtsextreme und pauschalablehnende Haltungen abzubauen, müssen nachhaltig sein. Dies gelingt nicht allein, wenn zentrale Akteur*innen innerhalb eines Sozialraums thematisch sensibilisiert werden. Ihnen müssen auch Kompetenzen vermittelt werden, dafür Sorge zu tragen, dass (junge) Menschen möglichst wenig strukturellen Begünstigungsfaktoren sowie Ungleichwertigkeitsvorstellungen ausgesetzt werden und stattdessen Demokratie in ihrem Alltag als Gewinn für ihre Lebensgestaltung erleben können.

Dafür müssen Institutionen und Akteur*innen zu einem wissenschaftlich fundierten, abgestimmten und vernetzten sozialgestalterischen Handeln befähigt werden, das in diesem Sinne Demokratieförderung betreibt. Vor dem Hintergrund dieser Grundüberzeugung werden im Rahmen des an der Hochschule Esslingen angesiedelten Projekts „Land in Sicht!“ (LiS) zusammen mit derzeit

³ Unter Pauschalisierenden Ablehnungskonstruktionen (PAKOs) sind Konstruktionsprozesse von Ablehnungshaltungen gegenüber Gruppierungen, Weltanschauungen, Religionen und Lebenspraxen aufgrund undifferenziert verallgemeinernder, inhaltlich nicht haltbarer und empirisch nicht belegbarer Zuschreibungen zu verstehen. Das PAKO-Konzept basiert auf einem qualitativen Ansatz, der es erlaubt, den Aufbau pauschal ablehnender Haltungen und Distanzierungen davon im biografischen Verlauf zu erfassen. Er ermöglicht zudem eine Differenzierung dahingehend, wie stark eine Ablehnungshaltung jeweils ausgeprägt ist und als wie festgefügt bzw. beweglich sie sich erweist. Dadurch stellt der Ansatz einen gerade für die Arbeit mit jungen Menschen angemessenen Betrachtungsrahmen bereit. Er legt praxisbezogene Schlussfolgerungen für (die Initiierung von) Distanzierungsprozessen nahe. Hieran schließt eine als KISSeS-Strategie bezeichnete Vorgehensweise an, die die Lebensgestaltungserfahrungen von Adressat*innen sowie deren Verarbeitung und Eröffnung neuer Erfahrungsräume in den Mittelpunkt rückt (Vgl. Möller et al. 2016, Dietrich 2018, Möller 2018, Nolde 2017).

sechs Bildungsträgern (in Baden-Württemberg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Sachsen-Anhalt) innovative Fort- und Weiterbildungsangebote für professionelle und zivilgesellschaftliche Akteur*innen entwickelt. Das Vorhaben wird umgesetzt, indem das Projekt

- Fort- und Weiterbildungsangebote für alle thematisch involvierten Akteur*innen schafft
- diese Angebote mithilfe von Vorfeld-Recherchen auf die Gegebenheiten des jeweiligen Sozialraums zuschneidet
- dabei in partizipativer Weise (potenzielle) Teilnehmende einbezieht und lokale bzw. regionale Problem- und Bedarfslagen aufgreift
- in Abstimmung mit den Akteur*innen jeweilige Schwerpunkte im Themenfeld Rechtsextremismus, GMF bzw. PAKOs und Demokratieentwicklung setzt
- nicht nur Angebote für einzelne Akteursgruppen macht, sondern auch übergreifende Fort- und Weiterbildungen entwickelt, die Raum für Austausch und Voneinanderlernen sowie für die Bildung von Vernetzung(-sideen) bieten
- vor allem auch alltagsnahe Situationen bzw. Konfliktlagen (z. B. Geflüchtetenunterbringung, ‚rechte Parolen‘ im Jugendclub) und den praktischen Umgang damit in den Mittelpunkt rückt
- zur Bearbeitung ablehnender Haltungen nicht allein auf Wissensvermittlung und ‚das bessere Argument‘ setzt, sondern auch deren affektive Grundierungen berücksichtigt
- diese Bearbeitungen gender-, alters-, milieu- und migrationssensibel sowie inklusiv auslegt
- Ansätze politischer Bildung und sozialarbeiterischen Handelns miteinander verzahnt
- für die Konzipierung und Durchführung entsprechender Angebote Praxis-Wissenschaft-Kooperationen nutzt und dabei beide Handlungslogiken durch Dialog und Respekt konstruktiv zusammenbringt
- die Angebote formativ evaluiert und so in ihrer Entwicklung durch Zusammenarbeit von Forschung und Praxis bis zur Modellreife vorantreibt

So kann es gelingen, jenes Manko zu vermeiden, das sowohl wissenschaftlich gut belegt ist als auch einer Reihe von Praxiserfahrungen entspricht: Das in Bildungsmaßnahmen erworbene Wissen bleibt häufig zu allgemein gegenüber den konkreten Problem- und Bedarfslagen der Teilnehmenden vor Ort. In der Folge gelangt es entweder gar nicht oder nur selten zur Anwendung und das konkrete Handeln der Qualifizierten bleibt durch bisheriges Alltagswissen und einen weitgehend unbearbeiteten beruflichen Habitus geprägt.

Zentrale Aspekte von Anbieterstrategien

Wenn Adressat*innen gerade in ländlichen Räumen nicht nur thematisch informiert, sondern anwendungsbezogen qualifiziert werden sollen, erfordert das, an konkreten lokalen Gegebenheiten anzusetzen und Handlungskonzepte zu vermitteln, die zu einem eigenständigen demokratisch orientierten Wirken vor Ort befähigen. Dazu brauchen Bildungsträger Strategien, die weit im Vorfeld

der eigentlichen Angebote ansetzen und bereits hier die Grundsteine für tragfähige Umsetzungen legen: die Entwicklung von Einschätzungen zu Ausgangsbedingungen und von Zugängen zu den fokussierten Sozialräumen sowie darauf aufbauende Planungsprozesse.⁴

Strategische Bezugnahmen auf Ausgangsbedingungen

Beim Umgang mit den Ausgangsbedingungen sind drei Aspekte von besonderer strategischer Bedeutung: die ersten Schritte der Angebotsanbahnung, die konkrete Gewinnung von Teilnehmenden und parallel dazu auf inhaltlicher Ebene: Sozialraumanalyse und Bedarfserhebung.

Schritte der Angebotsanbahnung

Für ein strategisches Anbieterhandeln bedarf es Klarheit darüber, warum welcher Sozialraum wie fokussiert wird. Diesbezüglich haben sich vier Vorgehensweisen als tragfähig erwiesen:

- Die Auswahl eines Sozialraums erfolgt nach inhaltlichen Kriterien: Ein Träger verfügt ohne eigene Präsenz vor Ort über ausreichend klare Hinweise zu vorhandenen Problem- und Konfliktlagen und möchte genau hier mit einer Qualifizierungs-offerte ansetzen.
- Die Nutzung von Kontakten strukturiert die Bezugnahme: Der Anbieter deckt thematische Bedarfslagen auf, indem er selbst in Sozialräumen und Netzwerken präsent ist und dabei Augen und Ohren offenhält. Er kann aber auch gezielt Akteur*innen und Organisationen ansprechen, die über entsprechende regionale/lokale Einblicke verfügen.
- Offenheit wird kommuniziert, externe Impulse werden aufgegriffen: Ein Anbieter macht sein Vorhaben bspw. auf Fachveranstaltungen oder Online-Plattformen bekannt und verkündet offensiv die Bereitschaft, auf konkrete Bedarfe mit darauf zugeschnittenen Bildungsangeboten einzugehen.
- Konkretisierende Sozialraumbezüge werden erst in zweiter Instanz hergestellt: Ein Anbieter hat ein bestimmtes Qualifizierungsvorhaben bereits vor Augen und prüft dann die regionalen bzw. lokalen Möglichkeiten seiner Umsetzung. Voraussetzung hierfür sind profunde Kenntnisse der Sozialräume im eigenen Wirkungsbereich sowie eine Basiskonzeption, die auf sozialräumliche und bedarfsorientierte Konkretisierung ausgelegt ist.

Damit einhergehend bedarf es einer Erschließung der Sozialräume im Sinne einer Entwicklung von Zugängen zur Akteurslandschaft. An diesem Punkt sind – ggf. erst herzustellende – verbindliche Kontakte unerlässlich. Wer die relevanten Schlüsselpersonen und Schlüsselorganisationen sind, hängt davon ab, wie der Sozialraum beschaffen ist, welche übergeordneten Ziele ein Anbieter verfolgt und was für

Zentral sind Kooperationsbeziehungen, die ein gemeinsames Interesse herstellen, einen Rahmen für die lokale Umsetzung eines Angebots schaffen und innerhalb der Akteurslandschaft Akzeptanz erzeugen.

⁴ Im Projektzusammenhang von LiS wird „Strategie“ definiert als das resultatorientierte Zusammenspiel von organisatorischen und konzeptionellen Planungen und darauf bezogenen Aktivitäten unter Berücksichtigung spezifischer Ausgangsbedingungen und verlaufsbezogener Rahmenbedingungen. Wie eingangs bereits begründet, wird sich hier auf den Vorfeld-Ausschnitt Ausgangsbedingungen/Planungen konzentriert.

eine Angebotsausrichtung angestrebt wird. Zentral sind Kooperationsbeziehungen, die ein gemeinsames Interesse herstellen, einen Rahmen für die lokale Umsetzung eines Angebots schaffen und innerhalb der Akteurslandschaft Akzeptanz erzeugen. Darüber hinaus ist es u.U. angebracht, einem Bildungsangebot zunächst eine oder mehrere regionale/lokale Auftaktveranstaltungen geringeren Umfangs vorzuschalten. Dies kann dazu dienen,

- weitere Multiplikator*innen zu erreichen,
- bei einer hohen thematischen Angebotsdichte zunächst den Innovationsgehalt des eigenen Ansatzes zu verdeutlichen,
- Skepsis abzufedern gegenüber einem von außen an den Sozialraum herangetragenen Anliegen der Demokratieförderung,
- mit unterschiedlichen Kreisen in Kontakt zu treten, die dann später in einem gemeinsamen (Bildungs-)Prozess zusammengebracht werden.

Gewinnung von Teilnehmenden

Die Erschließung eines Sozialraums geht bereits fließend in die Gewinnung von Teilnehmenden über. Dabei muss die Anbieterstrategie auf die spezifischen Herausforderungen ländlicher Räume abgestimmt sein:

- Oftmals ist zunächst ein Abgleich erforderlich, welche Adressat*innen in einem bestimmten Sozialraum überhaupt in ausreichender Anzahl erreichbar sind.
- Fachkräfte der Sozialen Arbeit und Lehrer*innen verfügen häufig nur über knappe zeitliche und personelle Ressourcen. Hier ist zu prüfen, was für ein Angebotssetting ihnen eine Teilnahme ermöglicht und ob ggf. Freistellungen von der Arbeit erwirkt werden können.
- Insbesondere für zivilgesellschaftliche Akteur*innen können manche Bildungsformate (z. B. Open Space, Workshops) ungewohnt sein. Entsprechend niedrigschwellig und sensibel hat die Ansprache zu erfolgen. Auch weitere vertrauensbildende Maßnahmen, etwa partizipativ angelegte Treffen weit im Vorfeld, können hilfreich sein, um sie passgenau bei ihren Problem- und Bedarfslagen ‚abzuholen‘.
- In ländlichen Räumen wiederkehrend anzutreffende soziale Charakteristika wie Traditionalismus, relativ statische Rollenverteilungen, Konformitätszwänge und engmaschige soziale Kontrolle sind zu berücksichtigen. Sie können dazu führen, dass Adressat*innen skeptisch abblocken oder auf Distanz bleiben, weil sie befürchten (müssen), sich durch ein unübliches oder als unangemessen betrachtetes demokratisches Engagement angreifbar zu machen. Hemmschwellen können hier evtl. gesenkt werden, indem wirkungskräftige Akteur*innen (z. B. Bürgermeister*innen, zivilgesellschaftliche Initiativen) für lokalen Rückhalt sorgen oder das Angebotssetting einen (relativ) geschützten Raum bietet.

Angesichts dieser Herausforderungen kann sich eine Strategie kaum darauf beschränken, ein Angebot öffentlich zu bewerben. Dies mag zwar flankierend sinnvoll sein, oftmals unerlässlich sind aber auch hier Kooperationen sowie (Vorfeld-)Verabredungen. So lassen sich etwa durch die Zusammenarbeit

mit Verwaltung und Behördenspitzen Erreichbarkeiten und Teilnahmebedingungen strukturell verbessern. Ihre Befürwortung kann der Einladung bzw. Aufforderung zur (freiwilligen!) Teilnahme an Gewicht verleihen. Auch sind sie bspw. zentral für eine Freistellung von Lehrer*innen. Außerdem sollten bereits vor Angebotsansetzung soweit wie möglich verbindliche Qualifizierungsabsichten mit einem Kern von Adressat*innen verabredet und festgehalten werden, dass sie über ihre Kontakte weitere Teilnehmende werben.

Eine Strategie kann sich kaum darauf beschränken, ein Angebot öffentlich zu bewerben. Dies mag zwar flankierend sinnvoll sein, oftmals unerlässlich sind aber auch hier Kooperationen sowie (Vorfeld-)Verabredungen.

Sozialraumanalyse und Bedarfsermittlung

Eine Sozialraumanalyse zielt auf einen möglichst detaillierten Überblick und dient zur Herausarbeitung der regional bzw. lokal prägenden PAKO-Phänomene und anderer Demokratiegefährdungen. Daran anknüpfend klärt die Bedarfsermittlung, welche konkreten Problembeschreibungen bei (möglichen) Adressat*innen vorliegen, in welche einschlägigen Konflikte sie involviert sind und was sie konkret an Unterstützung bzw. Qualifizierung brauchen.

Dafür bieten sich mehrere Verfahrensschritte an, die aufeinander aufbauen:

- *Einschätzungen der Anbietenden:* Diese leiten sich aus eigenen Erfahrungen und Kenntnissen der sozialräumlichen Situation ab, ergänzt um die Auswertung wissenschaftlicher Studien und anderer Quellen mit Regionalbezug. Allerdings sind solche Einschätzungen meist noch zu unkonkret für die Entwicklung passgenauer Angebote.
- *(Rück-)Meldungen aus den Sozialräumen:* Mehr unmittelbare Erkenntnisse verspricht die Kontaktaufnahme mit Schlüsselpersonen. Das bedeutet, bei Akteur*innen vor Ort oder bei solchen nachzufragen, die (mehr) regionale Expertise besitzen und hier (besser) vernetzt sind. Auch bereits vorliegende Bedarfsmeldungen können so aufgegriffen werden.
- *Konkrete Vorfeldabfragen:* Sobald sich ein Kreis von Teilnehmenden herauskristallisiert hat, lassen sich konkrete Probleme und Bedarfe schriftlich oder mündlichen einholen. Diese Abfragen sind ein wichtiger Bezugspunkt für die weiteren Planungen.
- *Angebotsbegleitende Erhebungen:* Dieser letzte, stets zu empfehlende Verfahrensschritt erfolgt sinnvoller Weise zum Angebotsauftritt und wird ggf. prozessbegleitend vertieft. Möglich sind z. B. eine (partielle) Sozialraumanalyse oder die gemeinsame Betrachtung von Situationen, in denen die Teilnehmenden zum Handeln herausgefordert waren und an ihre Grenzen gestoßen sind.

Von der Entwicklung erster Einschätzungen bis hin zur partizipativen Analyse des Sozialraums vollzieht sich ein fortschreitender Prozess der Konkretisierung von Ausgangsbedingungen. Entlang dessen müssen sich Anbieterstrategien kontinuierlich selbst überprüfen, weiterentwickeln und ggf. neu ausrichten.

Strategische Planungsprozesse

Auch die Angebotsplanung erfordert eine dynamische und flexible Vorgehensweise, die neue Erkenntnisse reflektiert und auf Veränderungen der Rahmenbedingungen und bei den Teilnehmenden eingeht. Dabei ist zwischen einer organisatorischen und einer konzeptionellen Planungsebene zu unterscheiden.

Organisatorische Planungen

Auf organisatorischer Ebene sind vor allem die Klärung von Angebotsrahmen und -setting relevant. Mit Blick auf die Bedarfe und Ressourcen der (potenziell) Teilnehmenden ist zunächst zu klären, welche Angebotsformate sich konkret anbieten: Soll es sich um eine Fort- oder umfangreichere Weiterbildung oder (zunächst) um ein reduziertes Format (bspw. eine Auftaktveranstaltung) handeln? Darauf folgt die Festlegung der Angebotsintervalle (kompakt, in Etappen oder an einzelnen Tagen) und die Auswahl der Durchführungsorte. Das jeweilige Setting hat Einfluss darauf, inwieweit sich Ablenkungen aus dem (Arbeits-)Alltag fernhalten lassen oder ein informeller Rahmen als erweiterter Lernraum entsteht. Erwägenswert ist, den betreffenden Sozialraum gänzlich zu verlassen, die Teilnehmenden so aus ihren Alltagsbezügen zu lösen und als Gruppe zusammenzuführen.

Auf organisatorischer Ebene sind vor allem die Klärung von Angebotsrahmen und -setting relevant.

Konzeptionelle Planungen

Auf der Ebene konzeptioneller Planungen sind neben der Entwicklung einer im Verhältnis zu den Ausgangsbedingungen und in sich stimmigen Angebotskonzeption zwei strategische Entwicklungslinien von besonderer Bedeutung: eine konzeptionelle Entwicklungsoffenheit insbesondere im Kontext von Partizipation und eine enge Abstimmung mit den Angebotsdurchführenden.

Entwicklungsoffenheit bedeutet, dass eine Angebotskonzeption analog zur Erschließung der Ausgangsbedingungen beständig aktualisiert, angepasst und weiterentwickelt werden muss:

- Eine erste Angebotsskizze kann von den Einschätzungen des Anbieters ausgehen.
- Meldungen aus dem Sozialraum sowie zugetragene und abgefragte Bedarfe ermöglichen eine inhaltliche Präzisierung, eine Ausdifferenzierung von Zielen und die Festlegung adäquater Methoden sowie die Entwicklung von Ablaufplänen.
- Auch Problem- und Bedarfskonkretisierungen während der Umsetzung können starke Auswirkungen auf die relevanten Inhalte und Methoden haben. Zum Beispiel kann ein Thema, das im Vorfeld als lokal bedeutsam eingeschätzt wurde, im Alltag der Teilnehmenden kaum eine Rolle spielen oder die von ihnen geschilderten Konflikte machen ein Handwerkszeug erforderlich, dessen Vermittlung so nicht vorgesehen war. Die Herausforderung besteht darin, mit einer beteiligungszugewandten Haltung auf eingebrachte Impulse einzugehen und zugleich das eigene Gesamtvorhaben im Blick zu behalten und hier ggf. abzuwägen.

Bei der Abstimmung mit den Durchführenden geht es primär darum, die von ihnen mitgebrachten Konzepte mit dem eigenen Vorhaben als Anbieter abzugleichen und beides in ein Passungsverhältnis zu bringen. Dabei sind auch übergeordnete Aufträge (z. B. eine Trägerstrategie oder ein programmatisches Rahmenkonzept) zu berücksichtigen. Zudem ist abzuklären, ob die besonderen (strukturellen und sozialen) Bedingungen ländlicher Räume den Durchführenden präsent sind und einbezogen werden. Die Fortführung des Abstimmungsprozesses kann dabei auch während der Angebotsumsetzung empfehlenswert sein. Gerade bei umfangreicheren Angeboten sind gemeinsame Zwischenbilanzen generell sinnvoll.

Fazit und Ausblick

Eine tragfähige Anbieterstrategie gestaltet sich prozesshaft. Die zentrale Herausforderung besteht darin, die jeweiligen Ausgangsbedingungen sukzessive zu erschließen, das Gesamtvorhaben immer wieder neu darauf abzustimmen und die Planungen flexibel weiterzuentwickeln. Vollzogen wird ein Prozess fortwährender Konkretisierung. Das betrifft sowohl die Problem- und Bedarfslagen wie auch die Adressat*innen und ihre Ressourcen. Ebenso werden sich das Angebotssetting und die Konturen einer Angebotskonzeption mehr und mehr herauschälen, je weiter sich die einzelnen Belange klären und je enger sich Anbieter-, Durchführenden- und Teilnehmendenperspektive miteinander verzahnen.

Eine Anbieterstrategie wird insbesondere dann erfolgversprechend sein, wenn sie eine entsprechende Flexibilität auch für die Umsetzung vorsieht. Problem- und Bedarfslagen sollten noch währenddessen weiter herausgearbeitet, aufgegriffen und anwendungsorientiert bearbeitet werden können. Deswegen, aber auch insgesamt, ist beständig zu prüfen, ob die vorgesehenen Inhalte, Methoden und Abläufe sich bewähren und ob die verfolgten Ziele tatsächlich angemessen sind oder es einer Umsteuerung bzw. Weiterentwicklung bedarf.

Abschließend bleibt festzuhalten: Anbieterstrategien folgen nicht der Logik von Modellbausätzen, die mit einer genauen Anzahl von Teilen in geschlossener Packung ausgeliefert und durch das minutiöse Befolgen einer Anleitung zu einem fertigen Qualitätsprodukt zusammengesetzt werden. Wenn Strategien auf eine problem- und bedarfsgerechte Qualifizierung unter herausfordernden sozialräumlichen Bedingungen abzielen und eine anwendungsorientierte Perspektive einnehmen, sind sie stets entlang der konkreten Gegebenheiten zu entwickeln. Bisherige Praxiserfahrungen und Evaluationserkenntnisse können also nicht einfach kopiert werden, sondern sie müssen auf ihre jeweilige Brauchbarkeit hin überprüft und im Sinne einer Transformation auf den gegebenen Kontext zugeschnitten werden.

Anbieterstrategien folgen nicht der Logik von Modellbausätzen, die mit einer genauen Anzahl von Teilen in geschlossener Packung ausgeliefert und durch das minutiöse Befolgen einer Anleitung zu einem fertigen Qualitätsprodukt zusammengesetzt werden.

Prof. Dr. Kurt Möller, Erziehungswissenschaftler, seit 1989 Professor für Soziale Arbeit an der Hochschule Esslingen. In zahlreichen Forschungsprojekten arbeitet(e) er zu den Themenfeldern (Rechts-)Extremismus, Pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen (PAKOs) und Gewalt.

Johanna Kohler, Master in Soziale Arbeit. Sie arbeitet zurzeit an der Hochschule Esslingen als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Land in Sicht!“ und in der Evaluation des Projekts „DERAD“.

Kai Nolde, Abschluss (M.A.) in Soziologie, Politikwissenschaften und Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Er arbeitet zurzeit an der Hochschule Esslingen als wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Projekten „Land in Sicht!“ und „Wendezeit“.

Literatur

- Amadeu Antonio Stiftung [Hrsg.] (2013): Region in Aktion. Wie im ländlichen Raum demokratische Kultur gestaltet werden kann. Amadeu Antonio Stiftung: Berlin.
- BDL - Bund der Deutschen Landjugend e.V. [Hrsg.] (2017): Schweigen heißt Zustimmung. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. BDL: Berlin.
- Buchstein, Hubertus/Heinrich, Gudrun [Hrsg.] (2010): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Wochenschau: Schwalbach/Ts.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar [Hrsg.] (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Psychosozial: Gießen.
- Dietrich, Kai (2018): Umgang mit Ablehnungshaltungen in der Jugendarbeit. In: Wissen schafft Demokratie, 3, Heft 3, S. 134-144. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD3/Text_Dietrich.pdf [14.03.2019].
- Heitmeyer, Wilhelm [Hrsg.] (2002-2012): Deutsche Zustände, Folge 1–10. Suhrkamp: Frankfurt a. M./Berlin.
- Möller, Kurt/Grote, Janne/Nolde, Kai/Schuhmacher, Nils (2016): „Die kann ich nicht ab!“ Ablehnung, Diskriminierung und Gewalt bei Jugendlichen in der (Post-)Migrationsgesellschaft. Springer VS: Wiesbaden.
- Möller, Kurt (2018): Das Konzept "Pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen" (PAKOs) und die KISSeS-Strategie - Theoretische Grundlagen, empirische Befunde und zentrale Schlussfolgerungen. In: Möller, Kurt/Neuscheler, Florian [Hrsg.]: „Wer will die hier schon haben?“ Ablehnungshaltungen und Diskriminierung in Deutschland. Kohlhammer: Wiesbaden, S. 91-110.
- Nolde, Kai (2017): „Die kann ich nicht ab!“ Ablehnung, Diskriminierung und Gewalt in der Post-Migrationsgesellschaft. Online: <https://www.ufuq.de/die-kann-ich-nicht-ab/> [27.11.2018].
- Pfeiffer, Christian/Baier, Dirk/Kliem, Sören (2018): Zur Entwicklung der Gewalt in Deutschland. Schwerpunkte: Jugendliche und Flüchtlinge als Täter und Opfer. Online: <https://www.zhaw.ch/storage/shared/sozialarbeit/News/gutachten-entwicklung-gewalt-deutschland.pdf> [26.11.2018].
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Dietz: Berlin.



BIBLIOGRAFIE

Weiterführende Literatur für die Themen Engagement und Demokratieförderung im ländlichen Raum (2018/2019)

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung [Hrsg.] (2018): Land mit Zukunft. Neue Ideen vom Runden Tisch. Online: www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Land_Mit_Zukunft/BI_LandMitZukunft_Onlineversion.pdf [14.2.2019].

Haschke, Hanka (2018): Lokales Engagement im ländlichen Raum und der Beitrag von Kulturinstitutionen zur Entstehung dessen am Beispiel der TRAF0-Modellregion Oderbruch (Masterarbeit): Vechta. Online: <http://docplayer.org/113754504-Masterarbeit-am-beispiel-der-trafo-modellregion-oderbruch.html> [28.02.2019].

Nexus. Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung [Hrsg.] (2018): Gutachten Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Regionen Brandenburgs. Bestandaufnahme und Handlungsempfehlungen. Online: www.landtag.brandenburg.de/media_fast/5701/Gutachten%20b%C3%BCrgerschaftliches%20Engagement%20in%20Brandenburg-2019-01-09.pdf [15.2.2019].

ZiviZ [Hrsg.] (2018): Vereinssterben in ländlichen Regionen – Digitalisierung als Chance. Online: <https://www.ziviz.de/landdigital> [15.2.2019].

Friedrich-Ebert-Stiftung [Hrsg.] (2018): Musliminnen und Muslime in ländlichen Räumen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Wie kann Verwaltung neue Aufgaben gut meistern? Arbeitspapier Religion und Politik, 5. Online: <https://library.fes.de/pdf-files/dialog/14716.pdf> [14.2.2019].

Sächsischen Volkshochschulverband e.V. [Hrsg.] (2018): Erwachsenenbildung im ländlichen Raum. Ergebnisse der qualitativen Studie „Weiterbildungsbedarf in ländlichen Regionen im Freistaat Sachsen“. Online: https://www.vhs-sachsen.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/ProjektDoku_Land_web.pdf [14.2.2019].

Schubert, Christoph (2018): Soziale Innovationen im ländlichen Raum. Zivilgesellschaft und kommunale Verwaltungsstrukturen als begünstigende und hemmende Faktoren. In: Franz, Hans-Werner/Kaletka, Christoph [Hrsg.]: Soziale Innovationen lokal gestalten, Springer VS: Wiesbaden, S.367-383.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement [Hrsg.] (2019): Gutes gedeihen lassen. Mit Fördermitteln demokratische Kultur und Engagement in ländlichen Räumen stärken. Online: www.laendlicher-raum.info/w/files/laendlicherraum/materialien/bbe_foerderbrosch_web.pdf [26.2.2019].

Aktuelle Publikationen der Amadeu Antonio Stiftung

DEMOKRATIE.LAND.LEBEN
REGIONEN IN AKTION



Internetportal laendlicher-raum.info

Gemeinsam für den ländlichen Raum: Das Internetportal www.laendlicher-raum.info ist ein Kooperationsprojekt des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und der Amadeu Antonio Stiftung.

Das Portal möchte die Potenziale und das Gelingen guter Praxis vor Ort sichtbar machen. Es bietet ermutigende Praxisbeispiele und -konzepte für zivilgesellschaftliches Engagement von Bürger*innen und Aufklärung und Hintergründe zu antidemokratischen Phänomenen in ländlichen Räumen. Wir informieren über das breite Spektrum an Akteur*innen, die sich für starke und offene Landgesellschaften einsetzen, regen Vernetzung an und weisen auf aktuelle Publikationen und Veranstaltungen im Themenfeld hin.



Kinderleicht: mit Kinderrechten Demokratie lernen

Eine konsequente Umsetzung der Kinderrechte stärkt an erster Stelle die Kinder selber und an zweiter die Demokratie. Denn das Gerüst einer demokratischen Gesellschaft wird aus Achtung, Wertschätzung, Stärkung und Gerechtigkeit gebaut.

Nehmen Sie diese Handreichung in die Hand, wenn Sie einen kompakten Einblick in das Thema erhalten wollen. Genauso, wenn Sie die eine oder andere Anregung aus der Praxis brauchen können. Und sowieso, wenn Sie andere mit der Begeisterung für die Kinderrechte anstecken wollen.



„REICHSBÜRGER“ und Souveränisten

Basiswissen und Handlungsstrategien

„Reichsbürger*innen“, Selbstverwalter*innen und Souveränist*innen sind nicht erst dann als gefährlich einzustufen, wenn sie zur Waffe greifen oder anderweitig militant werden. Vielmehr ist bereits die Art und Weise, wie sie sich (und anderen) die Welt erklären, problematisch.

Denn sie beruht auf verschwörungsideologischen, antisemitischen und menschenfeindlichen Narrativen. Die vorliegende Broschüre begibt sich auf die Spur der reichsideologischen Verschwörungserzählung von ihren Anfängen bis in die Gegenwart. Anhand von Beispielen klärt sie darüber auf, wie die Akteur*innen miteinander und mit anderen Milieus verbunden sind, was sie tun und was Kommunen, Verwaltung und Zivilgesellschaft gegen Reichsideologien tun können.



Flyerreihe: Was tun gegen Hate Speech?

Wer mit Hassrede konfrontiert wird, ist zunächst oftmals sprachlos. Was ist die richtige Reaktion? War das wirklich so gemeint? Und kann ich überhaupt was tun? Mit der Flyerreihe „Was tun bei Hate Speech?“ möchten wir Antworten auf diese Fragen geben.

Unsere gesammelte Expertise haben wir handlich in neun Flyer verpackt, die sich mit Hate Speech im digitalen Raum und der analogen Welt, gegen Personen und Organisationen, im Jugendclub oder der Pressearbeit auseinandersetzt. Insgesamt stehen neun Flyer zum Download bereit, u. a. zum Thema „Was tun, wenn meine Organisation von Hate Speech betroffen ist?“ Die verschiedenen Flyer sind online abrufbar – siehe dazu <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/flyerreihe-was-tun-gegen-hate-speech-38915/>.

Diese und weitere Publikationen finden Sie auf: www.amadeu-antonio-stiftung.de





UNTERSTÜTZEN SIE PROJEKTE FÜR EINE LEBENDIGE DEMOKRATIE IM LÄNDLICHEN RAUM

Die Amadeu Antonio Stiftung setzt sich für eine demokratische Zivilgesellschaft ein, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wendet. Hierfür fördert und unterstützt die Stiftung Initiativen überall in Deutschland, die sich in Jugendarbeit und Schule, im Opferschutz und der Opferhilfe, in kommunalen Netzwerken und vielen anderen Bereichen engagieren.

Zu den bereits über 1.300 unterstützten Projekten gehören zum Beispiel:

- das Projekt „We come together – Regionales Handeln für Demokratie, Diversität und Partizipation“ des Soziale Bildung e.V., das in strukturschwachen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns demokratische Jugend- und Bildungsarbeit fördert und Jugendtrainer*innen ausbildet
- die Veranstaltungsreihe „Heimat, Volk, Scholle – Rechtsruck im ländlichen Raum“ des Vereins zur Förderung der Lehre im ökologischen Landbau, die über völkische Siedler*innen, Kameradschaften, rechtsgerichtete Esoteriker*innen und andere demokratiefeindliche Strukturen in ländlichen Räumen informiert und Alternativen dazu aufzeigt
- die „Fette Elke“, einen zur Tanzfläche mit Sound- und Lichttechnik umfunktionierten Mercedes Sprinter, mit dem der Rock gegen Rechts Stralsund e.V. in abgelegenen Regionen ein urbanes Nachtleben für ein buntes Publikum anzubieten versucht

Die Stiftung ist nach Amadeu Antonio benannt, der 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt wurde, weil er schwarz war. Er war eines der ersten von heute fast 200 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer.



Die Amadeu Antonio Stiftung wird unter anderem von der Freudenberg Stiftung unterstützt und arbeitet eng mit ihr zusammen. Sie ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.

Wir sind Mitglied von:



Kontakt:

Amadeu Antonio Stiftung

Novalisstraße 12
10115 Berlin

Telefon: 030 - 240 886 10
Fax: 030 - 240 886 22
E-Mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de
Web: amadeu-antonio-stiftung.de

Spendenkonto:

GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.



twitter.com/AmadeuAntonio



[facebook/AmadeuAntonioStiftung](https://facebook.com/AmadeuAntonioStiftung)

Impressum

Herausgeber:

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)

Redaktion:

Dr. Janine Dieckmann, Anne Tahirovic, Dr. Matthias Quent, Dr. Daniel Geschke,
Dr. Axel Salheiser, Anja Thiele

Unter Mitarbeit von (in alphabetischer Reihenfolge):

Christine Eckes
Anja Klaußen

Verleger und Träger:

Amadeu Antonio Stiftung, Novalisstraße 12, 10115 Berlin



Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Gideon Botsch (Moses-Mendelssohn-Zentrum für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam), Dr. Kemal Bozay (Fachhochschule Dortmund), Dr. Hendrik Cremer (Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin), Dr. Oliver Decker (Universität Leipzig), Prof. Dr. Wolfgang Frindte (Vorsitz, Friedrich-Schiller-Universität Jena), Prof. Dr. Nicole Harth (Ernst-Abbe-Hochschule Jena), PD Dr. Steffen Kailitz (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden), Helmut Kellershohn (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung), Prof. Dr. Beate Küpper (Hochschule Niederrhein), Prof. Dr. Thomas Ley (Thüringer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Meiningen), Prof. Dr. Lars Rensmann (University of Groningen), Prof. Dr. Samuel Salzborn (Technische Universität Berlin), Dr. Britta Schellenberg (Centrum für angewandte Politikforschung an der LMU München), Prof. Dr. Susanne Schröter (Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam an der Goethe-Universität Frankfurt am Main), Dr. Simon Teune (Institut für Protest- und Bewegungsforschung, Berlin), Dr. Milena Uhlmann (Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg)

Redaktionsanschrift:

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)

Talstr. 84
07743 Jena

Telefon: 03641 - 27 19 403
Fax: 03641 - 27 18 307

E-Mail: mail@idz-jena.de
Web: www.idz-jena.de

Bezug:

Die Publikation kann unter bestellung@idz-jena.de bestellt und unter www.idz-jena.de heruntergeladen werden. Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN:

978-3-940878-40-3

ISSN für Print- und Online-Ausgabe:

ISSN (Online): 2512-9716

ISSN (Print): 2512-9732

Gestaltung:

timespin Digital Communication GmbH

Finanziert durch:

Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit



Thüringer Landesprogramm
für Demokratie,
Toleranz und Weltoffenheit

Freistaat
Thüringen



Ministerium
für Bildung,
Jugend und Sport

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des TMBJS dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autor/-innen die Verantwortung. Alle Rechte bleiben bei den Autor/-innen. Die Bildrechte liegen, sofern nicht anders ausgewiesen, bei den Autor/-innen.

WISSEN SCHAFFT DEMOKRATIE



Für manche ist der ländliche Raum eine romantische Hoffnung für den Ausstieg aus Hektik und Stress, für andere der Inbegriff von Langeweile und Rückstand. Zunehmend wird er im Zusammenhang mit umfassenden Fragestellungen wie ungleichen Lebensverhältnissen, Globalisierung, Digitalisierung und Energiewende diskutiert. Strukturabbau, demografischer Wandel und damit einhergehende Folgen für die politische Kultur geraten ebenso in den Blick wie Möglichkeiten, Veränderungen im ländlichen Raum innovativ zu gestalten. Doch für die allermeisten Bewohner*innen – so auch in Thüringen – ist der ländliche Raum vor allem die alltägliche Lebenswelt.

Die Untersuchung der politischen Kultur im ländlichen Raum ist von großer Bedeutung – nicht zuletzt für die Entwicklung problemadäquater Ansätze zur Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft. Dafür bietet der vorliegende Band empirische Fakten und Praxisansätze. Anliegen des Bandes ist es, Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis zusammenzutragen. Denn trotz besorgniserregender Tendenzen ist der ländliche Raum heterogen und steckt voller Leben, Vielfalt und Engagement.



twitter.com/idz_jena



facebook.com/idzjena



www.idz-jena.de

In Trägerschaft der

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**